

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt: Ernst Bismarck Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Jannatzky u. Co., Magdeburg. Geschäftsführer: Dr. Mühlh. 3. Bernstr. 1567. Redaktion und Druckerei: Dr. Mühlh. 3. Bernstr. für Station 1794, für Druckerei 561. **Pränumerationszahlbarer Abonnementspreis:** Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.50 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf., 2 Exempl. den Monatsheften 2.20 Mk. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. Anzeigengebühren: die 7 gelbstehe Spaltenzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamtliche Seite 1 Mk. Letztungspreisliste Seite 429

Nr. 219.

Magdeburg, Sonntag den 18. September 1910.

21. Jahrgang.

Der Höhe zu!

Solang es Menschen gibt auf Erden,
Hat es gelockt sie himmelan;
Sie möchten gleich dem Adler werden,
Der stolz und kühn zieht seine Bahn.
Gleich ihm den Sternen zuzuschweben,
In die Unendlichkeit hinein:
Das, dünnt sie, wäre wert ein Leben,
Schien's auch Vermessenheit zu sein!
So setzten sie voll Mut ihr Ganzes,
Das Luftmeer zu bezwingen, ein;
Und heute können sie des Kranz
Des grünen Lorbeers sich erfreuen.

Das Meer der Lüfte ist bezwungen,
Des Flugs Geheimnis offenbar,
Und nach Jahrtausenden gelungen
Ein Wunderwerk für immerdar.

Das Bild sei ein Symbol uns allen
Für unser Streben himmelan:
Einst wird die letzte Fessel fallen,
Dann erst ist unser Werk getan.

Dann werden Jubellieder klingen,
Frohlocken wird die ganze Welt,
Ein einzig Band wird sie umschlingen!
Banner hoch! Sinein ins Feld!

Reitinger, Stahne, W., städt. St.
Kohlen, Holz, Grader
Schoel, A., Halberstädter
Wlezer, H., Wasserkunsts
Kinematographen

Sinein ins Feld!

In alter Geschlossenheit mit fliegenden Fahnen und schmetternden Fanfaren! Es kämpft sich gut alleweil. Da gilt es, die Gefechtslage anzunutzen. Mit aller Kraft und aller strategischen Geschicklichkeit.

Es ist mehr als wahrscheinlich, daß der Magdeburger Parteitag der Letzte sein wird vor der nächsten großen Abrechnung der allgemeinen Reichstagswahlen. Ob mit, ob ohne Wahlparole, die Regierung wird nicht den roten Trompetern ein volles halbes Jahr lang Gelegenheit geben, durchs Land zu ziehen und zum Sturm zu blasen. Sie wird den Reichstag schließen, um alsbald den Reichstag wählen zu lassen. Mit dieser Ueberrumpfung, die schließlich keine ist, wird man zu rechnen haben.

Da ist es nicht belanglos, wie der jetzige Parteitag verläuft. Die Worte, die in der nächsten Woche gesprochen werden, finden in den Tagen der Wahltagitation an Hunderten von Orten ein tausendfaches Echo. Im guten wie im schlimmen. Die werdende Kraft der Partei kann verbleiblich, sie kann aber auch vermindert werden. Es ist vorteilhaft, wenn die Fehler der Gegner uns die Scharen der Mitläufer zutreiben; es ist nützlich, wenn wir die Nekruten durch unsere Vorzüge gewinnen. Und durch unsere spezialprechende zielbewußte Tat.

Es gibt keine bessere Gelegenheit als einen Parteitag, um unsere Tugenden wie unser Können zu zeigen. In dieser einen Woche des Jahres stehen unsere besten Kämpfer nicht gegen die Feinde, sondern — wenn man so will — gegeneinander. Der Preis des Ringens ist das Wohl und das Gedeihen der Partei, der Einlaß Leidenschaft und vielverzweigtes Wissen, die Voraussetzung Verständnis und Brüderlichkeit. Nicht daß wir miteinander ringen, kann unter Umständen Gefahr bringen, sondern nur wie wir gegeneinander streiten.

Je größer die Partei wird, um so weniger können wir miteinander im Gottessfrieden gleicher Ansichten und Meinungen leben. Wenn es in den letzten zehn Jahren des öftern auf unsern Kongressen leidenschaftsdurchdrungene Debatten mit dramatischer Zuspitzung gegeben hat, so ist das nicht ein Zeichen unsres innern Zerfalls oder der Lockerung unsrer Reihen, sondern lediglich ein Beweis für unsre wachsende Macht und Größe. Eine bedeutungslose Seite kann leicht einig sein in der Anerkennung, Vertretung und Lobpreisung ihrer Maximen; sie kommt nicht in die Lage, ihre Lehrlänge in den Strom des politischen Lebens stellen zu müssen. Eine Millionenpartei aber, die ihren Einfluß nach allen Richtungen dehnt, die ihre Anhänger in alle erreichbaren Positionen wirft, muß verschiedener Meinung werden, wenn die Auser ihrer Grundzüge vom Gesicht der reizenden Entwicklung umbrandet werden und wenn die sorgende Frage entsteht, ob der eine und der andre noch fest genug im fessigen Grunde hasten oder ob

nicht der eine und der andre auszuwechseln sein werden, weil sie brüchig geworden.

Nichts erklärlicher daher, als daß wir seit Jahren von Richtungen sprechen oder von Flügeln. Es geht damit ja nicht uns allein so. Dieselbe Erscheinung ist überall in Europa zu beobachten, wo Kapitalismus wie Arbeiterbewegung auf einer ähnlichen Stufe wie bei uns angelangt sind. Die Ursachen müssen also wohl mindestens verwandt, wenn nicht gar die gleichen sein. Sie entstehen den neuen Problemen, die wir zu meistern haben, wenn wir vorwärts wollen. Die Probleme aber tun uns nicht den Gefallen, offen und klar und jedermann greifbar sich vor uns auszubreiten, so daß wir nur nötig haben, sie mit der scharfen Klauenkampfschärfe zu durchforschen und aufzuteilen. Sie werden vielmehr immer verwickelter und verworrener, greifen immer fester ineinander, so daß eins vom andern schwer zu lösen ist und sicherlich eins auf's andre immer bestimmender zurückwirkt. Die gigantischen Leistungen der Technik arbeiten uns wohl in die Hände, aber sie bieten uns zu gleicher Zeit auch die harten Klüfte, an denen wir die Schärfe und Festigkeit unsrer kritischen Zähne zu erweisen haben. Und das reißt nicht ab, das geht immer weiter. Manchmal hageln gar die Klüfte auf uns herab.

Angeichts dieser verwirrenden Ueberfülle der Fragen, die Antwort heißen, ist nichts selbstverständlicher, als daß wir über gar manche Antwort verschiedener Meinung sind. Da bleibt nichts übrig, als zu forschen und wieder zu forschen und die Parteitage dazu zu benutzen, um die gewonnenen Erkenntnisse gegeneinander auszutauschen und abzuwägen. Die Gegner nennen das: streiten. Wenn wir einmal das Wort akzeptieren wollen, so ist gleich ergänzend zu bemerken: Wenn Sozialdemokraten sich streiten, so geschieht es nicht um sich zu schmähen, sondern um sich zu überzeugen. Die Töne der Leidenschaft, die angeschlagen werden, ändern an diesem Sachverhalt nichts. Mit Leidenschaft sichts für eine Ueberzeugung nur, wer zu ihr mit Leib und Seele, mit Freuden und Leiden steht. Es gibt keinen unter uns, der sich nicht mit ganzer Leidenschaft der Idee verschrieben hätte, der wir alle dienen. Die Blut fließt daher, ob wir wollen oder nicht, durch die Debatten, in denen wir um die Reinheit der Idee kämpfen. Und das ist gut so. Nur hat ein jeder das dem andern reichlich zuzumessen, was er für sich selber mit Fug und Recht beansprucht.

Geschieht das, so wird der Badener Fall den Gegnern nicht das bequeme Material bieten, auf das sie so gierig lauern. Dann wird der Disziplinbruch, der unzweifelhaft vorliegt, sorgfältig und peinlich auf seine Motive untersucht werden. Ohne das Klingeln und Bischen stromender

Entrüstung, die manchmal sehr billig ist und die immer unter Parteigenossen ausgeschlossen sein muß, weil sie gar leicht die Kameradschaft verheht.

Der Bruch der freien Disziplin ist stets ein Vergehen. Er wird nicht dadurch entschuldigt, daß er mit dem Badener Fall wirklich nicht zum erstenmal in die Parteigeschichte tritt. Ein Vergehen kann niemals durch ein Vergehen Deckung finden. Ein Vergehen kann nur dann eine Entschuldigung oder Erklärung finden, wenn nachgewiesen wird, daß im Falle seiner Unterlassung ein schärferes Vergehen die Folge gewesen wäre. In unserm Falle: Wenn die Badener nachweisen können, daß sie bei Respektierung des Münchener Beschlusses die Rekrutierungsmöglichkeit der Partei unterbunden, ihre Machtstellung in der öffentlichen Meinung und der parlamentarischen Konstellation untergraben und die Geschlossenheit der Landesorganisation gefährdet hätten, dann ist ihr Disziplinbruch wohl formell noch zu beanstanden, aber sachlich zu begreifen. Denn eine Mehrheit darf eben wegen ihres Anspruchs auf unbedingte Disziplin niemals eine Minderheit in einen Gewissenkonflikt bringen.

Nun ist der Beweis dafür, daß die Badener etwas Böses getan, um etwas Besseres zu verhüten, mit mathematischer Präzision und Unantastbarkeit gewiß nicht zu führen. Sollen sie nur verstanden, wenn auch noch nicht entschuldigt werden, so hat man ihnen entgegenzubringen, was jeder Sozialdemokrat dem andern von vornherein und in allen Fragen schuldig ist: Vertrauen in die Unantastbarkeit der Gesinnung und in die stete opferwillige Bereitschaft, der Partei zu dienen und zu nützen. Dies vorausgesetzt, wird der Badener Fall eine Entledigung finden, von der die Gegner sagen werden: Sie gefällt uns nicht.

Dies ist um so notwendiger, als die ganze Wucht des Parlaments der Arbeit gegen die preussische Junkerlaste und die mit ihr verbundene industrielle Magnatenstippe gerichtet werden muß. Bei den Reichstagswahlen jede Junkerburg berennen, erstürmen oder erstürmen lassen, koste es, was es kosten mag; und in der preussischen Wahlbewegung die letzte dreißigjährige Junkerfeste von hundert Seiten zugleich beschleichen und unterminieren. Das ist die Lösung des Jahres! Und dazu bedürfen wir dringend der süddeutschen Hilfe. Wir haben vorzuzugreifen, daß sie uns mit voller Begeisterung und in brüderlicher Hingabe gewährt wird.

Ans Werk also, ihr auserwählten Instrumente der Demokratie! Die Luft weht frisch und rein. Selbst aus dem Oerbruch. Es kämpft sich gut alleweil. Sinein ins Feld in alter Geschlossenheit mit fliegender Fahnen und schmetternden Fanfaren!

Sinein ins Feld! —

Die badischen Sturmgesellen.

Von Adolf Ged (Offenburg).

Der Magdeburger Parteitag bekam ein erweitertes Arbeitspensum; sein Programm erfuhr bald nach der offiziellen Bekanntmachung eine unverhoffte Erweiterung. Genosse Bebel wurde unter die Berichterstatter des Parteivorstandes eingereiht mit dem Auftrag, über das Thema „Die badische Budgetbewilligung“ zu sprechen. Kein Zweifel; die südwestliche Wetterdeck des Reiches, die einstige Bürgerrepublik von 1849, mit dem Großherzog an der Spitze, lieferte dem heurigen Kongreß der deutschen Sozialdemokratie die Gefe, um eine aufregende Gärung eintreten zu lassen. Nach dem Vorpiel draußen in der deutschen Parteigenossenschaft zu schließen, wird dieser spätgeborene Punkt des mannigfaltigen Arbeitsstoffs zur tragischen Höhe des Konvents werden.

Am Dies irae (Tage des Bornes) des 15. Juli d. J. gaben 17 Genossen der badischen sozialdemokratischen Kammerfraktion bei der Schlußabstimmung dem Finanzgesetz ihren Segen, bewilligten also das Budget; die drei übrigen enthielten sich der Abstimmung. Diese Zustimmung zum Budget überraschte deshalb, weil nach dem objektiven Urteil über den Verlauf der landständischen Legislatur 1909/10 auch nicht der Schein eines Grundes bemerkbar war, der ein Abweichen von dem Nürnberger Gebot zu empfehlen vermochte. In der Fraktion war man noch bis zum Morgen des 15. Juli darüber einig, daß eine Ablehnung des badischen Etats statzfinden habe. Am 4. Juli motivierte der protokollierte Fraktionsbeschluß das negierende Verhalten mit dem ethischen Akzent, daß „die politische Ehre es der sozialdemokratischen Fraktion verbiete“, der badischen Regierung mit der Genehmigung des Finanzgesetzes das Vertrauen der sozialdemokratischen Partei auszusprechen. In Gründen fargte man nicht. Die großherzogliche Regierung habe es durch mehrere Minister wiederholt abgelehnt, die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der badischen Sozialdemokraten anzuerkennen; den Beamten und Staatsarbeitern würde die Vetätigung ihrer sozialdemokratischen Gesinnung die Existenz gefährden, den Bürgern dieses politischen Bekenntnisses — so verkündete der Minister des Innern, Herr von Bodman, noch zu guter Letzt — seien aus monarchischen Erwägungen die Pflichten der badischen Bezirksräte, also der kleinen Selbstverwaltungskörperschaften, verschlossen.

Dazu kamen einige sehr wichtige „Bonderabilien“, die das politische Ehrgefühl der badischen Kammerfraktion am meisten berührten. Der Landtag ging farg und ablehnend an den vitalsten Antagonismus der badischen Verfassung, die

Wiersteuer erjütterte; die Existenz zahlreicher Brauereiarbeiter, während Tag für Tag das Meer der in ihrem ohnehin elenden Erwerb ganz oder teilweise erjütterten Proletariat der Tabakindustrie im badischen Lande in beklagenswerter Progredion angewachsen war. Das von dem badischen Ministerium früher mit Posamentenstößen begrüßte Problem der Arbeitslosen-Versicherung sollte jetzt Wurzel fassen; die Sozialdemokraten forderten die Kleinigkeit von 100 000 Mark als erste Etatsrate zur Förderung der kommunalen Arbeitslosenversicherung im Pfaffenland Baden.

Von der Notwendigkeit einer solchen Methode „praktischer Arbeit“ waren die bürgerlichen Parteien nicht entzückt und die Regierung nicht überzeugt; hier mußte die „gespannte Finanzlage“ die Phrase liefern für die erheuchelte Notwendigkeit, den Daumen auf den gefüllten Staatsfädel zu drücken, auf welchen es die arbeitende Klasse mit wenigen Hunderttausenden für die Abwehr dringender Not abgehoben hatte.

Noch kommt zur Anklage wider das badische Kontingent des deutschen Bundesrats die irriternde Konstante hinzu, daß die Bodman, Poniell und Genossen zu der ganzen agrarischen Volksausjaugung vom Zolltarif bis zur vererblichen Finanzreform die Zustimmung erteilten: tatsächlich auch gegen die Einführung der Zirkonjelle den äußersten Widerstand einbrachten.

Am Abend des 13. Juli, als die Erste Kammer das badische Herrenhaus, über das Schicksal der Bodmanischen Novelle zur Gemeinde- und Städteordnung einberufen wurde und der ultramontane Junker von Stogingen eine Art Oldenburg-Philippika gegen die Sozialdemokratie gehalten hatte, sprach Minister von Bodman jenes berühmte Wort gelassen aus:

Die Sozialdemokratie ist als Armee zu bezeichnen, geht nicht an. Sie ist zu verwerfen, soweit sie die Novelle und die Städteordnung bekämpft, andererseits ist sie aber eine großartige Bewegung zur Lösung des sozialen Standes, und da verdient sie Gegenkommen. Man wird jeweils prüfen müssen, welche Forderungen berechtigt und welche unannehmbar sind.

Am 11. Juli, als das Finanzgesetz auf der Tagesordnung der Zweiten Kammer stand, erklärte sich für, vorher in der Fraktionsitzung eine Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten (17 gegen 3) bereit, mit Rücksicht auf den Verlauf jener Sitzung der Ersten Kammer dem Finanzgesetz die Zustimmung zu erteilen. Genosse Doktor Frank begründete dieses Votum im Plenum der Zweiten Kammer mit folgender Erklärung:

Es läge nahe, durch die Ablehnung des Finanzgesetzes bezogen zu demonstrieren, daß wir noch immer nicht als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden. Wir stehen auf die politische Situation aber, wie sie sich in der letzten Zeit gestaltet hat, verzichten wir auf diese Demonstration und stimmen für das Finanzgesetz.

Ähnlich, wie das Gesetz der neuen Gemeinde- und Städteordnung am 15. Juni wurde auch das Finanzgesetz am 14. Juli mit sämtlichen Stimmen der anwesenden bürgerlichen und sozialdemokratischen Abgeordneten angenommen. Bei beiden Abstimmungen hatte sich die sozialdemokratischen Abgeordneten Ged, Monch und Stodinger, welche in der Fraktion sich als Gegner der Zustimmung bekannt hatten, aus dem Sitzungssaal entfernt. Nur Genosse Stodinger stimmte bei der zweiten Abstimmung über das von der Ersten Kammer mit Änderungen herübergekommene Gesetz der Gemeinde- und Städteordnung für dasselbe.

Bezüglich des Verhaltens der drei sozialdemokratischen Parlamentarier ist darauf zu verweisen, daß bei der Budgetbewilligung vor zwei Jahren die Genossen Eichhorn, Ged und Lehmann, welche Gegner der Zustimmung waren, ebenfalls den Sitzungssaal verlassen haben. Es entspricht diese Abstinenz den Fraktionsbeschlüssen, die das Bild einer Zerplünderung der sozialdemokratischen Fraktion bei der namentlichen Abstimmung über wichtige Gesetzesvorlagen vermieden haben wollen.*)

Im übrigen beriefen sich die Genossen Monch und Stodinger, wie im Landtagsreferat des badischen Parteitags mitgeteilt worden ist, für ihre ablehnende Haltung nicht auf die Beschlüsse der Parteitage der deutschen Sozialdemokratie. Genosse Stodinger stimmte auf dem Nürnberger Parteitag mit den süddeutschen 66.

Es geschah jedoch ebenfalls „mit Rücksicht auf die politische Situation“ (d. h. auf die Stellung der badischen Sozialdemokratie im Großblock der Zweiten Kammer und die Ausscheidung des Zentrums aus dem Kammerpräsidium), wenn die Fraktion im Gegenzug zur bisherigen Taktik zwei Repräsentationen beschloß. Zunächst beauftragte sie die beiden Vertreter der Fraktion im Kammerpräsidium, den ersten Vizepräsidenten Geiß und den Schriftführer Pfeiffle, an der im September durch das Kammerpräsidium im Schlosse vorzunehmenden Beglückwünschung des großherzoglichen Ehepaars zur Feier der silbernen Hochzeit teilzunehmen, also in einem Zeitpunkte, da der Landtag längst geschlossen und die Existenz eines Kammerpräsidiums verfassungsmäßig längst aufgehoben ist.

Sodann stellte die sozialdemokratische Fraktion ihren Mitgliedern frei, an der pomdböhen Feier des Landtagschlußes teilzunehmen, wenn der Großherzog nicht persönlich erscheint, sondern sich durch den Staatsminister vertreten läßt. So fand sich denn die Hälfte der Fraktion

dem angehörigen Genossen hatten sich auch nach der Hofe vorzustellen, weil die Konstituierung des Kammerpräsidiums dem Großherzog schriftlich angezeigt wurde. Wegen des Verkehrs mit der Krone schreibt die badische Verfassung im § 67 vor:

Sie (die Kammern) können den Großherzog unter Angabe der Gründe um den Vorschlag eines Gesetzes bitten. Eine Bitte um Vorlage eines Gesetzes darf nur dann von einer Kammer an den Großherzog gebracht werden, wenn dieselbe zuvor der andern Kammer mitgeteilt und dieser Gelegenheit gegeben worden ist, sich darüber auszusprechen.

Eine andre Bestimmung als diese antiquierte Vorschrift kennt die badische Verfassung nicht; sie ist praktisch ohne Belang, da die Abgeordneten selber Gesetzesvorlagen einreichen können. Uebrigens verpflichtet der § 67 die Regierung zu nichts.

Die Geschäftsordnung der Zweiten Kammer enthält nur eine „höfliche“ Bestimmung im § 74, der von den Deputationen handelt:

Deputationen, die nach eingeholter Erlaubnis***) an den Großherzog abgeordnet werden, bestehen aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten, den Sekretären und aus einer von der Kammer zu bestimmenden Anzahl anderer Mitglieder, die durch das Los gewählt werden.

Für eine Beteiligung an dem Zeremoniell der Eröffnung und Schließung des Landtags oder für eine Gratulationscour bei Hofe kann der Vorklaut der Vertretung nicht angeführt werden. Die jugeliche Teilnahme unter Genossen an der Hochzeitsfeier des Hofes fällt in eine Zeit, wo das Präsidium der Kammer gesetzlich nicht mehr existiert.

Am 28. Mai 1909 wurde in 55. Sitzung der Zweiten Kammer das Budget einstimmig genehmigt. Es stimmten von der sozialdemokratischen Fraktion dafür: Dresbach, Jendrich, Geiß, Kramer, Opificius, Schair. (Der Abgeordnete Ged fehlte.) Die Landesversammlung der badischen Sozialdemokratie billigte mit Mehrheit die Haltung der Fraktion. In der Parteipresse

*. Wie in der Nummer 10 des „Vorwärts“ 1. Beilage vom 13. August d. J. unabweisbar dargelegt worden ist, wurde der Vorschlag durch einen Fraktionsbeschlus daran gehindert, im Plenum der Zweiten Kammer keine Ausführung über die §§ 67, 74 der badischen Verfassung über die Geschäftsordnung des Landtags vorzunehmen, welche nach Ged's Auffassung eine Teilnahme an der Konstituierung bei Hofe nicht obligatorisch machen.

** Die Eröffnungs- und Schließungsfeiern sind nicht Angelegenheiten des Hofes, sondern des Hofes. Das Protokoll bestimmt „auf allerhöchster Befehl“ der Oberzeremonienmeister des Großherzogs, wobei auch den Abgeordneten genau vorgeschrieben wird, in welcher Umkleung ihrer Leiber sie zu erscheinen haben. Deswegen führen die landständischen Abgeordneten an die hochgestellten Klänge. Die Minister erscheinen in Gala, die Offiziere unter den Oberhäuptern teilweise in Uniform.

***) Der § 75 der Verfassung schreibt vor, daß zur Vertretung der Deputationen von dem Großherzog die Erlaubnis eingeholt werden muß.

entstand dann eine Polemik, wobei merkwürdigerweise die Mannheimer „Waldstimm“ die kategorische Aufforderung an das Berliner Zentralorgan „Vorwärts“ richtete, er möchte zur Frage der badischen Budgetbewilligung Stellung nehmen. Von Berlin kam auch die Antwort, daß im Jahre 1894 durch Beschluß des Frankfurter Parteitags die Meinung der weit überwiegenden Mehrheit der Partei dahin festgestellt worden sei, daß den Etats der Einzelstaaten unmöglich zu zustimmen ist. Diese Auffassung wurde dann in dem 1901 erschienenen Handbuch für die badische Landtagswahl als unzutreffend erklärt, weil das aus der Abstimmung hervorgegangene Amendement Stadthagen einen restlichen Kumpfdarstelle, mit welchem absolut nichts anzufangen sei. Dafür spräche auch die Erklärung Bebel's. Von einem Parteiprogramm oder Parteibeschlüssen könne nicht die Rede sein.

Es muß bemerkt werden, daß der damalige Delegierte für Karlsruhe, Genosse Ad. Güber, eine Zustimmung zu einem Etat, der Ausgaben für Kirchen und Spargen enthalte, für unmöglich hielt.

Der Parteitag in Lübeck (1901) mußte sich, nachdem die badischen Genossen eine andre Stellung als die Bayern, Württemberger und Sachsen eingenommen hatten, wieder mit der Budgetbewilligung befassen. Bebel legte im Einverständnis mit den anwesenden Vertretern der bundesstaatlichen Fraktionen eine Resolution in prinzipieller Fassung vor; er äußerte seine Bedenken nur gegen den dritten Satz, welcher in bestimmten Fällen eine Ausnahme von der Regel der Verweigerung des Budgets gestattete. Der Antrag Singer wurde abgelehnt, welcher forderte, daß in der Resolution Bebel der letzte Absatz gestrichen werde. Es lautet die Lübecker Resolution gemäß dem Bebel'schen Vorschlag:

In Erwägung, daß die Einzelstaaten ebenso wie das Reich den Charakter des Klassenstaates tragen und der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung nicht einräumen, sondern in ihrem Wesen als Organisation der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzusehen sind, spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und den Grundfäden des proletarischen Klassenkampfes setzen und insbesondere das Gesamtbudget normalerweise ablehnen.

Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.

Im August 1908 stimmte die badische Landtagsfraktion wieder für das Finanzgesetz; damals entfernten sich die Abgeordneten

verhältnismäßig erhebliche Beträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne angefordert werden, stimmt die sozialdemokratische Fraktion für das Gesetz. Die Abstimmung ist kein Vertrauensvotum für die Regierung sein. Die Politik der Ministeriums (von Dusch-Bodman, D. C.) wird vielmehr bisher, von der Fraktion energisch bekämpft werden, da die Regierung wiederholt in Wort und Tat ... den Grundbesitz der staatsbürgerlichen Gleichheit gegenüber Angehörigen der sozialdemokratischen Partei verletzt, und durch ihre Haltung im Bundesrat, namentlich auch bei Beratung der Reichsfinanzreform, wichtige Volksrechte schädigte.

Nachdem die sozialdemokratische Fraktion am Zustandekommen der Beamtengehälter nach besten Kräften mitgearbeitet hat, hält sie sich für verpflichtet, mitzuwirken bei der Beschaffung der Mittel, die zur Ausführung dieser Gesetze notwendig sind. Nur aus diesem Grunde hat die Fraktion es unterlassen, in Mißtrauen gegen die Regierung durch Ablehnung des Gesamtetats zum Ausdruck zu bringen.

Der Beschluß des Nürnberger Parteitags ist bekannt. Es muß zur Vervollständigung der parteigeschichtlichen Momente noch auf die Dresdner Resolution hingewiesen werden. Unter den Mitgliedern der heutigen badischen Landtagsfraktion stimmten für den Dresdner Parteitagbeschlus die Genossen Dr. Frank, Ged und Koll.

Es steht fest, daß die mit den Parteitagbeschlüssen kontrastierende Entwicklung der parlamentarischen Taktik der badischen sozialdemokratischen Kammerfraktion verursacht ist durch die ungeschriebene Vereinbarung der sogenannten Großblock in Baden zusammengeschlossenen Parteien der Nationalliberalen, Fortschrittlichen Volkspartei und Sozialdemokraten. Die unsrer Vergangenheit unwürdigen Konzeptionen an die Gegner begannen in der letzten Landtagsession schon bei der Präsidentenwahl und endigten mit Verpflichtungen zur Ministerretterei und ähnlichen höflichen Kundgebungen. Führer der nationalliberalen Partei rühmen ihrer bürgerlichen Kammerfraktion nach, daß der Nationalliberalismus, der sich nicht das mindeste in Großblockverhältnis gegenüber der Sozialdemokratie begeben habe, sich eines „heilvollen“ Einflusses auf die Gestaltung der Sozialdemokratie zur praktischen Mitarbeit rühmen könne, wobei unsre Partei öfters Entgegenkommen zeigte durch Verzichtleistung auf Forderungen grundsätzlicher Natur. Solcherart kamen die Errungenchaften der Session, das Schulgesetz sowie die Gemeinde- und Städteordnung zustande.

Die badische Parteipresse antwortete auf dieses Zeugnis aus dem Munde liberaler Bloßgenossenschaftler mit der Unhöflichkeit, daß der Chef der nationalliberalen Kammerfraktion, Herr Geh. Hofrat Rebmann, mit feiner Akte nicht ernst zu nehmen sei.

Die deutsche Sozialdemokratie wird jedenfalls auf gegnerischen Zeugnisse verzichten. Der Magdeburger Parteitag wird die Grundlagen für die Beurteilung der „Rebellion badischer Sturmgesellen“ aus den Tatsachen nehmen, zu deren Würdigung und Ergänzung diese Zeilen wünscht wurden.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 219.

Magdeburg, Sonntag den 18. September 1910.

21. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 54 Seiten.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 17. September 1910.

Verbandstag der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) Deutschlands.

Nach einleitenden Berichten des Vorsitzenden und des Gewerbegerichts-Direktors Dr. Brenner (München) über die Gesetgebung betreffend den Arbeitsvertrag seit der letzten Tagung und des Rechtsanwalts Dr. Baum (Berlin) über die Literatur zum Arbeitsvertrag wurde in die Behandlung eines der Hauptpunkte der diesjährigen Tagung getreten: Die Ausdehnung der Gewerbegerichte zu Arbeitsgerichten. Der Richter Herr Dr. Müller (Frankfurt a. M.) führte aus, daß kein Grund vorliege, die schnelle, billige und den beteiligten Berufsgruppen besonders vertrauenswürdige Rechtsprechung der Gewerbegerichte lediglich auf die gewerblichen und kaufmännischen Kreise zu beschränken. Vielmehr sei es notwendig, sie auf alle Arbeitsvertragsbeziehungen auszudehnen. Redner fordert daher die Ausdehnung der Gewerbegerichte zu Arbeitsgerichten und der Beteiligung aller Berufsgruppen. Dagegen ist eine Vielheit von Sondergerichten für einzelne Berufe entschieden abzulehnen, da sie zu einer Verzerkung der Rechtsprechung führen würde. Eine Angleichung der Arbeitsgerichte an die ordentliche Gerichte sei weder zweckmäßig noch notwendig. Stadtrat Dr. Glöckmann (Mordorf) erwidert ebenfalls keinen Grund, den erweiterten Rechtszustand auch auf andere in abhängiger Lebenslage befindliche Berufsgruppen auszudehnen. In diese Klasse gehören vor allem die Arbeiter der Landwirtschaft, das Gesinde, die Arbeiter, die Musiker, die Angehörigen des Transportgewerbes und andere, die sich jetzt alle in ungünstiger Lage befinden. Noch schlimmer sei aber die Lage derjenigen, bei denen die Zuständigkeit zweifelhaft sei. Hier könne nur Abhilfe durch Begründung von allgemeinen Arbeitsgerichten geschafft werden, denen alle Streitigkeiten unterstellt werden für sämtliche Personen, die in abhängigem Dienst- oder Arbeitsverhältnis sich befinden. Es wird damit beiden Wirtschaftsklassen gedient, denn auch die Unternehmer haben ein Interesse an einer schnellen sachgemäßen Rechtsprechung, wenn einmal der Arbeitsplatz geräumt ist. (Beifall.)

Redakteur Schlich (Berlin) bespricht die Frage der Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte und ihre Ausgestaltung zu Arbeitsgerichten vom Gesichtspunkt der technisch-industriellen Beamten, von denen schon jetzt 60 Prozent der Sondergerichtsbarkeit unterliegen. Die übrigen 40 Prozent sind in ihrer sozialen Lage nicht besser gestellt als die kaufmännischen Angehörigen.

Robert Schmidt (Berlin) wendet sich mit größter Schärfe gegen die Angleichung der Gewerbegerichte an die Amtsgerichte. Wenn das geschehen würde, dann würden nicht die guten Eigenschaften der Gewerbegerichte auf die Amtsgerichte übergehen, sondern die schlechten Eigenschaften der Amtsgerichte würden übergehen auf die Gewerbegerichte. (Zustimmung.) Es war kein Notbehelf, als die Gewerbegerichte geschaffen wurden, sondern damals war der Zweck selbst das Laienelement der Gewerbegerichte, die Gewerbegerichte den, dann würden die Schöffen in der Institution der Gewerbegerichte die meisten Streifen der Rechtsinstitution Vertrauen beim Volk aus. Verschieden war an der bisherigen Einrichtung festhalten. Denn die bisherige Einrichtung hat sich behauptet.

Überbürgermeister Cuno (Hagen): Der Grundgedanke, der unsere Verhandlungen durchzieht, ist der, daß alles als notwendig erachtet wird, die Vorzüge der gewerblichen Rechtsprechung, nämlich Schnelligkeit und Billigkeit des Verfahrens und Milderung von Sachverständigen-Räten möglichst allen denen zugute kommen zu lassen, die auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sind. Dahinter steht der Gedanke, daß für alle Angestellten ein einheitliches materielles Recht geschaffen werden sollte.

Eine Reihe von Rednern aus den kaufmännischen und Techniker-Organisationen erklärt sich für das einheitliche Arbeitsgericht unter Berücksichtigung der Besonderheit ihres Berufs; ebenso befrwortet man von dieser Seite die Vereinheitlichung des Privat-angestelltenrechts, nur der Vertreter des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes nimmt hierin eine abweichende Stellung ein.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung der Knopfabriker in Schmöln. Am 13. September haben die Arbeiter, gestützt auf ihre gute Organisation, den Unternehmern Forderungen unterbreitet, und zwar verlangen sie eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 57 Stunden, Erhöhung der Löhne um 15 bis 20%, Mißschlag für Ueberstunden, Abschaffung des Lichtgelbes und sonstiger Mißstände. Die Fabrikanten dieser Industrie erzielen große Gewinne und werden hoffentlich bereit sein, die Lage dieser elend bezahlten Arbeiter zu verbessern. Es kommen rund 400 Arbeiterinnen mit in Betracht.

Ein Mühlenarbeiterstreik brach Freitag morgen in Böllberg bei Halle a. S. aus. Von 95 Beschäftigten blieben 3 in Arbeit. Wiederholte gütliche Vorstellungen, die Direktion möge die kümmerlichen Löhne von 32 Pfg. pro Stunde um 5 Pfg. pro Stunde aufbessern, blieben unbeachtet. Die Direktion verhängte sich hinter der Ausrede, daß schlechter Geschäftsgang eine Lohnherabsetzung verbiete. Durch den Ausstand wurden die Betriebe stillgelegt.

Lohnbewegung der Braneriarbeiter in Rheinland. Die Verhandlungen mit den Branerierunternehmern sind gescheitert. Die Branerier lehnten es ab, für Maschinenführer, Feizer, Bierfahrer und andre Hilfsarbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten zu lassen.

Das neue Stellenvermittlergesetz, das am 1. Oktober in Kraft tritt, war Gegenstand einer Beratung der Funktionäre des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen. Das Resultat dieser Beratungen war die Annahme folgender Resolution:

Die Konferenz erkennt in dem neuen Stellenvermittlergesetz und den Ausführungsbestimmungen für das Gastwirtsgerwerbe einen bedeutenden Fortschritt auf dem Wege zur gänzlichen Beseitigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung an, bedauert jedoch, daß nicht die völlige Beseitigung der gewerkschaftlichen und der einseitigen Interessen-Arbeitsnachweise durch die Schaffung paritätischer Arbeitsnachweise von Staats- oder Gemeinde wegen durch das Gesetz bestimmt wird. Die Verammelten betonen erneut die Pflicht aller Ortsverbände, auf Errichtung städtischer, paritätischer Arbeitsnachweise, wo dies noch nicht geschehen, zu dringen. Insofern, als durch paritätische Arbeitsnachweise bzw. deren Fachabteilungen dem Bedürfnis für die Arbeitsvermittlung im Gastwirtsgerwerbe Rechnung getragen wird, sind die Arbeitsnachweise des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen aufzuheben und den paritätischen Arbeitsnachweisen anzuschließen.

Der Verband hat für die nächsten Wochen zirka 100 öffentliche Verhandlungen einderufen, in welchen dieser Gegenstand behandelt werden soll.

Zum Parteitag! Karten zur Eröffnungsfest sind auch am Sonntag am Eingang zum „Luisenpark“ noch zu haben. Zutritt zur Versammlung unter freiem Himmel haben nur die, die eine Karte zur Eröffnungsfest oder eine Dauerkarte haben.

Öffentliche Volksversammlung. Man schreibt uns: Einer der ständigen Besucher sozialdemokratischer Parteitage ist der bekannte demokratische Politiker Herr von Gerlach. Seine Anwesenheit auf dem hiesigen Parteitag benutzte die hiesige Ortsgruppe der Demokratischen Vereinigung zu einer öffentlichen Versammlung, in der der genannte Herr über das zeitgemäße Thema „Die kommenden Wahlen und die Demokratie“ sprechen wird. Wie immer haben Frauen und Männer aller Parteien Zutritt. Die Versammlung findet am Donnerstag den 22. d. M. in Richards Festsaal, Apfelstraße, statt. An den Vortrag schließt sich eine freie Aussprache. (Alles Nähere im Inserat.)

In zwei stark besuchten Fabrikversammlungen, die am Dienstag und Donnerstag dieser Woche im „Thalia“-Saal (Vudau) und bei Stiller (Zermerleben) stattfanden, rechneten die H. Volkschen Arbeiter mit den gelben Drahtziehern ab. Der Vorstand des Arbeitervereins und der „Arbeitersekretär“ Schäfer waren eingeladen. Diese Herrschaften, die in abgeschlossenen Konventikeln den Mund nicht voll genug nehmen können, um den „Kug und Trug“ der Verbands- und „Volksstimmen“-Leute in allen Farben zu schildern, hatten der Tapferkeit keinen Teil gewährt. Sie waren nicht erschienen. Sie wissen, daß ihre Behauptungen selbst vor dem Orsd der Werkvereinsmitglieder wie loser Plunder zusammenfallen und die von ihnen entwickelte Tätigkeit nach Lebus'schem Rezept nichts weiter als eine Auslieferung der Arbeiter an das Unternehmertum ist. Gähnen zeigte beiden Versammlungen die Verlogenheit der gelben Vereinsmacher. Denunzianten und Vorgelegte mühten in Aktion treten, um diese widerlichen Vereine lebensfähig zu halten. Der Bericht des Vorstandes über die Versammlungen im Bund verschweigte, daß Hoffmeister den „Schriftleiter“ Lebus einen Lump und Schuft genannt habe. Unter brausender Zustimmung der Versammelten erklärte der Redner, daß die H. Volkschen Arbeiter den Vorsitzenden Hoffmeister genau so beurteilen wie dieser den Lebus, denn die Verbindung mit dem letztern und seinem „Bund“ werde nicht abgebrochen. Die Begünstigung, die der Verein durch die Firma erfahre, bestehe nicht nur in der finanziellen Beihilfe. Ein Beihilfe gebe während der Arbeitszeit an die „Vertrauensleute“ des Werkvereins den „Bund“ aus. Während der Arbeitszeit geben diese das Blatt an die Mitglieder weiter. Dagegen habe der Betriebsleiter Wölle einen Arbeiter entlassen, weil dieser, obwohl nicht organisiert, Austrittserklärungen aus dem Arbeiterverein auf Verlangen an Werkvereinsmitglieder abgegeben habe. Ferner habe auch der Gelbgewerksmeister nach seinem eignen Zugeständnis auf die Arbeiter „eingewirkt“, dem Verein beizutreten. Was den Gelben erlaubt sei, könne den Roten nicht verboten werden. Die Forderung dieser Haltung der Firma müsse sie sich selbst ausprechen.

Der Kampf gegen den Metallindustriearbeitsnachweis in Leipzig. Die über den Arbeitsnachweis verhängte Sperre übt nach wie vor ihre ungeschwächte Wirkung aus, so daß sich in einer großen Anzahl Betriebe starker Mangel besonders an geleerten Arbeitern bemerkbar macht. Die Sperre und die damit verbundene Verweigerung der Ueberstunden äußert sich aber auch in einer ganzen Reihe von Differenzen, so daß sich die Arbeiter in der Leipziger Metallindustrie auch innerhalb der Betriebe um beständigen Kriegszustand befinden. Da es den Unternehmern unmöglich ist, in Leipzig Arbeitskräfte zu erlangen, machen sie die kampfhaftesten Verjude, solche von auswärts heranzuziehen. So sucht die Firma Smidovski Dreher und Schlosser in den bürgerlichen Blättern in Eisenburg, Saalfeld, Hofslau und Altenburg, auch in Magdeburg werden durch Inserate Arbeiter nach Leipzig gesucht. Wir ermahnen die Arbeiterblätter, darauf hinzuwirken, daß die Metallarbeiter Leipzig unter allen Umständen zu meiden haben. Die Unternehmer setzen große Hoffnungen auf die in den nächsten Wochen eintreffenden Reservisten. Die Leipziger Verwaltungshilfe des Metallarbeiterverbandes richtet daher an alle Eltern die Bitte, ihre Söhne, soweit sie Metallarbeiter sind und jetzt vom Militär entlassen werden, von der Sachlage zu unterrichten und sie zu veranlassen, erst gar nicht nach Leipzig zu kommen. Dasselbe Ergehen wird auch an alle Metallarbeiter gerichtet, soweit sie Freunde haben, mit denen sie im Briefwechsel stehen oder deren Adresse ihnen bekannt ist. Es muß unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß die Hoffnung der Unternehmer zufruchtbar wird.

Stadtverordneten-Versammlung. Am Donnerstag nächster Woche wird wiederum eine Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums abgehalten. Auf der Tagesordnung stehen in erster Linie einige Anfragen, u. a. die bereits mitgeteilten Anfragen des Stadtv. Froberg, ferner die Anträge des Stadtv. Wolff 2 und Genossen betreffs der Fleischsteuerung sowie eine Anfrage, welche sich auf die Aufbesserung der Löhne der städtischen Arbeiter bezieht. Eine neuausgearbeitete Vorlage betrifft die Erneuerung der Einfriedigungsmauer um den Kirchplatz in Nothengasse.

Geschäftsverkehr an den drei Messiontagen. An den drei Messiontagen dieses Jahres ist ein verlängerter Geschäftsverkehr in Magdeburg in den offenen Läden nicht freigegeben. Die Geschäftsunzeit im Handelsgerwerbe ist also an diesen drei auf den 18. und 25. September sowie 2. Oktober fallenden Sonntagen dieselbe wie an jedem andern Sonntag. Die Läden müssen von 2 Uhr nachmittags an geschlossen bleiben.

Schwurgericht Magdeburg. Die fünfte Schwurgerichtsperiode beginnt am 26. dieses Monats unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hildebrandt.

Die Eroberung der Luft. Aus Bork (Brandenburg) wird berichtet: Auf dem Flugfeld Marx flog am Freitag der Aviatiker Grade mit seinem kürzlich verbesserten Zweisitzmotor 64 Minuten 30 Sekunden. Nur die eintretende Dunkelheit zwang ihn zur Landung.

Achtung, Damenschneider und -schneiderinnen! Am Dienstag den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, findet in Richards Festsaal eine öffentliche Versammlung statt, in der Frau Luze (Dresden) über die Erwerbstätigkeit der Frau referieren wird. Man agitiere für zahlreiches Besuch! — Die Parteigenossen werden ersucht, ihre weiblichen Anverwandten, die dem Schneidergewerbe angehören, auf die Versammlung aufmerksam zu machen.

A. C. Die Einfuhr frischer Milch. Die Verdrängung der ausländischen Milch kommt auch im laufenden Jahre in einer nicht unerheblichen Verminderung der Milcheinfuhr zum Ausdruck, die wenn auch nicht so kurzweilig wie im Vorjahre erfolgt, sich doch auf 3 Prozent der uns vom Ausland zugeführten Milchmenge belief. In den ersten 7 Monaten des laufenden Jahres wurden 223 657 Doppelzentner frische Milch eingeführt gegen 230 784 Doppelzentner im Vorjahre und gegenüber der Referenzzahl von 281 746 Doppelzentner im Jahre 1908. Was die einzelnen Länder anbetrifft, so ist Dänemark von der ersten Stelle, die es noch bis zum Jahre 1909 unter den Milchlieferanten des deutschen Marktes eingenommen hatte, mit seinen Milchzufuhren nach Deutschland in der Menge von 65 315 Doppelzentnern in die zweite Reihe getreten und hat der Schweiz Platz machen müssen. Die Milcheinfuhr aus der Schweiz beträgt jetzt 34 Prozent der gesamten Milcheinfuhr Deutschlands und hat im letzten Jahre für die Monate Januar bis Juli eine Steigerung von 66 399 Doppelzentnern im Vorjahre auf 74 581 Doppelzentner oder um 9 Prozent zu verzeichnen. Auch Frankreich forciert seine Milchzufuhr nach Deutschland und vermochte im laufenden Jahre mit 23 074 Doppelzentnern für die ersten sieben Monate seine vorjährige Verfuhrung nach Deutschland um 7707 Doppelzentner oder um 53 Prozent zu steigern. Oesterreich-Ungarn, das bei seiner fortschreitenden industriellen Entwicklung und rasch zunehmenden Wohlhabenheit der Bevölkerung immer mehr die Produkte seiner Landwirtschaft selbst verbraucht, hat auch in diesem Jahre seinen Milchexport nach Deutschland merklich verringert und in den ersten sieben Monaten nur 32 932 Doppelzentner frische Milch gegen 41 000 bzw. 45 000 und 48 000 Doppelzentner in den Vorjahren nach Deutschland versandt.

Für Reservisten zur Beachtung! In einigen Wochen müssen die zum aktiven Militärdienst ausgehobenen Mannschaften zu ihrem Truppenteil einrücken. Den jungen Leuten ist dringend zu empfehlen, die Invalidenquittungskarten kurz vor dem Einstellungstermin umzutauschen, auch wenn die Gültigkeitsdauer der Karten noch nicht abgelaufen sein sollte. Es wird hierdurch verhütet, daß die Karten, die mit mehr oder weniger großen Markenzahlen einen besondern Wert besitzen, in der Militärdienstzeit verlegt werden oder sonst in Verfall geraten. Ferner sind solche Reservisten, gegen die ein Gerichtsverfahren schwebt, verpflichtet, vor ihrer Einstellung der Militärbehörde hiervon Anzeige zu machen. Sie werden eventuell nicht eher eingestellt, als bis die Militärbehörde die Angelegenheit erledigt hat. Bei einer Verurteilung während der Militärdienstzeit wird die vorhergehende Verurteilung der jungen Leute in ihre Organisationen, zum Zeitpunkt ihres Eintritts in die Truppe zu erfüllen, um sofort nach ihrer Entlassung wieder in die alten Rechte eintreten zu können.

Von der Baupolizei. Wie groß noch immer die Neigung ist, die Vorschriften der Baupolizei zu übertreten, dafür sind die im Jahre 1909 verhängten Strafen ein Beweis. Es sind Strafverfügungen erfolgt insgesamt 537, und zwar: Zwangsstrafen wegen Uebertretung der baupolizeilichen Vorschriften 16, Strafverfügungen in Baupolizeisachen 147, Strafverfügungen in Feldpolizeisachen 374. Im Vorjahre sind 422 Strafen festgesetzt worden, nämlich: 95 wegen Uebertretung baupolizeilicher Vorschriften und 327 wegen Uebertretung des Feld- und Feldpolizeigesetzes. Verhängungen in bau- und feuerpolizeilicher Hinsicht sind auf Grund der Bestimmungen vom 3. Januar 1883 auf 531, im Vorjahre auf 694 Grundstücken vorgenommen. Auf 70 Grundstücken wurden keine Verstöße gegen die bestehenden Vorschriften festgestellt. Zur Beseitigung der in 511 Grundstücken vorgefundenen Mängel sind die Grundstücksbesitzer angehalten worden. Die im Stadtgebiet vorhandenen 101 öffentlichen Versammlungsräume sind auf die Beschaffenheit ihrer Beleuchtungsanlagen (Beseitigung der Kronleuchter usw.) geprüft worden. Verstöße gegen die polizeilichen Vorschriften wurden nicht festgestellt. An Vorgebühen sind nach der Vorgebühenordnung vom 8. Februar 1908 in dem Verwaltungsjahre rund 61 000 Mark eingekommen gegen 45 033 Mark im Vorjahre.

Gesundheitsgefährliches Dörrrot. Jede Hausfrau sollte rohes Dörrrot vor der Zubereitung sorgfältig reinigen, wenn sie Gesundheitsgefährdungen verhüten will. Bekanntlich wird Dörrrot massenhaft aus Amerika bei uns eingeführt und diese Früchte werden, um sie dauerhaft zu machen, mit Schwefelsäure behandelt. Dieses Gift ist nach dem Gutachten des Medizinalrats Dr. Rejercin sehr gesundheitsgefährlich. Nach dem Ministerialerlaß ist zwar eine geringe Menge schwefeliger Säure gestattet, doch wird die von den Amerikanern zuweilen überschritten, oder aber sie ist schlecht verteilt. Denn in zwei Kisten amerikanischer Apfelfrüchte, die von dem hiesigen Kaufmann Friedrich Müller verkauft worden waren, war der Prozentfuß der schwefeligen Säure derart groß, daß er geeignet war, die menschliche Gesundheit zu schädigen. Müller wurde indes freigesprochen, da er die Früchte aus Amerika mit dem Arzte bezogen hatte, sie enthielten nicht mehr als die zugelassene Menge Schwefelsäure.

Zwei Nepper fanden am Mittwoch vor dem hiesigen Schöffengericht. Die Händler Karl Herr. Schulze und Emil Kamprecht wollten sich dadurch Geld verschaffen, daß Schülze Straßenpassanten ansprach, nach einem Anbänder fragte, bei dem er einen Ring verkaufen könne. Wenn dann, wie es bei solchen Fragen oft vorkommt, der Angesprochene sich den Ring zeigen ließ, sollte Kamprecht als scheinbar Unbeteiligter hinzukommen, den Ring höchlichst loben, sich wohl auch erboten, ihn für einige Mark kaufen zu wollen. Dadurch würde sich dann, so rechneten die Händler, der Dritte bewegen lassen, den Ring für mehrere Mark zu kaufen. Sie hatten aber keinen Erfolg. Der Angeordnete ließ sich zwar den Ring zeigen, wurde aber fröhlich, als der hinzukommende Kamprecht behauptete, der Ring sei unter Brüdern 50 Mark wert. Ein Schurmann hatte den Vorfall beobachtet und nahm die Gauner fest, dabei stellte sich heraus, daß diese sich in Halle a. S. getroffen, dort die wenige Pfennige werten Ringe gekauft und lediglich nach Magdeburg gekommen waren, um hier Leute, die ihnen etwas besüchentlich erschienen, zu neppen. Das Urteil lautete auf je 4 Wochen Gefängnis.

Freireligiöse Gemeinde. Ueber den Religionskongress in Berlin wird am Sonntag, nachmittags 5 Uhr, Dr. Krauer im Gemeindefaß der Freireligiösen Gemeinde, Markstraße 1, sprechen. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

Die badischen Sturmgesellen.

Von Adolf Geck (Offenburg).

Der Magdeburger Parteitag bekam ein erweitertes Arbeitspensum; sein Programm erfuhr bald nach der offiziellen Bekanntmachung eine unvorhergesehene Erweiterung. Genosse Bebel wurde unter die Berichterstatter des Parteivorstandes eingereiht mit dem Auftrag, über das Thema „Die badische Budgetbewilligung“ zu sprechen. Kein Zweifel; die südwestliche Wetterrede des Reiches, die einstige Bürgerrepublik von 1849, mit dem Großherzog an der Spitze, lieferte dem heurigen Kongress der deutschen Sozialdemokratie die Hefe, um eine aufregende Gärung eintreten zu lassen. Nach dem Vorspiel draußen in der deutschen Parteigenossenschaft zu schließen, wird dieser spätgeborene Punkt des mannigfaltigen Arbeitsstoffs zur tragischen Höhe des Konvents werden.

Am Dies irae (Tage des Bornes) des 15. Juli d. J. gaben 17 Genossen der badischen sozialdemokratischen Kammerfraktion bei der Schlußabstimmung dem Finanzgesetz ihren Segen, bewilligten also das Budget; die drei übrigen enthielten sich der Abstimmung. Diese Zustimmung zum Budget überraschte deshalb, weil nach dem objektiven Urteil über den Verlauf der landständischen Legislatur 1909/10 auch nicht der Schein eines Grundes bemerkbar war, der ein Abweichen von dem Nürnberger Gebot zu empfehlen vermochte. In der Fraktion war man noch bis zum Morgen des 15. Juli darüber einig, daß eine Ablehnung des badischen Etats statzfinden habe. Am 4. Juli motivierte der protokollierte Fraktionsbeschuß das negierende Verhalten mit dem ethischen Argument, daß „die politische Ehre es der sozialdemokratischen Fraktion verbiete“, der badischen Regierung mit der Genehmigung des Finanzgesetzes das Vertrauen der sozialdemokratischen Partei auszusprechen. In Gründen fargte man nicht. Die großherzogliche Regierung habe es durch mehrere Minister wiederholt abgelehnt, die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der badischen Sozialdemokraten anzuerkennen; den Beamten und Staatsarbeitern würde die Befähigung ihrer sozialdemokratischen Gefinnung die Existenz gefährden, den Bürgern dieses politischen Bekenntnisses — so verkündete der Minister des Innern, Herr von Podman, noch zu guter Letzt — seien aus monarchischen Erwägungen die Pflichten der badischen Bezirksräte, also der kleinen Selbstverwaltungskörperschaften, verschlossen.

Dazu kamen einige sehr wichtige „Bonderabilien“, die das politische Ehrgefühl der badischen Kammerfraktion am meisten berührten. Der Landtag ging farg und ablehnend an den parlamentarischen Antagonismus der badischen Abgeordneten.

Diersteuer ersäuterte die Existenz zahlreicher Brauereiarbeiter, während Tag für Tag das Heer der in ihrem ohnehin elenden Erwerb ganz oder teilweise erschütterten Proletarier der Tabakindustrie im badischen Lande in beklagenswerter Progression angewachsen war. Das von dem badischen Ministerium früher mit Sozialversicherungs begründete Problem der Arbeitslosen-Versicherung sollte jetzt Wurzel fassen; die Sozialdemokraten forderten die Kleinigkeit von 100 000 Mark als erste Etatsrate zur Förderung der kommunalen Arbeitslosenversicherung im Mutterland Baden.

Von der Notwendigkeit einer solchen Methode „praktischer Arbeit“ waren die bürgerlichen Parteien nicht entzückt und die Regierung nicht überzeugt; hier mußte die „geplante Finanzlage“ die Phrasen liefern für die erhellte Notwendigkeit, den Daumen auf den gestülften Staatsfädel zu drücken, auf welchen es die arbeitende Klasse mit wenigen Hunderttausenden für die Abwehr dringender Not abgehoben hatte.

Noch kommt zur Anlage wider das badische Kontingent des deutschen Bundesrats die irreführende Kontinuität hinzu, daß die Podman, Gönzler und Genossen zu der ganzen agrarischen Volksauslaugung vom Soldatentum bis zur verderblichen Finanzreform die Zustimmung erteilten: schließlich auch gegen die Einführung der Stromzelle den äußersten Widerstand einstellten.

Am Abend des 13. Juli, als die Erste Kammer, das badische Herrenhaus, über das Schicksal der Podman'schen Novelle zur Gemeinde- und Städteordnung erwärend mußte und der ultramontane Zunker von Stöckingen eine Art Udenburg-Philippika gegen die Sozialdemokratie gehalten hatte, sprach Minister von Podman jenes berühmte Wort gelassen aus:

Die Sozialdemokratie ist nicht als Kammer zu bezeichnen, gar nicht an. Sie ist zu demütigen, so wie die Monarchie und die Staatsregierung schlicht, andererseits ist sie aber eine großartige Bewegung zur Lösung des sozialen Staates, und da verdient sie Entgegenkommen. Man wird jeweils prüfen müssen, welche Forderungen berechtigt sind und welche unannehmbar sind.

Am 11. Juli, als das Finanzgesetz auf der Tagesordnung der Zweiten Kammer stand, erklärte sich kurz vorher in der Fraktionsbesprechung eine Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten (17 gegen 3) bereit, mit Rücksicht auf den Verlauf jener Sitzung der Ersten Kammer dem Finanzgesetz die Zustimmung zu erteilen. Genosse Doktor Frank begründete dieses Vorum im Plenum der Zweiten Kammer mit folgender Erklärung:

Es läge nahe, durch die Ablehnung des Finanzgesetzes dagegen zu demonstrieren, daß wir noch immer nicht als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden. Wir setzen uns auf die politische Situation oder, wie sie sich in der letzten Zeit gehalten hat, vergißen wir auf diese Demonstration und stimmen für das Finanzgesetz.

Ähnlich wie das Gesetz der neuen Gemeinde- und Städteordnung am 15. Juni wurde auch das Finanzgesetz am 14. Juli mit sämtlichen Stimmen der anwesenden bürgerlichen und sozialdemokratischen Abgeordneten angenommen. Bei beiden Abstimmungen hatten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten Geck, Monich und Stöckinger, welche in der Fraktion sich als Gegner der Zustimmung bekannt hatten, aus dem Sitzungssaal entfernt. Nur Genosse Stöckinger stimmte bei der zweiten Abstimmung über das von der Ersten Kammer mit Änderungen herübergekommene Gesetz der Gemeinde- und Städteordnung für dasselbe.

Bezüglich des Verhaltens der drei sozialdemokratischen Parlamentarier ist darauf zu verweisen, daß bei der Budgetbewilligung vor zwei Jahren die Genossen Eichhorn, Geck und Lehmann, welche Gegner der Zustimmung waren, ebenfalls den Sitzungssaal verlassen haben. Es entspricht diese Abstinenz den Fraktionsbeschlüssen, die das Bild einer Zersplitterung der sozialdemokratischen Fraktion bei der namentlichen Abstimmung über wichtige Gesetzesvorlagen vermieden haben wollen.*)

Im übrigen beriefen sich die Genossen Monich und Stöckinger, wie im Landtagsreferat des badischen Parteitags mitgeteilt worden ist, für ihre ablehnende Haltung nicht auf die Beschlüsse der Parteitage der deutschen Sozialdemokratie. Genosse Stöckinger stimmte auf dem Nürnberger Parteitag mit den jüdischen 66.

Es geschah sodann ebenfalls „mit Rücksicht auf die politische Situation“ (d. h. auf die Stellung der badischen Sozialdemokratie im Großblock der Zweiten Kammer und die Auscheidung des Zentrums aus dem Kammerpräsidium), wenn die Fraktion im Gegensatz zur bisherigen Taktik zwei Repräsentationen beschloß. Zunächst beauftragte sie die beiden Vertreter der Fraktion im Kammerpräsidium, den ersten Vizepräsidenten Geiß und den Schriftführer Pfeiffle, an der im September durch das Kammerpräsidium im Schloße vorzunehmenden Beglückwünschung des großherzoglichen Ehepaars zur Feier der silbernen Hochzeit teilzunehmen, also in einem Zeitpunkte, da der Landtag längst geschlossen und die Existenz eines Kammerpräsidiums verfassungswidrig längst aufgehoben ist.

Sodann stellte die sozialdemokratische Fraktion ihren Mitgliedern frei, an der pompösen Feier des Landtagschlußes teilzunehmen, wenn der Großherzog nicht persönlich erscheint, sondern sich durch den Staatsminister vertreten läßt. So fand sich denn die Hälfte der Fraktion

dem angehörigen Genossen hatten sich auch der Hofe vorzustellen, weil die Konstituierung des Kammerpräsidiums dem Großherzog schriftlich angezeigt wurde. Wegen des Verkehrs mit der Krone schreibt die badische Verfassung im § 67 vor:

Sie (die Kammer) können den Großherzog unter Angabe der Gründe um den Vorschlag eines Gesetzes bitten. Eine Bitte um Vorlage eines Gesetzes darf nur dann von einer Kammer an den Großherzog gebracht werden, wenn dieselbe zuvor der andern Kammer mitgeteilt und dieser Gelegenheit gegeben worden ist, sich darüber auszusprechen.

Eine andre Bestimmung als diese antiquierte Vorschrift kennt die badische Verfassung nicht; sie ist praktisch ohne Belang, da die Abgeordneten selber Gesetzesvorlagen einreichen können. Nebenbei verpflichtet der § 67 die Regierung zu nichts.

Die Geschäftsordnung der Zweiten Kammer enthält nur eine „höfliche“ Bestimmung im § 74, der von den Deputierten handelt:

Deputierten, die nach eingeholter Erlaubnis*** an den Großherzog anwesend werden, bestehen aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten, den Sekretären und aus einer von der Kammer zu bestimmenden Anzahl anderer Mitglieder, die durch das Los gewählt werden.

Für eine Beteiligung an dem Zeremoniell der Eröffnung und Schließung des Landtags oder für eine Gratulationsbesuche bei Hofe kann der Wortlaut der Verfassung nicht angeführt werden. Die zugelegte Teilnahme unserer Genossen an der Hochzeitsfeier des Hofes fällt in eine Zeit, wo das Präsidium der Kammer gesetzlich nicht mehr existiert.

Am 24. Mai 1909 wurde in 55. Sitzung der Zweiten Kammer das Budget einstimmig genehmigt. Es stimmten von der sozialdemokratischen Fraktion dafür: Derschbach, Hendrich, Geiß, Aramer, Edificius, Schuler. (Der Abgeordnete Geck fehlte.) Die Landesversammlung der badischen Sozialdemokratie billigte mit Mehrheit die Haltung der Fraktion. In der Parteipresse

*) Sie ist in der Nummer 192 des „Vorwärts“ 1. Beilage vom 19. August d. J. unübersehbar dargestellt worden. Es wurde der Prop. Geck durch einen Fraktionsbeschuß daran gehindert, im Plenum der Zweiten Kammer seine Auffassung über die §§ 67, 74 der badischen Verfassung bzw. Geschäftsordnung des Landtags darzulegen, welche nach Gecks Auffassung eine Teilnahme an der Gratulation bei Hofe nicht obligatorisch machen.

**) Die Festsetzungen und Schriftführerstellen sind nicht Angelegenheiten der Verleserung, sondern des Hofes. Das Programm bestimmt auf ausdrücklichen Befehl der Oberherrenmänner des Großherzogs, wobei auch den Abgeordneten genau vorgezeichnet wird, in welcher Umkleung ihrer Leiber sie zu erscheinen haben. Gestatten führen die landständischen Abstammungen an die vorgerichteten Klänge. Die Minister erscheinen in Ball, die Offiziere unter dem Oberquartier teilweise in Uniform.

***) Der § 75 der Verfassung schreibt vor, daß zur Abstimmung der Deputierten von dem Großherzog die Erlaubnis eingeholt werden muß.

entstand dann eine Polemik, wobei merkwürdigerweise die Mannheimer „Volksstimme“ die kategorische Aufforderung an das Berliner Zentralorgan „Vorwärts“ richtete, er möchte zur Frage der badischen Budgetbewilligung Stellung nehmen. Von Berlin kam auch die Antwort, daß im Jahre 1894 durch Beschluß des Frankfurter Parteitags die Meinung der weit überwiegenden Mehrheit der Partei dahin festgestellt worden sei, daß den Etats der Einzelstaaten unmöglich zuzustimmen ist. Diese Auffassung wurde dann in dem 1901 erschienenen Handbuch für die badische Landtagswahl als unzutreffend erklärt, weil das aus der Abstimmung hervorgegangene Amendement Stadthagen einen restlichen Kumpfdarstelle, mit welchem absolut nichts anzufangen sei. Dafür spräche auch die Erklärung Bebel's. Von einem Verstoß gegen Parteiprogramm oder Parteibeschlüsse könne nicht die Rede sein.

Es muß bemerkt werden, daß der damalige Delegierte für Karlsruhe, Genosse Ad. Güber, eine Zustimmung zu einem Etat, der Ausgaben für Kirchen und Anlagen enthalte, für unmöglich hielt.

Der Parteitag in Lüneburg (1901) mußte sich, nachdem die badischen Genossen eine andre Stellung als die Bayern, Württemberger und Sachsen eingenommen hatten, wieder mit der Budgetbewilligung befassen. Bebel legte im Einverständnis mit den anwesenden Vertretern der bundesstaatlichen Fraktionen eine Resolution in prinzipieller Fassung vor; er äußerte seine Bedenken nur gegen den dritten Satz, welcher in bestimmten Fällen eine Ausnahme von der Regel der Verweigerung des Budgets gestattete. Der Antrag Singer wurde abgelehnt, welcher forderte, daß in der Resolution Bebel der letzte Absatz gestrichen werde. Es lautet die Lübecker Resolution gemäß dem Bebel'schen Vorschlag:

In Ermägung, daß die Einzelstaaten ebenso wie das Reich den Charakter des Klassenstaates tragen und der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung nicht einzäumen, sondern in ihrem Wesen als Organisation der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzusehen sind, spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und den Grundfäden des proletarischen Klassenkampfes setzen und insbesondere das Gesamtbudget normalerweise ablehnen.

Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.

Im August 1908 stimmte die badische Landtagsfraktion wieder für das Finanzgesetz; damals entfernten sich die Abgeordneten

verhältnismäßig erhebliche Beträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne angefordert werden, stimmt die sozialdemokratische Fraktion für das Gesetz. Die Abstimmung selbst ein Vertrauensvotum für die Regierung sein. Die Politik des Ministeriums (von Dusch-Podman, D. C.) wird vielmehr bisher, von der Fraktion energisch bekämpft werden, da die Regierung wiederholt in Wort und Tat... den Grundgedanken sozialbürgerlicher Gleichheit gegenüber Angehörigen der sozialdemokratischen Partei verlegt, und durch ihre Haltung im Bundesrat, namentlich auch bei Beratung der Reichsfinanzreform, wichtige Volksrechte schädigte.

Nachdem die sozialdemokratische Fraktion am Zustandekommen der Beamtengesetze nach besten Kräften mitgearbeitet hat, hält sie sich für verpflichtet, mitzuwirken bei der Beschaffung der Mittel, die zur Ausführung dieser Gesetze notwendig sind. Nur aus diesem Grunde hat die Fraktion es unterlassen, ihr Mißtrauen gegen die Regierung durch Ablehnung des Gesamtaals zum Ausdruck zu bringen.

Der Beschluß des Nürnberger Parteitags ist bekannt. Es muß zur Vervollständigung der parteigeschichtlichen Momente noch auf die Dresdner Resolution hingewiesen werden. Unter den Mitgliedern der heutigen badischen Landtagsfraktion stimmten für den Dresdner Parteitagbeschuß die Genossen Dr. Frank, Geck und Klob.

Es steht fest, daß die mit den Parteitagbeschlüssen kontrastierende Entwicklung der parlamentarischen Taktik der badischen sozialdemokratischen Kammerfraktion verursacht ist durch die ungeschriebene Vereinbarung der zum sogenannten Großblock in Baden zusammengeschlossenen Parteien der Nationalliberalen, Fortschrittlichen Volkspartei und Sozialdemokraten. Die unsrer Vergangenheit unwürdigen Konzeptionen an die Gegner begannen in der letzten Landtagsession schon bei der Präsidentenwahl und endigten mit Verpflichtungen zur Ministerretterei und zu höflichen Kundgebungen. Führer der nationalliberalen Partei rühmen ihrer bürgerlichen Kammerfraktion nach, daß der Nationalliberalismus, der sich nicht das mindeste in Großblockverhältnis gegenüber der Sozialdemokratie ergeben habe, sich eines „heilsamen“ Einflusses auf die Erziehung der Sozialdemokratie zur praktischen Mitarbeit rühmen könne, wobei unsre Partei öfters Entgegenkommen zeigte durch Verzichtleistung auf Forderungen grundsätzlicher Natur. Solcherart kamen die Errungenschaften der Session, das Schulgesetz sowie die Gemeinde- und Städteordnung zustande.

Die badische Parteipresse antwortete auf dieses böse Zeugnis aus dem Munde liberaler Blockgenossen mit der Unhöflichkeit, daß der Chef der nationalliberalen Kammerfraktion, Herr Geh. Hofrat Rebmann, mit seinem Akte nicht ernst zu nehmen sei.

Die deutsche Sozialdemokratie wird jedenfalls auf die gegnerischen Zeugnisse verzichten. Der Magdeburger Parteitag wird die Grundlagen für die Beurteilung der „Reaktion badischer Sturmgesellen“ aus den Tatsachen nehmen, zu deren Würdigung und Ergänzung diese Zeilen gewünscht wurden.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 219.

Magdeburg, Sonntag den 18. September 1910.

21. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 54 Seiten.

Verbandstag der Gewerbegerichtsbesitzer (Arbeitnehmer) Deutschlands.

Nach einleitenden Berichten des Vorsitzenden und des Gewerbegerichts-Direktors Dr. Brenner (München) über die Gesetgebung betreffend den Arbeitsvertrag seit der letzten Tagung und des Rechtsanwalts Dr. Baum (Berlin) über die Literatur zum Arbeitsvertrag wurde in die Behandlung eines der Hauptpunkte der diesjährigen Tagung getreten: Die Ausdehnung der Gewerbegerichte zu Arbeitsgerichten. Berichterstatter Dr. Miller (Frankfurt a. M.) führte aus, daß kein Grund vorliege, die schnelle, billige und den beteiligten Berufsgruppen besonders vertrauenswürdige Rechtsprechung der Gewerbegerichte lediglich auf die gewerblichen und kaufmännischen Kreise zu beschränken. Vielmehr sei es notwendig, sie auf alle Arbeitsvertragschließende auszudehnen. Neben forderte dabei die Ausdehnung der Gewerbegerichte zu Arbeitsgerichten und der Verteilung aller Berufsgruppen. Dagegen ist eine Vielheit von Sondergerichten für einzelne Berufe entschieden abzulehnen, da sie zu einer Zerstückelung der Rechtsprechung führen würde. Eine Angliederung der Arbeitsgerichte an die ordentliche Gerichte sei weder zweckmäßig noch notwendig. Stadtrat Dr. Glücksman (Magd.) erwidert ebenfalls keinen Grund, den erweiterten Rechtsschutz nicht auch auf andere in abhängiger Lebenslage befindliche Berufsgruppen auszudehnen. In diese Klasse gehören vor allem die Arbeiter der Landwirtschaft, das Gefinde, die Krüppeln, die Musiker, die Angehörigen des Transportgewerbes und andere, die sich jetzt alle in ungünstiger Lage befinden. Noch schlimmer sei aber die Lage derjenigen, bei denen die Zuständigkeit zweifelhaft sei. Hier könne nur Abhilfe durch Begründung von allgemeinen Arbeitsgerichten geschafft werden, denen alle Streitigkeiten unterstellt werden für sämtliche Personen, die in abhängigem Dienst- oder Arbeitsverhältnis sich befinden. Es wird damit beiden Wirkungsklassen gedient, denn auch die Unternehmer haben ein Interesse an einer schnellen sachgemäßen Rechtsprechung, wenn einmal der Arbeitsplatz geräumt ist. (Beifall.)

Redakteur Schlich (Berlin) bespricht die Frage der Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte und ihre Ausgestaltung zu Arbeitsgerichten vom Gesichtspunkt der technisch-industriellen Beamtenschaft, von denen schon jetzt 60 Prozent der Sondergerichtsbarkeit unterliegen. Die übrigen 40 Prozent sind in ihrer sozialen Lage nicht besser gestellt als die kaufmännischen Angestellten.

Robert Schmidt (Berlin) wendet sich mit größter Schärfe gegen die Angliederung der Gewerbegerichte an die Amtsgerichte. Wenn das geschehen würde, dann würden nicht die guten Eigenschaften der Gewerbegerichte auf die Amtsgerichte übergehen, sondern die schlechten Eigenschaften der Amtsgerichte würden übergehen auf die Gewerbegerichte. (Zustimmung.) Es war kein Vorbehalt, als die Gewerbegerichte geschaffen wurden, sondern damals war der Gedanke selbst das Laienem.

Die Gewerbegerichte sind nicht zu unterwerfen, dann würden die Schöffen in die Kasse der Amtsgerichte gehen, dann würden die Schöffen die Schöffen der Amtsgerichte sein, sondern die Schöffen sind die Schöffen der Gewerbegerichte, die Kasse der Amtsgerichte.

Ueberbürgermeister Cuny (Hagen): Der Grundgedanke, der unsere Verhandlungen durchzieht, ist der, daß allseitig als notwendig erachtet wird, die Vorgehensweise der gewerblichen Rechtsprechung, nämlich Schnelligkeit und Billigkeit des Verfahrens und Mitwirkung von Sachverständigen-Laien möglichst allen denen zugute kommen zu lassen, die auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sind. Dahinter steht der Gedanke, daß für alle Angestellten ein einheitliches materielles Recht geschaffen werden sollte.

Eine Reihe von Rednern aus den Kaufmanns- und Techniker-Organisationen erklärt sich für das einheitliche Arbeitsgericht unter Berücksichtigung der Besonderheit ihres Berufs; ebenso befürwortet man von dieser Seite die Vereinfachung des Privatangelegenheitsrechts, nur der Vertreter des deutsch-nationalen Handlungsgewerkschaften-Verbandes nimmt hierin eine abweichende Stellung ein.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung der Knopfabriker in Schmölln. Am 13. September haben die Arbeiter, gestützt auf ihre gute Organisation, den Unternehmern Forderungen unterbreitet, und zwar verlangen sie eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 57 Stunden, Erhöhung der Löhne um 15 bis 20%, Aufschlag für Überstunden, Abschaffung des Lichtgeldes und sonstiger Mißstände. Die Fabrikanten dieser Industrie erzielen große Gewinne und werden hoffentlich bereit sein, die Lage dieser eben bezahlten Arbeiter zu verbessern. Es kommen rund 400 Arbeiterinnen mit in Betracht.

Ein Mühlenarbeiterstreik brach Freitag morgen in Böllberg bei Halle a. S. aus. Von 95 Beschäftigten blieben 3 in Arbeit. Wiederholte gütliche Vorstellungen, die Diktation möge die kümmerlichen Löhne von 32 Pfg. pro Stunde um 5 Pfg. pro Stunde aufheben, blieben unbeachtet. Die Diktation verschänkte sich hinter der Ausrufe, daß schlechter Geschäftsgang eine Lohnherabsetzung verbiete. Durch den Ausschlag wurden die Betriebe stillgelegt.

Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in Rheinland-Westfalen. Die Verhandlungen mit den Brauereiunternehmern sind gescheitert. Die Brauereien lehnten es ab, für Malzküppeln, Heizer, Bierfahrer und andre Hilfsarbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten zu lassen.

Das neue Stellenvermittlergesetz, das am 1. Oktober in Kraft tritt, war Gegenstand einer Beratung der Funktionäre des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen. Das Resultat dieser Beratungen war die Annahme folgender Resolution:

Die Konferenz erweist in dem neuen Stellenvermittlergesetz und den Ausführungsbestimmungen für das Gastwirts-gewerbe einen bedeutenden Fortschritt auf dem Wege zur gänzlichen Beseitigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung an, bedauert jedoch, daß nicht die völlige Beseitigung der gewerkschaftlichen und der einseitigen Interessens-Arbeitsnachweise durch die Schaffung paritätischer Arbeitsnachweise von Staats- oder Gemeinde wegen durch das Gesetz bestimmt wird. Die Versammelten betonen erneut die Pflicht aller Ortsverbände, auf Errichtung städtischer, paritätischer Arbeitsnachweise, wo dies noch nicht geschehen, zu dringen. Insoweit, als durch paritätische Arbeitsnachweise bzw. deren Fachabteilungen dem Bedürfnis für die Arbeitsvermittlung im Gastwirts-gewerbe Rechnung getragen wird, sind die Arbeitsnachweise des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen aufzugeben und den paritätischen Arbeitsnachweisen anzuschließen.

Der Verband hat für die nächsten Wochen circa 100 öffentliche Versammlungen eingeplant, in welchen dieser Gegenstand behandelt werden soll.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 17. September 1910.

Zum Parteitag! Karten zur Eröffnungsfeier sind auch am Sonntag am Eingang zum „Luisenpark“ noch zu haben. Zutritt zur Versammlung unter freiem Himmel haben nur die, die eine Karte zur Eröffnungsfeier oder eine Dauerkarte haben.

Öffentliche Volksversammlung. Man schreibt uns: Einer der ständigen Besucher sozialdemokratischer Parteitage ist der bekannte demokratische Politiker Herr von Gerlach. Seine Anwesenheit auf dem diesigen Parteitag benutzte die hiesige Ortsgruppe der Demokratischen Vereinigung zu einer öffentlichen Versammlung, in der der genannte Herr über das zeitgemäße Thema „Die kommenden Wahlen und die Demokratie“ sprach wird. Die immer haben Frauen und Männer aller Parteien Zutritt. Die Versammlung findet am Donnerstag den 22. d. M. in Richardts Festsaal, Apfelstraße, statt. An den Vortrag schließt sich eine freie Aussprache. (Alles Nähere im Injekt.)

In zwei stark besuchten Fabrikversammlungen, die am Dienstag und Donnerstag dieser Woche im „Thalia“-Saal (Budaun) und bei Stiller (Zernersleben) stattfanden, rechneten die R. Wölfchen Arbeiter mit den gelben Drahtziehern ab. Der Vorstand des Arbeitervereins und der „Arbeitersekretär“ Schäfer waren eingeladen. Diese Herrschaften, die in abgeschlossenen Konventikeln den Mund nicht voll genug nehmen können, um den „Lug und Trug“ der Verbands- und „Volksstimmen“-Leute in allen Farben zu schilbern, hatten der Tappereit besjener Teil gehauptungen selbst vor dem Gros der Werkvertragsmitglieder wie lofer Plunder zusammenfallen und die von ihnen entwickelte Tätigkeit nach Lebusischem Rezept nichts weiter als eine Auslieferung der Arbeiter an das Unternehmertum ist. Hähnlein zeigte beiden Versammlungen die Verlogenheit der gelben Vereinsmacher. Denunzianten und Vorgelegte mühten in Aktion treten, um diese widerlichen Vereine lebensfähig zu halten. Der Bericht des Vorstandes über die Versammlungen im Bund verschweigte, daß Hoffmeister den „Schriftleiter“ Lebus einen Lump und Schuft genannt habe. Unter brauender Zustimmung der Versammelten erklärte der Redner, daß die R. Wölfchen Arbeiter den Vorsitzenden Hoffmeister genau so beurteilen wie dieser den Lebus, denn die Verbindung mit dem letztern und seinem „Bund“ werde nicht abgebrochen. Die Begründung, die der Verein durch die Firma erfahre, bestehe nicht nur in der finanziellen Beihilfe. Ein Heiligschilde gebe während der Arbeitszeit an die „Vertrauensleute“ des Werkbereins den „Bund“ aus. Während der Arbeitszeit geben diese das Blatt an die Mitglieder weiter. Dagegen habe der Betriebsleiter Rolle einen Arbeiter entlassen, weil dieser, obwohl nicht organisiert, Ausrittserklärungen aus dem Arbeiterverein auf Verlangen an Werkvertragsmitglieder abgegeben habe. Ferner habe auch der Geldgießermeister nach seinem eignen Zugeständnis aus die Arbeiter „eingewirkt“, dem Verein bezuhreten. Was den Gelben erlaubt sei, könne den Noten nicht verholen werden. Die Forderung dieser Haltung der Firma müße sie sich selbst zuschreiben.

Der Kampf gegen den Metallindustrienarbeitsnachweis in Leipzig. Die über den Arbeitsnachweis verhängte Sperre löst nach wie vor ihre ungeschwächte Wirkung aus, so daß sich in einer großen Anzahl Betriebe starker Mangel besonders an gelehrten Arbeitern bemerkbar macht. Die Sperre und die damit verbundene Verweigerung der Liebesfründen äußert sich aber auch in einer ganzen Reihe von Differenzen, so daß sich die Arbeiter in der Leipziger Metallindustrie auch innerhalb der Betriebe um beständige Kriegszustand befinden. Daes den Unternehmern unmöglich ist, in Leipzig Arbeitskräfte zu erlangen, machen sie die krampfhaftesten Versuche, solche von auswärts heranzuziehen. So sucht die Firma Stübner & Dreher und Schlober in den bürgerlichen Wäldern in Eilenburg, Saalfeld, Krosen und Altenburg, auch in Magdeburg werden durch Insestante Arbeiter nach Leipzig geholt. Wir ersuchen die Arbeiterblätter, darauf hinzuweisen, daß die Metallarbeiter Leipzig unter allen Umständen zu meiden haben. Die Unternehmern setzen große Hoffnungen auf die in den nächsten Wochen eintreffenden Reservisten. Die Leipziger Verwaltungsjstelle des Metallarbeiterverbandes richtet daher an alle Eltern die Bitte, ihre Söhne, soweit sie Metallarbeiter sind und jetzt vom Militär entlassen werden, von der Sache zu unterrichten und sie zu veranlassen, erst gar nicht nach Leipzig zu kommen. Das selbe Eruchen wird auch an alle Metallarbeiter gerichtet, soweit sie Freunde haben, mit denen sie im Briefwechsel stehen oder deren Adresse ihnen bekannt ist. Es muß unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß die Hoffnung der Unternehmern zunichte gemacht wird.

Stadtverordneten-Versammlung. Am Donnerstag nächster Woche wird wiederum eine Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums abgehalten. Auf der Tagesordnung stehen in erster Linie einige Anfragen, u. a. die bereits mitgeteilten Anfragen des Stadtv. Prober, ferner die Anträge des Stadtv. Wolff 2 und Genossen betreffs der Fleischsteuer sowie eine Anfrage, welche sich auf die Aufbesserung der Löhne der hiesigen Arbeiter bezieht. Eine neu ausgearbeitete Vorlage betrifft die Erneuerung der Einriedigungsmauer um den Kirchplatz in Rothenjoc.

Geschäftsverkehr an den drei Messmontagen. An den drei Messmontagen dieses Jahres ist ein verlängertes Geschäftsverkehr in Magdeburg in den offenen Läden nicht freigegeben. Die Beschäftigungszeit im Handels-gewerbe ist also an diesen drei auf den 18. und 25. September sowie 2. Oktober fallenden Sonntagen dieselbe wie an jedem andern Sonntag. Die Läden müssen von 2 Uhr nachmittags an geschlossen bleiben.

Schwurgericht Magdeburg. Die fünfte Schwurgerichtsperiode beginnt am 26. dieses Monats unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hildbrandt.

Die Eroberung der Luft. Aus Dorl (Brandenburg) wird berichtet: Auf dem Flugfeld Marx flog am Freitag der Aviatiker Grabe mit seinem kürzlich verbesserten Zwittermotor 64 Minuten 30 Sekunden. Nur die eintretende Dunkelheit zwang ihn zur Landung.

Achtung, Damenschneider und -schneiderinnen! Am Dienstag den 20. September, abends 8½ Uhr, findet in Richardts Festsaal eine öffentliche Versammlung statt, in der Frau Luge (Dresden) über die Gewerkschaft der Frau referieren wird. Man agitiere für zahlreichen Besuch! Die Parteigenossen werden erlucht, ihre weiblichen Anwandten, die dem Schneidergewerbe angehören, auf die Versammlung aufmerksam zu machen.

A. C. Die Einfuhr frischer Milch. Die Verdrängung der ausländischen Milch kommt auch im laufenden Jahre in einer nicht unerheblichen Verminderung der Milcheinfuhr zum Ausdruck, die wenn auch nicht so kurzweilig wie im Vorjahre erfolgt, sich doch auf 3 Prozent der uns vom Ausland zugehenden Milchmenge belief. In den ersten 7 Monaten des laufenden Jahres wurden 223 657 Doppelzentner frische Milch eingeführt gegen 230 784 Doppelzentner im Vorjahre und gegenüber der Rekordbzahl von 281 746 Doppelzentner im Jahre 1908. Was die einzelnen Länder anbetrifft, so ist Dänemark von der ersten Stelle, die es noch bis zum Jahre 1909 unter den Milchlieferanten des deutschen Marktes eingenommen hatte, mit seinen Milchzufuhren nach Deutschland in der Menge von 65 315 Doppelzentnern in die zweite Reihe getreten und hat der Schweiz Platz machen müssen. Die Milcheinfuhr aus der Schweiz beträgt jetzt 34 Prozent der gesamten Milcheinfuhr Deutschlands und hat im letzten Jahre für die Monate Januar bis Juli eine Steigerung von 66 399 Doppelzentnern im Vorjahre auf 74 581 Doppelzentner oder um 9 Prozent zu verzeichnen. Auch Frankreich forciert seine Milchzufuhr nach Deutschland und vermochte im laufenden Jahre mit 23 074 Doppelzentnern für die ersten sieben Monate seine vorjährige Verdrängung nach Deutschland um 7707 Doppelzentner oder um 53 Prozent zu steigern. Dessen ungeachtet, das bei seiner fortwährenden industriellen Entwicklung und rasi zunehmenden Wohlhabenheit der Bevölkerung immer mehr die Produkte seiner Land- und Viehwirtschaft selbst verbraucht, hat auch in diesem Jahre seinen Milchexport nach Deutschland merklich verringert und in den ersten sieben Monaten nur 32 932 Doppelzentner frische Milch gegen 41 000 bzw. 45 000 und 48 000 Doppelzentner in den Vorjahren nach Deutschland verhandelt.

Für Rekruten zur Beachtung! In einigen Wochen müssen die zum aktiven Militärdienst ausgehobenen Mannschaften zu ihrem Truppenteil einrücken. Den jungen Leuten ist dringend zu empfehlen, die Invalidenqualifikationskarten für 3 vor dem Einstellungstermin umzusetzen, auch wenn die Gültigkeitsdauer der Karten noch nicht abgelaufen sein sollte. Es wird hierdurch verhütet, daß die Karten, die mit ihrer mehr oder weniger großen Markenzahl einen besondern Wert besitzen, in der Militärdienstzeit verlegt werden oder sonst in Verlust geraten. Ferner sind solche Rekruten, gegen die ein Gerichtsverfahren schwebt, verpflichtet, vor ihrer Einlieferung der Militärbehörde hiervon Anzeige zu machen. Sie werden eventuell nicht eher eingeteilt, als bis das Verfahren abgelaufen ist. Die Rekruten sind verpflichtet, die Karten bei ihrer Einlieferung mit sich zu bringen und sie in die Karte zu stecken. Die Karten sind die Vorhergegangenen die jungen Leute ihre Organisationen, zum Zeitpunkt ihres Eintritts in die Truppe zu erfüllen, um sofort nach ihrer Entlassung wieder in die alten Rechte eintreten zu können.

Von der Baupolizei. Wie groß noch immer die Neigung ist, die Vorzeichen der Baupolizei zu übersehen, dafür sind die im Jahre 1909 verhängten Strafen ein Beweis. Es sind Strafbeschlüsse erfolgt insgesamt 537, und zwar: Zwangsstrafen wegen Uebertretung der baupolizeilichen Vorschriften 16, Strafverfügungen in Baupolizeisachen 147, Strafverfügungen in Feldpolizeisachen 374. Im Vorjahre sind 423 Strafen festgesetzt worden, nämlich: 95 wegen Uebertretung baupolizeilicher Vorschriften und 327 wegen Uebertretung des Feld- und Feldpolizeigesetzes. Bestrafungen in bau- und feuerpolizeilicher Hinsicht sind auf Grund der Bestimmungen vom 3. Januar 1883 auf 581, im Vorjahre auf 694 Grundstücken vorgenommen. Auf 70 Grundstücken wurden keine Verstöße gegen die bestehenden Vorschriften festgestellt. Zur Beseitigung der in 311 Grundstücken vorgefundenen Mängel sind die Grundstücksbesitzer angehalten worden. Die im Stadtgebiet vorhandenen 101 öffentlichen Versammlungsräume sind auf die Verschaffenheit ihrer Beleuchtungsanlagen (Beseitigung der Kronleuchter usw.) geprüft worden. Verstöße gegen die polizeilichen Vorschriften wurden nicht festgestellt. An Baugeldern sind nach der Baugeldverordnung vom 8. Februar 1908 in dem Verwaltungsjahre rund 61 000 Mark eingenommen gegen 45 033 Mark im Vorjahre.

Gesundheitsgefährliches Dörrobst. Jede Hausfrau sollte rohes Dörrobst vor der Zubereitung sorgfältig reinigen, wenn sie Gesundheitsgefährdungen verhüten will. Bekanntlich wird Dörrobst massenhaft aus Amerika bei uns eingeführt und diese Früchte werden, um sie dauerhaft zu machen, mit Schwefelsäure behandelt. Dieses Gift ist nach dem Gutachten des Medizinalrats Dr. Reserstein sehr gesundheitsgefährlich. Nach dem Mineralienverzeichnis ist zwar eine geringe Menge schwefeliger Säure gestattet, doch wird die von den Amerikanern zuweilen überschritten, oder aber sie ist schlecht verteilt. Denn in zwei Kisten amerikanischer Aprikosen, die von dem hiesigen Kaufmann Friedrich Winkler verkauft worden waren, war der Prozentatz der schwefeligen Säure derart groß, daß er acquirier war, die menschliche Gesundheit zu schädigen. Winkler wurde indes freigesprochen, da er die Früchte aus Amerika mit dem Urteil bezogen hatte, sie enthielten nicht mehr als die zugelassene Menge Schwefelsäure.

Drei Repper standen am Mittwoch vor dem hiesigen Schwurgericht. Die Händler Karl Herr Schulze und Emil Kamprecht wollten sich dadurch Geld verschaffen, daß Schulze Straßenpassanten ansprach, nach einem Mitkäufer fragte, bei dem er einen Ring verkaufen könne. Wenn dann, wie es bei solchen Fragen oft vorkommt, der Angesprochene sich den Ring zeigen ließ, sollte Kamprecht als scheinbar Unbeteiligter hinzutreten, den Ring höchlichst loben, sich wohl auch erbieten, ihn für einige Mark kaufen zu wollen. Dadurch würde sich dann, so rechneten die Händler, der Dritte bewegen lassen, den Ring für mehrere Mark zu kaufen. Sie hatten aber keinen Erfolg. Der Angeredete ließ sich zwar den Ring zeigen, wurde aber frugig, als der hinzutretende Kamprecht behauptete, der Ring sei unter Wäldern 80 Mark wert. Ein Schutzmann hatte den Vorfall beobachtet und nahm die Gauner fest, dabei stellte sich heraus, daß diese sich in Halle a. S. getroffen, dort die wenige Kleinigkeit wertigen Ring gekauft und lediglich nach Magdeburg gekommen waren, um hier Leute, die ihnen etwas beschränkt erschienen, zu neppen. Das Urteil lautete auf je 4 Wochen Gefängnis.

Freireligiöse Gemeinde. Ueber den Religionskongress in Berlin wird am Sonntag, nachmittags 5 Uhr, Dr. Kramer im Gemeindehaus der Freireligiösen Gemeinde, Markstraße 1, sprechen. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

Unfälle. Dem Bureaugeschiffen Otto Lähle, wohnhaft Bernburger Straße 13, wurde am Freitagabend auf der Rennwiese beim Probieren der Propeller eines Flugapparats die linke Hand schwer verletzt. Der Verletzte wurde mittels des Krankentransportwagens dem altstädtischen Krankenhaus zugeführt. — Am Freitagabend gegen 11 1/2 Uhr glitt der Kaufmann Siegfried Löwenstein, wohnhaft Dreieckstraße 17, auf dem Grauer Anger in der Dunkelheit aus und zog sich einen Bruch des linken Oberschenkels zu. — Die ledige Anlegerin Frieda Schwarz aus Weisterhüfen geriet am Freitag nachmittag in einer Buchdruckerei in der Wilhelmstadt mit der rechten Hand in eine Prägemaschine und zog sich dabei eine schwere Quetschung zu. Die beiden Verletzten wurden ebenfalls nach dem altstädtischen Krankenhaus gebracht. — Der Schlosserlehrling Julius Labehn, wohnhaft St. Michael-Straße, geriet am Sonnabend vormittag auf dem Kruppwerk mit dem linken Fuß in eine Drehmaschine und erlitt eine starke Quetschung des linken Fußes. Der Verunglückte wurde durch die Sanitätsabteilung der Feuerwehr nach seiner Wohnung gebracht.

Verhaftet wurden der Arbeiter Hermann Heibschmidt von hier, der, wie berichtet, am 29. v. M. in der Agnetenstraße die ledige Elka Schilling auf dem Wege nach ihrer Arbeitsstelle durch einen Revolverschuss im Rücken schwer verletzt und sich darauf selbst durch einen Schuss am Kopfe verletzt hat, und der Arbeiter Garth Aguata wegen verjühten Straßenraubes. Er hat in der Nacht zum 17. d. M. gegen 12 1/2 Uhr in der Neujährer Straße — Ecke Petersberg — von einem Arbeiter 50 Pf. Schlafgelb verlangt und, als ihm dieses Anbieten abgelehnt wurde, um 10 Pf. gebeten. Als nun der Arbeiter sein Portemonnaie aus der Tasche nahm, um dem A. den gewünschten Betrag zu geben, versuchte dieser, ihm das Portemonnaie zu entreißen, was ihm aber nicht gelang, wobei jedoch das Portemonnaie zerrissen wurde. — Ferner wurde festgenommen der Arbeiter August St. von hier, der gestern nachmittag gegen 6 1/2 Uhr in der Bahnhofsstraße — Ecke Haselbachtstraße — einen Hund (schwarzer Fackel mit braunen Flecken) gefangen und zum Kauf ausboten hat. Leider ist der Hund, der den Strick durchgebissen hat, vor Feststellung des Eigentümers entlaufen. Der Eigentümer desselben wird ersucht, sich schleunigst bei der Kriminalpolizei zu melden.

Verhütete Gasexplosion. Am Freitagabend nach 10 Uhr bemerkten die Hausbewohner Königsr. 23, daß in der dritten Etage aus einer verschlossenen Wohnung starker Gasgeruch komme. Ein Nebenfahrer der Feuerwehr stieg durch das Korridorenfenster und fand, daß in der Küche der Gummischlauch von der Gasleitung abgerissen war. Bewohner besahen sich in der Wohnung nicht. Der Gasmotor wurde geschlossen, die Fenster geöffnet und somit eine weitere Gefahr verhindert.

Gefundene Leiche. Am Sonnabend früh 6 Uhr ist in die städtischen Anatomien die Leiche einer männlichen Person namens Rade, Bismarckstraße 16 wohnhaft, eingeliefert. Der Tote wurde mit verbundenem Kopf in dem Hause Alte Ulrichstraße 12 aufgefunden.

Konzerth, Theater, Sport etc.

die aber im Leben in inniger Freundschaft zusammenhängen; Edward Grieg und Peter Tschakowsky. Von ersterem gelangt dessen herrliches Konzert-Ouvertüre „Im Herbst“ und von letzterem Komponisten dessen grandioses Klavierkonzert in B-Moll zu Gehör. Der dritte Programmteil enthält Orchesterspiele leuchtender Genres, von denen eine Novellen, das Tanzintermezzo „Pan und Echo“ von Ethelius besonders genannt sei. Nicolais Ouvertüre zu den „Lustigen Weibern von Windsor“, Rubinschins „Nacht Caprice“ und das Heine Stimmungslied „Eine Nacht in Vissabor“ von Sotni-Sadens werden den Besuchern der Kirchenkonzerte ohnedies stets willkommen sein. Als Solist des Abends wird der beliebte Magdeburger Pianist Herr Hermann Gehr das obenbenannte Klavierkonzert von Tschakowsky, das Des-Dur-Präludium nebst der G-Moll-Ballade von Chopin vortragen.

Stadttheater. Spielplan vom 13. bis 25. September. Sonntag, nachmittags, 3. Volksvorstellung: „Des Mares und der Liebe Welle“; abends: „Der Koffer von Konjama“, hierauf „Am Schwannsee“ (Wald). — Montag: „Strandhüter“. — Dienstag: „Der Waffenschmid von Norm“. — Mittwoch: „Nathan der Weise“. — Donnerstag: „Martha“. — Freitag: „Landsknecht“. — Sonnabend: „Strandhüter“. — Sonntag, nachmittags, 4. Volksvorstellung: „Der Korb der Sabinerinnen“; abends: „Don Juan“.

Kirchenhof-Theater. Direktor Müller-Sivart bietet wiederum einen vollständig neuen Spielplan. Es gelangt u. a. zur Aufführung das Stück „Die Leiche des Brandstifters“ übern großen Reich tum. Daneben geht der neue Spezialitätenprogramm in Szene, bestehend aus 19 brillanten Nummern.

* Khabra. Auf das neue Programm seien die Leser aufmerksam gemacht.

Kleine Chronik.

Die Cholera in Westpreußen.
Bei der amtlichen Zentralstelle in Danzig sind folgende Choleraerkrankungen eingegangen: Als choleraverdächtig wurde die Ehefrau des gestern abend verstorbenen Zieglermeisters Lorenz, Emilie, 48 Jahre alt, und deren Tochter, die 18jährige Verkäuferin Natalie Lorenz, ins Krankenhaus gebracht. Aus der choleraverdächtigten Familie Dombrowski ist die 6jährige Tochter Feida in Kallhoff gestorben. Bei der Zentralstelle lief die Nachricht ein, daß es sich bei dem in Summin bei Pr.-Stargard unter choleraverdächtigten Erscheinungen Erkrankten um den aus den Mandavern zur Reserve entlassenen Unteroffizier Wechling handelt.

Fernfahrt des „Parzeval 6“.
Das Luftschiff „Parzeval 6“ unternahm am Freitag nachmittag unter Führung des Oberleutnants Stellung eine Fernfahrt nach dem Chiemsee. Die ganze 200 Kilometer weite Fahrt dauerte 4 1/2 Stunden und ist durchaus glatt verlaufen, obwohl freckenweise starke vertikale Luftbewegungen und Nebelböen und Wirbelwinde herrschten.

Wieder eine Eisenbahnkatastrophe in Frankreich.
Zum drittenmal in kurzer Zeit hat sich in Frankreich ein folgenschwerer Eisenbahnunfall zugezogen. Der von Rochelle kommende Schnellzug wurde am Freitag im Bahnhof Bordeaux bei dichtem Nebel von einer Rangiermaschine angegerannt und förmlich in zwei Stücke zerrissen. Zwei Waggons wurden vollständig zerstört. Nach einer Meldung sollen zwei Personen getötet und 16 darunter drei schwer verletzt sein. Der Führer der Rangiermaschine erklärte, 3 Meter vor der Unfallstelle zwei Signale, ein rotes und ein weißes, aber nicht den Schnellzug gesehen zu haben. Er konnte die Maschine, die mit 20 Kilometer Geschwindigkeit fuhr, nicht mehr zum Stehen bringen.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt, 16. September.
Aufgehote: Arbeiter Robert Deltz mit Martha Heidler. Kaufmann Eugen Goldschmidt hier mit Emma Elja Range in Altstadt-Waldenburg. Fabrikarbeiter Adolf Wolkersdorf hier mit Emma Greke in Niederndodeleben. Amtsrichter Dr. Franz Jakob Mengel hier mit Elisabeth Luise Aldermann in Kappel. Chauffeur Albert Conert mit Lina Grimm. Arbeiter Friedrich Wilhelm mit Hilke Reihner geb. Fröhau. Schlosser Andr. Karl Kofke in Dierdorf mit Anna Luise Böttger hier.
Geburten: Wolfgang, S. des Straßenbahn-Wagenführers Wilhelm Reiner. Elli, T. des Arbeiters Ernst Adgc. Arno, S. des Zarfiers Paul Schmidt. Heinz, S. des Kaufmanns Max Sauer. Sentia, T. des Ingenieurs Friedrich Paul. Sylvia, T. des Rechtsreferendars Dr. jur. Edwin Linze.
Todesfälle: Witwe Augusta Kaebe geb. Vungenstab, 78 J. 26 T. Schuhmacher Franz Franke, 43 J. 2 M. 21 T. Aufwärtlerin Martha Görnerling, unverhehlt, 18 J. 27 T. Willi, S. des Streckenführers Karl Beyerholz, 7 J. 3 M. 27 T. Charlotte, T. des Arbeiters Hermann Neumann, 4 M. 3 T. Heinz, S. des Schneiders Otto Peters, 3 M. 25 T. Martha, T. des Arbeiters Hermann Krause, 2 J.

Sudenburg, 16. September.
Eheschließungen: Alexander Karl Niklas in Trebbin.

Die aber im Leben in inniger Freundschaft zusammenhängen; Edward Grieg und Peter Tschakowsky. Von ersterem gelangt dessen herrliches Konzert-Ouvertüre „Im Herbst“ und von letzterem Komponisten dessen grandioses Klavierkonzert in B-Moll zu Gehör. Der dritte Programmteil enthält Orchesterspiele leuchtender Genres, von denen eine Novellen, das Tanzintermezzo „Pan und Echo“ von Ethelius besonders genannt sei. Nicolais Ouvertüre zu den „Lustigen Weibern von Windsor“, Rubinschins „Nacht Caprice“ und das Heine Stimmungslied „Eine Nacht in Vissabor“ von Sotni-Sadens werden den Besuchern der Kirchenkonzerte ohnedies stets willkommen sein. Als Solist des Abends wird der beliebte Magdeburger Pianist Herr Hermann Gehr das obenbenannte Klavierkonzert von Tschakowsky, das Des-Dur-Präludium nebst der G-Moll-Ballade von Chopin vortragen.

Lechte Nachrichten.

Hb. Berlin, 17. September. (Sig. Draht.) In der Wilmerdorfer Isolierbaracke wurde der Architekt Perlich als choleraverdächtig eingeliefert. Seine Frau ist in der letzten Nacht unter choleraverdächtigten Erscheinungen gestorben.

Hb. Berlin, 17. September. Figner Drahtbericht der „Volksstimme“: Unter choleraverdächtigten Erscheinungen wurde heute früh ein Sachsengänger durch einen Schugmann nach der Charité gebracht und von dort nach den Cholera-Baracken des Virchow-Krankenhaus. Der Erkrankte befand sich unter einem Transport von Sachsengängern; er erkrankte in der Oranienburger Straße.

Wien, 16. September. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Innsbruck meldet, erweist sich die passive Resistenz auf der Südbahn bereits als ziemlich erfolgreich. Es werden Jugüberparungen bis zu 3 Stunden gemeldet. Um den Ausbruch nach Deutschland einzuhalten, werden Vorzüge abgelehnt. Namentlich ist der Frachtenverkehr sehr behindert.

Ab. Paris, 17. September. Eine große Anzahl Eisenbahnbeamter aller Linien hielt in der vergangenen Nacht eine Versammlung ab, um gegen die etwaige Maßregelung des Syndikatssekretärs Renault wegen der von ihm veröffentlichten revolutionären Flugchriften zu protestieren. Hierbei wurde der Beschluß erneuert, dem Befehl des Mandatskomitees unbedingt und unverzüglich Folge zu leisten.

Athen, 17. September. In der gestrigen Sitzung der griechischen Nationalversammlung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen und großen Skandalisierungen, die in ein Handgemenge ausarteten. Die Revisionisten hatten die Vereidigung der Mitglieder beantragt, was auf heftigsten Widerspruch stieß. Einige Abgeordnete, die für Umwandlung des Parlaments in eine gesetzgebende Versammlung stund, führten die Straße hinan, entfernten gewalttätig die dort befindliche Bibel, auf die der Schwur geleistet werden sollte, und hinderten ihre Gegner, heranzukommen. Es kam zum Gedränge und schließlich zur Prügelei. Als man auf der Galerie sah, wie die Abgeordneten auf einander einschlugen, beteiligte man sich an den Kundgebungen, so daß Polizei einschreiten und die Galerie räumen mußte. Im Sitzungssaal währten die tätlichen Auseinandersetzungen noch eine Zeitlang fort. Schließlich gelang es dem Ministerpräsidenten Dragumis, die Ruhe wiederherzustellen, worauf die Vereidigung vertagt wurde. Sodann wurde über die Befugnisse der Versammlung beraten. In der Debatte, die in der Nachmittagsitzung fortgesetzt wurde, erklärte der Ministerpräsident Dragumis, wenn der Antrag, der die Nationalversammlung zu einer konstituierenden Versammlung machen sollte, angenommen werde, werde die Regierung zurücktreten.

Frankfurt a. d. O., 17. September. Der Vorsitzende des konservativen Wahlvereins im Frankfurter Kreise, namens v. Stünzner, hat an die vereinigten liberalen Parteien folgendes Schreiben gerichtet: „Die Reichstags-ersatzwahl am 15. hat einen auffallend starken Rückgang der liberalen Stimmen gezeigt, und nur mit konservativer Hilfe kann der liberale Kandidat in der Stichwahl gewählt werden. Selbstverständlich erfolgt das Eintreten der konservativen Partei in der Stichwahl für den bürgerlichen Kandidaten bedingungslos. Zumein möchte ich gerade jetzt an die vereinigten liberalen Parteien des Wahlkreises die Forderung stellen, der konservativen Partei ein Mandat abzulegen, da das Stimmverhältnis der bürgerlichen Parteien ein fast gleiches ist, und die liberale Partei bis jetzt im Besitz von drei Mandaten gewesen ist. Ich verhoffe nicht, darauf hingewiesen, daß die Stellungnahme der vereinigten liberalen Parteien in dieser Frage für die Zukunft von Bedeutung sein wird und ich sehe einer baldigen Mitteilung entgegen.“

Ab. Paris, 17. September. Als der Automobilist Giuppone, der Sieger des vorjährigen Leichenwagenrennens, gestern für das am Sonntag zu veranstaltende Leichenwagenrennen trainierte, führte er in der Nähe von Boulogne-sur-Mer bei dem Versuch, Radfahrern auszuweichen, und war sofort tot.

Ab. Paris, 17. September. Der Kriegsminister erklärte einem Berichterstatter über die Verwendung der Aeroplane für militärische Zwecke u. a.: Die Frage ist gelöst. Die Aeroplane haben sich als ausgezeichnete Kundschafter und Aufklärer bewährt. Vier Dinge bleiben noch zu erreichen: automatischer Ausstieg, Verringerung der Geschwindigkeit, die Einrichtung, die dem Lenker die Mitnahme zweier Beobachter gestattet, und die Umwandlung der Aeroplane zur Angriffswaffe. Ich werde alles aufbieten, um dies baldigst zu verwirklichen.

Witiker Richard Kiedel in seiner Wohnung auf seine Frau, seinen 15-jährigen Sohn und seine elfjährige Tochter, während sie schliefen, Revolverschüsse ab und schoß sich dann selbst eine Kugel in die Schläfe. Sämtliche Personen sind schwer verletzt und haben im Krankenhaus Friedrichshain Aufnahme gefunden. Lebensgefahr besteht zunächst nur bei der Tochter. Der Grund zu der Tat sind trostlose Familienverhältnisse.

Belgrad, 17. September. „Politica“ meldet: Die griechischen Wünsche auf dem Berge Athos haben eine große Revolte gegen die dortigen russischen Mönche begonnen. Das russische Klosterhaupt Meijens wurde ermordet und die in der Gegend von Kalinka liegenden zehn kleinen russischen Klöster verbrannt, die Weingärten, Felder, Obstbäume ausgerodet und verwüstet. Die russischen Mönche wurden vertrieben.

Vereins-Kalender.

Achtung, Stellmacher! Unsere Sektions-Versammlung tagt am Sonnabend den 17. d. M. abends 8 1/2 Uhr, im „Sachenhof“, Gr. Storchstraße 7. Die Sektionsleitung

Wettervorhersage.

Sonntag: Zeitweise auf- und vorwiegend trocken, mäßig warm

2982

H. Esders & Co.

Magdeburgs grösstes Spezialhaus für Herren-, Knaben- und Kinder-Kleidung

Jackett-Anzüge . . .	13.50—61.00	Herbst- u. Wint.-Paletots	15.00—62.00	Jünglings-Anzüge . . .	9.00—30.00	Jünglings-Paletots . . .	12.00—36.00
Rock-Anzüge . . .	35.00—55.00	Sport-Paletots . . .	22.00—39.00	Knaben-Anzüge . . .	2.75—26.00	Pyjacks	5.00—16.00
Gebrock-Anzüge . . .	33.00—70.00	Wetter-Pelerinen . . .	9.00—25.00	Schul-Anzüge	4.60—24.00	Wetter-Pelerinen . . .	3.50—17.00

Herren-Hosen **Enormes Lager** **2.75 3.90 5.50 7.00 8.50 10.50 12.50 15.00 18.00**

Grösste Auswahl! Eigene Anfertigung! Billigste Preise!

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 219.

Magdeburg, Sonntag den 18. September 1910.

21. Jahrgang.

Von Haag bis Kopenhagen.

Unter diesem Titel veröffentlicht der Genosse Varenne, früherer Mitglied der französischen Deputiertenkammer, einen längeren Artikel im Pariser „Matin“. Er vergleicht die Konferenz von Haag mit dem internationalen Sozialistenkongress und die Stellung der deutschen, französischen und englischen Regierung zur Abrüstungsfrage mit der Stellung der deutschen, französischen und englischen Sozialistischen Partei. Er erinnert daran, daß auf der ersten Friedenskonferenz in Haag, im Jahre 1899, einstimmig eine Resolution angenommen wurde, die die Erhöhungen der Rüstungen konstatiert und deren Einschränkungen als wünschenswert erklärt. Auf der zweiten Konferenz wurde der Wunsch wiederholt. Er erinnert weiter daran, daß auf der zweiten Konferenz die Einführung des obligatorischen Schiedsgerichts an dem Widerspruch von Deutschland und Oesterreich gescheitert sei. Ebenso wäre auf dem internationalen Sozialistenkongress von Stuttgart zunächst einstimmig eine Prinzipienresolution angenommen worden, die es allen Sozialisten zur Pflicht mache, im Falle einer Kriegsgefahr sich mit allen ihnen geeignet erscheinenden Mitteln zu widersetzen. Hier wie dort sei die erste Anregung von Frankreich ausgegangen.

Auf dem Kongress von Kopenhagen — ebenso wie auf der zweiten Friedenskonferenz — habe man zunächst die fortdauernde Zunahme der Kriegsrüstungen beobachtet. „Als es sich jedoch darum handelte, die Mittel zu definieren, durch welche ein Krieg verhindert werden kann, gab es in Kopenhagen wie in Haag eine Fraktion des Kongresses, die aus Opportunistengründen die Resolution Vaillant-Beir Gardie zurückwies oder vertagte. Und in dieser Fraktion figurierten die Vertreter von Deutschland und Oesterreich, immer wie in Haag. Der Vergleich sei greifbar. In Haag wie in Kopenhagen, bei den Diplomaten wie bei den Vertretern der Arbeiterklasse, erscheine dieselbe Sorge. Es seien dieselben, die sich widersetzen. Sie geben sich dabei den Anschein, der Strömung zu folgen.“

„Allerdings erklären die deutschen Diplomaten in Haag, daß das Prinzip des obligatorischen Schiedsgerichts keiner Einwendung seitens ihrer Regierung begegnet; aber sie weigern sich, den Schiedsgerichtsvertrag zu unterzeichnen.“

Allerdings erklärt auch in Kopenhagen der deutsche Sozialist Ledebour, ebenso wie irgendwer entschlossen zu sein, alle Mittel, selbst die energischsten, anzuwenden, um den Krieg zu verhindern; aber er weigert sich, die niedergeschriebene Verpflichtung im Namen seiner Partei zu übernehmen.

Genau wie jedes ernsthafte Friedenswerk durch die Einschränkung der Rüstungen, so auch die Einführung des internationalen Schiedsgerichts, größere Anzahl Genossen haben sich ihm angeschlossen, ebenso wird jeder populäre Versuch, die Kriegsbestrebungen der Regierungen lahmzulegen, vergebens sein, wenn die deutschen Sozialisten ihm nur im Prinzip beitreten und die Wahl der Mittel reservieren.“

Varenne führt weiter aus, daß er nicht glaube, daß man aus dieser Haltung schließen dürfe, daß die deutsche Regierung aggressive Pläne habe, oder daß die deutschen Sozialisten vor der Internationale absichtlich etwas verschwiegen.

„Aber wir sind verpflichtet zu konstatieren, daß die Sozialisten von Deutschland und Oesterreich auf die berechneten Aufforderungen zu einer wirksamen Aktion gegen den Krieg nur mit einer gewissen Reserve geantwortet haben. Sie haben besondere Notwendigkeiten vorgegeben: die Gefahr, die ihre Organisationen durch die Verfolgungen der Regierungen ließen, die Furcht gerichtlicher Repressalien, deren Objekt sie sein könnten. Vielleicht haben sie nicht alles gesagt, vielleicht ist die Sorge, ihrer Propaganda unter den Massen nicht zu schaden, verbunden mit einem sehr mächtigen Geschnad für die Generalsidee, der Beweggrund für ihre Haltung.“

Es ist deshalb nicht weniger sicher, daß in dieser Frage des Kampfes gegen den Krieg die deutschen Sozialisten sich im Hintertreffen der internationalen Sozialdemokratie befinden. Sie müßten aber an der Spitze der Bewegung stehen. Berlin ist „das Zentrum des europäischen Militarismus“, erklärte die von den Italienern beantragte Resolution, die den Vorschlag, in der deutschen Hauptstadt ein internationales Sekretariat des Antimilitarismus zu schaffen. Die schwerste Gefahr gegen den Weltfrieden muß in Berlin bekämpft werden. Können die deutschen Sozialisten das? Ich glaube es. Jedenfalls sollen sie es. Denn auf ihnen liegt weit mehr als auf den französischen Sozialisten das Gewicht der Verantwortung. Sie haben hinter ihrem Generalsekretar 800 000 Mitglieder und drei Millionen Wähler. Wir haben 60 000 Mitglieder und eine Million Stimmen. Die demokratische Form der französischen Regierung bietet uns für die Aufrechterhaltung des Friedens einige Garantien. Die monarchistische Form der deutschen — imperialistischen und militaristischen — Regierung bietet deren weit weniger. In den Deutschen ist es also, zu handeln. Sie haben in Kopenhagen versprochen, ihre Anstrengungen gegen den Militarismus zu verdoppeln. Warten wir ab, bis sie Wort halten.“

Varenne schließt seine Ausführungen, indem er sagt, daß er wohl glaube, daß das organisierte Proletariat die Kriege verhindern könne, unter der Bedingung, daß die Sozialisten aller großen Mächte vereinigt und mit den gleichen Mitteln handeln. „Ich weigere mich, die Sicherheit meines Landes zu kompromittieren, indem ich in den ernstesten Stunden etwas tun würde, was man auf der andern Seite der Grenze zu tun zauderte.“ Ich will ebenso antimilitaristisch sein wie die Deutschen, aber nicht mehr.“

Wir haben diese Ausführungen so ausführlich wiedergegeben, nicht weil wir sie an sich für besonders bemerkenswert halten, sondern weil sie die konzentrierte Wiedergabe dessen sind, was man gewöhnlich mit dem Ausdruck der öffentlichen

Meinung bezeichnet. Es fällt uns nicht ein, gegen die geschnadlosen Vergleiche zwischen der Haager Friedenskonferenz und den internationalen Sozialistenkongressen zu polemisieren, oder die Ungenauigkeiten in dem Artikel Varennes richtigzustellen. Es ließe sich auch viel sagen über die Tribüne, die sich Varenne gewählt hat.

Ganz abgesehen von der persönlichen Auffassung Varennes, der auf dem rechten Flügel der Partei steht, kann man hier einmal feststellen, wie schwer es unsern französischen Genossen ist, unsere deutschen Genossen zu verstehen, ob sie nun Esperanto reden oder die deutsche wie die französische Sprache gleich gut beherrschen. Und das wird immer die große Schwierigkeit auf allen internationalen Kongressen sein. Unsere französischen Genossen sagen, was sie möchten. Ihre Kongressresolutionen drücken nicht ihre Stärke aus, sondern ihren Willen. Und sie können das ja auch ziemlich gefahrlos tun, auch wenn hinter dem Willen nicht die entsprechende Macht steht. Sie laufen nicht Gefahr, wegen einer Resolution unzeitgemäß und zwecklos sich den Verfolgungen auszusetzen, die die deutschen Genossen zu erwarten hätten. Für sie besteht aber nicht nur bis zu einer gewissen Grenze die gefahrlose Möglichkeit, das zu sagen, was sie auf dem Herzen haben; sie haben auch das geradezu vitale Bedürfnis, ihren Gedanken Ausdruck zu geben. Gedanke und Ausdruck ist für den Franzosen ungefähr eins. Er verträgt daher alles eher als einen Maulkorb. Das ist auch die Ursache der größeren Meinungsfreiheit in Frankreich.

In Deutschland ist das anders. Es ist fast unmöglich, das einem Franzosen begreiflich zu machen. Deshalb halten nicht nur die bürgerlichen Kreise, sondern auch der größte Teil unserer französischen Genossen an der Fiktion fest, daß die deutschen Genossen auch moralisch noch etwas im Banne der Regierung stehen. Unsere französischen Genossen sind in ihrer großen Mehrheit mit dieser Ueberzeugung von Kopenhagen nur neu gestärkt heimgekommen.

Wir haben von ähnlichen Ausführungen der bürgerlichen Presse Frankreichs keine Notiz genommen, wir führen die Ausführungen Varennes an, weil sie, wie schon bemerkt, typisch für die Auffassung unserer französischen Genossen sind. Es ist auch gut, wenn den voraussetzlichen Berichten der bürgerlichen Presse vorgebeugt wird.

Die deutsche Sozialistische Bewegung

Die deutsche Sozialistische Bewegung hat in der Zwischenzeit eine Reihe von wichtigen Konferenzen abgehalten. Die wichtigste davon war die Konferenz in Kopenhagen. Diese Konferenz hat die deutsche Sozialistische Bewegung mit dem internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart verbunden. Die Konferenz in Kopenhagen hat die deutsche Sozialistische Bewegung die Möglichkeit gegeben, ihre Politik gegenüber dem internationalen Sozialistenkongress zu erklären. Die deutsche Sozialistische Bewegung hat in Kopenhagen die gleiche Haltung eingenommen, die sie in Haag eingenommen hat. Die deutsche Sozialistische Bewegung hat die gleiche Haltung eingenommen, die sie in Kopenhagen eingenommen hat. Die deutsche Sozialistische Bewegung hat die gleiche Haltung eingenommen, die sie in Kopenhagen eingenommen hat.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 17. September 1910.

Der Bauernbund als Lebensmittelwucherer.

Zur Bekämpfung der einseitigen Bestrebungen des Bundes der Landwirte ist seinerzeit der Deutsche Bauernbund gegründet worden, und zwar sind es nationale liberale Parteigänger — wie Bachhorst de Wente, Wamhoff u. a. — gewesen, die an dieser Neugründung erheblichen Anteil hatten. Weissen sich aber das deutsche Volk von diesem „Deutschen Bauernbund“ zu verhehen hat, das geht aus der folgenden, vom Ausschuss dieses Bundes gefaßten Entschliessung hervor, die da lautet:

Der Deutsche Bauernbund steht entschieden auf dem Standpunkte des Zolltarifs des Jahres 1902 und der laufenden Handelsverträge. Er erklärt ausdrücklich, daß er eine Herabsetzung der Getreidezölle ebenso wenig als angängig erachtet, wie eine Herabsetzung der Vieh- und Fleischezölle oder eine Minderung des Seuchenschutzes.

Durch diese Stellungnahme gewinnt die Behauptung des Bundes der Landwirte die höchste Wahrscheinlichkeit, daß der Deutsche Bauernbund nur zu dem Zwecke gegründet wurde, den Nationalliberalen die ländlichen Wähler zu erhalten. Sicher ist der Deutsche Bauernbund ein nicht minder reaktionäres Gebilde als der Bund der Landwirte.

Ostpreussische Schularbeiten.

Am Montag den 19. September sollen, so meldet die „Schildberger Zeitung“, unter Leitung des Kreislichschulinspektors Schulrat Euchsdorf in Schildberg von den sämtlichen Schulkindern daselbst und der Umgegend Kriegsspiele veranstaltet werden. Nicht weniger als 3500 Kinder sollen daran teilnehmen.

Man höre, was da alles geplant ist: Eine feindliche Armee soll von der russischen Grenze her als weiße Armee auf drei Chausseen, und zwar Mirstadt—Schildberg, Grabow—Schildberg, Dornow—Schildberg nach der Eisenbahnstrecke Kreuzburg—Nosow marschieren, um Schildberg einzunehmen. Schildberg soll von einer blauen Armee verteidigt werden. Vorposten sollen schon am 18. ausmarschieren. Dann soll es zum regelrechten Kampfe kommen. Auch wird in der Ankündigung gesagt, daß Vorsicht am Blase wäre für die Zuschauer, da viel geschossen wird.

Schildberg liegt in der Provinz Posen. Dort und in Ostpreußen sind bekanntlich noch die meisten Analphabeten

in Deutschland zu finden. Folglich müssen Kriegsspiele veranstaltet werden, damit die Kinder lesen lernen. —

Das neue Stellenvermittlungsgesetz.

Nach diesem Gesetz hat die Polizeibehörde den Tarif für die Stellenvermittler festzusetzen. In Berlin ist es nun geschehen, und die Höhe der Tage dürfte den Stellenvermittlern eine schwere Enttäuschung bereiten.

Die Polizeibehörde hat für landwirtschaftliches Aufsichtspersonal einen Höchstbetrag von 6 Mark an Gebühren festgesetzt, für auswärtiges landwirtschaftliches Gefinde 15 Mark, für inländische Tagelöhner 3 Mark, für ausländische Saisonarbeiter 3 bis 8 Mark. Für städtisches Gefinde dürfen im Höchstfall erhoben werden 6 Mark, für Aufsichtspersonal 30 Pf., für Gast- und Schankwirts-personal, das mit der Aufsichtsführung betraut wird, 6 Mark, für das übrige Personal 2 bis 4 Mark, für Aufhilfsstellen im Gastwirts-gewerbe 20 Pf.

Die Stellenvermittler, die gutachtlich gehört worden sind, haben Taxen von 30 bis 40 Mark verlangt und dies damit begründet, daß sie hohe Entschädigungen an die Schlepper bezahlen müssen. Das Schlepperwesen ist nach dem neuen Gesetz verboten und diese Ausgabe der Stellenvermittler fällt damit weg.

Vermutlich dürfte aus den Kreisen der Stellenvermittler, die bisher namentlich von dem Personal, das sie für das Gastwirts-gewerbe vermittelten, mitunter enorm hohe Beträge gefordert haben, lebhafter Protest erhoben werden, der nach Lage der Sache allerdings kaum Berücksichtigung finden wird. —

Steuerdrückeberger.

Das Ergebnis der Einkommensteuereinschätzung in Preußen für das Jahr 1909 wirkt wieder wie im Jahre 1908 recht interessante Streiflichter auf die Steuerfreudigkeit der besitzenden Klassen. Zu Steuerdeklarationen sind nur diejenigen verpflichtet, die mehr als 3000 Mark Einkommen haben.

Es sind im genannten Jahre 772 943 Steuererklärungen eingegangen. Davon wurden mehr als ein Drittel beanstandet und in 190 000 Fällen wurden die Erklärungen als unrichtig festgestellt. In 40 000 Fällen wurden die Erklärungen als unrichtig festgestellt und in 30 000 Fällen wurde die Steuerpflichtigkeitsgrenze überschritten. In 190 000 Fällen wurden die Einkommen mehr als angegeben ermittelt. Das hieraus resultierende Mehr an Einkommensteuern bezifferte sich auf circa 12 Millionen Mark.

Im Jahre 1908 wurde durch die Nachprüfungen der Steuerdeklarationen 330 Millionen Mark steuerpflichtiges Einkommen mehr festgestellt und rund 11 Millionen Steuern herausgeholt. In den letzten 12 Jahren aber holte man durch diese Kontrolle 106 Millionen Mark Steuern mehr von den Drückebergern.

Wieviel mögen aber mit ihrem Schwindel noch weggekommen sein und den Staat um die Steuern betrogen haben? —

Soziales.

Die Arbeitsverhältnisse der Angestellten der Rechtsanwälte bilden den Gegenstand von Erhebungen, die auf Anordnung des Bundesrats im ganzen Reich vorgenommen werden. Es soll das Material hauptsächlich werden zur Inspektion eines Gegenwärtigen, der die Arbeitsverhältnisse der Bureauangestellten regelt.

Unfallhäufigkeit in den gewerblichen Betrieben bei Nachtarbeit. Die preussischen Gewerbeinspektoren waren beauftragt, für das Jahr 1909 die Unfallhäufigkeit während der Nachtzeit besonders festzustellen, zu prüfen, ob schlechte Beleuchtung, Uebermüdung der Arbeiter oder andre Momente die Unfallhäufigkeit bei der Nachtarbeit ungünstig beeinflussen. Im „Archiv für soziale Hygiene“ ist darüber eine kurze Zusammenstellung erschienen, die ergibt, daß die Unfälle in der Tageszeit relativ häufiger sind als bei Nachtarbeit. Es wird das darauf zurückgeführt, daß mit besonderer Gefahren verbundene Arbeiten, Transporte, Verladen und Manicardarbeiten, meist am Tage geschehen, und daß auch nachts allgemein nicht mit der Nacht gearbeitet wird wie am Tage. Mangelhafte Beleuchtung zur Nachtzeit war selten anzutreffen, die meisten Fabriken haben ausreichende elektrische Beleuchtung. Dazu kommt, daß während der Nachtzeit jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen völlig fehlen und ungenügend ausgebildete Arbeiter auch wenig beschäftigt werden. Zwei Drittel der Unfälle ereignen sich in den Stunden vor Mitternacht, weil das natürliche Ruhebedürfnis der Arbeiter die Aufmerksamkeit vermindert. —

Gerichts-zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 16. September 1910.

Schwer bestraft. Der vorbestrafte Arbeiter Otto Michael von hier, geboren 1885, ist am 26. Juni d. J. in der Gneisenaustraße dem Kaufhändler Voigt ein Fahrrad und wurde dabei abgestohlen. Der Angeklagte erhielt wegen Diebstahls im 1. Jahr 3 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde der vorbestrafte Arbeiter Friedrich Bernsdorf zu Niederbodeleben, geboren 1853, wegen Sittlichkeitsverbrechens an der leiblichen Tochter zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ein falscher Kinderfreund. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der vorbestrafte Brauer Blasius Frühlich zu Staßfurt, geboren 1851, wegen Sittlichkeitsverbrechens an einem Kinde zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Nur noch kurze Zeit

gewähre auf die noch am Lager befindlichen **Schuhwaren**, da ich mein seit 24 Jahren betriebenes Schuhwaren-Geschäft verkauft habe,

einen **Rabatt von 15 Prozent**

Das Lager besteht noch reichhaltig in **Sommer- u. Winter-Schuhwaren**.
Versäume niemand, diese günstige Gelegenheit wahrzunehmen, um **billig und gut** einkaufen zu können.

Adolf Diesing

Schuhwarenhaus, **Alter Markt 3-4**, Ecke der Schuhbrücke.

Gustav Mansfeld

Johannsfahrtstraße 8, erster Laden links

Nach beendetem Umbau bedeutend vergrößert.

Sich empfehle in großer Auswahl:

2635

Herren-Anzüge, Knaben-Anzüge
Winter-Paletots, alle Größen
Winter-Joppen, Pelerinen

in ganz enormer Auswahl. Modern, reell, gut sitzend.

Meine Maßabteilung ist die besteingerichtete.

Werkstätten im Hause

Großes Stofflager! Garantie für eleganten Sitz!

Arbeitsjassen und Berufskleidung

in überraschend großer Auswahl und nur eigener Herstellung.

Neue Schriften von Dr. G. Kramer

Ist Jesus gekreuzigt worden?

Preis 10 Pfennig

Ist Jesus auferstanden?

Preis 10 Pfennig

Für deinen Lebensweg

Preis 50 Pfennig

empfiehlt

Buchhandlung Volksstimme

3 Große Münzstraße 3.

Gebr. Zwillingkinderwagen mit zwei Rädern, Kinderstuhl usw. sofort spottbillig zu verkaufen wegen Umzugs

Burg 2979 Burg
Gasthof z. braunen Hirsch

Zum freundlichen Besuch meiner **Gastwirtschaft**

lade ich hierdurch ergebenst ein. Heelle und freundliche Bedienung
A. Lange.

Arbeiter-Sekretariat

Magdeburg

3 Große Münzstraße 3

Unentgeltliche Auskunft an alle Personen in der Zeit von 11 bis 1 Uhr und 5 bis 7 Uhr.

Außer der Auskunftszeit und am Sonntag ist das Sekretariat für Auskunftsfindende geschlossen.

Burg

Arbeitersekretariat

für die Kreise Zerchow I u. 2
Franzosenstraße 46

Fernsprecher Nr. 608. Unentgeltliche Auskunft an alle Personen in der Zeit von 11 bis 1 Uhr und von 5 bis 7 Uhr.

Sonntags nachmittags u. Sonntags ist das Sekretariat für Auskunftsfindende geschlossen.

Wilhelm-Theater

Sonntag den 18. September, nachmitt. 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei kleinen Preisen

In erstklassiger Befestigung!
Die feuchte Susanne.

Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr
Großer durchschlagender Erfolg

Zigeunerliebe.

Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend:

Zigeunerliebe.

Eldorado

Große Funderstraße Nr. 12

Vormittags 11 Uhr: **Matinee.**

Nachmittags 4 und abends 8 Uhr

Varieté und Kabarett.

In allen drei Vorstellungen

Damen-Ringkampf.

Preis 15 Pfg.

Buchhandl. Volksstimme

Große Münzstraße 3.

Burg Restaurant § II. Burg

Zum Verkehr in meiner Gastwirtschaft lade ergebenst ein, für **ff. Speisen und Getränke**

bei billiger Preisberechnung ist bestens Sorge getragen.

Carl Gorges, Schartauer Straße.

Burg 2977 Burg

Empfehle alle Sorten Wurstwaren sowie Sonnabends und Sonntags **ff. Knoblauchwurst und Bistelfleisch.**

Gleichzeitig mache ich auf den Besuch meines Lokals freundlichst aufmerksam.

Carl Jesse, Holzstraße 2.

Ausgekämmtes Haar

2000 Pfennig

Klostergraben Restaurant u. Café

Kruppstraße 9 Kruppstraße 9

Heute Erntefest und Ausstellung

Interessant für Landwirtschaft und Zierbergärten

Zur Bekichtigung lade freundlichst ein **Otto Obergartel.**

Straußfedern

Empfehle sehr große Auswahl in **Maßstücken**

zu billigen Preisen. **Stand vis-à-vis dem alten Sandberg.**

Frau Minna Hohobm

Hausstraße 15. I.

Burg Burg

Bei vorerwähnten Fällen mache ich auf meine **Bejohlanstalt**

aufmerksam. **Herrmann Reilz, Schulstr. 19.**



Die neuste Mode!

Glockentopf

laut Abbildung, in allen Farben, mit flatter hochstehender Seidenschleife

375

H. LUBLIN

Burg

Offertiere alle Sorten Wurst in **Gemischter Ware**.

Gleichzeitig empfehle **ff. Rind-, Schweine- u. Kalbfleisch**

Gustav Deich

Kaiser-Wilhelm-Straße 91.

W. Scheidt

17 Alter Markt 17

Spezialhaus

feiner Herren- und Knaben-Moden

Reichhaltiges Lager in

Herren- und Knaben-Anzügen

Herren- und Knaben-Paletots

Herren- und Knaben-Joppen

sowie in einzelnen **Jacketts, Westen und Hosen**

zu wirklich billigen Preisen.

Arbeitsgarderobe für alle Berufe.

A. H. Völker, Magdeburg

Generaldepot der Herforder Westfälischen Südbrahm-Margarine-Fabrik H. Meyer, Lippinghausen

empfehle bei den festigen hohen Vorkaufpreisen als wirklichen Ersatz für Molkereibutter seine hervorragend reinen **Margarine-Marken**, fortwährend frisch von der Fabrik eintreffend, als:

„**Baltteruhm**“ (Käsemarken-Margarine) das Vollkommenste und Butterähnlichste was erzieht, nicht mehr zu überbieten. Pfund 95 Pfg.

„**Westfalentrone**“ allschmeichelnde Rahm-Margarine, seit Jahren mit großem Erfolg eingeführt. Pfund 90 Pfg.

„**Westfalenglanz**“ reine Rahm-Margarine. Pfund 80 Pfg.

Margarine „A. H. V.“ für ff. Brot- und Backzwecke vorzüglich geeignet. Pfund 70 Pfg.

Margarine „Konjum“ für Koch-, Brot- und Backzwecke. Pfund 65 Pfg.

Auf sämtliche Marken gebe ich noch 5 Prozent Rabatt und Sammelbons.

A. H. Völker, Butterhandlungen,

Fernsprecher Nr. 1406. —

September 5, September 21, Oktober 1, Oktober 17, Oktober 31, Grünemannstr. 9/10, Breitweg 252 und Wilhelmstraße: Butterhandlung „Alpenrose“, Annastraße 22. 2553

Die Erhöhung der Zivilliste.

Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten **Adolf Hoffmann** und **Paul Hirsch** im preussisch. Abgeordnetenhause vom 7. und 9. Juni 1914

Preis 15 Pfg.

Buchhandl. Volksstimme

Große Münzstraße 3.

Neuheiten

für die

Herbst- und Winter-

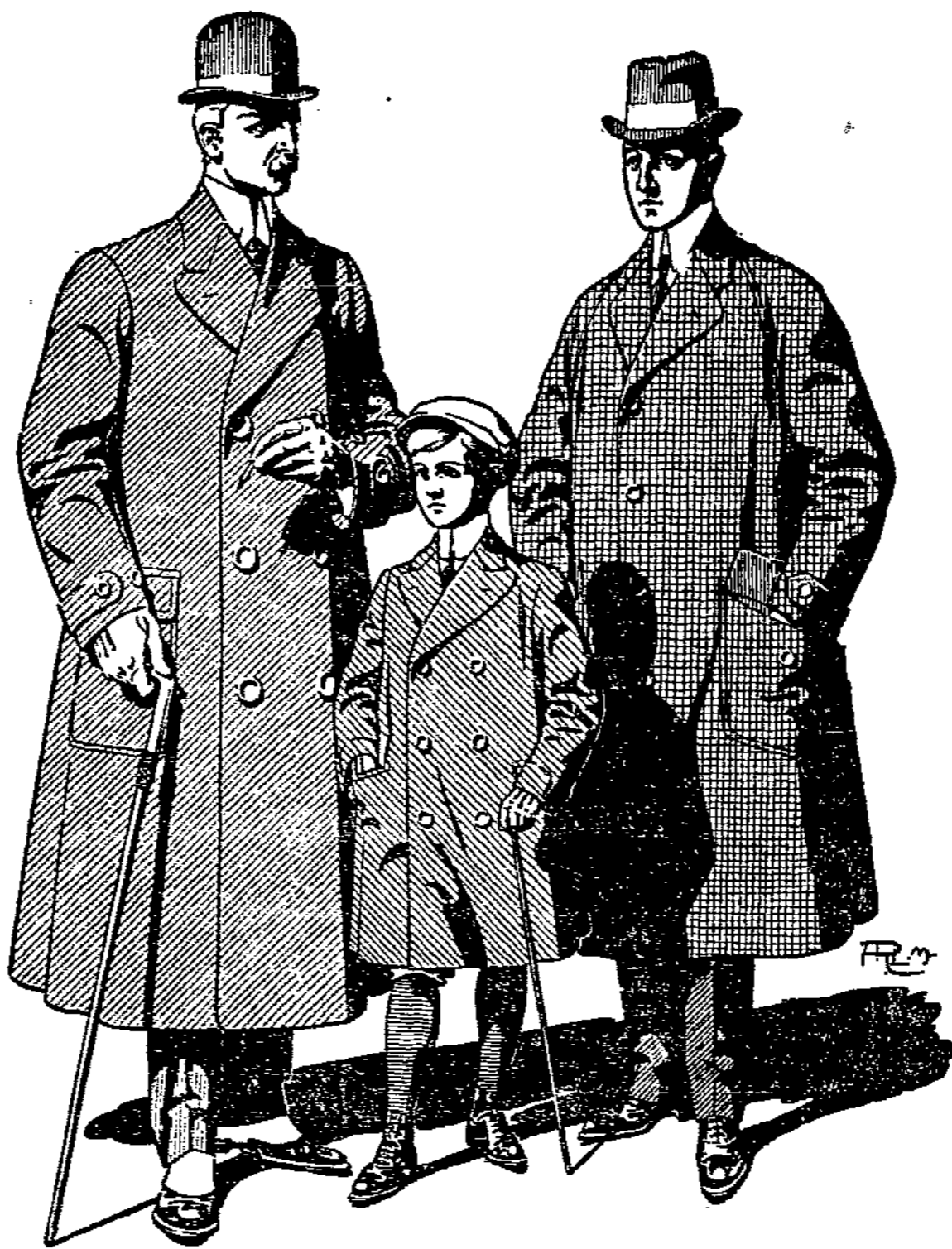
Saison

in fertigen

Herren-, Jünglings- u.

Knaben-Garderoben

sind in großer Auswahl eingetroffen



Spezial-Abteilung

für Anfertigung eleganter

Herren-Kleidung

nach Maß

Großes Stofflager!

Zuschneiderei und Werkstatt

im Hause.

Höchste
Leistungs-
fähigkeit!

Billige
streng reelle
Bedienung!

Tadel-
lose
Paßform!

Heinrich Casper Magdeburg 133 Breiteweg

Damenvereine

Dienstag den 20. September, abends 8 1/2 Uhr
in Richard's Hof, Eingang Apfelstraße

Öfftl. Schneider- u. Schneiderinnen-Versammlung

Tagesordnung:

Die Erwerbstätigkeit der Frau.

Referentin Frau Luze (Dresden).
Sämtliche Schneiderinnen werden gebeten, in dieser Ver-
sammlung zu erscheinen. Die Sektionsleitung.

Konsumverein Aschersleben u. U.

E. G. m. b. H.

Am Sonntag den 18. September, nachmittags 3 1/2 Uhr,
findet im „Fürstenhof“, Stassfurter Höhe, eine

Öffentl. Generalversammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Vortragung des Geschäftsberichts und der Bilanz,
Entlassung des Vorstandes. 2. Beschlußfassung über
die Verteilung der Ertrübrigung. 3. Statutenänderung
(§ 8, 9). 4. Anträge der Verwaltung und der
Mitglieder.

Anträge der Mitglieder müssen bis frühestens 14. September
1910 beim Vorstand eingereicht sein. — Die Teilnahme an der
Generalversammlung ist nur gegen Vorweisung der Legitimations-
karte gestattet. — Die Mitglieder werden um zahlreiches und
pünktliches Besuchen gebeten und besonders die Frauen freundlich
eingeladen.
Der Aufsichtsrat.
J. U. Warke, Vorsitzender.

Sudenburg

Halberstädter Str. 121c

2983

Café Westend

Ludwig Stein

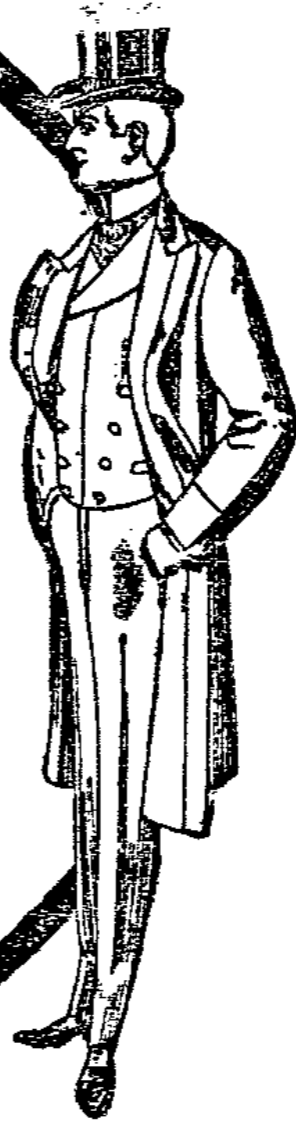
Spezialhaus

f. Herren- u. Knaben-Moden

Hervorragende Auswahl

geschmackvoller

Herbst- u. Winter- Kleidung



(Abwaschung) Stassfurt Stassfurt

am den 21. September, abends 8 Uhr,
großen Saale des „Fürstenhofs“

Öffentl. Versammlung

Tagesordnung:

Jesus von Nazareth und die Religion der Liebe.

Referent: Landtagsabgeordneter

Adolf Hoffmann (Berlin).

Die Herren Geistlichen werden zu der Versammlung brieflich
eingeladen. Rückf.

Central-Automat

Breiteweg 15, Ecke Bärstr.

Café Bodega. Erstklassiges Restaurant. Konditorei-Büfett.

Gr. Sehenwürdigkeit Magdeburgs u. d. Provinz

Engl. Vortier vom Jahr 2943 Besitzer A. Kleinau.

Neuhaldensleben! Welt-Kinematograph

Mr. 11 Markt Nr. 11 Mr. 11 Markt Nr. 11

Jeden Mittwoch: 2592

Neues, hochinter. Pracht-Programm

Ununterbrochene Vorstellung, Wochentags von 5 Uhr an
und Sonntags von 3 Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends.
Programm und Preise sind am Theater erhältlich.

Edmund Steinfeldt

Breiteweg 165, Ecke Ulrichstrasse, Jakob-
strasse 38, Ecke Rotekrebsstrasse.

Häufiger Eingang von Neuheiten!

Alle Sorten

Schuhwaren

in den modernsten Formen!

Kinder-Schuhe und -Stiefel

in größter Auswahl
in allen Preislagen.



Zum Umzug

empfehle

2661

- Gummi-Tischdecken**
in reiz. Mustern
von 40 Pf. an.
- Gummi-Wandschoner**
hinter Waschtische
von 25 Pf. an.
- Gummi-Tischläufer**
zum Schonen des
Lichtuchs, in ent-
zückenden Mustern
von 35 Pf. an.
- Gummi-Küchenspitzen**
von 4 Pf. an
in großer Muster-
auswahl.
- Gummi-Tablettdeckchen**
in reizend. Must.
von 8 Pf. an.
- Gummi-Wirtschafts-
schürzen** von
70 Pf. an
- Gummi-Kinderschürzen**
in entzück. Mustern
u. modern. Fassons
von 30 Pf. an.

Linoleum

- Linoleum-Läufer**
von 68 Pf. an pro Meter.
- Linoleum-Teppiche**
in reizenden Mustern von
2.50 Mk. an pro Stüch.
- Linoleum zum Auslegen
ganzer Räume**
gemustert, von 1.10 Mk. an
pro Meter.
- Linoleum-Vorlagen**
von 28 Pf. an.
- Linoleum**
2 Meter breit,
durch- und durch-
gehd., Mtr. v.
2.00 Mk. an.
- Linoleum-Inlaid-Teppiche**
in allen Größen
- Linoleum-Reste**
- Markttaschen** von
18 Pf. an.

Spezialgeschäft für Gummiwaren, Wachstuche und Linoleum

Hugo Nehab

Johannisbergstraße 2

gegenüber den Rathaus-Kolonnaden

gegenüber den Rathaus-Kolonnaden

Wenn Sie sich photographieren lassen, so achten Sie auf die Ausführung sowie elegante und moderne Art einer Photographie, denn mangelhaft ausgeführte Bilder sind wertlos.

Mein Atelier bietet Ihnen Gelegenheit, für wirklich niedrige Preise, moderne, haltbare Photographien in gediegener und sauberer Ausführung zu erhalten.

- 6 Visitbilder 3.00 Mk.
- 12 Visitbilder 4.50 Mk.
- 3 Kabinettbilder 6.00 Mk.
- 6 Kabinettbilder 9.00 Mk.

Photographie Herm. Schlüter
Ecke Brölteweg und Alte Ulrichstraße.

2947

Gutes sauberes Bett
los zu verk. Fürstenufer 20, vorn
4 Ex. links (Nähe Pappelbadplatz).

Billig! Schuhwaren Schmidt-
straße 44
Herren-, Damen-, Kinderschuhe
u. -stiefel in Chevreau, Boxcall
u. andern Sorten Leder, Plüsch-
socken und -pantoffel, auch
aus Konkursmassen stammende
Waren billig nur 2807
44 Schmidtstraße 44.

**Magdeburger
Strumpfwaren-Fabrik**
Huldreich Schmidt
Breiteweg 68
Fernsprecher 3397.
Strumpfwaren . .
. Trifotagen
Strickgarne
nur bewährte Qualitäten.
Regulär gestricke
: Knäuel-Anzüge :

Burg. Burg.
Obst aus eigener Pflanzung sowie
Äpfel und Birnen, feine
Kuchen- und Musfödel.
2850 Weinbergstraße 22.

**Burg.
Nähmaschinen**
aller Systeme, 3 Jahre Garantie.
von 55.00 Mk. an
Fahrräder
von 54.00 Mk. an
Zubehör-Ersatzteile
empfehlen 2624
Heinrich Schulze
Burg, Markt 20.

**Bau- und Konzessionzeich-
nungen, Aufmaße für
Innen- und Außen-
putzer fertigt an** 2727
Hermann Franke, Weinberg-
straße 42.

Billig! Burg. Billig!
Kochbirnen Pfund 5 Pf.
Äpfel . . . 2 Pfund 15 Pf.
Essbirnen . . Pfund 15 Pf.
Karl Schickerling.

Geschäfts-Verlegung.
Vom heutigen Tage an befindet sich mein bedeutend
vergrößertes Möbelgeschäft
Halberstädter Straße 40
Bei Bedarf halte mich bestens empfohlen.
2967 **Wilhelm Vahle.**

Junges Mädchen | **Schulartitel**
für Wege und Hausarbeit sucht
Otto Laborde Nachf. | empfiehlt die
Bärstraße 12. | 882 Buchhandl. Volksstimme

2589 **Einladung!**
Meine für die Herbst-Saison außerordentlich reichhaltige
Modellhut-Ausstellung
ist eröffnet und lade ich zu deren Besichtigung ein. Gleich-
zeitig empfehle in überaus reicher Auswahl
elegante garnierte Damen- und Kinderhüte
vom einfachsten bis zum feinsten Genre zu billigsten Preisen.
Selma Typky Schmidtstr. 47
Telephon 2795.

Fernspr. 2795 **A. Typky** Fernspr. 2795
Schmidtstraße Nr. 37 u. Schmidtstraße Nr. 40 a
Möbel, Spiegel u. Polsterwaren
in größter Auswahl, reell und preiswert, zu den kulantesten
Bedingungen. — Auch auf Teilzahlung.
Großes Lager fertiger Särge
in allen Größen. 2590

Sudenburg 
Halberstädter Straße 40
Kieler Fisch-Börse
empfiehlt von frischer Erndung: 2966
ff. Schellfisch, ff. Kabeljau, ff. Seeaal, ff. See-
laohs, ff. Knurrhahn, ff. Goldbarsch, ff. Rotzunge.
Spezialität: Lebende Flußfische.
Audem empfehle sämtliche Fisch- u. Delikatessen zu den billigsten Tagespreisen.

Auf Kredit **Möbel** **Möbel**

**Magdeburger
Möbel-Waren-Kredithaus**
G. m. b. H. vorm.
Hermann Liebau
Breiteweg 127 I.
Ecke Schrotdorfer Straße.

Wer borgen will, kann zu uns kommen;
Wer reell denkt, ist uns willkommen;
Ob arm oder reich,
Bei uns ist jeder gleich.

**Auf Teilzahlung:
Möbel — Betten**
mit kleinster Anzahlung auch nach außerhalb

Herren- und Knaben-Anzüge und
-Paletots — Damen-Garderobe
Teppiche • Gardinen • Kleiderstoffe
Manufakturwaren

Betten **Betten**
auf Kredit

Brautpaare
jezt ist Gelegenheit, komplette
Eichbaum und Birken 852
**Wohnungs-
Einrichtungen**
für nur 270 Mk.,
ferner für 335 Mk. hochelegante
echt nussb. Ausstattungen, engl.
gebogene Schlafzimmern, kompl.
195 Mk., coulourte Küchen
für 58, 75, 95, 110 Mk. zu kaufen.
J. Rosenberg
Katharinenstr. 8.

Hugo Hildebrandt
Magdeburg-Buckau 2961
Schneeder Str. 108
— Fernsprecher 1987 —
Eisenwaren, Werkzeuge
Haus- und Küchengeräte
Umzugsartikel
Eis. Ofen, Waschtisch
Tür- und Fensterbeschläge.

Ein **Kinderwagen** billig zu
modernem Verkauf.
bei **Mayor**, Halberstädter Str. 88, u. II.
Möbelfuhrwerk empfiehlt 879
A. Mohrhoff,
Bertritzstraße 26, 2 Ex. rechts.
Nußbaum u. Birken Wirschaften
Plüsch- und Stoffsofas
Trumeaus 869
Schlafzimmern- u. Küchen-
Einrichtungen
auch einzeln billig zu verkaufen.
Hesse, Gr. Junkerstraße 15c.

Schuhhaus Ulrichsbogen
159 Breiteweg 159
Räumungs-Verkauf
des übernommenen Warenlagers.
Nur kurze Zeit! 2746 Nur kurze Zeit!
Schleuderpreise

Wolf Seelenfreund

Filialen: **Breiteweg 272**
Jakobstraße 47

Hauptgeschäft:
Breiteweg 66
(an der Fontäne)

Filialen: **Sudenburg, Halberstädter Str. 118a**
Schönebeck a. E., Markt 2a 2558

Montag
Dienstag
Mittwoch

Emaillie-Angebot

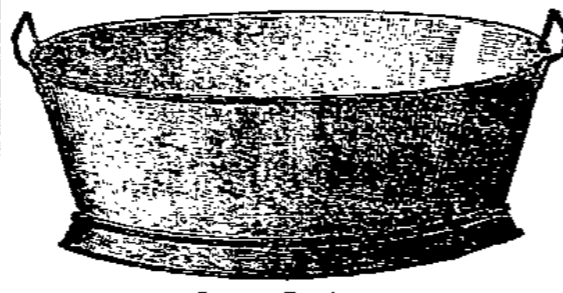
enorm billig!

Montag
Dienstag
Mittwoch



ohne Fehler

Brot-büchsen
oval, innen
emailliert
Spezialpr.
für 4 Bfd.
2.75
für 6 Bfd.
2.95



ohne Fehler

Ovale Wannen

Länge	45	50	55	60	65	70 cm
Inhalt	14	21	28	35	47	55 Str.
Spezialpreis für						
neu-blau	1.45	1.80	2.25	2.85	3.75	4.25
grau	1.35	1.65	1.95	2.60	3.35	3.90

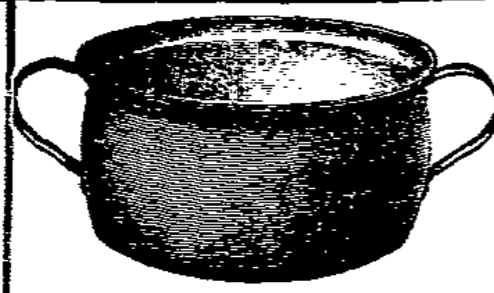
Grudekessel

Größe	16	18	20	22	24	26 cm
Inhalt	1 1/4	1 3/4	2 1/4	3 1/2	4 1/2	6 Str.
Spezialpreis für	neu-blau	78	1.05	1.23	1.44	1.65
	inn. weiß	80	1.05	1.23	1.44	1.65
	grau	68	98	1.14	1.33	1.50
	ohne Fehler					1.70



Eimer

mit Fuß
28 cm Inhalt ca. 11 Liter
grau 75
neu-blau 85
inn. dekoriert . . 115
ohne Fehler



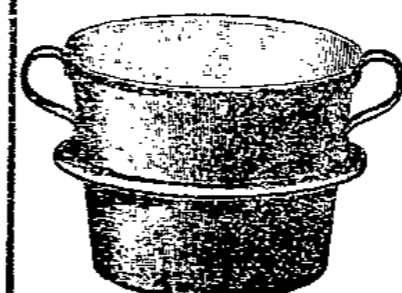
Kochtöpfe

	neu-bl.	grau
14 cm 1 Liter	30	35
16 cm 1 1/2 Liter	41	46
18 cm 2 Liter	48	53
20 cm 2 1/2 Liter	62	67
22 cm 4 Liter	76	81
24 cm 4 1/2 Liter	90	95
26 cm 6 Liter	105	110
28 cm 7 1/2 Liter	125	130
30 cm 9 Liter	145	150



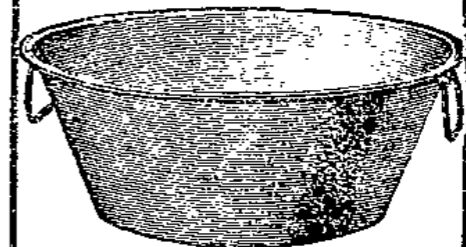
Kochtöpfe

	neu-bl.	grau
14 cm 1 1/2 Str.	39	44
16 cm 2 Str.	51	56
18 cm 2 1/2 Str.	62	67
20 cm 3 1/2 Str.	74	79
22 cm 4 1/2 Str.	90	95
24 cm 6 Str.	105	110
26 cm 7 1/2 Str.	125	130
28 cm 9 Str.	150	155
30 cm 12 Str.	185	190



Kochtöpfe

	neu-bl.	grau
16 cm 2 1/4 Str.	60	65
18 cm 3 Str.	82	87
20 cm 4 1/4 Str.	96	101
22 cm 5 3/4 Str.	109	114
24 cm 7 1/4 Str.	123	128
26 cm 9 Str.	139	144
25 cm 11 1/4 Str.	176	181



Teigschüsseln

	neu-bl.	grau
30 cm 4 1/2 Liter	65	70
32 cm 5 1/2 Liter	92	97
34 cm 6 3/4 Liter	107	112
36 cm 8 1/4 Liter	123	128
38 cm 11 Liter	139	144
40 cm 12 Liter	150	155
42 cm 14 Liter	160	165



Wasserkessel

	neu-bl.	grau
18 cm 2 Str.	98	103
20 cm 2 1/2 Str.	125	130
22 cm 3 1/2 Str.	144	149
24 cm 4 1/2 Str.	168	173
26 cm 6 Str.	193	198
28 cm 7 1/2 Str.	220	225



Runde Schüsseln

Durchm.	14	16	18	20	22	24	26	28	30	32	34	36	38	40 cm
Spezialpreis	12	17	20	21	25	29	33	37	41	45	51	59	70	

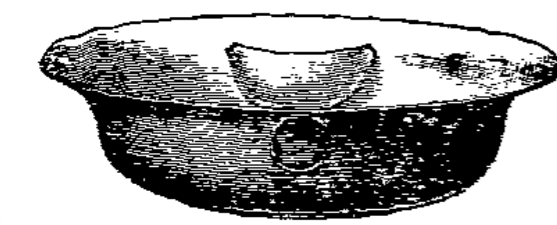
ohne Fehler



Runde Schüsseln

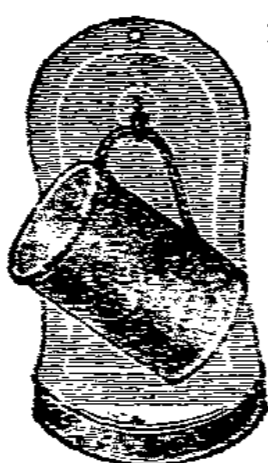
Durchm.	16	18	20	22	24	26	28	30	32	34	36	38	40 cm
Spezialpreis	25	33	37	41	47	53	59	66	74	84	94	105	117

ohne Fehler



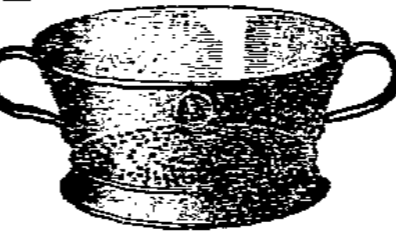
Waschbecken

weiß, mit Seitenansatz
Durchmesser 30 32 34 36 cm
Spezialpreis 40 50 59 79



Konsole mit Mass

38
Nach allein 20
ohne Fehler



Durchschlag

mit 2 Henkeln
Größe 24 26 28 cm
Spezialpreis: grau 87 98 110
Spezialpr. neu-blau 94 106 118
ohne Fehler



Emaillie-Erlöffel



Durchschlag

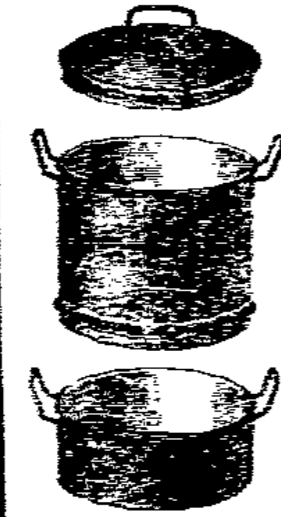
	14	16	18	20 cm
mit gekanteten Böden, grau	38	46	57	65
m. gekanteten Böden, neu-blau	41	49	62	70
mit Gaseboden, weiß	55	72	84	
Milchsieb, weiß	55	72	84	125

ohne Fehler



Gießträger

14 16 18 cm
Spezialpreis 2.00 2.35 2.75
ohne Fehler



Kartoffel-Dämpfer

	neu-bl.	grau
16 cm	1.27	1.18
18 cm	1.44	1.33
20 cm	1.76	1.53
22 cm	2.95	1.90



Milchtopf

	neu-bl.	grau
16 cm	27	25
18 cm	31	29
20 cm	35	32
22 cm	41	35
24 cm	47	44
26 cm	53	49
28 cm	57	53
30 cm	64	59



Nacht-Geschirre

	weiß
18 cm	38
20 cm	40
22 cm	50



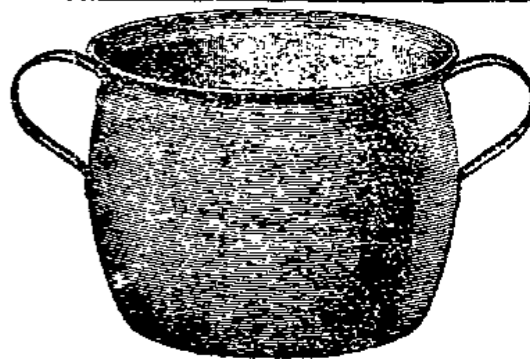
Kaffee-Kannen

	neu-blau	oder weiß	weiß
10 cm	1/2 Liter	40	
11 cm	3/4 Liter	58	
13 cm	1 Liter	66	
14 cm	1 1/4 Liter	78	
15 cm	2 Liter	90	
16 cm	2 1/4 Liter	107	
17 cm	3 Liter	123	



Milch-Kocher

	neu-blau	grau
innen weiß	82	76
1 1/2 Liter	93	93
2 1/2 Liter	123	117



Waschtöpfe

	neu-bl.	grau
30 cm 14 Liter	150	130
32 cm 17 Liter	210	190
34 cm 20 Liter	250	235
36 cm 24 Liter	285	270
38 cm 28 Liter	320	300
40 cm 32 Liter	365	350
42 cm 37 Liter	410	390
45 cm 45 Liter	510	480

ZENTRALTHEATER

TEL.: 1778 - DIR. ANTON-LÖGGEN TEL.: 1779

Beispielloser Erfolg
des sensationellen
Elite-Programms

Paul Sandor

Paul Sandor war die Sensationsnummer des Zirkus Busch, Berlin.

Potresku, Tierstimmen-Imitator
Lisa Massini, Walzersängerin

Dr. Angelos
lebender Marmor

Aerial Laports,
Trapezakt

Schneider-Duncker

der hervorragende Chansonnier in seinen glänzenden Schlagern.

Polnisches Bauernfest
ausgeführt von
les Fleurs Polonaises

3 Lottos

In ihren Meisterleistungen auf dem Bicycle.
Spannend und amüsant zugleich ist der Fußballmatch
per Rad.

Staunen und Bewunderung erregt der
berühmteste aller Illusionisten

Thorn

Unter andern:
Der Teufelskäfig!
Kama-Sutra-Wunder
Attavar, Rapid-Transit usw. usw.

Heute Sonntag
3 1/2 Uhr! Kleine Preise!
**Kinder- und Familien-
Vorstellung.**
Auftreten sämtlicher Künstler
8 Uhr
Grosse Vorstellung

Zum Kyffhäuser Inh.: Fr. Lorbeer
Königsborner Str. 5
Heute Sonntag
Großer Gesellschaftsball.

Luisenpark

Konntag den 18. September (des Partei-
tags wegen) fällt der
Öffentliche Tanz
aus. — Auch ist es uns nicht möglich, an den
Wochentagen Kaffee aufbrühen zu können.
Hochachtungsvoll Carl Lankau u. Frau.

Berbfster Bierhalle.

Heute Sonntag, nachm. 3 Uhr bis abends 11 Uhr:
Öffentlicher Tanz.
Von heute an **Großes Doppelorchester**
Hierzu laden freundlich ein H. Hildebrand u. Frau.

Thalia • Buckau

Heute Sonntag im renovierten Saale auf neuem Parkett
Großes Blumenfest
bei vollbesetztem Orchester des Herrn Musik-
meisters G. Brüggemann.
Ergebenst ladet ein 2869 J. Westphal.

Friedrichslust

Heute Sonntag, von nachmittags 3 Uhr an
Konzert
der Fleisch Kapelle mit nachfolgendem
Gesellschaftsball
Ergebenst ladet ein 2870 Albert Naumann.

Zur Neuen Welt

Gast- u. Logierhaus
von Oskar Kleine
Magdeburg, Fasslochsberg 9
Freundliche Lokaltäten
Vorzügliche Betten — Logis von 30 Pf. bis Mk. 1.50
Gutgepflegte Tiere — Bürgerlicher Mittagstisch
Sorgf. zur Veranpaltung von Gepflichteten aller Art.

Achtung! Diesdorf

Gasthof zum weissen Ross
Eigentümer: E. Hölzge
Sonntag den 18. September, von nachmittags 3 Uhr an
Tanzkränzchen des Arb.-Ge-
sangvereins
Hierzu ladet freundlich ein 2878 Der Vorstand.

Askanischer Hof

Heute sowie folgende Tage:
Gr. Preis-Billardspiel!
1. Preis: 1 Fahrrad; 2. Preis: 1 Nähmaschine; 3. Preis:
1 Waschmaschine; 4. Preis: 1 Dringmaschine. Außerdem
30 Preise wie Gänse, Hühner usw. Trostpreis: 1 Taschen-
uhr. — Es kann zu jeder Tageszeit gespielt werden.
Empfehle zum Sonntag:
Schilbraten, Fildbraten, Gulasch, Pöfelsteisch,
Pühnerbouillon.
Hierzu ladet freundlich ein Heinrich Heck,
Knoschenauerufer 18. :: Telefon 3652.

Sügerhof Grünwalde.

Sonntag den 18. September, nachm. von 3 bis 11 Uhr:
Großer Tanz
verbunden mit
Kinderfest in der Form eines Erntefestes.
Beim Festzug erhält jedes Mädchen **gratis!**
eine Karte und jeder Knabe eine Senfe
Grosse Kinder-Belustigungen
Eintritt für Kinder 10 Pf.
Freundlich ladet ein Paul Haase.

Schönebeck. Tonhalle.

Heute sowie
jeden Sonntag
Ergebenst ladet ein
Tanz.
W. Schminke.

Zur Messe

ist eingetroffen Bringes berühmtes 2969
**Berliner Affen-, Hunde-
und Azen-Theater.**
Interessant für jung und alt!

Städtisch. Orchester

Fürstenhof
Mittwoch d. 21. September,
abends 8 Uhr
Konzert

Leitung: Königl. Musikdirektor
Joseph Krug-Waldsee.
Solist: Pianist
Hermann Gruss
von hier.
Eintrittskarten
Plätze: Vorverk. Abends.
Loge u. Balkon 1.05 1.25
Saalkisch 0.65 0.80
Nichtnumeriert 0.40 0.40
Vorverkauf nur in der Heinrichs-
hofenschen Musikalienhandlung
von 9 bis 2 und von 4 bis 7 Uhr.

Panorama

Kaiser-Wilhelm-Platz
Großartig! Lehrreich!
Schauspiel! für jedermann
ist das Kolossal-Bühnengebäude
Belle-Alliance
(Waterloo) am 18. Juni 1815.
Halbe Eintrittspreise.
Erwachsene 55 Pf. Kinder 25 Pf.
Gewerkschaftskarten gelten auch
Sonntags. 2962
Offen von 8 bis abends 8 Uhr

Stephanshallen

Dir. Rich. Fröhlerz.
Abends 8 Uhr 2882
Variété-Vorstellung.
Streng dezentes Programm
für Familien-Publikum.

Stadt-Theater.

Sonntag den 18. September,
nachm. 3 Uhr, 3. Volksvorstellung
Des Meeres u. der Liebe Wellen
Anfang 7 1/2 Uhr, 5. Abend (graue
Karten). Ende nach 10 1/2 Uhr.
Der Postillon von Lonjumeau.
Komische Oper in 3 Aufzügen
von Adam.
Am Schloßensee (Balllet).
Montag den 19. September
zum erstenmal!
Strandfischer.
Schauspiel in 4 Akten von Ger-
mann Sudermann.

Walhalla-Theater

Sonntag, 18. Septemb.
2 grosse
2 Vorstellungen
Halloh!
Die große Revue!!
Nachmittags 4 Uhr:
Aleine Preise.
Abends 8 Uhr:
Gewöhnliche Preise.

Fürstenhof-Theater

Dir. Müller-Lipart
Eing. Prälatenstr.
2 gr. Vorstell.
um 4 u. 8 Uhr.
Neuer Spielplan:
Die Tochter des
Brandstifters
übern großen
Teich zurück.
Paß. Ausstattungsgüt. :: Neue
Kostüme und Dekoration.
896 Eine neue

Burleske zum Schießen u.

10 neue Spezialitäten-
Nummern.
Eintrittspreis: Nachmittags Er-
wachsene 20, Kinder 10 Pf.
Abends keine Preise.
Montag: Anfang 8 1/4 Uhr.
— Alle Vorzugsarten gelten.

Stadtpark Schönebeck.

Heute Sonntag
Großer Tanz
Ergebenst ladet ein
2874 Frau Sonntag.



WEISSE WAND-MAGDEBURG
JAKOBSTR. 51

der
i
und die
Sonderklasse
im
Magdeburger Vergnügungsleben.
Heute:
Das glänzende Programm

Besonders zu erwähnen:

Der blaue Diamant (Sherlock-Holmes-Serie)	Eine Fuchsjagd hochinteressant
Leiden und Freuden der Liebe hervorragende Komödie	
El capitano Tonbild	Falsch verbunden Tonbild

Konsumverein für Quedlinburg u. Umgegend
E. G. m. b. H.
Quedlinburg
Die Lagerhalterstelle ist besetzt. Allen Bewerbern
besten Dank. 2559 **Der Vorstand.**

Zur Messe
empfehle meine 2991
**Honigkuchen, Schokolade
und Zuckerwaren**
in bekannter Güte und bitte um gütigen Zuspruch
C. W. Dornfeld
Letzte Reihe, bei der Regierung-Hauptkasse

Auf der Messe, gleich beim Dom
**Schulzes großes wissenschaftl.
:: Museum und Panoptikum ::**
Fortwährend Vorstellung der 2971
letzten lebenden Azteken.

Wurstbude
Meine
befindet sich während der Messe in der Hauptreihe.
Hochachtungsvoll
M. Wohlgenuth
Fleisch- und Wurstwarenfabrik mit Dampftrieb
Gross-Ottersleben. 2990

Ahambra
Wiederum
ein
neues
sensationelles
Schlager-
Programm!
Heute Sonntag
Beginn 3 Uhr
Alte
Ulrichstraße 2

Infolge des in Kürze vollendeten Umbaus

wodurch unser Lokal

bedeutend vergrößert

wird, sind wir momentan im Raume etwas beschränkt und verkaufen daher schon neu eingetroffene Herbstware bedeutend billiger.

Wir offerieren von heute frisch eingetrossener Sendung:

Einen Posten neuster Herbstkostüme

elegant verarbeitet, in marine und schwarz Kammgarn und Diagonal sowie englischen Stoffen, in allen Grössen

von **29.00 35.00 39.00 45.00** bis **60.00**

Neue Herbst-Mäntel und -Paletots

sind in grosser Auswahl eingetroffen.

GLASS & Co.

Karl Habners Restaurant

Buckau, Grusonstrasse 6 2841

bringt seine Lokalitäten in freundl. Erinnerung. — Gut gepflegte Biere u. andre Getränke. Schönes Vereinszimmer.

Harmonikas

deutsche und Wiener Modelle, in allen Epochen mit umfangreichen Raffen. Eignes Fabrikat. 2969

Echte Trossinger Mundharmonikas

Billigste Bezugsquelle für sämtliche Musik-Instrumente.

Stand auf der Messe:

1. Reihe links vom Hauptzugang (Breite Strasse)

Max Baldeweg, Magdeburg
Blaubeistrasse 3



Schichtl's Marionetten-Theater

Deutschlands grösstes u. vornehmstes Familientheater.

Messe 1910.

Schichtl's Etablissement hatte die hohe Ehre, Vorstellungen zu geben in Dresden vor Sr. Majestät dem König von Sachsen und hohem Gefolge, in München vor Sr. Igl. Hoheit Prinzregent Luitpold von Bayern und hohem Gefolge und in Mailand vor Sr. Majestät dem König von Italien und hohem Gefolge.

Sonntag den 18. September

Eöffnungs-

Gala - Vorstellungen

Großartiges neues Programm!

Schichtl's Marionetten

die besten Marionetten der Welt

Rokoku japanischer Kugelläufer	Mirzl und Seppel Tiroler-Duett
La Pia Serpentintänzerin	Jack und Tom amerikan. Exzentriks
Lihung und Lihang chinesische Tänzer	Ali Mustava türkische Verwandlung

Die verhängnisvolle Autofahrt
komische Clown-Pantomime

Mr. Ernst mit seinen dressierten Affen

Marine - Wasser - Schauspiele

a) Das Erdbeben von Messina. b) Am Nordpol. c) Der Zukunftsrieg unter Mitwirkung des Zeppelin-Ballons. — Von 50 Miniatur-Kanzerjähren usw. auf freier Bühne dargestellt.

Mr. William in seiner komischen Szene Max und Moritz

Das Irrlicht

Großes phantastisches Märchenpiel in 4 Verwandlungen. a) Der verrückte Ritter. b) Der Kampf mit dem Drachen. c) Bekehrung der verzauberten Prinzessin. d) Schluß-Apotheose. — Fürstliche Ausstattung. — Pompöse Dekorationen. — Elektrische Lichteffekte.

Der Spuk in der Hexenküche

komische Zauberpantomime 5130
dargestellt von Schichtl's mysteriösen Menschen

Preise der Plätze: Sperris nummeriert 80 Pf., 1. Platz 60 Pf., 2. Platz 30 Pf., Galerie 20 Pf. Kinder unter 14 Jahre: 50, 30, 20 und 10 Pf.

Täglich 5 Vorstellungen
Anfang 3, 4 1/2, 6, 7 1/2, und 9 Uhr.

Neu! Meßplatz. Neu!

Taifun

Das lustige Rad, kommt!

Die grösste Sensation des 20. Jahrhunderts.

Magdeburg. Reihe 5. Während der Messe.

Ohrs Kinematograph-Theater.

The Electric Wonder

Unerreichte künstlerische Darstellungen in vollendeter Technik.

Herrliche plastische lebende Photographien.

Jeffries und Johnson. Täglich neues Programm.

Täglich von nachmittags 2 Uhr an: Große Dauervorstellung mit sensationellem Programm.

Täglich von abends 7 Uhr an: Große humoristische Kabarett-Vorstellung nur für Erwachsene. Zum Totschachen? Zum Totschachen?

Buckau

Ecke Gärtnerstrasse.

Altestes Schnitzlager

am Platz. 2559

— Begründet 1847. —

Diesen Monat

Ausnahmepreise

10 Proz. Rabatt!

Herrn Weber Halberstädter Straße 24
2969 Restauration
Jeden Dienstag ff. frische Wurst
Jeden Morgen Pökelfleisch.

Steinerner Tisch

Sch. & Karsties.

Sonnabend u. Sonntag

Castspiel

des Mandolinen-Ensembles

Max Ranno.

Besondere Spezialitäten-

Einlage.

Matinee.

11 1/2 bis 2 Uhr.

Nachmittags: Anfang

4 Uhr. 2832

Zur Messe!

Ich mache das hochwohl. Publikum von Magdeburg und Umgegend darauf aufmerksam, daß ich mit meiner

Spezial-Zuckerwaren-Fabrikation

wieder eingetroffen bin und in der Schmuckbuden-Reihe habe.

Besonders empfehle ich

tägl. frisch gebr. Mandeln, Gnadauer Brezeln, Tiroler Alpenbrot, Mandelmaie, französischer Brustnougat und Bonbons etc.

Siehe genau auf die Firma zu achten!

Mein freundliches Aufsehen bitte

A. Issler aus Nürnberg.

Photographiealbums

ausführt Buchhandlung Selbstkämme.

Restaurant W. Lackenmacher

Magdeburg-Alte Neustadt, Ottenbergstr. 13

Spezial- und Feinschmecker für fremdländ. Gerichte. Speisezimmer und Kegelbahn für Familien-Veranstaltungen. Besondere Aufmerksamkeit wird den bürgerlichen Familien und den schlaggeheiligsten Kurzweilen.



Die grosse Mode!

Glockenhut

laut Abbildung, grosse Form, la. Filz mit breitem Samtband und 2 Anhängen

4.50

H. Lublin

Café Francais

!Grösste Sehenswürdigkeit!

Rendezvous aller Fremden.

Erster Automat

Breiteweg 26

Volksversammlung unter freiem Himmel

Sonntag den 18. September, nachmittags 4 Uhr
vor Eröffnung des Parteitags
im Garten des „Luisenparks“, Spielgartenstr. 1c

Ansprachen der Genossen Julius Vahlteich (Nordamerika), der Reichstagsabgeordneten
Dr. Ludwig Frank (Mannheim), Georg Ledebour (Berlin), der Genossin
Klara Zetkin (Stuttgart) u. a.

Vor und nach den Ansprachen Konzert im Garten

Die Chorgesänge zur Eröffnungsfeier des Parteitags werden auch im Garten gesungen

Zutritt gegen Eröffnungs- oder Dauerkarte

Der Einberufer

Öffentliche politische Versammlungen im Reichstagswahlkreis Wanzleben

finden statt im Laufe der Parteitagswoche am Mittwoch den 21. September 1910, abends 8 Uhr:

Diesdorf im „Weißen Hof“, Inhaber Karl Hüfge.

Etgersleben im „König von Preußen“ bei Herrn Friedrich Kars.

Magdeburg-Fermerleben im Lokale des Herrn Emil
Stiller, Schönebecker Str. 42.

Hohendodeleben bei Karl Jäger.

Gr.-Ottersleben-Benneckenbeck im Lokale der Witwe
Strumpf, Gr.-Ottersl.

Al.-Ottersleben im „Deutschen Hof“, Inhaber Emil Schäge.

Magdeburg-Lemsdorf im „Deutschen Kaiser“, Inhaber Julius
Cäsar, Ottersleber Straße 32

am Freitag den 23. September, abends 8 Uhr:

Magdeburg-Salbte im „Gasthof zur deutschen Eiche“, Inhaber
August Bartels, Schönebecker Straße 6.

Magdeburg-Westerhüfen im Lokale des Herrn Andreas
Paulmann, Schönebecker Str. 67.

Versammlungen unter freiem Himmel

sollen stattfinden am Sonntag den 25. September, nachmittags 3 Uhr:

Altentweddingen auf dem Ackerstück des Land-
wirts Köpfe, Anseburger Weg

Welsleben auf dem Ackerstück des Arbeiters
Hermann Rube, Bierer Weg.

Tagesordnung in allen Versammlungen:



Die politische Lage.



In Groß-Ottersleben ist das Thema:

Die genossenschaftliche Organisation, eine Waffe der Arbeiter.

In Magdeburg-Salbte ist das Thema:

Gottgewollte Abhängigkeiten, Himmelsinstrumente und Menschenrechte.

Referenten sind: Die Landtagsabgeordneten Adolf Hoffmann und Robert Leinert, die Reichstagsabgeordneten Richard Fischer, Hermann Sachse, Karl Severing, Fritz Zubeil und die Genossen Fleissner (Leipzig), Silberschmidt (Berlin).

Einen recht zahlreichen Besuch aller dieser Versammlungen erwartet

Der Einberufer.

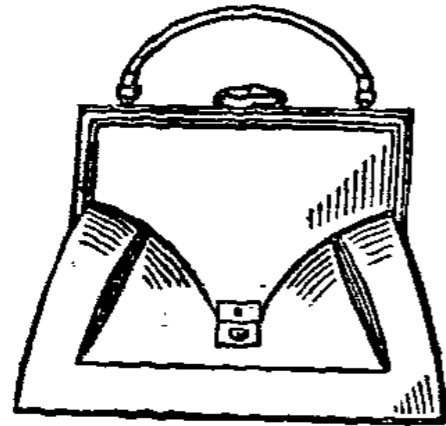
Julius Koch, Magdeburg-Fermerleben, Schönebecker Straße 69

Louis Behne Inhaber Walter Held

Magdeburg, Breitweg 16

Leipzig, Grimmaische Straße 1

Feine Lederwaren



Damentäschchen hochfeine Muster in Leder u. Brokat.
1.00 1.50 2.00 3.00 3.75 4.25
5.00 6.00 6.75 7.50 8.00 9.00 10.50 bis 73.00 Mk.
Zigarren- u. Zigaretten-Etuis in Leder, Alpaka
und echt Silber.
Portemonnaies in allen Lederarten u. größter Aus-
wahl, 10 15 25 40 50 60 75 Mk.
1.00 1.50 1.75 2.00 2.50 3.00 bis 13.75 Mk.
Brieftaschen, Schreibmappen, Reise-Necessaires
Reisetaschen, Reisekoffer sowie sämtliche
Steife - Kistenfilzen

Schmucksachen

für Damen und Herren in Gold, Silber und Dublee.

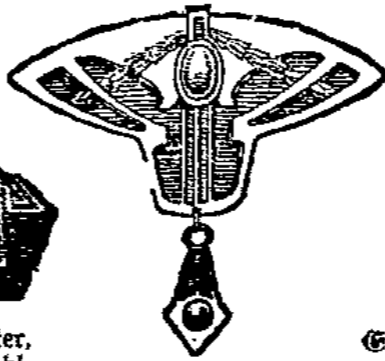
**Manschetten-
knöpfe**



neue moderne Muster,
in reichiger Auswahl

**Chemisett-
Garnituren**

Kragenzöpfe



Broschen

in Dublee, Silber und
echt Gold

Uhrketten für Herren und Damen

in Nickel, Dublee, Silber und echt Gold.

Taschenuhren garantiert gutgehend
3.00 3.50 4.50 5.00 6.00 6.75 Mk.

Ringe



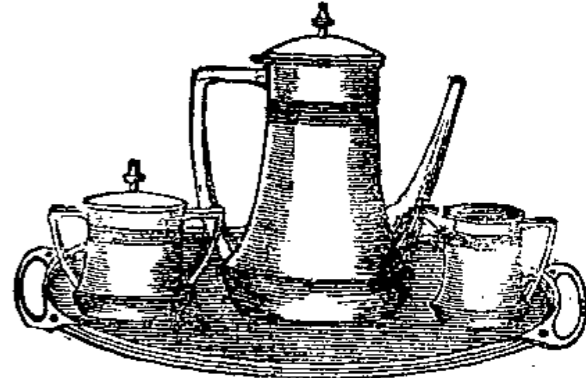
Echt goldene Ringe
von Mk. 1.25 an

Krawatten-Nadeln

Armbänder

Anhänger

Feine Nickelwaren



Kaffee- und Teeservice — in neuen Mustern —
5.00 7.25 9.75 10.00
12.00 13.50 14.00 bis 63.00 Mk.
Bowlen, Weinkühler in Messing, Altkupfer und
Nisilber
Teegläser in Nickel, Kupfer und verfilbert, in vielen
Mustern, 1.00 1.80 2.35 3.00 3.35
4.00 4.50 5.00 6.00 bis 11.75 Mk.
Rauchservice, Schreibzeuge, Rauchständer
Kaffee- und Teemaschinen
Menagen, Salz- und Pfefferstreuer, Eierbecher in vielen
Mustern

MAGDEBURG
Breitweg 7/8
im Hause der Magdeburger
Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Walter Held

MAGDEBURG
Breitweg 7/8
im Hause der Magdeburger
Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Kaffee-Service

echt Porzellan, mit feiner Malerei,
für 6 Personen

2.75 3.00 3.75 4.40 4.50 5.50 6.00 6.60
20.00 30.00 Mk.

in echt Porzellan, für 12 Personen
6.60 8.85 11.00 12.75 13.00
14.00 15.00 bis 50.00 Mk.

Mokkatassen

Wassergläser 7 8 10 13 25 30 Pf.
Biergläser 10 12 15 17 18 25 Pf.
Weingläser 10 12 14 25 35 40 Pf.

Glasteller 5 7 9 10 13 15 17 20 Pf.
Butterdosen in Glas 24 27 30 32 35 Pf.
Rüseglocken in Glas 45 55 60 63 85 Pf.

Ess-Service

fein dekoriert, für 6 Personen

7.50 9.35 13.50 15.50 18.00 19.00
22.00 bis 35.00 Mk. 2253

fein dekoriert, für 12 Personen
50.00 54.00 60.00 75.00 82.00
90.00 110.00 130.00 bis 800.00 Mk.

Fischservice

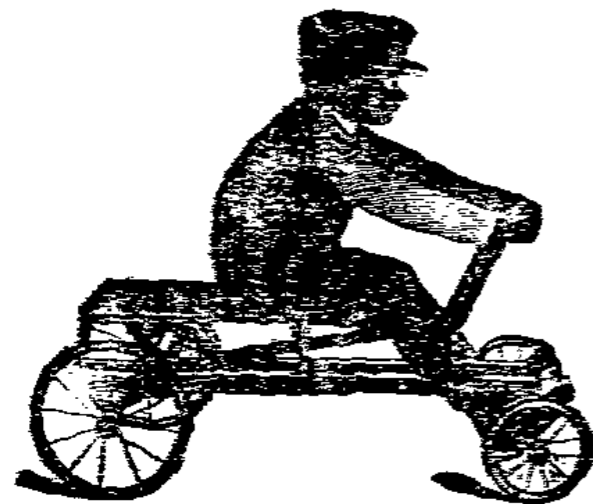
Glasschalen rund . . . 12 15 23 26 35 40 50 Pf.
Glasschalen eckig . . . 18 26 35 40 50 65 75 Pf.
Zuckerschalen in Glas . 12 15 20 23 25 27 Pf.

Tassen, echt Porzellan in weiß 20 27 28 30 35 40 45 Pf. in dekoriert 25 27 30 32 35 37 Pf.	Kaffeemühlen mit besten Mörtern 1.35 1.50 1.75 2.00 2.75 bis 8.50 Mk.	Wand-Kaffeemühlen mit Glas- und Fassungsbefähigern 3.50 4.25 5.00 6.50 7.60 8.00 9.50 Mk.	Kinderbecher in Steinzeug 11 13 16 20 26 30 Pf. in echt Porzellan 14 17 20 25 40 Pf.
---	--	--	---

Breitweg
Ecke Steinstrasse

Wilhelm Held

Breitweg
Ecke Steinstrasse

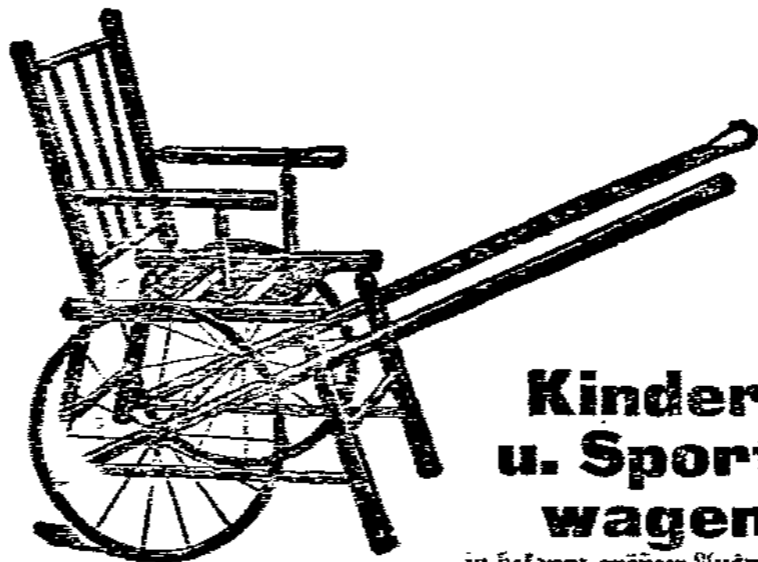


Echte Fliegende Holländer
sowie Brodeller, Fahrweg zum Selbstfahren durch Feder-
bewegungen, ganz vorzüglich zur Beförderung der Kinder und Kleinkinder
11.25 15.25 24.00 27.00 32.35 36.00 40.50 Mk.

Triumphstühle

2.00 2.50 3.00 4.50 7.00 9.50 mit Selbstfahrer
Beförderung 10.60
11.75 13.00 14.75 17.00 24.00 26.00 28.00

Rohrmöbel in rein Holzgerüst und
ausgezeichnete Ausführung.
Bequeme Liegesessel.



**Kinder-
u. Sport-
wagen**

in bekannter größter Auswahl.

Klapp-Fuhrstühle in wenigen Sekunden zusammen-
geklappt, vorzüglich geeignet zum
Wandern auf der Bahn, Schiffen usw.

Wegen vorgerückter Saison gewähre ich auf

Kinderwagen
= 5 Proz. Rabatt =

Eureka- Gewehre

gefährloser Schießsport
mit Gummipfeilen

Gewehre:
1.00 1.25 2.25
3.50 bis 9.75 Mk.

Pistolen:

0.50 1.00 1.50 1.75 3.50 Mk.



Puppen :: Babypuppen

Soldaten, Baukasten, Trompeten, Eisenbahnen, Dampf-
maschinen wie überhaupt **Spielwaren** in größter
Auswahl.

Vom Wahlrechtskampf in Baden.

Von W. Kolb (Karlsruhe).

Das Großherzogtum Baden hatte bis zum Jahre 1904 für den Landtag das indirekte Wahlrecht, bei dem erst die Wahlmänner gewählt werden, die dann ihrerseits erst die Abgeordneten wählen. Es ist unter der Herrschaft dieses Wahlrechts ausgeschlossen, daß eine Oppositionspartei eine ihrer Stärke auch nur annähernd entsprechende Vertretung erhält. In Baden wurde schon Anfang der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts im Landtag die Forderung auf Einführung des direkten Wahlrechts erhoben. Damals waren es die bürgerlichen Demokraten und das Zentrum, die, allerdings ohne jeden Erfolg, die Forderung propagierten. Die Nationalliberalen hatten die überwiegende Mehrheit und lehnten jeden Antrag auf Einführung der direkten Wahl ab. Die Demokraten und das Zentrum waren zu jener Zeit nur mit wenigen Abgeordneten in der badischen Zweiten Kammer vertreten; von den 68 Mandaten hatten die Nationalliberalen nicht weniger als 54 im Besitz.

Zu einer eigentlichen Volksbewegung für die Einführung der direkten Wahl kam es erst um die Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Die Masse des Volkes interessierte sich für die Landtagswahlen sehr wenig; dazu kam die tyrannische Herrschaft der Nationalliberalen, die es den andern Parteien in vielen Orten geradezu unmöglich machte, Wahlmänner aufzustellen. Die Sozialdemokratie war noch sehr schwach und stand überdies auf dem Standpunkt, daß sie sich an den Landtagswahlen nicht beteiligen dürfe. Damals war ja die Angst vor dem „Sumpf“, in den man durch die Teilnahme an solchen Wahlen kommt, eine ganz allgemeine Erscheinung in unserer Partei.

Als aber unsere Mannheimer Genossen im Jahre 1879 sich mit Erfolg an den Stadtverordnetenwahlen beteiligten hatten, wurde der Gedanke, sich auch bei den Landtagswahlen nicht mehr passiv zu verhalten, lebendig. Den ersten Versuch machten unsere Mannheimer Genossen im Jahre 1884, allerdings nur mit einem nicht gerade imponierenden Wahlerfolg. Aber bei den Wahlen im Jahre 1887 und 1888 hatten unsere Mannheimer Parteigenossen schon solche Fortschritte gemacht, daß man auch in verschiedenen andern Wahlkreisen ihrem Beispiel Folge leistete. Bei der Wahl im Jahre 1891 eroberten unsere Mannheimer Genossen die ersten beiden Mandate mit dem verstorbenen Genossen Dreßbach und dem frühern Genossen Müdt. Zwar hatten damals die Nationalliberalen noch die Mehrheit der Urwählerstimmen, aber unsere Partei verfügte über die Mehrheit der Wahlmänner. Schon im Jahre 1897 befanden sich die drei Mannheimer Mandate in unserm Besitz.

Die Karlsruher Genossen beteiligten sich erstmals im Jahre 1893 an der Landtagswahl und eroberten einige 70 von den über 300 Wahlmännern. Bei den Wahlen im Jahre 1897 begingen die Karlsruher Genossen einen der jetzt vielbesprochenen Disziplinbrüche, indem sie ent-

gegen dem Beschluß des Kölner Parteitags mit den Demokraten ein Kompromiß für die Landtagswahlen abschlossen, und zwar mit dem Erfolg, daß von den drei Karlsruher Mandaten, die bis dahin ununterbrochen in nationalliberalem Besitz waren, zwei der Sozialdemokratie zufielen und eins den Demokraten.

Die Volksbewegung für die Eroberung des direkten Wahlrechts hatte damals schon sehr kräftig eingesetzt. Das Zentrum hatte in dem Pfarrer Wacker, der heute noch der Chef der badischen Zentrumsparlei ist, einen tatkräftigen, zielbewußten Führer, der die Forderung der direkten Wahl zum Mittelpunkt der badischen Politik machte. Das zwischen den Demokraten und Sozialdemokraten in Karlsruhe abgeschlossene Kompromiß war eigentlich mit dem Zentrum gemacht, die Demokraten spielten nur die Rolle des Mediums, das die Verbindung zwischen Sozialdemokratie und Zentrum herstellte. Dem Zentrum kam es vor allem darauf an, die Macht der Nationalliberalen zu brechen und die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit für das Zustandekommen der direkten Wahl herbeizuführen. In allen Wahlkreisen, wo das Zentrum keine Aussicht hatte, selbst das Mandat zu erobern, trat es schon im ersten Wahlgang für linksliberale oder sozialdemokratische Wahlmänner ein. Dieselbe Taktik befolgte die Sozialdemokratie. Auch unsere Partei stellte nur dort Wahlmänner auf, wo einige Gewähr bestand, daß sie auch gewählt werden. In allen übrigen Orten und Bezirken lautete die Wahlparole des Zentrums wie der Sozialdemokratie: „Unter allen Umständen gegen die Nationalliberalen!“

Die Wahlrechtsfrage bildete das A und das O der ganzen badischen Politik, hinter der alle andern Fragen in den Hintergrund traten, und dies zwar so lange, bis die direkte Wahl zur Einführung gekommen war. Von Wahl zu Wahl wurden die Nationalliberalen zurückgedrängt. Zwar erklärte der Führer der Nationalliberalen noch Mitte der 90er Jahre, als der Antrag auf Einführung der direkten Wahl in der Zweiten Kammer verhandelt wurde, hohnlachend: „Sie werden doch uns nicht zumuten wollen, daß wir den Mist abjagen, auf dem wir sitzen.“ Aber schon damals machten sich selbst in der nationalliberalen Partei Stimmen geltend, die den Parteiführern zum Einlenken rieten. Vergeblich! Erst Ende der 90er Jahre wollten die Nationalliberalen in eine Prüfung der Frage eintreten. Sie erklärten sich für die Einführung der direkten Wahl, wenn gleichzeitig eine Anzahl Abgeordneter von den Selbstverwaltungskörperschaften (Würgerausschüsse und Kreisvertretungen, die zumeist in den Händen der Nationalliberalen sich befanden) zu den direkt gewählten Abgeordneten in die Zweite Kammer kommen. Dieses Ansuchen wurde von der Opposition rundweg abgelehnt.

Bei den Wahlen im Jahre 1904 wurden die Nationalliberalen so dezimiert, daß sie nur noch über 31 Mandate verfügten.

Im Landtag stimmten sie schon 1900 mit den übrigen Parteien für die Einführung der direkten Wahl mit dem Proporz. Das war allerdings nur ein Wahlmanöver. Die Nationalliberalen wollten damit die Wähler blüptern, in der stillen Hoffnung, daß die Regierung keine Wahlrechtsvorlage machte. In dem letztern Punkte hatten sie sich nicht getäuscht, um so mehr aber bezüglich der Spekulation auf die Wähler. Die Wahlrechtsbewegung kam jetzt erst recht in Fluß und eine ganze Reihe nationalliberaler Zeitungen traten energisch für die Einführung des direkten Wahlrechts ein. Im Jahre 1902 trat der Minister Eisenlohr, der sich mit allen Mitteln gegen die direkte Wahl stemmte, zurück und sein Nachfolger Minister Schenkell legte dem Landtag von 1903—04 einen Gesetzentwurf vor, der die Einführung der direkten Wahl vorschlug. Gleichzeitig wurde die Zusammensetzung der Ersten Kammer „reformiert“, und zwar dadurch, daß die Handelskammern, die Landwirtschafts- und Gewerbetkammern das Recht erhielten, Vertretungen in die Erste Kammer zu wählen. Dazu kamen zwei Richter der obersten Gerichtshöfe. Freilich wurden für das Wahlrecht der Zweiten Kammer auch einige Verschlechterungen eingeführt durch Kantelen, die bestimmen, daß man seit mindestens 2 Jahren das badische Staatsbürgerrecht besitzen muß, um wahlberechtigt zu sein. Dazu kam eine Erweiterung des Budgetrechts der Ersten Kammer, die jetzt auch einzelne Budgetposten ablehnen kann, während sie früher nur über das Budget als Ganzes zu entscheiden hatte. Das war für unsere Fraktion auch der Grund, warum sie gegen das Gesetz stimmte. Ob das taktisch klug war, soll hier nicht untersucht werden.

Durch die Einführung der direkten Wahl wurde die Parteikonstellation total verschoben. Heute stehen sich in Baden der Rechts- und der Linksblock gegenüber. Die Entscheidung über die künftige badische Politik liegt bei der Sozialdemokratie, die an Wählerstimmen und an Zahl der Mandate die Nationalliberalen überflügelt hat und an zweiter Stelle steht. Daß eine solche Entwicklung der Dinge in der Politik nicht bloß Licht-, sondern auch Schattenseiten hat, zeigt der Kampf, der jetzt in der sozialdemokratischen Partei wegen der Taktik der badischen Sozialdemokratie und ihrer parlamentarischen Vertretung tobt. Wer recht hat, wird die Zukunft lehren.

Zimmerhin beweist die Geschichte des badischen Wahlrechtskampfes und die Entwicklung, welche die Sozialdemokratie dabei genommen hat, daß die Taktik der badischen Sozialdemokratie im Kampfe um das Wahlrecht in Baden von Erfolg war. Ob man in Preußen für den dortigen ungleich bedeutungsvolleren Wahlrechtskampf mit einer ähnlichen Taktik schneller ans Ziel kommt als mit der bisherigen Taktik, will und kann ich nicht beurteilen. So oder weiteres glaube ich aber, braucht man über das badische Exempel nicht zur Tagesordnung überzugehen. —

Der Frankfurter Röder.

Die Konservativen von Frankfurt-Debus haben mit ihrem „Arbeiter“ Dunkel kläglich abgeschnitten. Noch im Jahre 1903 zählten sie im Kreise 8268 Stimmen. 1907 waren es immer noch, die Zentrumstimmen eingerechnet, 7950, jetzt sind es nur noch 6595! Trotzdem sind die Junker munter und guter Dinge, denn sie hoffen jetzt erst recht, in Frankfurt a. O. einen großen Wurf zu tun, wenn es ihnen gelingt, dem nationalliberalen Kandidaten in der Stichwahl zum Siege zu verhelfen. Winter ist ihnen jetzt ebenso gut wie Dunkel, ja sogar noch viel besser. Denn kommt Winter in den Reichstags, so weiß er von vornherein, daß er bei den allgemeinen Wahlen des nächsten Jahres nur mit konservativer Hilfe wiederkehren kann; er ist also eine nationalliberale Geißel in den Händen der Konservativen.

Winter ist vor drei Jahren als liberaler Kandidat in Eisenach-Dernbach für die Wahl des Antisemiten Schaf eingetreten. Er hat sich schon in der Agitation zur Frankfurter Hauptwahl den Konservativen und Antisemiten in einer Weise an den Hals gemorfen, daß zahlreiche liberale Wähler sich veranlaßt sahen, ihn den Rücken zu kehren; er hat auf diese Weise die Nationalliberalen bare 2313 Stimmen gekostet. Er hat sich in jeder Beziehung als ein Liberaler gezeigt, wie er denen um Seydebrand und Lidenburg recht sein kann. Kein Wunder also, daß die konservative Parteileitung jetzt an ihre zusammengekauften Truppen das Kommando ergehen läßt: Alle Mann für Winter!

Die Junker wären aber schlechtere Geschäftslente, als sie es wirklich sind, wenn sie bloß auf den einen Winter spekulieren würden. Vielmehr ist dieser nationalliberale Archibrot vom Schicksal dazu auserkoren, der Röder zu sein, mit dem der Liberalismus in die Falle des schwarzbauen Blocks, in die Schlinge der agrarischen Sammelpolitik, gelockt werden soll. Durch einen Sieg des nationalliberalen Kandidaten, der mit konservativer Hilfe erkämpft wird, soll den Liberalen gezeigt werden, in wie hohem Maße sie der konservativen Hilfe bedürfen, um sich bei den nächsten Wahlen gegenüber der Sozialdemokratie zu behaupten. Für den einen Winter, den sie jetzt der roten Flut entreißen, sollen dann die Liberalen den Junkern die etwa 70 konservativen und antisemitischen Kreise retten, die bei den allgemeinen Wahlen von 1911 bedroht sein

werden. Das ist der eigentliche taktisch-politische Sinn der Stichwahl von Frankfurt-Debus, und daraus erklärt sich auch, daß sich das Interesse aller Parteien dieser Reichstagsersatzwahl und ihrer endgültigen Entscheidung in einem Maße zuwendet, wie kaum je einer ähnlichen Wahl zuvor!

Die Konservativen werden — das geht schon aus der bisherigen Haltung ihrer Presse hervor — für Winter noch eifriger eintreten, als wenn er einer der Ihren wäre. Daß der „Arbeitersekretär“ Dunkel erledigt ist, wird ja ohnehin von der „Deutschen Tageszeitung“ und ähnlichen feudalen Organen, die nicht gern schwierige Hände drücken, mit einem Seufzer der Erleichterung begrüßt. Der antisemitenfreundliche Archibrot mit dem liberalen Aushängeschild ist ihnen im Grunde viel sympathischer.

Natürlich werden auch die Nationalliberalen ihre äußerste Kraft daransetzen, den Kreis zu behaupten, und sie dürfen sich dabei auch freisinniger Hilfe erfreuen. Selbstverständlich spendet auch das Zentrum, das in dem Kreise wenig zu sagen hat, diesem neuen konservativ-liberalen Bunde, der sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie richtet, seinen Segen. Und so wären sie glücklich alle beisammen, die durch die Wahlparole vom „Schutz der positiv schaffenden Stände“ unter einen Hut gebracht werden sollen.

In Frankfurt a. O.-Debus ist der schwarzbauviolette Block Bethmanns fertig! Und wenn am Abend des 26. September der Telegraph Winters Sieg melden sollte, dann werden die Glückwunschtelegramme im Reichskanzlerpalais regnen. „Das Blatt hat sich gewendet“, wird es heißen. „Bethmann-Sollweg hat seinen ersten Sieg erröchten!“

Und eben darum darf es in Frankfurt a. O. dazu nicht kommen! Ein Mandat mit noch nicht einjähriger Befristung, ein nationalliberaler Jammerheld für die gleiche Zeit mehr oder weniger im Reichstag — davon würde das Geil Deutschlands gewiß nicht abhängen! Aber es geht in Frankfurt a. O. nicht um den höchst gleichgültigen Nationalliberalen Winter, sondern es geht gegen Bethmann-Sollweg und den schwarzbauen Block, und wer diesen Herrschaften keinen billigen Triumph bereiten will, der muß wünschen, daß der Regierungskandidat und Junkerschützling Winter in der Stichwahl mit Pauken und Trompeten durchfällt.

Man darf die Aufgabe, die damit den Frankfurter Genossen überwiesen ist, keineswegs für leicht halten trotz der lächerlich geringen Stimmenzahl, die ihrem Kandidaten im ersten Wahlgang zur absoluten Mehrheit gefehlt hat. Hanjabund und Bund der Landwirte, Regierung und bürgerliche „Opposition“ bilden vereint eine gewaltige Macht. Aber gerade darum, weil in Frankfurt a. O. die Probe aufs Exempel gemacht werden soll, muß den Herrschaften gezeigt werden, daß ihre Rechnung nicht stimmt.

Die Dipterten der Regierung und der Junker müssen am 26. September in Frankfurt a. O. in der Minderheit bleiben!

Die bürgerliche Presse über Frankfurt-Debus.

Die Kommentare der bürgerlichen Presse zu den Reichstagsnachwahlen werden immer schablonenhafter. Der starke Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie in Frankfurt-Debus wird natürlich wieder von der liberalen Presse auf die nicht genügende Beachtung zurückgeführt, die der Liberalismus bei der Agitation finde, während alle konservativen und ultramontanen Blätter darin einig sind, daß es wieder einmal die „liberale Steuerhebe“ gewesen sei, die der Sozialdemokratie die Wähler in hellen Scharen zugezogen habe.

Der Stimmenrückgang der Nationalliberalen wird von dieser Seite nicht ohne Schadenfreude bemerkt. Die Verluste, die der dunkle konservative Kandidat erlitten, erträgt man mit der Würde, die dem Manne ziemt, zumal es sich nicht um einen Standesgenossen, sondern bloß um einen ordinären proletarischen Ledvogel handelt, mit dem man die erwarteten Geschäfte nicht gemacht hat.

Die rechtsliberale Presse verweist klagend auf die gute alte Bülowblockzeit, in der einem die Mandate und die gebratenen Tauben in den Mund flogen. Die freisinnige Presse schimpft auf Bethmann-Sollweg und auf dessen „einfältige und verkehrte Wahlparole“, auf den „den und abgeschmackten Sammelruf“. Aber sie tritt für Winter ein.

Die Stichwahlausichten der Sozialdemokratie bleiben aber nichtsdestoweniger günstig, vorausgesetzt, daß der letzte Wähler an die Urne gebracht wird. —

Montag
Dienstag
Mittwoch

H. LUBLIN

Montag
Dienstag
Mittwoch

Nur bewährte Qualitäten!

Extra-Preise

Nur bewährte Qualitäten!

Baumwollwaren

Ein Spezial-Angebot für den Herbstbedarf von hervorragender Billigkeit!

Weisse Waschstoffe

Hemden- und Rockbarchente

Hemdenbarchent doppelseitig gewebt Meter	28 Pf.
Hemdenbarchent kräftige Körperware Meter	42 39 Pf.
Hemdenbarchent Prima Qualitäten Meter	58 49 Pf.
Tennisbarchent flanellartig gewebt, helle Streifen, für leichte Hemden Meter	45 38 Pf.
Sportbarchent flanellartig gewebt, für Hemden und Blusen Meter	55 42 Pf.
Weiße Hemdenbarchente (Körper) gute, gewebte Qualitäten Meter	51 45 39 Pf.
Weiße Hemdenbarchente vorzügl. Körper-Qualitäten Meter	67 58 Pf.
Pikebarchente gute Qualitäten, aparte neue Muster Meter	68 58 52 49 45 Pf.
Bunte Jackenbarchente schöne feingebildete Muster Meter	55 48 42 Pf.
Unterrock-Barchent neue Streifen, in hell und mittelfarb. Meter	67 58 44 38 Pf.
Unterrock-Velour schöne Muster, in farbig und gefärbt Meter	65 59 47 Pf.
Eider-Flanell vorzügl. Wolle-Imitation, moderne Streifen und Karos Meter	95 85 80 71 Pf.
Normal-Barchent flanellartig gewebt, einfarbig und gefärbt Meter	68 62 47 Pf.

Bunte Bettzeuge

Bettkattun kräftige, weiche Qualitäten Meter	29 Pf.
Bett-Kretonne und Satin Augusta 1a. Qualität, 84 cm breit Meter	54 46 41 Pf.
Gewebte Bettzeuge für Deckzüge, 130 cm breit Meter	88 75 Pf.
Gewebte Bettzeuge vorzügl. weiche Qualitäten, 90-84 cm breit Meter	55 53 45 39 Pf.
Inlett und Stout rot, rosa und blau gefärbt Meter	65 52 42 Pf.
Ein Posten Laken-Dowlas 100 cm breit, Prima Qualität Meter 1.18	95 Pf.
Ein Posten Laken-Halbbleinen 150 bis 180 cm breit, kräftige weiche Qualität Meter	1.20 99 84 76 Pf.
Ein Posten Dowlas-Laken fertig gefärbt, Größe 150x220, mit gestricheltem Stück	1.95 Pf.

Hemdentuch flächförmige Ware Meter	22 Pf.
Hemdentuch 80 cm breit, kräftige Qualität Meter	28 Pf.

Elsässer Wäsche-Kretonne 80-84 cm breit, vor- zügl. Qual. Mtr. 42 38	35 Pf.
Madapolam 84 cm breit Prima Gillingen Qualität Meter	57 52 34 Pf.

Linon 80-82 cm breit, bewährte Qualität Meter	39 43 Pf.
Louisianatuch 82 cm breit, Prima süddeutsche Qual. Meter	63 53 47 Pf.

Elsässer Renforcé 84 cm breit, feinsüb. Qual., für eleg. Leibwäsche Mtr. 65 58 52 49	38 Pf.
Elsässer Maccotuch 84 cm breit, vorzügl. Qual., f. eleg. Damenwäsche Mtr. 85 72 63	50 Pf.

Hautuch 85 cm breit, bester Ertrag für Seinen Meter	55 48 Pf.
Halbleinen 75-84 cm breit, kräftige westfälische Qual. Meter	63 62 58 50 Pf.

Meine Spezialmarke Macco-Ersatz bestes Wäschetuch Coupon 10 Meter 5.25 Coupon 20 Meter 10.25

Weiße Bettbezug-Stoffe

Elsässer Bettendamast aparte neue Muster, 84 cm breit Meter	85 64 54 Pf.
Elsässer Bettendamast aparte neue Muster, 130 cm br. für Deckzüge Mtr. 130 96	84 Pf.
Elsässer Bettsatin in verschiedenen Streifen 84 cm breit Meter	72 57 51 Pf.
Elsässer Bettsatin für Deckzüge, 130 cm breit Meter	118 90 81 Pf.
Louisianatuch bester Ertrag für Seinen, 84 cm breit Meter	63 53 39 Pf.
Louisianatuch für Deckzüge, 130 cm breit Meter	100 89 78 Pf.

Hauskleiderstoffe

Blaudruck und Kretonne gute Ware, neue Muster Meter	41 38 32 28 Pf.
Zephir-Gingham aparte helle Streifen, speziell für Service-Kleider, Meter	54 Pf.
Kleider-Gingham schöne Muster, doppeltbreit, für Büro- und Kleider Meter	85 78 66 57 46 Pf.
Kaschmir-Gingham schwarz/weiß und schmutzige Karos, doppeltbreit Meter	68 58 Pf.
Taffet-Flanell Baumwolle, für Blusen, aparte neue Muster Meter	63 Pf.
Köpertuch-Flanell Baumwolle, aparte Streifen, speziell für Knabenblusen Meter	73 Pf.
Schottische Kleiderbarchente neue Muster für Blusen und Kinderkleider, Meter	72 63 37 Pf.
Baumwoll. Blusenflanelle u. Popeline aparte Streifen- und Karos-Blusen Meter	70 65 60 Pf.
Kleider-Velours aparte neue Muster Meter	52 45 38 30 Pf.
Velvetin-Velours moderne Muster für Blusen u. Horgenröcke Meter	85 75 64 52 Pf.
Satin-Flannel neue Wolle-Imitation, in hoch- aparten Mustern Meter	80 72 Pf.
Kleiderwarp schöne neue Muster, gute Qualität Meter	70 58 33 Pf.
Halbwollene Kleiderstoffe gute wollige Qual. in engl. Geschmack Meter	83 75 65 Pf.

Bunte Schürzenstoffe

Schürzengingham 1a. Water- u. Hausmacher-Qual. 140 cm breit 82 Pf. 90 cm breit Meter	52 Pf.
Schürzen-Kretonne u. Satin Augusta einseitig und doppelseitig bedruckt Meter	67 63 52 Pf.
Schürzendruck Prima Qualität und Druck 140 cm breit 90 Pf. 90 cm breit Meter	61 Pf.
Schürzengingham Prima Seinen-Imitation aparte Muster, 90 bis 100 cm breit Meter	95 78 64 Pf.
Türkische Schürzen-Kretonne u. Satins große Auswahl, in den neuesten Dessins Meter	85 78 65 56 Pf.
Louisianatuch f. Ueberschlaglaken 160 cm breit, Prima Qualitäten Meter	1.25 1.20 95 Pf.

Trikotagen-Abteilung

Fortsetzung des enorm billigen

Trikotagen-Verkaufs!

Hermann Klingenberg

Magdeburg-Neustadt :: Inhaber: Otto Schulz u. Hans Löbering

Schokoladen-, Zuckerwaren- und Honigkuchen-Fabrik

Telephon Nr. 4371

Über 60 eigne Filialen in vielen Städten Deutschlands. :: Erstes Haus dieser Art am Platze.

19 Verkaufsstellen allein in Magdeburg und Vororten:

Magdeburg-Altstadt Jakobstraße Nr. 14.	Magdeburg-Alte Neustadt Breiteweg Nr. 249a.	Magdeburg-Alte Neustadt Hohefortestraße Nr. 61.	Magdeburg-Alte Neustadt Agnetenstraße Nr. 1.
Magdeburg-Neue Neustadt Schmidtstr. 45/46. Lübecker Str. 18. Lübecker Str. 32.	Magdeburg-Neue Neustadt Schönebecker Str., Ecke Thiemstr. Sudenbg. Str. 27.	Magdeburg-Buckau Schönebecker Str., Ecke Thiemstr. Sudenbg. Str. 27.	Magdeburg-Buckau Schönebecker Str., Ecke Thiemstr. Sudenbg. Str. 27.
Magdeburg-Sudenburg Helmholtzstraße Nr. 18. Halberstädter Straße 51.	Magdeburg-Wilhelmstadt Goethestraße Nr. 19. 2799	Magdeburg-Wilhelmstadt Goethestraße Nr. 19. 2799	Magdeburg-Wilhelmstadt Goethestraße Nr. 19. 2799
Magdeburg-Cracau Gartenstraße.	Magdeburg-Fermersleben Schönebecker Straße.	Magdeburg-Fermersleben Schönebecker Straße.	Magdeburg-Fermersleben Schönebecker Straße.
Magdeburg-Salbke Paul Westram.	Magdeburg-Westerhüsen Frau Klara Schubert.	Magdeburg-Westerhüsen Frau Klara Schubert.	Magdeburg-Westerhüsen Frau Klara Schubert.

Karl Schmidt, Frau Berta Müller, Schönebecker Str. 46
Barleben, Breiteweg Nr. 65.

Sämtl. Bonbons, Pralinés, Fondants, Desserts, Schokoladen
Marzipan  Kakao 

Weihnachts- und Oster-Artikel

sowie

Honig- u. Lebkuchen bis zu den feinsten Sorten in bekannter Güte.

 Einzelverkauf zu Fabrikpreisen. 

Alle Waren garant. rein u. stets frisch. :: Größte Auswahl in allen Preislagen.

Trinkt

Bilz-Sinalco

alkoholfrei!

Heinrich Schütze

Uhrmachermeister

M.-Buckau, jetzt Schönebecker Strasse 115



Goldene Medaille

Grosses Lager in
Gold- u. Silberwaren

Optische Artikel
Fabrikniederlage
Schweizer
Taschenuhren



Lager von gold. u. silb. Herren- u. Damenuhren

modernen Zimmeruhren
Wand- u. Weckeruhren

Uhrketten in grosser Auswahl

Jeden Mittwoch früh
Lebendfrische Geestfische
Täglich frische Räucherwaren
sowie alle Marinaden zum
billigsten Tagespreis
II. neuen Sauertohl
und prachtvolle
jaure Gurken
Spezialität:

Prima Salzheringe
II. Riefer Räucherwaren
Carl Eulig, Fischhdlg.
Buckau, Köthener Str. 12.

Möbelfuhren
mittels öffnen od. verdeckt. Wagen
werden prompt u. gewissenhaft bei
billig. Berechnung ausgeführt durch
Ernst Funke, Buckau
Nordstraße 7 — Fernspr. 1757

Billiges Brennholz!
Kautineneinfüll, wochen. frei Keller
10 Sack 5 Mark, 5 Sack 3 Mark.
W. Hohmann, Halberstädter Str. 20.



Sudenburg! Theodor Kraft

Herren- u. Knaben-Konfektion
Halberstädter Straße 37.

Herbst-Neuheiten

2842 in
Paletots :: Joppen
:: Anzüge ::

Umfangreiche Auswahl!
Billige Preise!

Bedeutendes Lager in
Herren-Artikeln.

Carmol tut wohl

(Karmelitergeist)

Rheumatismus, Ischias, Hexenschuss, Brust-, Kreuz-, Kopf- und Zahnschmerz-Leidende, finden immer Hilfe, wenn sie nur das richtige Mittel anwenden. Wer einmal nur Carmol-Karmelitergeist (Flasche 60 Pfg.) und Carmol-Blutreinigungstee (Folliculi sennae), beliebtes Abführmittel von milder und prompter Wirkung (Paket 50 Pfg.), versucht, ist zufriedengestellt für immer, das sagen Tausende in wärmsten Dankesworten. Wir geben jedem Unzufriedenen für Versuchspackung das Geld zurück. Carmol ist zu haben in allen Apotheken und Drogenhandlungen. 2814
Carmol-Fabrik, Rheinsberg i. M.



Fernsprecher 3782

Langjähr. Garantie

Ad. Kurkowsky

Ecke Apfelstraße Neuer Weg Nr. 21 neben dem Standesamt

Einzelmöbel, komplette Wohnungseinrichtungen

Gegründet 1878

Transport frei

neueste Muster billigst
nur Jakobstr. 47.
Telephon 2822.

10-Pfund-Postfach neue
Oderbrucher Gänsefedern
wie sie von der Gans gerupft
werden, mit allen Daunen, tiefere
fest ins Haus gegen Nachnahme
von 18.50 Mk. 606
Gustav Bethke, Neu Lewin
(Oderbruch.)

Aufmaße
für Frauen- und Herrenputzer
fertig korrekt und billig an 2575
Hermann Franke, Weidenberg,
Weidenberg, Straße 42.



Erstaunlich billig!

la. Oelsardinen 5-6 Fische Doje nur 29 g
ca. 10 Fische Doje 40 g
la. Forellen-Heringe in Spirit Doje nur 42 g
la. Aal in Gelee blau eingekocht, stark, nach eigenem Rezept Doje 88 g
la. Hering in Gelee 1-Pfd.-Doje 35 g
2-Pfd.-Doje 55 g
4-Pfd.-Doje 1.00 8-Pfd.-Doje 1.70
la. Berliner Rollmops 4-Liter-Doje 1.55
2-Liter-Doje 90 g
la. Russ. Sardinen in Post-P.-D. 1.00
1/2 P.-Doje 60 g
la. Appetit-Sild 45 u. 60 g
la. schwed. Gabelbissen 50 u. 75 g
la. Sardellen in Gläsern a 55 g
la. entschälte Krabben in Dosen 50 g
4 Teller Krabbensuppe nur 20 g

Täglich frisch aus dem Rauch eintreffende Räucherwaren.

Fisch-Großhandlung

August Richter, Magdeburg
Breiteweg 89/90

Mehrfach prämiert. — Fernsprecher 2953 — Mehrfach prämiert.

Für die Herbst-Gaison!

An meine werte Kundschaft!

Der gewaltige Konsum und die hohen Ansprüche, welche die Jetztzeit an die Bekleidungsbranche stellt, haben es mit sich gebracht, daß aus dem künstlerischen Schaffen des einzelnen Schneiders eine **große Industrie** geworden. In großen sauberen Werkstätten wird die Konfektion für die besseren Spezialgeschäfte hergestellt. Beste Spezialmaschinen, neueste Bügeleinrichtungen sowie ein wohleingerichtetes Hand-in-Hand-Arbeiten, ferner die Spezialisierung der einzelnen Kräfte für bestimmte Artikel zeitigen **außerordentliche Leistungsfähigkeit** und verbürgen mit den jeder Saison der Mode angepaßten guten Schnitten einen wirklich vollendeten, radellosen Ausfall der Kleidung.

Mit Recht kann ich sagen, daß die von mir zum Verkauf gebrachte Konfektion auf der Höhe der Zeit steht, man ist fortwährend bestrebt, sich jeder **Mode und Geschmacksrichtung** anzupassen, sowie **Eleganz und Solidität** in höchstem Maße zu vereinigen und **besten Ersatz** für **feine Maßarbeit** zu schaffen.

Die Farben der für feine **Jackett-Anzüge** in Betracht kommenden Stoffe sind grau und gelblich.

Die Grundtöne werden in den verschiedensten Nuancen gebracht, von den zartesten lichten Schattierungen bis zum satten dunkeln Tone, die Ausmutterung ruhig bezogen, mit Ausnahme einiger großgemustertener englischer Genres.

Der Paletot

vorwiegend aus dunkeln Stoffen gearbeitet, wird für den Herbst aus halbchweren Stoffen gefertigt.

Der ruhige Geschmack

berücksichtigt speziell solid gehaltene Fassons.

Der Ulster

augenblicklich die **große Mode**, aus lebhaft gemustertem Cheviot hergestellt, ist ein außerordentlich praktisches Kleidungsstück.

Der Wettertragen

(Pelarine) wird aus meist wasserdichten Stoffen hergestellt und von jung und alt gern gekauft, und ist ein außerordentlich praktisches Kleidungsstück für die Reise.

Die Lodenjoppe

für den Herbst aus halbchweren Stoffen und ohne Futter; für den Winter aus soliden Stoffen in grau oder grün, mit warmem Futter. Unentbehrlich für groß und klein.

Für abnorme Figuren

bringe ich radellos passende Kleidung in großer Auswahl. Außergewöhnlich schlante, extra korpusulente Figuren finden fertige Bekleidung in vollendet gutem Sitz.

Gehrock-Anzüge

sind für die Promenade, Besuche, Festlichkeiten, Trauer, ebenso als Hochzeits-Anzüge das richtige Kleidungsstück und sind aus schwarzem Kammgarn, Tuch-Kammgarn oder Tuch-Cheviots hergestellt.

Die Maßabteilung

ist das wichtigste im Konfektionshaus. Unter der Leitung eines wirklich tüchtigen Zuschneiders werden die Arbeiten ausgeführt. Vorzüglicher eleganter Schnitt, Prima Zusagen sowie beste Verarbeitung und gute Paßformen, sind Hauptbedingung. Das Stofflager enthält größte Auswahl beider deutscher und englischer Fabrikate.

Ferner empfehle ich:

Arbeitskleidung für jeden Beruf

in ungewöhnlich großer, reichhaltiger Auswahl und zum großen Teil eigenes Fabrikat. Ausprobieren gute haltbare Stoffe, guter Schnitt und beste Verarbeitung. 2832

Für **Banarbeiter**
Bäcker
Bildhauer
Böttcher
Brauer
Buchbinder
Dachbeder
Dienstmänner

Fabrikarbeiter
Fleischer
Frisseur
Gärtner
Gepäckträger
Goldarbeiter
Hafenarbeiter
Handschuhmacher

Hausdiener
Holzarbeiter
Hutmacher
Kellner
Klempner
Konditoren
Küche
Kupferschmiede

Kürschner
Lagerhalter
Lederarbeiter
Maler
Maurer
Mechaniker
Metallarbeiter
Monteur

Schmiede
Schuhmacher
Schriftsetzer
Steinsetzer
Stoffateure
Tapezierer
Töpfer
Zimmerer

Lieferant vieler großer gewerblicher und industrieller Unternehmungen.

Konfektionshaus

Ehrenfried Finke • Magdeburg

4. Beilage zur Volksstimme.

№. 219.

Magdeburg, Sonntag den 18. September 1910.

21. Jahrgang.

Der Kampf ums Preußen-Wahlrecht.

Von Ed. Bernstein (Berlin).

I. Stilleben.

Fast ein halbes Jahrhundert hat es gedauert, bis das Produkt der gegenseitigen Reaktionsjahre 1849 und 1850, das man als das preussische Dreiklassenwahlrecht kennt, sich einem ihm ernsthaft an den Kragen gehenden Ansturm ausgesetzt sah. Bloßgestellt und heruntergerissen ist es oft genug worden, es gibt kaum eine bürgerliche Partei in Preußen, die nicht zu irgendeiner Zeit ihm den Prozeß gemacht hätte. Aber wenn man ein Beispiel dafür haben will, wie wenig die kräftigsten Worte ausreichen, wenn ihnen keine entsprechenden Taten folgen, so braucht man sich nur die Geschichte dieses Wahlrechts vor Augen zu halten.

Auf die Macht der Waffen gestützt, Junkertum und Alerus als Helfer zur Seite, hat das preussische Königtum im Mai 1849 gewalttätig dem Volke das Wahlsystem nach drei Klassen mit offener Stimmabgabe und indirekter Wahl auferlegt, um seinen Sieg über die demokratischen Parteien zu berechtigen. Daß das königliche Geheiß den Zweck hatte, die Demokratie niederzuhalten, ist von seinen literarischen Verfeindern von Anfang an laut genug kundgetan worden. Und man muß gestehen, für diesen Zweck war es hinreichend genug ausgeklügelt. Es sollte die demokratisch gesinnten Volkselemente davon abhalten, an den Wahlen sich zu beteiligen, ihnen das Wählen „abgewöhnen“, und diese Aufgabe hat es, wie man weiß, zunächst freilich erfüllt. Der Prozentsatz von Wählern, die sich 1849 an der ersten Wahl zum preussischen Abgeordnetenhaus unter diesem System beteiligten, nämlich 31,9, ist nur ein einziges Mal überbittigen worden. Im Jahre 1862, als der preussische Verfassungskonflikt auf seiner Höhe war, gingen 34,3 Prozent der eingeschriebenen Wähler Preußens zur Wahlurne. Bei den andern Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus jedoch sind stets mehr als zwei Drittel, bei fünfen mehr als drei Viertel, bei dreien sogar mehr als vier Fünftel der Wähler zu Hause geblieben.

Trotzdem hat das System immer weiter floriert. Mit dem Fortschreiten der Demokratie und dem Anwachsen der Arbeiterbewegung hat es sich immer mehr behauptet. Die Wählerzahlen sind in den letzten Jahren wieder etwas gestiegen. In der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus im Jahre 1906 betrug die Beteiligung 36,2 Prozent. Das ist ein Zeichen dafür, daß das Wahlrecht, obwohl es die Demokratie nicht zu verhindern vermocht hat, doch die Arbeiterbewegung nicht zu unterdrücken vermocht hat.

gemacht, sonst aber auf die „stumme Sprache der Wahlenthaltung“ vertraut, „bis bessere Zeiten kommen“.

Die national-liberale Welle, die mit dem Ausbruch des italienischen Krieges über Europa zog und damals bei den Vätern demokratische Ideen auslöste, hatte im Verein mit dem Regentemwechsel in Preußen bessere Zeiten gebracht, die „neue Aera“ war angebrochen, und die Demokratie, das heißt das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ward von der kleinbürgerlichen Demokratie ins Unbestimmte — „auf Jahre hinaus“ — vertagt. Weil er unter der Sonnenkappe liberal angehauchter Minister und dann unter dem Einfluß des Militärkonflikts trotz des Massenwahlrechts Rebrheiten von kavalitistischen und kleinbürgerlich-demokratischen Liberalen ins Abgeordnetenhaus kamen, glaubte man auf seine Vereinfachung verzichten zu können, und statt der Demokraten suchten nun die Konservativen an ihm ihr Milieu. Nicht unterwerf es der „Preussentum“ Wogener einer scheidenden Kritik, nannte Bismarck es das edelste aller Wahlssysteme.

Das war die Situation, in der Ferdinand Lassalle die Arbeiter Deutschlands zum Kampfe für das Wahlrecht der Demokratie aufrief. Während Wogener das Massenwahlrecht durch ein klassisches Wahlrecht ersetzen wollte, Bismarck noch unentschieden war, was an die Stelle der Massenwahl treten sollte, forderte Lassalle die Arbeiter auf, mit ihrer ganzen Kraft auf die Eroberung des vollen demokratischen Wahlrechts hinzuwirken. Seine Agitation und seine sonstigen Schritte machten dieses Wahlrechts haben, wie man weiß, viel dazu beigetragen, daß es 1866 für den Reichstag des Norddeutschen Bundes verabschiedet und dann 1870 in die Verfassung des Deutschen Reiches übertragen wurde. So gering an Mitgliederzahl der von Lassalle gegründete Allgemeine deutsche Arbeiterverein war, so ward er doch zur Kraft, die unter energischer und geistlicher Ausnutzung der politischen Situation im entscheidenden Momente das demokratische Wahlrecht zum verbindlichen Zwang machte, dem weder die Liberalen noch Bismarck sich ablehnend gegenüberstellen konnten.

Die Eröffnung der Parteien zum Reichstag lenkte die Mitle der Arbeiter, und nicht nur dieser, vom preussischen Landtag ab. Von nun an her ihn zu stürmen war die Sozialdemokratie zu schwach, ebenso konnte sie noch nicht darauf rechnen, aus eigener Kraft Vertreter in ihm unterzubringen und so blieb für diesen Wahlenthaltung bis auf weiteres die Parole. Die Wahlbeteiligung fiel schnell auf die niedrigsten Zahlen, und das preussische Abgeordnetenhaus ward zum Tummelplatz der bürgerlichen Parteien, der ausgebrochenen Bourgeoisparteien und des Zentrums. Selbst der Fortschrittspartei und ihrem Nachfolger, dem Freisinn, verbot das Dreiklassenwahlrecht eine passable Vertretung. Die bürgerliche Linke schloß in der preussischen Kammer auf Zwergdimensionen zusammen, die wachsende Arbeiterdemokratie blieb in ihr unvertreten. Die Frage der Reform des

Wahlrechts aber ward zum parlamentarischen Spielobjekt zwischen den Parteien, ein Spielball, der ohne rechten Ernst hin und her geworfen wurde. Die Junker lehnten jeden Antrag auf Milderung der Ungeheuerlichkeiten des Systems hohnlachend ab, die Nationalliberalen sagten nicht ja und nicht nein, das Zentrum behandelte die Reform als parlamentarische Schaustück, ohne eine nennenswerte Agitation für sie ins Werk zu setzen, und der Freisinn stellte Abänderungsanträge auf Einführung der geheimen Stimmabgabe, auf Neueinteilung der Wahlkreise und dergleichen, die er wohl gern verwirklicht gesehen hätte, für die er aber keine Volksbewegung zustande bringen konnte, weil ihm das Volk dazu fehlte. Ohne Initiative oder mindestens Mitwirkung der Sozialdemokratie war eine tiefgreifende Massenbewegung für die Wahlreform in Preußen nicht zustande zu bringen.

Sie hat lange auf sich warten lassen, aber sie ist nicht ausgeblieben, konnte nicht ausbleiben. Mit der Zunahme der Arbeiterklasse und dem Wachstum der Arbeiterbewegung kommen, von allen andern Richtungen abgesehen, der Moment kommen, wo die Arbeiterklasse Preußens es für unvereinbar mit ihren Interessen und dem Bewußtsein ihrer geistigen Bedeutung empfand, noch länger einen Zustand zu dulden, der sie der selbstgewählten Vertretung in der Abgeordnetenversammlung ihres Landes beraubte. Einzelstimmen, die für ein Eingreifen der Sozialdemokratie in die Wahlkämpfe Preußens plädierten, ließen sich schon in den letzten Jahren des Sozialistengesetzes bemerken. Von ihnen ist besonders eine nur mit dem Endnachnamen ihres Verfassers angezeichnete Einwendung Wilhelm Gaiencelvers im Züricher „Sozialdemokrat“ zu erwähnen, die freilich wegen ihrer Anonymität und der noch sehr zurückhaltenden Form wenig Beachtung fand. Nicht viel besser ging es einer drei Jahre nach dem Falle des Sozialistengesetzes schon in bestimmterer Form entwickelten Anregung. Sie fand zwar Gehör, aber wenig Gegenliebe, der Parteitag von Köln wies sie einstimmig zurück. Als aber 1897 das Ministerium

den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen vorlegte, wurde er von den Parteien mit 145 gegen 61 Stimmen eine von ihnen beantragte Resolution an, die sich für Wahlbeteiligung ausspricht, und ein Jahr darauf lehte der Parteitag von Stuttgart die Bestimmungen ab, unter denen die Kandidaten bürgerlicher Oppositionsparteien bei der Landtagswahl in Preußen sozialdemokratisch zu unterstützen seien. Damit war die Bahn eröffnet für einen direkten Ansturm auf die Vera der Vertreter der Stände, Geburts- und Berufsprivilegien.

II. Erster Ansturm.

Wohl im Jahre 1898 fand eine allgemeine Erörterung des preussischen Abgeordnetenwahlrechts statt. Sie trat die Sozialdemokratie noch wenig für den Kampf unter dem verzweigten Wahlsystem vorbereitet, und so waren es auch nur erst vereinzelte Wahlkreise — Altend., Breslau, Hannover u. a. — wo die sozialdemokratischen Mitglieder als Organparte im Vorfeld der Wahl eintraten. Diese Mitglieder waren jedoch dadurch zu Hindernissen der Partei, daß sie sehr achtbare Mitglieder sozialdemokratischer Wahlmänner durchbrachten und so den Beweis für die noch von vielen bezweifelte Möglichkeit der wirkungsvollen Eingreifen in die preussischen Wahlkämpfe lieferten. Außerdem hatte in Breslau und anderwärts die Vertretung der Sozialdemokratie die Erörterung reiflicher durch linksliberale Abgeordnete zur Folge. So trat denn im Jahre 1900 der Parteitag von Mainz einen Schritt weiter und machte es den Genossen Preußens und anderer Stände des Reichstagswahlkreises mit Rücksicht auf die meisten Wahl mit eigenen Wahlmännern den Kampf aufzunehmen.

Das geschah im Jahre 1901 mit der Wirkung, daß das preussische Wahlrecht einen Stoß erhielt, der seine Grundfesten total ins Wanken brachte. Eine Resolution kam zustande dank der die Sozialdemokratie sich die gleiche Zahl von Wahlmännern erhielt wie die konservativen. Die bürgerliche Kammer des preussischen Abgeordnetenhauses, die vorher 2117 konservativ und 3111 sozialdemokratische Wahlstimmen gezählt; während aber die konservativen Wahlmänner 113 Abgeordnete ernennen konnten, fiel den Sozialdemokraten nicht ein einziger Vertreter zu. So war das Ergebnis der Wahl für die sozialdemokratische Arbeiterpartei Preußens wie ein Ansturm und eine so bemerkenswerte Arbeiterpartei, daß man in eben streifen sich ansetzen mußte, auf die Dauer könne es in der alten Weise nicht fortgehen. Mehr noch: In einigen der Meinenwahlkreise hatte dank dem Eingreifen der Sozialdemokratie die Wahl der Abgeordneten kaum zu Ende geführt werden können. Insbesondere im Wahlkreis Ostow-Beeskow-Charlottenburg hatten die sozialdemokratischen Wahlmänner durch handhohes Ausbarren im Wahllokal und Vermeidung von Uebertretungen im Abgeben ihrer Wählerstimmen den Wahlakt bis zur neubenden Stunde des folgenden Tages hingezogen, und an der Entschlossenheit der Sozialdemo-

kratie, dies gute Beispiel bei spätern Wahlen überall zu wiederholen und möglichst noch zu überbieten, war nicht zu zweifeln.

Um dem vorzubeugen, ward das Abänderungsgeleit vom Jahre 1906 geschaffen, das einige der größten Wahlkreise zerschlug und für alle größeren Wahlkreise die Erziehung der Terminwahl durch die Erstwahl vorschrieb. Dies nicht, um die Ungerechtigkeiten des Systems zu mildern, sondern um sie, wie der Vater der Vorlage, Herr von Bethmann-Hollweg erklärte, nur noch besser zu befestigen. Aber Absicht und Wirkung sind zweierlei. Der Stein kam nun vielmehr erst recht ins Rollen. Die Wahlen von 1908 sehen die Zahl der sozialdemokratischen Wähler weit über die aller andern Parteien auf mehr als 600 000 anschwellen und die ersten Sozialdemokraten in das so sorgfältig umwallte Abgeordnetenhaus einzulassen. Die Mauer ward durchbrochen, und daß die antikernden Massen es bei der gelegten Breiche nicht bewenden lassen würden, konnte niemand zweifelhaft sein.

Was dann kam, gehört der allerersten Zeit an und braucht nur angedeutet zu werden. Die Thronrede, mit der das neue Abgeordnetenhaus eröffnet werden sollte, versprach eine Reform des Wahlrechts, die der wirtschaftlichen Entwicklung, der geistigen Bildung und dem erstarkten staatlichen Verantwortlichkeitsgefühl Rechnung tragen sollte. Aber ehe die versprochene Vorlage das Licht der Welt erblickte, stürzte Bülow als Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident infolge der ihm von den Konservativen bei der Reichsfinanzauflösung verweigerten Steuererhöhung, und mit der Aera des konservativ-liberalen „Blokkes“ war es zu Ende. Bülows Nachfolger wurde Herr von Bethmann-Hollweg, und die Wahlreformvorlage, mit der er 1909 die Welt überrückte, war der Befestigungsvorlage von 1906 würdig. Auf das verrotete Unrecht der Klassenwahl nach Steuergruppen sollte der Spott der Mehrstimmen für Mandarinen und Militärwärter gekürzt, die öffentliche Stimmabgabe sowie die mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Einklang stehende Wahlreform alte

Platz, wie er von Rechts wegen heißen sollte — schließlich eine solche Gestalt gab, daß ihn die Regierung um ihrer guten rechtsnational-liberalen Freunde willen nicht annehmen mochte. Die Sozialdemokratie aber protestierte in Massenversammlungen von einer Größe, wie sie in Preußen nie vordem gesehen worden gegen beides, gegen die Vorlage der Regierung wie gegen das Produkt des neuen Blockes, und erkämpfte sich bei dieser Gelegenheit in Berlin und andern großen Städten das Recht auf Demonstrationen unter freiem Himmel.

III. Die Zeichen des Sieges.

So stehen die Dinge augenblicklich. Die Wahlrechtsfrage ist für Preußen in den Mittelpunkt der Parteikämpfe getreten, und weiterwirkend bildet sie auch das Zersetzungsstück der großen Parteikämpfe im Reich. Der Oberstzucker der Konservativen, Herr von Bendeband, hat es in seiner Rede vom 10. Juli 1909 offen heraus erklärt, das Stück Erbschaftsteuer in Bülow's Vorlage zur Reichsfinanzauflösung war es nicht, was in erster Linie die Junker gegen Bülow in Sachricht brachte, sondern sein Unterfangen, das preussische Wahlrecht abändern zu wollen. Die Erbschaftsteuer ist ihnen aus hundert, die Idee einer Modernisierung des Wahlrechts aus tausend Gründen verhasst. Am Wahllokal wie es ist, böhat ihre Machtstellung in Preußen und im Reich. Jeder wirkliche Einschnitt in das Erzeugnis der Reaktion von 1849 und 1850 ist ein Schnitt in ihr Fleisch und Blut. Sie werden ihr Alles anbieten, keine Anträge annehmen, keine Rücksicht für zu hoch halten, ihn zu verhindern.

Aber die Zeichen der Zeit sind gegen sie. Zum Anzeichen der Arbeitermassen gegen das Privilegienwahlrecht gehört sich der Ansturm der Städte, die Auflehnung der industriellen und kommerziellen Bourgeoisie gegen die Uebermacht der agrarischen Interessen in der Gesetzgebung, wie sie durch die alte Wahlkreiseinteilung gewöhrleistet ist, die aus der Zeit datiert, wo in Preußen und Deutschland die landwirtschaftliche Bevölkerung noch überwiegt. Und auf der gleichen Seite läumt heute die große Mehrheit des öffentlichen und privaten Beamtenwesens, der Dienste leistenden Berufsständchen, deren Interessen denen der agrarischen Massen entgegengerichtet sind.

Dabei jene Zerissenheit der bürgerlichen Parteien jene Anarchie des Parteienwesens, die zum großen Leidwesen der Regierenden heute in Deutschland herrscht. Die bürgerlichen Parteien befinden sich in einem Zustande der Gärung, der an Auflösung grenzt. Es herrscht eine fatalistische Stimmung vor, ein Unglaube an die alten Mächte, eine Unsicherheit und Zerfahrenheit, wie sie sich gewöhnlich am Vorabend von Revolutionen einzustellen pflegen. Sind wir in der Tat so weit? Niemand vermag es voranzusagen, denn nichts zündet leichter als geschichtliche Analogien. Nur so viel ist sicher, die Situation ist für die Sozialdemokratie so günstig wie nie zuvor.

So ist es die Aufgabe der sozialdemokratischen Politik, von dieser Gunst des Moments den denkbar größten Vorteil zu ziehen. Eine keineswegs leichte Aufgabe, weil die Durchführung nahe liegt, die eigne Macht zu überschätzen, in der Politik aber jeder Fehlgriff das Umgekehrte von dem herbeizuführen pflegt, was er bewirken sollte. Wir sind noch nicht so stark, die Dinge vollständig nach unserem Willen lenken zu können und jede Maßnahme in jedem uns beliebenden Moment nach Willkür ins Werk setzen zu können. Wie sich Massendemonstrationen nur nach bestimmten Regeln und in Anknüpfung an erregende Vorkommnisse mit solchem Erfolg ins Werk setzen lassen, daß sie ihre Vorgänger an Umfang und Kraft übertreffen, wovon wiederum ihre politische Wirkung abhängt, so mit allen andern Mitteln des politischen Kampfes, darunter der politische Streik. Er kann notwendig werden und großen Zweck haben. Aber nichts verfehlter, als ihn ohne triftigen Anlaß ins Blaue hinein ins Werk zu setzen, bloß damit dies schöne Kampfmittel auch einmal versucht wird. Welche zweischneidige Waffe er ist, hat sich zur Genüge gezeigt.

Die größte Sicherheit, die größte Aussicht gewährt derjenige Kampf, der nach einer ganz bestimmten Seite hin geführt wird, auf einen bestimmten Gegner zielt und alle andern Elemente entweder neutralisiert oder zur Mitwirkung bewegt. Dieser Gegner ist heute das agrarische Junkertum mit seinen Schleppträgern. Es ist in Politik und Wirtschaft die Vertretung des Statusquo. Die andern Parteien und Klassen sind mehr oder weniger interessiert, den Statusquo wenigstens in gleicher Richtung abzuändern, wie

die Sozialdemokratie. Das macht sie noch nicht schlechthin zu vertrauenswürdigem Verbündeten. Wir haben vielmehr gesehen, wie sehr geneigt die preußischen Nationalliberalen waren, der Wahlreform einen direkt antidemokratischen Charakter zu geben. Das Trauschauspiel wird in keinem Moment zu vergessen sein. Wollen die Nationalliberalen als Verbündete, außer gegen die Junker, auch gegen das Zentrum betrachtet werden, so werden sie sehr bestimmte Garantien zuvor zu geben haben, und es gehört meines Dafürhaltens zu den Aufgaben des Magdeburger Parteitags, sich darüber auszusprechen, auf welches Mindestprogramm die sozialdemokratischen Vertreter im Abgeordnetenhans und die Parteimitglieder im Lande bei etwaigen Wahlen sich gegeneinander einlassen können. Wer die Debatten und Abstimmungen bei der Beratung der Regierungsvorlage im Abgeordnetenhans verfolgt hat, wird sich erinnern, vor welcher sehr schweren Wahl sich wiederholt die sozialdemokratischen Abgeordneten gestellt sahen, und manchem mögen sie dabei in der Abstimmung für das kleinere Übel zu weit gegangen sein. Es wäre daher verkehrter Opportunismus, diesen Punkt im klaren zu lassen, denn wir kommen um solche Entscheidungen immerlich herum.

Angeichts der Tatsache, daß das volle demokratische Wahlrecht in Preußen möglicherweise in Etappen wird erkämpft werden müssen, kann die Sozialdemokratie sich wohl dazu bereit erklären, Abtragnngen der jetzigen Besitzprivilegien und Wahlkreisungleichheiten zu unterstützen, solange damit nicht die Schaffung neuer Privilegien verknüpft wird, sie muß sich aber als entschiedenste

Gegnerin jedes Versuchs betätigen, neue Wahlprivilegien irgendwelcher Art an die Stelle der alten Klasseneinteilung zu setzen. Sie muß es tun, weil sie es tun darf, ohne dem Sturze des jetzigen Wahlsystems damit entgegenzuwirken. Denn dieser Sturz ist unabweislich. Für alle Parteien, außer der konservativen, heißt es heute in dieser Hinsicht: Sie müssen!

Es ist in der letzten Zeit viel darüber geschrieben worden, welche gegnerische Partei uns am gefährlichsten ist. Man kann aber die Frage auch umkehren und sie so stellen: Wodurch können wir auf diese gegnerischen Parteien am stärksten einwirken? So ist das Zentrum uns durch seinen Einfluß auf große Massen der katholischen Arbeiter sicher bis zu einem gewissen Grade gefährlich. Aber ebenso sicher können wir auch durch das Zwischenglied der katholischen Arbeiter auf das Zentrum zurückwirken. So sind die Nationalliberalen nichts ohne das Beamtentum und die Angehörigen der freien Berufe, die sehr bedenkliche sozialdemokratische Neigungen durchblicken lassen. Die wirtschaftliche Entwicklung und die gegenwärtige Wirtschafts- und Steuerpolitik von Reich und Staat sorgen dafür, daß diese Elemente an Reizbarkeit nicht verlieren.

So hat die Sozialdemokratie keinen Grund, im Kampfe für die Wahlreform in Preußen ohne Provokation zu zweifeln. Sie darf im sichern Bewußtsein, daß die Tage des Klassenwahlrechts gezählt sind, unter dem alten Motto kämpfen: Wir drängen weiter, aber wir lassen uns von unserem Wege nicht abbringen. —

Wahlrechtskämpfe in Sachsen.

Von E. Nische (Dresden).

Genau genommen haben die Kämpfe der sächsischen Sozialdemokratie um das Wahlrecht schon vor 33 Jahren begonnen. Damals — es war im Jahre 1877 — stellte der einzige Sozialdemokrat im sächsischen Landtag, Rechtsanwalt Freitag, dort den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts, der natürlich glatt abgelehnt wurde.

In den folgenden Jahren ist zum Teil mit größerem Nachdruck derselbe Antrag wiederholt gestellt worden, immer mit demselben Erlöse. Die konservativ-nationalliberale Reaktion im sächsischen Landtag war nicht nur weit davon entfernt, dem Volke ein demokratisches Wahlrecht zu geben, sie hielt sogar das damals geltende Zensuswahlrecht, wonach nur der sächsische Staatsbürger seine Stimme abgeben durfte, der 3 Mark Staatssteuer zahlte, noch für zu weitgehend.

Als 1895 die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter auf 14 angewachsen war, holte die wahlrechtsfeindliche Reaktion unter dem verlogenen Vorwande, es sei im sächsischen Landtag eine sozialdemokratische Mehrheit zu erwarten, nach längeren Vorbereitungen hinter den Kulissen im Einverständnis mit der Regierung zu einem Schlage aus, der das Zensuswahlrecht vernichtete und das Volk durch Anisotropyierung des indirekten Dreiklassenwahlrechts rechtlos machte.

Bergeblieb waren alle Protestkundgebungen, untonis alle Volksversammlungen, die sich gegen den trechten Wahlrechtsraub des 19. Jahrhunderts wandten, untonis der Petitionsturm. In wenigen Wochen war die Wahlrechtsänderung vollendet und damit das Volk jedes Einflusses auf die Zusammenlegung des Landtags beraubt. Doch hatten ansehnend die proletarischen Massen die ganze Wiedertracht der Dreiklassenscheide noch nicht erfaßt; man glaubte, daß auch unter dem Dreiklassenwahlrecht die Basis einiger sozialdemokratischer Vertreter möglich sein werde. Darauf ließ wenigstens das Verhalten der entretreten Arbeiterschafft schließen, die bei der Abwehr der reaktionären Freisetzung trotz untrer Aufklärungsarbeit war die Erbitterung zeigte und die Energie entfaltete, die einer solchen Schmach entbrochen hätte, um sie unmöglich zu machen.

Doch schon die ersten Wahlen unter dem Dreiklassenwahlrecht offenbarten die ganze Brutalität der reaktionären Schandart. Nicht ein einziger Sozialdemokrat wurde wiedergewählt. Jede der folgenden Wahlen bestätigten immer wieder daß die Entsetzung der untern Volksstände eine vollständige war. So durch bittere Tatsachen über die Wirkung des neuen Wahlrechts aufgeföhrt, erkannten die Arbeitermassen, daß sie völlig ihres Wahlrechts beraubt waren. Mit dieser Erkenntnis wurde und wurde die Erbitterung zur lebendigen Empörung. Bei den Reichstagswahlen 1904 kam die Zustimmung des entretreten Volkes in einer Weise zum Ausdruck, daß die Herrschenden Sch und Weh litten. Von 24 Abgeordneten, die Sachsen in den Reichstag entsenden, waren 22 Sozialdemokraten. Von einem erschreckenden Reichstagswahlresultat sprach damals der Vizepräsident des Reichstages, der Minister von Meisich.

Auch in der Regierung lösten die Erkenntnisse zu demern, daß dieses vernichtende Wahlergebnis zum guten Teile die Antwort des sächsischen Volkes auf die Wahlrechtsänderung von 1896 war. Unmittelbar danach kündigte das Organ der sächsischen Regierung, das „Dresdner Journal“, eine Wahlrechtsreform an, die nur ungenügend wurde. Doch kam dabei keine eigentliche Wahlrechtsreform heraus. Nur Grundzüge für eine solche legte — offenbar auf Betreiben des durch den Reichstagsmarschall niedergeschmetterten Königs Georg — das Ministerium 1904 dem Landtag vor. Danach sollte die reichliche Hälfte der Abgeordneten durch direktes Dreiklassenwahlrecht, die übrigen durch berufständische Wahlen das Mandat erhalten. Im günstigsten Falle hätte die Sozialdemokratie von 22 Vertretern 16 erlangt. Doch das war den damals in der zweiten Kammer herrschenden Konservativen noch zuviel. Sie erklärten, keinem Wahlsystem ihre Zustimmung geben zu können, das den Sozialdemokraten 16 Mandate auf dem

Präsidenten entgegenbrächte, während die Nationalliberalen ein Pluralwahlrecht forderten. Alle bürgerlichen Parteien waren aber mit der Regierung darüber einig, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht für Sachsen nicht in Frage kommen dürfe und jedes einzuführende Wahlsystem in erster Linie daranhin gewöhrt werden müsse, ob es ausreichenden Schutz gegen eine Ueberflutung der Kammer durch staatsfeindliche Elemente gewähre.

Die Regierungsgrundzüge wanderten in den Papierkorb, keine Partei wollte von ihnen etwas wissen. Die konservativen besonders wollten sich höchstens zu einer bedeutungslosen Aenderung des Dreiklassenwahlrechts verstehen, aber auch das erst, wenn dieses noch mehrere Jahre weiter erprobt sein werde.

Damit ihnen auch die Regierung die ganze Wahlrechtsreform als endgültig begraben anzusehen. Als der Landtag 1905/06 zusammentrat, enthielt die Thronrede kein Wort von ihr. Dadurch wurde die Erbitterung der entretreten Massen nur erhöht. Noch größer wurde der Unwille, als auf eine liberale Interpellation hin die Regierung durch den damaligen Minister von Meisich erklärte, für die Regierung keine nach dem Scheitern ihrer Vorarlage jetzt ein anderes als das Dreiklassenwahlrecht in Frage kommen. Damit wurde der Vater der sächsischen Wahlrechtsreform Del aus seiner Gefassen. Die Empörung löste sich auf. Die auf diese Regierungserklärung hin veranstalteten Protestversammlungen waren massenhaft bemant. Statt der früheren Stillschichtigkeit machte sich eine geradezu revolutionäre Stimmung in den enttäuschten Volksmassen bemerkbar. Im Dezember am 19. November 1905 kam die erste Protestversammlung auf der Straße fertig, wo sie zu einer insolenten Massen demonstration anwachsen, zu der sich mehr als 10 000 Arbeiter beteiligten.

Zeit bedeutungsreicher und wichtiger als geradezu entsetzlich anstößiger sah jedoch die Straßendemonstration der Dresdner Arbeiterschafft, die am 3. Dezember 1905 immonis zum Ausdruck kam. In jubelstimmigen Schritten zu diesem Wahlrechtssonntag die Wählermassen aus den Vorburgen auf die Straße. Sie fanden die Zugänge nach dem Stadthorn, insbesondere nach dem Saalhof und dem Kurpark durch doppelte Gendarmenposten gesichert, aber wertlos war die Polizei bemant, durch Abwehrung der Elektrizität den Versöhler Arbeitern den Ausgang der Straße unmöglich zu machen. Die über erliche Polizei wies sich besonders hervor, wenn die Massen nach dem Saalhof und zum Stadthorn wollten. Dort wurde die Straße auf die weitausste Wenge eingegrenzt. Es kam zu erheblichen Zusammenstößen. Polizeibeamtente verließen mehrere den Platz. Jeder, der ein Hoch auf das Wahlrecht ausbrachte oder sich sonst bemerkbar machte, wurde verhaftet.

Dieser ersten Demonstration folgte 11 Tage später, am 20. Dezember, eine zweite, die sich kaum fühlbar von der Wohnung des Ministers von Meisich abzielte. Aus der untreren Klasse stiegen zwei Schiffe gegen die Gendarmen, die zum Verstecken. Darauf ein wildes Einbeugen und Ueberreiten durch die berentete Gendarmenposten. Mehr als 2000 Demonstranten wurden schwer verletzt. Viele wurden verhaftet und eingewiesen. Alsob begann die schreckliche Verhaftung der Demonstranten. 20 Jahre die Kampagne war die Arbeiterschafft immonis wurde ein Arbeiter getroffen, der in 3 Jahren verhaftet wurde.

Diese Wahlrechtskämpfe haben die Herrschenden mit Entsetzen und Schrecken erfüllt. Sie fürchteten Schlimmeres und waren in lebendigen Kampfen. In dieser Stimmung zeigte sich die Regierung endlich geneigt, auf eine neue Wahlrechtsreform in die Wege zu lenken. Als Genosse Goltsche, damals der einzige Sozialdemokrat im Landtag, kurz nach den Wahlrechtsdemonstrationen die Regierung wegen der vollständigen Stillschiffung interpellierte, trat der bei der alle benutzte Minister von Meisich über die Wahlrechtsreform auf. Derselbe Herr, der wenige Wochen früher erklärt hatte, die Regierung könne

und werde aus eigener Initiative in der Wahlrechtsfrage nichts mehr unternehmen, sagte jetzt, nach den mchtigen Demonstrationen, zu, eine Wahlrechtsreform nach eingehenden Erwägungen in die Wege zu lenken zu wollen. Das ist später auch geschehen.

So war die völlig ins Stocken geratene Wahlrechtsreform durch die Straßendemonstrationen wieder ins Rollen gebracht worden. Und noch ein zweiter Erfolg war zu vermeiden. Herr von Meisich, der Vater der Dreiklassenwahlrechtsreform, das Haupt der sächsischen Reaktion, wurde durch die Wahlrechtskämpfe hinweggeföhrt. Sein Nachfolger, Graf Hohenthal, löste das gegebene Wort ein, aber man fragte nur nicht wie. Seine Wahlrechtsvorlage ließ darauf hinaus, die Hälfte der Abgeordneten durch Pluralwahlen mit Verhältniswahlrecht, zur andern Hälfte durch die Gemeindeverwaltung und Bezirksversammlungen wählen zu lassen. 12 bis 15 Vertreter sollten die Sozialdemokraten bekommen.

Das System befriedigte niemand. Der Dualismus fand auch keine Freunde bei den bürgerlichen Parteien, ebensowenig die Verhältniswahl. In einem längeren als einjährigen Wahlrechtsgezerr in einer besonders eingehenden Debatte wurde schließlich nur die Pluralwahl beibehalten, alles andre fallen gelassen. Doch nur der höchstens 2 Stimmen, die die Hohenthalische Vorlage beabsichtigte, wurden den Beisitzstimmten 3 bis 1 Stimmen zugestimmt, während die Arbeiter in der Regel mit einer Stimme abgefunden wurden.

Die ganze Wahlrechtsreform drohte mehr als einmal gänzlich im Sande stedenzubleiben. Und es wäre auch bei dem Geldwahlrecht von 1896 geblieben, wenn die Arbeiterschafft nicht abermals durch Demonstrationen und Protestversammlungen eingegriffen hätte. Als im November 1908 der Landtag zu einer Nachsitzung zusammentrat, und die Aussichten für ein Zustandekommen einer Wahlrechtsreform die denkbar schlechtesten waren, veranstaltete die Dresdner Arbeiterschafft abermals eine Demonstration, die diesmal polizeilich genehmigt war. Gegen 50 000 Männer der Arbeit zogen vom Volkshaus durch die Stadt nach der Rodenbahn zu einer Massenkundgebung, wie sie Dresden noch nicht gesehen hatte. Hunderttausende waren außerdem auf den Beinen, die Spalier bildeten. Kurze Zeit danach abermals Protestversammlungen, die sich gegen die reaktionären Wahlrechtsgegner wandten. Im Anschluß daran gingen die Massen wieder auf die Straße. Es wiederholte sich im Dezember 1908 der Zusammenstoß vom blutigen Wahlrechtssonntag im Dezember 1905. Die Massen protestierten. Die Erbitterung machte sich durch lebhaftes Rufen bemerkbar. Sturmisch wurden Anie nach dem allgemeinen Wahlrecht laut. Und wieder gaben harmlose Vorkommnisse der Polizei den Vorwand zum Einbeugen. Polizeiföhel verrichteten blutige Arbeit. Bis in die Häuser hinein wurden flüchtende Arbeiter verfolgt. Auf gänzlich Unbeteiligte wurde eingebogen. Wieder gab es Verhaftungen, wieder entfaltete die raschende Antiz eine eifrige Tätigkeit. Blutscheid waren auch diesmal die Opfer der Demonstration.

Doch sie waren nicht untonis abbracht, die Wahlrechtsreaktionäre im Landtag wagten es nicht, den Karren im Sande gänzlich stecken zu lassen. Was aber herauskam, war freilich ein reaktionäres Radwerk, ein plutokratisches Pluralwahlrecht, das mehr wie eine Verböschung des Volkes als eine Wahlrechtsreform ansah. Doch ein kleiner Fortschritt ist doch errungen worden. Man würde ja sehr freigegeben, wenn man die 25 unter diesem Wahlsystem gewählten Sozialdemokraten auf das Konto dieses neuen Pluralwahlrechts setzen wollte. Unter 25 Genossen im Landtag sind in erster Linie die Frucht der Reichsfinanzreform. Doch sicher ist, daß man die Sozialdemokraten im sächsischen Landtag jetzt nicht los wird. Und weder im Landtag noch im Lande werden wir ruhen, bis dem Volke geworden ist, was des Volkes ist.

Die Geschichte der sächsischen Wahlrechtskämpfe hat aber bisher gezeigt, daß Wahlrechtsdemonstrationen das mchtige Mittel zur Geltendmachung untrer Forderungen sind.

5. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 219.

Magdeburg, Sonntag den 18. September 1910.

21. Jahrgang.

Zur Geschichte des Wahlrechtskampfs in Bayern.

Von Johannes Timm (München).

Am 25. Mai 1808 sollte das junge Königreich Bayern eine Verfassung erhalten. Im Regierungsblatte vom genannten Datum war der Entwurf dieser „Konstitution für das Königreich Bayern“ veröffentlicht worden. Der Entwurf sah „eine einheitliche Nationalrepräsentation“, das heißt ein Parlament auf dem Boden des Einkammersystems vor. Der Adel, schon erbittert durch die im Jahre 1807 erfolgte Aufhebung seiner Steuerfreiheit und anderer Privilegien, verhinderte das Inslebentreten jener Konstitution.

Im Jahre 1814 ernannte dann der König auf Verreiben des Ministers Montgelas eine Kommission zur Entwerfung einer neuen Konstitution; ihr gehörten 15 Personen an, darunter allein acht Vertreter des rücksichtslossten Feindes. Am 26. Mai 1818 erblühte schließlich eine neue Verfassungsurkunde das Licht der bayerischen Welt.

Anstatt der Nationalrepräsentation wurde eine „Standschaft“ eingeleitet, für die, um vor allem den Wünschen des Adels entgegenzukommen, das Zweikammersystem eingeführt wurde. Die erste Kammer, die der Reichsräte, welche heute noch besteht, wurde zusammengesetzt aus: 1. den volljährigen Prinzen des königlichen Hauses, 2. den Kronbeamten des Reiches, 3. den beiden Erzbischöfen, 4. den Häuptern der ehemals reichstädtischen fürstlichen und gräflichen Familien als erblichen Reichsräten, 5. einem vom Könige ernannten Bischof und dem jedesmaligen Präsidenten des protestantischen Generalkonfessoriums, 6. aus denjenigen Personen, welche der König entweder erblich oder lebenslanglich besonders ernannt.

Die „untere“ Kammer setzte sich zusammen aus: 1. Gutsbesitzern, 2. Abgeordneten der Universitäten, 3. katholischen und protestantischen Geistlichen, 4. Abgeordneten der Städte und Märkte, 5. Landeigentümern, die keine gutherrliche Gerichtsbarkeit besaßen. Auf 7000 Familien kam ein Abgeordneter. Aktives und passives Wahlrecht besaßen alle Angehörigen der Klassen 1 und 3, für Klasse 2 das aktive Wahlrecht alle ordentlichen und außerordentlichen, das passive Wahlrecht aber nur die ordentlichen „defektierten“ Lehrer. In den Städten übten die Magistrate und Gemeindebevollmächtigten das Wahlrecht aus. Die Abgeordneten mußten 30 Jahre alt sein und einer christlichen Religion angehören.

Eine derartig zweigeteilte, dazu lediglich nach Geburts- und Berufsständen gegliederte „Ständeverammlung“ konnte natürlich nur ein jammervolles Scheinwesen heißen. Die Regierung machte sich über die Existenz der „Standschaft“ geradezu lustig. Eine tolle Finanzwirtschaft im Hof- und Militärwesen wie in der Staatsverwaltung trieb die höchsten Blüten: der König verfügte über die Ueberflüsse von den Staatseinnahmen nach Belieben.

Als der Sturm der 48er Volksbewegung mit seinen Ausläufern Bayern trich, waren die Tage der famosen „Standschaft“ gezählt. In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 26. April 1848 wurde ein „Gesetzentwurf die Wahl der Abgeordneten zur Ständeverammlung betr.“ von der Regierung vorgelegt. In diesem Gesetzentwurf, welcher in seinen Hauptpunkten den Beifall der Kammer fand, war das System der allgemeinen indirekten Wahl vorgeschlagen ohne Berücksichtigung von „Standesklassen“. Am 4. Juni 1848 erichien dann das Gesetz die Wahl der Landtagsabgeordneten betreffend. Die Wahlfähigkeit zur zweiten Kammer wurde jedem volljährigen Staatsangehörigen zuerkannt, der die Verfassung beschworen und dem Staate irgendeine, wenn auch die minimalste Steuer entrichtete, und nicht wegen gewisser Verbrechen und Vergehen verurteilt war. Die Wahl hatte sich in zwei Wahlhandlungen zu vollziehen.

Wählbar zum Wahlmann war jeder Staatsbürger, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt und die übrigen oben aufgeführten Eigenschaften der Wahlfähigkeit besaß.

Wählbar zum Abgeordneten war jeder Staatsangehörige, welcher das 30. Lebensjahr zurückgelegt und die sonstigen Eigenschaften der Wahlfähigkeit hatte. Die Wahlfähigkeit und die Wählbarkeit war an ein bestimmtes Glaubensbekenntnis nicht gebunden.

Die Gesamtzahl der Abgeordneten berechnete sich im Verhältnis von einem Abgeordneten auf 31 500 Seelen der jeweilig maßgebenden Volkszählung.

An dem Bestande der ersten Kammer wurde sowohl im ganzen wie im einzelnen nichts geändert.

In der Reaktionsperiode der fünfziger Jahre unternahm der Ministerpräsident von der Pfordten den kühnen Vorstoß, das zustande gekommene Gesetz zu befeitigen und die alte „Standschaft“ wieder einzuführen. Zur Begründung der Wahlrechtsverflechterung hielt Herr von der Pfordten am 19. Oktober 1854 eine Rede, die echt behmann-hollwegisch anmutet. Er führte u. a. aus:

Unter den Stürmen einer leidenschaftlich erregten Zeit sei das Gesetz von 1848 in großer Eile beraten und beschlossen worden. Gegen die Prinzipien des Gesetzes spreche die Erfahrung aller Zeiten und Völker, die Prinzipien seien nicht ohne Grund als gleichgültig für die Freiheit und Wohlfahrt des Volkes wie für die Kraft und Dauer der Monarchie bezeichnet worden.

Bei der Beratung des Regierungsentwurfs meinte der Abgeordnete v. Gombart, das Gesetz von 1848 sei aus „der sogenannten Theorie der Sozialdemokraten“ hervorgegangen. Aber alle Versuche der Reaktionen, die magere Erreungenschaft des Jahres 1848 wieder zu beseitigen, scheiterten. Zweimal löste man die widerwärtige Kammer auf, aber jedesmal ergab die Neuwahl eine Verstärkung der Opposition.

Die Wahlen zum deutschen Zollparlament brachten nach dem Gesetze vom 16. November 1867 das direkte Wahlverfahren; in Bayern setzte eine lebhafte Bewegung ein, um auch für die Landtagswahlen das direkte Verfahren zu gewinnen. Es kam in der Kammer zu Interpellationen, die indessen erfolglos verhallten.

Endlich, bei Eröffnung des Landtags von 1870/71, kündigte die Thronrede, „beseitigt von dem Wunsche, daß die Wahlen zum Landtag einen getreuen Ausdruck der im Volke lebenden Ueberzeugungen bieten“, den „Entwurf eines Wahlgesetzes auf der Grundlage des direkten Wahlrechts“ an. Liberale und Patrioten (Zentrum), lediglich in Anspruch genommen von den reinen Profitinteressen ihrer Klasse, und reaktionärer noch als die Regierung, schoben die Beratung des Entwurfs so lange hinaus, bis er „im Kriegstrübel des Jahres 1870 unterging“.

Am 9. Juni 1874 brachte die Regierung den Entwurf wieder ein, sie zog ihn jedoch berichtigt zurück, da die Parteien sich über die Wahlkreiseinteilung nicht einigen konnten. In der Session 1875/76 reichte der Abgeordnete Jörg zwei Entwürfe ein, einen die direkte Wahl, den andern die Wahlkreiseinteilung betr. Die notwendige Zweidrittelmehrheit dafür kam nicht zustande. Am 10. Oktober 1877 interpellierte der Abgeordnete Schels, und am 15. Januar 1878 fragte Jörg wieder an, wie es mit der Vorlage eines Wahlgesetzes stehe. Die Regierung lehnte unter Hinweis „auf die Macht der gegebenen Verhältnisse“ die Einbringung eines Entwurfs ab. Am 7. Januar 1879 brachte der Abgeordnete Schels wieder einen Initiativantrag ein, aber auch er war mürbe geworden und, infiziert vom reaktionären Geiste der Kammer, verzichtete er jetzt auf die Forderung der direkten Wahl. Der Antrag kam an einen Ausschuß, der sich wieder über die Wahlkreiseinteilung nicht einigen konnte. Die Regierung bekamte sich im Laufe der Beratungen jetzt als eine entschiedene Gegnerin des direkten Wahlrechts.

Dann kam, von der Regierung angeregt, die Verbesserung des Wahlrechts von 1848 im Jahre 1881. Der Gesetzentwurf sollte sich mit der Beseitigung einer Mehrzahl technischer Mängel“ begnügen und den „künftigen Wahlen einen ruhigen Verlauf sichern“. Schließlich kam aber ein Gesetz zustande, das neue Einschränkungen des allgemeinen Wahlrechts brachte und gegenüber dem Gesetz vom Jahre 1848 nicht unwesentliche Verschlechterungen enthielt.

In den nächsten 12 Jahren wurde die Wahlreform in der Abgeordnetenkammer kaum noch berührt, obwohl außerhalb des Parlaments in großen Volksversammlungen der Kampf um eine gerechte Volksvertretung entschieden weitergeführt wurde. Es war die auch in Bayern aufstrebende Sozialdemokratie, die unter Führung des unvergessenen Karl Grillenberger den Wahlrechtskampf im Lande stets von neuem entfachte. Allein, die Sozialdemokraten waren in der Abgeordnetenkammer nicht vertreten und die Regierung und die bürgerlichen Parteien negierten einfach die Volksstimmung, die ungestüm ihre Rechte forderte. Ein wahrer Petitionssturm tobte im Jahre 1891 gegen die „Volksvertretung“. In 37 Petitionen wurde als Ausdruck des Volkswillens die Einbringung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts verlangt. Der Petitionsausschuß der Abgeordnetenkammer kam aber keine dieser Petitionen als zur Erörterung im Plenum der Kammer gelangt. Die durch indirekte Wahlen hervorgerufene „Volksvertretung“ hatte die Fühlung mit dem Volke vollständig verloren.

Erst mit dem Jahre 1893 beginnt ein neuer Abschnitt in dem Kampfe um die Wahlreform in Bayern. Trotz des schlechten Wahlgesetzes zogen im Jahre 1893 zum erstenmal fünf sozialdemokratische Abgeordnete in den Landtag ein. Ihre erste Tat war ein Antrag auf Einführung eines gerechten Wahlgesetzes, dem ein vollständig ausgearbeiteter Entwurf beigelegt war. Dieser Antrag wurde gegen 17 Stimmen abgelehnt. Dabei wurde namentlich vom Zentrum mit der Behauptung überlistet, nach der Verfassung sei eine Menderung von Verfassungsgesetzen, zu denen auch das Wahlgesetz gehört, unter der Regentenschaft unmöglich.

In der zweiten Session wiederholte die sozialdemokratische Fraktion ihre Anträge, sie mußte ihnen aber nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung eine andre Form geben, weil ein einmal abgelehnter Antrag in jeder nur „vertagten“ Session nicht wiederholt werden darf. Jetzt beantragte das Zentrum Uebergang zur Tagesordnung. Dagegen erhoben sich bereits 53 Stimmen. In der dritten Session (1897) kam der sozialdemokratische Antrag — aus

dem erwähnten Grunde wieder in anderer Form — noch einmal. Die Gegner hatten inzwischen zwar die Behauptung eines Verfassungshindernisses fallen lassen, allein beim Zentrum und bei den Liberalen war die Lust gering, sich auf eine Reform einzulassen. Schließlich aber wurde nach den damaligen Debatten, nach einer glänzenden Rede Grillenbergers, und wohl auch unter dem Eindruck des plötzlichen Todes unsers wackeren Genossen, der nach der Rede einen Schlaganfall erlitten hatte, folgender Antrag mit einer geringen Majorität angenommen: „Es sei die Staatsregierung um einen Entwurf zu ersuchen, durch welchen das Landtagswahlgesetz dahin abgeändert wird, daß bei voller Sicherung einer unabhängigen Wahl allgemeinen, direkten Wahlrecht gewährt, den Städten wie dem Lande die ihnen nach der Bevölkerungsziffer gebührende Abgeordnetenzahl eingeräumt und eine geeignete Verteilung der Minoritäten nach dem Prinzip der Proportionalwahl in Aussicht genommen werde.“

In der Reichsratskammer wurde dieser Antrag einstimmig abgelehnt mit der eigenartigen Begründung, daß es bei der unbestimmten Form des Antrags und insbesondere nach dem Verlauf der Verhandlungen in der Abgeordnetenkammer nicht möglich sei, zu dem Antrag Stellung zu nehmen.

Im Jahre 1899 brachte die bei den Neuwahlen auf es Mann angewachsene sozialdemokratische Fraktion sofort wieder einen Wahlrechtsantrag ein, der von den Genossen Segitz und Vollmar begründet wurde. Die Debatte schloß mit der einstimmigen Verweisung an einen Ausschuß von 21 Mitgliedern, in dem von unserer Fraktion zwei Genossen vertreten waren.

Mit dem Beginn der neuen Session 1901/02, als es den Anschein hatte, als ob die Mehrheitsparteien die Reform wieder verschleppen wollten, griff die sozialdemokratische Fraktion durch eine energische Zuschrift an das Präsidium ein, worauf dann die langwierigen Verhandlungen begannen.

Der Ausschuß einigte sich schließlich auf eine Resolution, in der verlangt wurde, die Staatsregierung sei zu ersuchen, dem Landtag der kommenden Session rechtzeitig den Entwurf eines neuen, mit den noch näher bezeichneten Grundrissen übereinstimmenden Wahlgesetzes nebst einer Entwürf über die künftige Bildung der einzelnen Wahlkreise vorzulegen. Die Grundzüge, nach welchen ein Wahlgesetzentwurf gewünscht wurde, hatte der Ausschuß in 14 Punkten eingehend präzipiert.

Die Ausschußresolution wurde nach eingehenden Debatten vom 15. und 16. Mai 1901 in der Abgeordnetenkammer und später von der Reichsratskammer einstimmig angenommen.

Damit war der erste Weg eines praktischen Erfolgs der bayerischen Wahlrechtsbewegung gebahnt. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion hatten stets in jeder Phase der Wahlrechtsbewegung die programmatischen Forderungen der Sozialdemokratie an ein gerechtes Wahlgesetz betont, allein andererseits waren sie sich auch darüber einig, daß die volle Verwirklichung aller Forderungen auf den ersten Anstich nicht zu erreichen sein werde. Hatte doch die sozialdemokratische Fraktion von 159 Mandaten der bayerischen Abgeordnetenkammer nur 11 in Besitz. So war es immerhin ein nicht zu unterschätzender Erfolg der kleinen sozialdemokratischen Fraktion, die Wahlrechtsfrage durch die einstimmige Festlegung der Parteien auf fortgeschrittliche Grundzüge ein gutes Stück vorwärts getrieben zu haben.

Dieses Verständnis für die eingezeichnete Taktik, die später zum Siege führte, war damals nicht in allen Teilen der Partei vorhanden. Von führenden norddeutschen Genossen erfolgten heftige Vorwürfe wie „Wettbewerbs um den Ruin der Partei“, „Wahlentrichtung nach jüdischem Muster“ usw.

Die bayerischen Liberalen waren es, die gierig alle diese Angriffe gegen die bayerische Sozialdemokratie ausnutzten; ihre Spekulation ging darauf hinaus, die Sozialdemokratie über zu machen, damit die Wahlreform durch überpannte Forderungen wieder im Sande verlaufen werde. Selber wagten es die Liberalen nicht, wegen der Verantwortung bei den Wählern. Die Stimmung in liberalen Kreisen zeigte sich deutlich darin, daß kein einziges liberales Blatt die Wahlreform überhaupt befürwortete und in keiner liberalen Versammlung ein Wort vorher davon geredet war.

So war die Hoffnung der Liberalen, die nicht selbst den An abtügen wollten, auf dem sie saßen, bei der Sozialdemokratie. Allein diese war nicht naiv genug, um auf den liberalen Leim zu frieden.

Auf dem am 15. und 16. Juni 1902 in Ludwigshafen stattgehabten Parteitag der bayerischen Sozialdemokraten gab es lebhaft Debatten über die Taktik der Fraktion. Es erhoben sich Stimmen, die die Zustimmung der Landtagsfraktion zu den 14 Punkten der Resolution tadelten. Schließlich wurde mit 74 gegen 1 Stimme — bei 11 Stimmenthaltungen — die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion in der Wahlrechtsfrage gebilligt.

Zum Beginn der Landtagsession 1903/04 brachte die Regierung den Entwurf eines neuen Land-

Vagwahlgesetz ein, der sich im großen und ganzen an die Vorschriften der Resolution hielt. Der wesentlichste Fortschritt bestand in der Einführung des direkten Wahlrechts und Vermehrung der Abgeordnetenziffer von 159 auf 163, die eine bessere Berücksichtigung der städtischen Wähler gewährleistete.

Von dem Tage an, an dem der Regierungsentwurf vorlag, gab es innerhalb der bayerischen Sozialdemokratie auch nicht mehr die geringste Meinungsverschiedenheit. In einer Konferenz des Landesvorstandes, der Landtagsfraktion, der Gewerkschaften und der Redakteure der Parteipresse wurden einhellige Beschlüsse gefaßt über die vorläufige Stellungnahme der Landtagsfraktion zu dem Entwurf und für die Einleitung einer Massenagitation für die Wahlreform.

Am 13. Oktober 1903 beschäftigte sich das Plenum der Abgeordnetenkammer zum erstenmal mit dem Entwurf der Regierung, der zur weiteren Vorberatung an einen besonderen Ausschuß von 21 Mitgliedern verwiesen wurde.

Es würde zuviel Raum beanspruchen, die einzelnen Phasen der Ausschußverhandlungen zu schildern, so interessant dies insbesondere für die Haltung der Liberalen zur bayerischen Wahlreform wäre. Nur so viel sei bemerkt: während das Zentrum sich bei den ganzen Beratungen an die Grundzüge der von allen Parteien gebilligten Resolution hielt und ehrlich für das Zustandekommen des Gesetzes arbeitete, versuchten die Liberalen, alle möglichen Schwierigkeiten zu bereiten, um das Gesetz zu Fall zu bringen.

Sie, die den Sozialdemokraten diese Rolle zugeordnet hatten, mußten im Laufe der Verhandlungen immer mehr Farbe bekennen. Bereits vorher hatte die mittlerweile an Abonnentenrückgang und zugrunde gegangene liberale „Münchener Allgemeine Zeitung“ offen die Parole herausgegeben: „In Bayern muß die liberale Forderung des direkten Wahlrechts Theorie bleiben.“ Dementierend war auch die Haltung der Kammerliberalen.

Die entscheidende Abstimmung über das Wahlgesetz erfolgte am 29. Februar 1904. Abwesend waren 156 Mitglieder: 1 Mandat war erledigt, 2 Abgeordnete waren wegen Krankheit entschuldigt. 98 — die Sozialdemokraten und das Zentrum geschlossen, der Demokrat Köhl, der Konservative Ing und der württembergische Bauernbündler Gebhart — hatten für, 60 — die Liberalen und die freie Vereinigung — gegen das Wahlgesetz gestimmt. Die nötige Zweidrittelmehrheit von 104 war also nicht vorhanden. Das bayerische Volk war von den Liberalen und ihren agrarischen Zwischgeistes wieder einmal um ein fortschrittliches Wahlrecht betrogen.

Im Jahre 1905 waren die Neuwahlen zum bayerischen Landtag. Die sozialdemokratische Partei hatte auf ihrem Parteitag 1904 in Augsburg beschlossen, für eine in

Sachen der Wahlreform sichere Zweidrittelmehrheit des nächsten Landtags zu sorgen. Wollte die Sozialdemokratie nicht neuerdings sich die Früchte einer jahrelangen Arbeit vernichten lassen, so mußte sie ihre Entscheidung bei den Wahlen überall dort, wo sie selbst nicht in Frage kam, zugunsten der Partei abgeben, die in der Wahlrechtsfrage sichere Garantien bot. Daß dies in Bayern die Zentrumspartei war, war ein beschämendes Zeichen für den bayerischen Liberalismus. Die Taktik der Partei wurde überall von den Genossen verstanden und geschlossen durchgeführt.

Bei den Neuwahlen errangen das Zentrum 102, die Sozialdemokraten 12, die Liberalen 23 und die Bündler 20 Mandate. Die Wahlrechtsfreunde hatten mit 114 Mandaten nunmehr die sichere Zweidrittelmehrheit. Die Liberalen hatten 21 Mandate verloren.

Die Regierung brachte das 1904 abgelehnte Wahlgesetz wieder ein, das nunmehr in beiden Kammern des Landtags einstimmig angenommen wurde.

In der Reichsratskammer äußerte diesmal nur Freiherr von Tübingen Bedenken gegen das geheime Wahlrecht; ihm trat der Reichsrat Prinz Ludwig von Bayern entgegen, der u. a. ausführte:

Man dürfe sich allzuhohe schämen, daß für den deutschen Reichstag ein Wahlrecht bestehe, mit dem der größte Teil der Bevölkerung zufrieden sei. Man solle nur das Ausland ansehen, und insbesondere diejenigen Staaten, in denen verfeinerte Wahlverfahren beständen, die dem Gerechtigkeitsgefühl der großen Masse der Bevölkerung widersprächen. Ob diese Wahlverfahren noch lange fortbestehen dürften, wolle er bezweifeln. Die Wahlen gäben seiner Meinung nach in der Regel dann ein getreues Bild von der Meinung der gesamten Bevölkerung, wenn sie ein gleiches, allgemeines, direktes und geheimes Wahlrecht bestände.

Sollten die Liberalen nicht am 29. Februar 1904 das Wahlgesetz zu Fall gebracht, so wäre ihnen ihrem Wunsche entgehendem anstatt der relativen Mehrheit die absolute Mehrheit beim ersten Wahlrechtsgange eingeräumt worden. Allerdings ein solches Zugeständnis zu machen, lehnte das Zentrum ab.

Nachdem das neue Landtagswahlgesetz vom 9. April 1906 zustande gekommen war, wurde der Landtag nach Schluß der Session aufgelöst und im Jahre 1907 fanden die Wahlen zum Landtag zum erstenmal nach dem neuen Gesetz statt: sie brachten der Sozialdemokratie 20 Mandate; in einer Nachwahl in Schwabach gewann die Sozialdemokratie noch ein Mandat, so daß sie zurzeit in der Abgeordnetenkammer mit 21 Abgeordneten vertreten ist.

In den vorstehenden Abschnitten sind die nüchternen Tatsachen des langwierigen Kampfes um ein freies Wahlrecht

Wahlrecht in Bayern geschildert. Die Sozialdemokratie mußte im Laufe des Kampfes zu taktischen Mitteln greifen, die nicht immer das nötige Verständnis der außerhalb der Schlachtklinie stehenden Genossen fand. „Der Verrat der Partei an die Gegner“ wurde ängstlich befürchtet, die sogenannte „staatsmännische Taktik“ arg bespöttelt und verachtet.

Aber die Partei hat nicht nur keinen Schaden gelitten, sondern sie ist gefestigt und gekräftigt aus dem Kampfe hervorgegangen.

Gewiß war es ein fühner Schachzug, durch ein taktisches Zusammengehen gerade mit dem Zentrum dem bayerischen Volke ein freies Wahlrecht zu sichern, aber der Zug war, wie die politischen Verhältnisse lagen, notwendig, um das Ziel zu erreichen. Dafür spricht der schließliche Erfolg. In keinem Stadium des Kampfes wurde aber vergessen, daß Zentrum und Sozialdemokratie eine tiefe Kluft trennt und daß gerade die letzten großen Kämpfe sich zwischen Zentrum und Sozialdemokratie abspielen werden.

Das politische Leben in Bayern hat zweifellos durch die Erringung eines freies Wahlrechts einen neuen Aufschwung bekommen. Die Parteien sind gezwungen, in engerer Fühlung mit ihren Wählern zu treten. Die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Bevölkerung haben im jetzigen Parlament einen andern Resonanzboden wie unter dem indirekten Wahlsystem. Der Einfluß der Sozialdemokratie ist gewachsen.

Die nie rastende Partei ist in Bayern vor neue Aufgaben zur Erweiterung der politischen Rechte und der politischen Macht gestellt: sie rüstet zum Kampfe gegen die Reichsratskammer.

Allein der politische Fortschritt in den süddeutschen Bundesstaaten hängt davon ab, inwieweit es gelingt, den zurückgebliebenen, aber in Deutschland führenden preussischen Staat freiheitlich zu heben. Der politische Einfluß der preussischen Junker ist eine stete Gefahr für die Einheit des Reiches. Die „altpreussische Tradition“ mit ihren caritatistischen Neigungen, ihren fortgesetzten Drohungen mit dem Staatsstreik, der Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts, dem persönlichen Regiment, dem Absolutismus ist der innere Feind für die politische Weiterentwicklung des Reiches.

Für das gesamte deutsche Volk hat deshalb kein Ereignis ein größeres Interesse als die Erringung einer gründlichen Wahlreform in Preußen. Die Sozialdemokratie ist die führende Partei in diesem großen nationalen Kampfe, der ungleich schwieriger ist als in andern Bundesstaaten, der bei aller leidenschaftlichen, aber unrichtigen und planmäßigen Anspannung aller zur Verfügung stehenden Kräfte zum endgültigen Siege führen muß. —

Heffische Wahlrechtskämpfe.

Von Julius Bruhns (Offenbach).

Auch das „liberale Mutterländle“ Hessen hat seine Wahlrechtskämpfe gehabt und hat sie noch. Fast ein Jahrzehnt schon dauern diese Kämpfe um eine demokratische Gestaltung des Wahlrechts zum heffischen Landtag, und immer noch ist das Ziel nicht erreicht. In das heffische Volk ist heute weiter entfernt von diesem Ziel als zu Anfang des Jahres 1904, zur Zeit der Einbringung der ersten Wahlrechtsvorlage durch die heffische Regierung. Damals trug Hessen den Ruhm davon, als erster der süddeutschen Staaten an eine Demokratisierung des Landtagswahlrechts zu gehen. Heute haben die andern drei, Baden, Bayern, Württemberg, die in mehr oder minder weitem Abstand dem Beispiel Hessens folgten, längst ihre Wahlverfahren in wirklich demokratische Sinne reformiert. In Hessen aber hütet man immer noch darüber, wie man sich beim dem arbeitenden Volke sein höchstes politisches Recht verächtlichen kann, ohne wenigstens den Schein einer wirklichen Reform des Wahlrechts zu verlieren.

Bisher hatte das Wahlrecht jede männliche Person die mindestens 25 Jahre alt war, sein Wahlrecht. In Hessen wohnte und die Staatsangehörigkeit besaß — die also noch ganz kurz vor dem Wahlrecht zurückzuweisen konnte —, außerdem eine direkte Staatssteuer bezahlte und mit dieser Steuer zur Zeit der Wahl nicht mehr als 2 Monate im Ausland war. Die Wahl war durch die Abgeordneten aber wurden nicht von den Wählern direkt, sondern von Wahlmännern gewählt. Die indirekte Wahl war nicht nur den Sozialdemokraten sondern auch den bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der ganz auf das kleine Land angewiesenen Bauern, der unbeschäftigten, und schon seit 1896 forderte der heffische Landtag wiederholt die Einführung der Wahlrechtsreform, die unermüdeten indirekten Wahl. Die erste Reformvorlage brachte denn auch die Erfüllung dieser Forderung zugleich noch einige andre kleinere Verbesserungen, wie die Vermehrung der heffischen Mandate und eine Verbesserung des Wahlverfahrens. Das alles war ganz nach dem Herzen der bürgerlichen Parteien, wiederum mit Ausnahme der Bauernbündler. Einige Vertriebenen, die bisherige Zustände, wie sie die Reformvorlage vorzeichnete, nicht als gerecht anerkannt, gegen die Reformvorlage und ihre politische Forderungen, die Sozialdemokraten. Sie forderte neben dem dreijährigen Wahlrecht auch die dreijährige Staatsangehörigkeit und mehr als das Wahlrecht nicht nur beim Wahlrecht der Staatsbürger sondern auch bei rückständiger Gemeindesteuer zahlen lassen.

Die Zweite Kammer des Landtags nahm dann auch diese Vorlage mit den „Kanteln“ gegen sie durchs Annehmen der sozialdemokratischen Stimmen an, so daß auf Antrag der Nationalliberalen nach die unermüdeten Wählenden ganz ungeduldet Wahlrecht hätte. Die abfälligen Herren der Ersten Kammer aber ließ die Vor-

lage in erster Instanz bis zum Schluß der Legislaturperiode unentledigt liegen. Sie wollten anständige Beratung für die Zustimmung zu dieser „Demokratisierung“ des Wahlrechts. Und die sollten sie denn auch bekommen.

In der neuen, d. h. halbjährig erneuerten Kammer — die alte, die politische Grundlegung Hessens sehr hemmende heffische Erneuerung der Kammer alle 3 Jahre wurde von der Wahlreform nicht geändert — brachte 1904 die Regierung ihre alte Vorlage wieder ein, worauf die Kammer der Abgeordneten als Preis für ihre Zustimmung eine wesentliche Erweiterung ihrer Rechte bei der Budgetgestaltung wie beim Zustandekommen von Gesetzen überhaupt forderte. Wegen des Willens der Privilegiertenkammer sollte denn auch der Budget nach irgendeinem Gesetz mehr zustande kommen. Die gebaute zweite Kammer war aber so über ihre Anwartschaft hinaus entschlossen und wies die Vorlage der ersten Kammer entschieden zurück. Damit war die zweite Vorlage erledigt.

Erst nach gelungener Zeit kam die heffische Regierung von mit der dritten Vorlage, die aber vor, entgegen dem klaren Willen der Zweiten Kammer, ganz nach dem Willen der Ersten Kammer angetrieben. Was taten darauf die bürgerlichen Volkstretter? Warfen sie das Zentrum in die Wölfschürze? Nein, sie taten sich, nach Möglichkeit zur Sache getragener großer Unterstützung, zu weiteren Verhandlungen mit der Ersten Kammer zusammen, die auf eine Verständigung über den an die Ersten zu zahlenden Preis hinzielten. Als die Sozialdemokraten durch das Landtagswahlrecht 1906 zur Macht ritten, stellte sie voraus, daß die Herren ein momentan miteinander schlüsseln, die den Standeserben den verordneten Preis zum selben gewährt. Eine derartige verordnete verrätliche, jedoch einseitiger Grundzüge und wichtiger Interessen nicht des Volkes, wie sie über Nationalliberalen, Konservativen und Aristokratischen Vorstößen von den bürgerlichen Parteien der Junker waren, war eben kein demokratisches Bürgerrecht mehr, wie es sein sollte.

Die im folgenden Landtag wurden das Ziel der Sozialdemokraten und Bauernbündler, die Forderung der unermüdeten der Reichsreform, die heffischen Präsidentenwahlrecht, leider nicht erreichen. Die zweite Kammer der Abgeordneten Wahlrechtsvorlage in der Zweiten Kammer nicht verhindert werden. So die blauweiße Koalition im Landtag schwebte das im weiteren Verhandlungen Angelegen auf das Wahlrecht der Kammer. Man nahm einen Antrag der Bauernbündler an, der das Pluralwahlrecht in Hessen einzuführen. Nach diesem von der Zweiten Kammer zum Gesetz erhobenen Antrag hat jeder über 25 Jahre alte Bürger zwei Stimmen! Die Herren rechneten damit,

daß einmal das Durchschnittsalter der Arbeiter niedriger ist als das der besser situierten Bürger und Bauern, und daß weiler ältere Leute selbst in Arbeiterkreisen, weniger geneigt sind, politisch radikal zu stimmen. Nur schweren Herzens wollten Zentrum und Nationalliberale das „Opfer“ gebracht haben, sowohl das gleiche wie das allgemeine Wahlrecht hinzugeben, um endlich doch das direkte Wahlrecht zu erlangen. Das ist natürlich elendeste Heuchelei, es kam diesen Volkstrettern lediglich darauf an, den Vorteil, den man notgedrungen mit der Einführung der direkten Wahl auch den Sozialdemokraten zufommen lassen mußte, durch veränderte Kanteln und Pluralwahlrecht wieder in einen möglichst großen Nachteil umzugestalten.

Aber auch damit ließen es die bürgerlichen Parteipolitiker noch nicht genug sein. Es galt, auch die Parteien, die der Sozialdemokratie etwa aus der Vermehrung der Mandate, besonders in den Städten erwachsen konnten, wieder weitzumachen. Und so kam man denn bei der notwendigen Neueinteilung der Wahlkreise zu einer Wahlkreisgeometrie zugunsten der bürgerlichen Parteien und zum Schaden der Sozialdemokraten so frech und schamlos, daß selbst einzelne bürgerliche Politiker sich trotz des ihren Parteien winkenden Vorteils ein wenig schämten und gegen das Treiben der Räuber und Betrüger am heffischen Volke protestierten. Selbstverständlich ohne Erfolg.

Die heffische „Wahlrechtsreform“ ist nunmehr perfekt bis auf die noch ausstehende Zustimmung der Ersten Kammer. Es wird daran nicht fehlen — wenn den „beideideneu“ blaublättrigen „Geistesgebern“ nicht der Appetit beim Essen gekommen ist und sie von dieser „Volkstretterung“ nun noch mehr herauszufinden hoffen. Wagen können sie bei der politischen Charakterlosigkeit und moralischen Verlotterung der herrschenden Parteien in Hessen alles.

Die sozialdemokratische Partei Hessens hat den leider erfolglosen Kampf um die Befreiung des Wahlrechts mit voller Entschiedenheit geführt und insbesondere im letzten Stadium desselben verstanden, durch große Protestveranstaltungen und Straßendemonstrationen auch die bisher leider wenig interessierten Massen lebendig zu machen. Wenn die Partei weiter auf dem Weiten ist, wenn sie den Stoff zur Agitation, wie neben so vielem andern auch die Geschichte der heffischen Wahlreform ihr darbietet — diese Geschichte konnte hier nur ganz flüchtig gezeichnet werden —, geschicht ausnutzt, dann werden die schlauen Wahlrechtsräuber nicht auf ihre Rechnung kommen, dann werden trotz Verhinderung des Wahlrechts, trotz schärfster Wahlkreisgeometrie bei den kommenden Wahlen die Sozialdemokraten eine Vermehrung ihrer Stimmen wie ihrer Mandate erzielen — zum Schrecken der betrogenen Betrüger, zur Freude aller Freunde des arbeitenden Volkes! —

Der Wahlrechtskampf in Braunschweig.

Von Richard Wagner (Braunschweig).

Der braunschweigische Wahlrechtskampf hat eine lange Vorgeschichte. In Braunschweig sah nach dem Sturze Napoleons ein Knabe auf dem Herzogsstuhle, für den König Georg 4. von England als Vormund die Regierung führte. Unter dieser Regierung erhielt Braunschweig im Jahre 1820 eine neue Verfassung, die einen vorwiegend ständischen Charakter trug.

Als der junge Herzog Karl im Jahre 1823 mündig wurde, verweigerte er der ständischen Verfassung die Anerkennung, was im Jahre 1830 zu einer von den Ständen, namentlich dem braunschweigischen Adel, angezettelten Revolution führte, die Karls Abkündigung zur Folge hatte.

Unter dem letzten Welfenherzog, Karls Bruder Wilhelm, kam im Jahre 1832 eine neue Landschaftsordnung zustande, nach der sich die Ständeversammlung aus 48 Abgeordneten zusammensetzte. Von diesen wählten die Ritter 10 Abgeordnete aus ihrem Stande, 12 Abgeordnete wurden nach einem komplizierten, indirekten, die Höchstbesteuerten bevorrechtenden Wahlssystem von den Städten, 10 Abgeordnete von dem Lande und 16 Abgeordnete von den drei Ständen gemeinsam gewählt. Auch nach der neuen Landschaftsordnung blieben die Großgrundbesitzer die herrschenden Herren.

Gegen diese Ordnung erhob sich im Jahre 1848 ein lebhafter Wahlrechtskampf, der schon mit einer sehr imponierenden Straßendemonstration der braunschweigischen Bürgerchaft verbunden war. Das Jahr 1848 brachte dann auch ein verhältnismäßig freies Wahlrecht; aber schon im Jahre 1851 setzte die Reaktion eine Wahlrechtsänderung durch, die die nichtbesitzenden Klassen von der politischen Vertretung ausschloß und in ihrer Wirkung die Verhältnisse von 1832 wiederherstellte. Die Aufhebung der Personsteuer im Jahre 1896 bedingte eine formelle Änderung des Wahlgesetzes, die am 6. Mai 1899 perfekt wurde und die Machtverhältnisse unverändert ließ.

Dieses Wahlgesetz gilt heute noch, so daß man dreifach sagen kann, daß Braunschweig über das Jahr 1832 nicht hinaus gekommen ist. Die braunschweigische Landesversammlung, wie der Landtag offiziell heißt, besteht aus 48 Abgeordneten, von denen 18 den Ständen zugehen. Die evangelischen Geistlichen wählen aus ihrer Mitte 2, die Großgrundbesitzer 4, die Großindustriellen 3, die Akademiker (also in der Hauptsache die höheren Beamten) 4, die nichtindustriellen Großkapitalisten, die unter dem Namen „höchstbesteuerte Einkommensteuerpflichtige“ auftreten, 5 Abgeordnete. Die 30 übrigen Abgeordneten werden nach einem dem preussischen ganz ähnlichen Dreiklassenwahlsystem gewählt, das indirekte, aber geheime Wahl vorsieht. Die Mitglieder der bevorzugten Stände sind auch hier wahlberechtigt, so daß sie also doppeltes Wahlrecht haben.

Gegen das ganze Wahlrecht ist schon vom Jahre 1899 an von unserer Seite aus energisch angekämpft worden. Wiederholt wurden dem Landtag Eingaben eingereicht, die direktes, gleiches, allgemeines und geheimes Landtagswahlrecht forderten. Im Jahre 1906 lehnte der Landtag unsern Antrag höhnisch ab, die Herren sprachen es ganz offen aus, daß sie keinen Sozialdemokraten unter sich dulden wollten.

Im Jahre 1908 ließ sich der Landtag zwar herbei, der Regierung eine Änderung des Wahlrechts zu empfehlen, bestand aber auf der Privilegierung der Stände und der Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechts. Die Regierung ließ diesen Beschluß ohne Antwort im Papierkorb verschwinden und der Landtag hielt es nicht einmal der Mühe wert, sich nach dem Schicksal seines Beschlusses zu erkundigen.

Trotz der Ausichtslosigkeit, einen unserer Kandidaten durchzubringen, beteiligten wir uns an den Landtagswahlen. Auch eine Straßendemonstration fand statt, und zwar am 22. Januar 1908. Durch einen Zufall, eine Verärgerung der bürgerlichen Wahlmänner der 2. Klasse durch die Annahme der Wahlmänner 1. Klasse, erhielten wir schließlich im Jahre 1909 in der Stadtwahl auch ein Landtagsmandat, das des 3. Kreises der Stadt Braunschweig, das dem Genossen Rechtsanwalt Dr. Jäpper zufiel.

Am 25. Januar 1910 trat nach längerer Pause der Landtag wieder zusammen, um wie bisher die Wahlrechtsfrage als nicht vorhanden anzusehen und mit Stillschweigen darüber hinwegzugehen. Der Landtag begann, ohne offiziell eröffnet zu sein, hinter verschlossenen Türen seine Tätigkeit damit, dem Genossen Jäpper das Mandat abzunehmen. Ein Wahlmann hatte nämlich einen doppelten Stimmzettel abgegeben, der nach dem bei der Reichstagswahl allgemein üblichen Brauche vom Wahlkommissar als eine Stimme gezählt worden war. Daran klammerte sich der Landtag und erklärte die Wahl Jäppers für ungültig, obwohl der doppelte Stimmzettel nicht etwa für Jäpper, sondern für einen seiner Gegner abgegeben worden war.

Die Absicht, keinen Sozialdemokraten in den Landtag hineinzulassen, war zu durchsichtig, als daß sich die Arbeiterchaft hätte täuschen lassen. Dazu kam noch, daß der Landtag erst am 26. Januar eröffnet wurde, also am 25. Januar nach der Verfassung gar nicht beschlußfähig war. Auch tagte er am 25. Januar gegen die Verfassung nicht öffentlich, sondern hinter verschlossenen Türen.

Schon am 26. Januar vertagte sich der Landtag wieder. Die Arbeiterchaft nahm an, daß er wie gewöhnlich im Ministerialgebäude ein Zweckfeiern abhalten werde, und fand sich, durch die verfassungswidrige Ungültigkeitserklärung des Jäpperschen Mandats besonders erbittert, zwischen 5 und 6 Uhr abends zu Tausenden vor dem Ministerialgebäude ein, um für gleiches, allgemeines, direktes und geheimes Wahlrecht zu demonstrieren.

Die Polizei hatte von der beabsichtigten Demonstration Wind bekommen. Auch die Landboten waren nicht zum Eisen erschienen, wohl aber waren die Minister in den

Amtsräumen des Ministerialgebäudes anwesend. Die demonstrierende Menge hatte durchaus friedliche Absichten. Sie ließ das freie Wahlrecht hoch leben und sang die Arbeitermarschlied. Da die Straße vor dem Ministerialgebäude nicht gerade breit ist, war die Menge eingekesselt, so daß ihr ein rasches Auseinandergehen unmöglich war. Ohne daß jemand eine Aufforderung zum Auseinandergehen gehört hätte, erschien plötzlich ein starkes Polizeiaufgebot und hieb mit blanken Säbeln auf die Demonstranten ein, die durch eine enge Seitenstraße hindurch getrieben wurden. Wer der Polizei vor den Säbeln kam, wurde mit scharfer Klinge bearbeitet.

Später hat die Polizei behauptet, es sei aus der Menge ein Schuß abgegeben worden; doch konnte keinem Demonstranten nachgewiesen werden, daß er einen Revolver bei sich hatte, dagegen sagten die Geheimpolizisten vor Gericht, daß sie mit Revolvern bewaffnet gewesen wären. Auch behaupteten die Polizisten, von der Menge mit Flaschen und Gießkannen beworfen und außerdem beschimpft worden zu sein. Aber selbst der Minister des Innern, Hartwig, der sich das Auseinanderdrängen von einem Fenster des Ministerialgebäudes aus gemächlich ansah, hatte von dem allem nichts wahrgenommen. Er hatte, wie die übrigen Zivilzeugen, nur bemerkt, daß die Demonstranten sangen und hochliefen. In den späteren Gerichtsverhandlungen wurde denn auch zur Genüge festgestellt, daß sich die Menge vor dem Ministerialgebäude friedfertig verhalten und der Polizei zu einem blutigen Einschreiten keine Veranlassung gegeben hatte. Da am 15. Dezember 1909 bei dem Hochzeitszug des Herzogs die Polizei durch eine kleinere Wahlrechtsdemonstration der Arbeiter gänzlich überrannt worden war und den Unzug der Demonstranten nicht hindern konnte, liegt die Vermutung sehr nahe, daß sich die Polizisten ein besonders schneidendes Vorgehen bei nächster Gelegenheit vorgenommen hätten. Das führten sie dann am 26. Januar, wo sie durch Scharmützel von der Demonstration Kenntnis erhalten hatten, auch aus. Natürlich war die Arbeiterchaft durch die Attacke der Polizisten auf die friedlichen und wehrlosen Demonstranten außerordentlich erbittert. Es fanden sich den Abend hindurch immer wieder größere Trupps auf der Straße zusammen, auf die dann die Polizisten ohne weiteres mit blanken Säbeln einhieben. Dabei mag denn auch mit Eisstücken hier und da geworfen worden sein.

Es ist eine ganz umfangreiche Verwundetenliste, die bei den späteren Gerichtsverhandlungen zusammengestellt wurde. Meinem Polizisten war auch nur ein Säbelen gezeichnet worden. Dagegen war eine am Boden liegende Frau, die nicht das geringste getan hatte, von einem Polizisten in furchtbarer Weise geschlagen worden. Ebenso hatten die Polizisten ein am Boden liegendes schwangeres Mädchen malträtirt. Ein 15-jähriger Säbeldieb war von einem Polizisten derartig zu Boden geschleudert worden, daß er den Arm brach. Der Redakteur eines bürgerlichen Blattes erhielt einen scharfen Säbelschnitt über den Rücken. Eine alte Witwe, die von der Arbeit nach Hause ging, wurde mit dem scharfen Säbel mitten in das Gesicht geschlagen. Ein gebrechlicher Kriegerveteran, der mit der Demonstration gar nichts zu tun hatte, sondern sich den militärischen Zapfenstreifen ansehen wollte, hatte Säbelschnitte auf Kopf, Arme und Rücken erhalten. Selbst ein Staatsanwalt entging den Säbeln nur dadurch, daß er in einen Laden flüchtete. Man müßte einen ganzen Roman schreiben, wenn man alle Heldentaten der Polizisten an jenem Abend genau schildern wollte.

Natürlich feste nach diesem denkwürdigen Vorabend der Wahlrechtskampf erst recht ein. Schon am 6. Februar, einem Sonntag, fand eine neue Straßendemonstration statt. Am Bahndorf formierte sich ein swangvoller Zug von etwa 8000 bis 9000 Demonstranten, der alle Hauptstraßen der inneren Stadt passierte. Die ungeheure Erbitterung, die das Blutbad vom 26. Januar hervorgerufen hatte, war nicht ohne Einfluß auf die Haltung der Polizei geblieben; sie verhielt sich ruhig, so daß die Demonstration ohne Zwischenfall verlief. Die Bemühungen der Justiz, einen Leiter des Unzuges ausfindig zu machen, blieben erfolglos.

Am 6. März, ebenfalls einem Sonntag, fand dann eine Volksversammlung unter freiem Himmel statt, die ungefähr 30000 Teilnehmer zählte, in denen drei Redner sprachen. Wenn man bedenkt, daß die Stadt Braunschweig nur 110000 Einwohner hat, kann man dreifach sagen, daß sich die erdrückende Mehrheit aller erwachsenen Einwohner zu dieser Versammlung zusammengefunden hatte. Als sich die Menge in die Stadt zurückzog, füllte sie alle Straßen an.

Inzwischen regte sich auch endlich der Landtag. Die Herren, die wieder zusammengetreten waren, wollten zuerst ihre alte Politik fortsetzen und sich tot stellen. Der mächtigste Widerhall jedoch, den die braunschweigische Verhältnisse überhört haben, öffnete den Landboten den Mund. Die Angst vor dem Volke sprach aus allen Reden. „Der Ernst der Zeiten“ war das immer wiederkehrende Schlagwort. Schließlich ergriff auch der Staatsminister von Otto das Wort und blamierte die Regierung mit dem Eingeständnis, daß sie nicht wisse, was sie tun solle. Sie überlasse es deshalb dem Landtag, eine Wahlreform auszuarbeiten. Vorher könne die Regierung nichts tun, da ihr die Zwickel fehle. Der Herzog Regent war nämlich noch seiner Hochzeit auf 7 Monate nach Italien gereist.

Zimmerhin waren Regierung und Landtag so in die Enge getrieben, daß der Landtag nicht wie sonst bis zum Spätherbst, sondern bis Ende Mai vertagt wurde. Da freilich hatte sich die Regierung wieder von ihrem Schwere erholt. Sie kam mit keinem Wort auf die Wahlreform

zurück und auch der Landtag suchte sich wieder auszuschweigen. Endlich fragte ein nationalliberaler Kommerzienrat, der in dem braunschweigischen Parlament die äußerste Linke bildet, bescheiden nach dem Stande der Wahlreform. „Die Kommission hätte das von der Regierung erbetene Material noch nicht zusammen“, lautete die ausweichende Antwort. Natürlich wird sich die braunschweigische Arbeiterchaft mit solchen Ausflüchten nicht täuschen lassen. Kommt bei der Herftagung kein Wahlreformentwurf, so geht der Kampf in verschärfter Form weiter.

Ganz außerordentlich geschürt wurde die Erbitterung gegen die in Braunschweig herrschende „Ordnung“ durch die furchtbaren Urteile, die gegen Redakteure des „Volksfreund“ gefällt wurden. Zunächst wurde ein Artikel unter Anklage gestellt, der den leitenden Staatsminister, der in der Wahlrechtskampfezeit auch den abwesenden Regenten vertrat, für die Vorgänge vom 26. Januar verantwortlich machte. In Preußen hat es Bethmann-Hollweg vermieden, wegen der auf seine Politik gerichteten Angriffe den gerichtlichen Mlageweg zu beschreiten. In Braunschweig sind der Regierung alle Mittel recht, wenn sie an der Sozialdemokratie ihr Mütchen kühlen will. So stellte sich also der Minister vor die Strafkammer und behauptete, von nichts zu wissen, er hätte keine Ahnung von der Demonstration gehabt und habe der Polizei keine Anweisung erteilt. Es sei unerhört, ihn für das Vorgehen der Polizei verantwortlich zu machen. Dabei mußte er aber zugeben, daß er den Vorfällen vom Fenster aus zusah und auch keine Hand rührte, der Säbelschläge Einhalt zu gebieten. Später hat er sogar noch in einem Erlaß des Gesamtministeriums die Haltung der Polizei gelobt und den Säbelschlägen vom 26. Januar seine Anerkennung ausgesprochen. Mit 8 Monaten Gefängnis bedachte am 19. März die Strafkammer den „Volksfreund“-Redakteur Wesemeier, weil er den leitenden Minister für die Taten seiner Polizei verantwortlich gemacht hatte.

Dann klagte auch der Landtag. Der „Volksfreund“ hatte ihm vorgeworfen, gegen Dr. Jäpper verfassungswidrig vorgegangen zu sein und in der Wahlrechtsfrage Wanzentaktik zu treiben. Dazu gesellte sich noch die Polizei, die sich durch die Darstellung der Vorfälle vom 26. Januar im „Volksfreund“ beleidigt fühlte. So wurde zuerst nochmals dem Genossen Wesemeier der Prozeß gemacht.

In diesem Prozeß stieß die Verteidigung auf Schritt und Tritt auf den Widerstand des Vorsitzenden. Obwohl die Zeugenvernehmung ergab, daß die Darstellung der Polizeitaten im „Volksfreund“ noch viel zu milde gewesen war, obwohl der Wahrheitsbeweis in jeder Beziehung als erbracht gelten mußte, verurteilte dennoch die Kammer Wesemeier wegen Polizei- und Landtagsbeleidigung zu 9 Monaten Gefängnis.

Als dieses Schöffensurteil am 13. Mai abends bekannt wurde, hatte es eine spontane Straßendemonstration der Arbeiter zu Folge, die Wesemeier in imponierendem Zuge zu seiner Wohnung geleiteten und das gleiche Wahlrecht, den Angeklagten und seine Verteidiger hoch leben ließen, woran sich später einige Bagatelprozesse angeschlossen.

Ein ganz ungläubliches Urteil wurde einige Tage später (am 9. Mai) gegen den Genossen Brenner von derselben Hofmannskammer gefällt. Brenner hatte die Nummer des „Volksfreund“ verantwortlich gezeichnet, in der dem Landtag „Wanzentaktik“ vorgeworfen worden war. Das Gericht sagte nun, weil Wanzentaktik ein ekelhaftes Angezeiger seien und der Angeklagte das Totstellen auch an anderen Mätern hätte exemplifizieren können, habe er sich der Beleidigung schuldig gemacht. Brenner wurde zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.


Auf diese Urteile antwortete eine von über 10000 Teilnehmern besetzte Volksversammlung unter freiem Himmel, die am 22. Mai, einem Sonntag, stattfand. Nach begeisterten Reden der Verteidiger Wesemeiers — Dr. Jäpper (Braunschweig) und Dr. Rosenfeld (Berlin) — zog die Menge durch die Hauptstraßen der Stadt an der Wohnung des Vorsitzenden vorbei vor die Wohnung des Ministers von Otto, die dieses Mal auch erreicht wurde, während sie sonst immer von der Polizei abgesperrt war. Die Polizei verhielt sich bei dieser Demonstration ganz zurückhaltend.

Den Hauptschlag wollte die Staatsanwaltschaft gegen einen Genossen namens Lingenauer führen. Lingenauer hatte am 26. Januar die Säbelschnitte eines Polizeiwachmanns mit erhobenen Händen abgewehrt. Infolge dieses Blatteiles war der Polizist getötet und nun sollte Lingenauer, ein kleiner Mann, an dem Wachtmeister, einem Meilen, qualifizierte Körperverletzung begangen haben. Auch Aufruhr, qualifizierter Aufruhr und sonstige Verbrechen wurden Lingenauer schuld gegeben. Er sah 4 Monate in Unterbringungshaft und kam Ende Juni vor die Geschworenen, die ihn ins Zuchthaus schicken sollten. Die Sache kam aber anders. Die Geschworenen verneinten alle Schuldtfragen bis auf eine. Nur der einfachen Körperverletzung billigten sie Lingenauer schuldig. Die Richter erkannten auf 11 Tage Gefängnis, verbüßt durch die Unterbringungshaft. Seine 1 Monate hatte natürlich Lingenauer dahin. Vier Monate, weil er es gewagt hatte, einen auf ihn einhauenden blauen Polizeisäbel mit unbewaffneten Armen abzuwehren!

Das sind die Opfer, die der Wahlrechtskampf in Braunschweig bis jetzt gefordert hat. Sie sind bedauerlich, aber sie haben die Bewegung in Braunschweig in einer reiferen und acabteren Weise gefördert und Regierung und Landtag in weitesten Kreisen so verhaßt und so lächerlich gemacht, daß sich die herrschende Gewalt im Herzogtum Braunschweig eigentlich nur noch auf den Säbel stützt. Die Hoffnungen, jemals das Wohlwollen des Volkes zu erwerben, hat die Regierung schon ganz aufgegeben. Sie macht sich daher täglich verhaßter. —

Pfeil-Nähmaschinen
sind exakte Werke der Feinmechanik!

Parade-Fahrräder
sind elegant und unverwundlich



Pfeil-Wäsche-Rolle
langbewährt und leistungsfähig!

Pfeil-Waschmaschinen
ersparen Zeit und Geld!

Pfeil-Wringmaschinen
beste Qualität!

Preisliste mit Abbildungen frei und umsonst.

A. ROSE Magdeburg, Breiteweg 264.
Pfeil-Nähmaschinen. Parade-Fahrräder.

Atelier für moderne Photographie
Paul Behnke Inh. Heinrich Friebe
Magdeburg-S., Halberstädter Str. 40, pt.

Photographische Aufnahmen aller Art in und außer dem Atelier zu den billigsten Preisen unter Garantie der Güte

Das Atelier ist parterre gelegen, daher sehr bequem für alte Leute und Kinder

Spezialität:
Vergrößerungen nach jedem kleinen Bilde!
Sonntags geöffnet!

Persil

das moderne
Waschmittel
wäscht in halber Zeit,
Billigst im Gebrauch.
Unschädlichkeit garantiert.
Henkel & Co., Düsseldorf,
auch der weltbekannten

Henkel's Bleich-Soda

Herm. Lehmann, : Buckau :
Thiemstr. 14

empfehlr:
Holzpantoffel, Hölzer, Krampen u. Leder
zu Holzpantoffeln - Starke Schuftstiefel
für alle Gewerke! Nur eigne Handarbeit!

Walter Telge, Uhrmacher
Feldstr. 20 Buckau, Feldstr. 20

empfehlr sein reichhaltiges Lager in
modern. Freischwinger
Wand- und Taschenuhren
bei zivilen Preisen



Carl Gorges Buckau
Schönebecker Straße 15
Großes Lager

Schuhwaren

in schwarz und farblich, für Herren, Damen und Kinder,
in allen Sortiments vom einfachsten bis zum feinsten Genre
zu soliden Preisen.

Alfred Reinhold
Breiteweg 71/72. Tel. 2492.

Seine Spezialabteilung von
Grammophonen u. Grammophonplatten.
Hier eine große Auswahl
Schalplatten-Apparate 50 Mk. an
Schalplatten Doppel 25 cm. u. 19 cm.
Edison-Platten, Star-Record, etc.
zu Originalpreisen hier am Lager.

Photographien von 3 Mk. an **Goldplatten**
50 St. - **September-Aufnahmen** sind eingetroffen.
Teilezahlung gestattet.



SOZIALDEMOKRATISCHER
PARTEITAG MAGDEBURG
1910



**VON FEHDEN
UND KÄMPFEN**

Von dieser aus Anlaß des Parteitags herausgegebene Festschrift, die Beiträge zur Geschichte der Magdeburger Arbeiterbewegung und eine Reihe historischer Bilder enthält, haben wir einige Exemplare mehr herstellen lassen, die wir den organisierten Parteigenossen zum Preise von 1 Mk. anbieten. (Durch den Buchhandel bezogen 2 Mk.) Unsere Mitglieder wollen ihre Bestellungen baldigst dem Parteisekretär, Große Mülerstraße 3, 2 Treppen, überweisen.

Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg.

Gute Bezugsquelle für Wiederverkäufer
Zigarren, Zigaretten, Tabake
Kau- und Schnupftabak
H. Dachenhausen
Magdeburg, Peterstrasse 22
Fernruf 2869 2790 Fernruf 2869

Basta-Wein
das Beste bei Blutarmut,
Entkräftung u. Magenleiden
Flasche 1.50 und 1.75 Mark 2601

Liköre aller Art
Spezialitäten:
Pfefferminz-Creme - Magen-Cligier
Sicher wie Gold, Rum, Arrak, Kognak
in vielen Preislagen

A. Behrens, Peterstr. 22
2790 Kleerverkauf Hof, Kontor links

Bettfedern und Daunen
Garantiert federdichte Inlette

kaufen Sie streng reell und sehr billig bei

Carl Staufenbergel & Söhne
Magdeburg-Sudenburg, St.-Michael-Str. 44-46

6. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 219.

Magdeburg, Sonntag den 18. September 1910.

21. Jahrgang.

Wahlrechtskämpfe in Württemberg.

Von Wilhelm Keil (Stuttgart).

Württemberg hat zurzeit das beste Landtagswahlrecht unter den deutschen Bundesstaaten. Das Wahlrecht in Württemberg deckt sich vollkommen mit dem Reichstagswahlrecht mit der einzigen Einschränkung, daß es den Besitz der Staatsangehörigkeit zur Zeit der Wahl zur Voraussetzung hat. Die Bestimmungen über die Rechtlosigkeit der Armenunterstützungs-Empfänger lauten sogar in Württemberg etwas milder als im Reich.

Dem neuen bayerischen Landtagswahlrecht haftet im Vergleich mit dem württembergischen der Nachteil an, daß es den Besitz der Staatsangehörigkeit und die Zahlung einer direkten Staatssteuer seit wenigstens einem Jahre zur Bedingung der Wahlberechtigung macht. In Baden muß, wer wählen will, sogar seit zwei Jahren die Staatsangehörigkeit besitzen oder wenigstens ein Jahr vor der Wahl Staatsbürger gewesen sein und dauernd 1 Jahr in Baden wohnen; er darf ferner in dem letzten der Wahl vorangegangenen Jahre mit der Entrichtung seiner Staats- oder Gemeindesteuern nicht im Rückstand geblieben sein.

Es braucht nicht erst betont zu werden, welchen Vorteil es für die fluktuierende Arbeiterbevölkerung hat, wenn das Wahlrecht nach der Uebersiedlung von einem Bundesstaat in den andern binnen wenigen Wochen erworben werden kann. Auch der Wegfall der Bedingung, daß der Wahlberechtigte im letzten Jahre direkte Steuern geleistet haben, daß er seit einer längeren Frist in dem betreffenden Staate wohnen und das Staatsbürgerrecht besitzen muß, ist für die gesamte Arbeiterklasse von erheblichem Wert und erleichtert zugleich die Erwerbung der Staatsangehörigkeit, da die Propaganda erfolgreicher betrieben wird, wenn sie in die Zeit der beginnenden Wahlbewegung fällt und die sofortige Ausübung des zu erwerbenden Rechtes in Aussicht stellen kann.

Dem Wunsche, die Erfahrungen der Parteigenossen in den Staaten, in denen bedeutende Verbesserungen der verfassungsmäßigen Zustände errungen wurden, auszunutzen dort, wo demnächst große Wahlrechtskämpfe durchzuführen sind, ist die an mich ergangene Einladung entsprungen, der „Volksstimme“ einiges über die württembergischen Wahlrechts- und Verfassungskämpfe zu schreiben. Es ist möglich, daß die Geschichte der württembergischen Verfassungsreform besonders für die Genossen in Preußen einige beachtenswerte Fingerzeige enthält, und so soll nachstehend kurz dargelegt werden, wie der jetzige Stand der Dinge in Württemberg erreicht wurde.

Obgleich Württemberg der einzige Staat Europas ist, der nach England schon vom Mittelalter her eine Verfassung und ein Parlament besaß, ist die Durchführung einer auf dem gleichen Wahlrecht beruhenden reinen Volkstammer doch erst im Jahre 1906, und zwar erst nach jahrzehntelangen heftigen Kämpfen gelungen. Diese Reform hat mit den Wahlreformen in Baden und Bayern das gemeinsame, daß sie erst möglich wurde mit dem Heranwachsen der sozialdemokratischen Bewegung. Die bürgerliche Demokratie erwies sich auch in Süddeutschland, wo sie eine bessere historische Vergangenheit hat und darum auch immer noch ein wenig mehr Ansehen genießt wie im Norden, als unfähig, ihre eigenen Grundzüge zu verwirklichen; sie war auf die zähe Energie und Ausdauer der politisch gebildeten Arbeiterbataillone angewiesen. In viel höherem Grade noch hängt in Preußen die Verpeinung von den Resten der Feudalherrschaft ab von der entscheidenden Mitwirkung der Sozialdemokratie.

Württemberg besitzt eine landständische Vertretung seit dem Anfang des 11. Jahrhunderts. Die Grafen und später Herzöge von Württemberg hatten die Verleumdung mit den Geldern des Volkes bis zur Mollität getrieben. Einer Vertretung der Kämmerflöher, der Städte und Kempter, die den Namen „Die Landschaft“ führte, wurden in der Not gewisse Rechte eingeräumt als Gegenleistung für die von ihr übernommene Bedienung der Schulden des Fürsten. Im Tübinger Vertrag vom 8. Juli 1514, der der Landesvertretung ein erweitertes Steuereremittierungsrecht gewährte, fanden die aus der Zersplittertheit der Herrscher des Landes entstandenen Konflikte einen gewissen Abschluß. Dieser Vertrag bildete die Grundlage des altwürttembergischen Verfassungslebens für drei Jahrhunderte. In regelmäßigen Perioden trat die Landschaft zusammen, um nach Prüfung der Staatsverwaltung die erforderlichen Steuern zu genehmigen. Zuvor damals war die Regierung bei der Veranschlagung der Staatsgelder von der landständischen Genehmigung abhängig.

Als im Jahre 1805 der Herzog Friedrich von Napoleons Gnaden die Königswürde empfangen hatte, schlug er die jahrhundert alte Verfassung einfach in Felsen und regierte auf eigene Faust. Bei der großen Verräumung zahlreicher ehemaliger reichsunmittelbarer Fürstentümer und bei der Verteilung der von Napoleon in den Kriegen gegen Oesterreich eroberten österreichischen Gebiete an die Fürsten von Bayern, Württemberg und Baden erfuhr das neue Königreich Württemberg eine beträchtliche Ausdehnung. Aber es erwachte auch sofort die Sorge, wie der mosaikartig zusammengefügte Staat auf die Dauer zusammengehalten werden könne. Diese Sorge wurde um so größer, als der Widerstand des Volkes gegen den Staatsstreich vom 1. Januar 1806 nicht hatte völlig unterdrückt

werden können. Die Hoffnungen des Volkes auf Wiederherstellung des „guten alten Rechts“ wurden wieder angefaßt, als 1811 auf dem Wiener Kongreß die Einföhrung landständischer Verfassungen in sämtlichen Bundesstaaten versprochen wurde. Noch zu Lebzeiten des 1816 gestorbenen Königs Friedrich wurden von der Regierung Versuche unternommen, eine neue Verfassung zu schaffen. Sie scheiterten an der ablehnenden Haltung der wiederholt zusammengetretenen verfassungsgebenden Versammlungen gegen das von der Regierung vorgeschlagene Zweikammersystem. Zahlreiche landfremde Grafen und Fürsten, die beim Reichsdeputationshauptausschuss für die Einbuße an Ländern und Rechten mit säkularisierten württembergischen Bistümern und Stiften entschädigt worden waren, sollten durch Verleihung der erblichen Gesetzgeberrwürde zufriedengestellt und für das Land interessiert werden. Der gesunde Instinkt des Volkes wehrte sich gegen diese Art feudalistischer Oberherrschaft. Aber schließlich gelang es der Regierung des jungen Königs Wilhelm doch, mit Hilfe eines listigen Ueberrumpfungsmansövers die neue Verfassung mit dem Zweikammersystem zustande zu bringen. Die konstituierende Versammlung stimmte zu und am 25. September 1819 trat die neue Verfassung in Kraft.

Hiernach bestand die Erste Kammer aus den königlichen Prinzen, den Häufern der vormals reichsunmittelbaren fürstlichen und gräflichen Familien und den vom König erblich oder auf Lebenszeit zu ernennenden Mitgliedern, deren Zahl ein Drittel der übrigen Mitglieder nicht übersteigen durfte. Der Zweiten Kammer gehörten an 13 Vertreter des ritterlich-adeligen Adels, 6 Prälaten als Vertreter der evangelischen Kirche, 3 Vertreter der katholischen Kirche, der Kanzler der Landesuniversität Tübingen, je 1 Abgeordneter der Städte Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Tübingen, Reutlingen, Göttingen und Ellwangen, und endlich je 1 durch allgemeine Wahl zu wählender Abgeordneter der 63 Oberamtsbezirke.

Der natürliche Interessengegensatz zwischen der hochadeligen Mehrheit der Ersten Kammer und der auf allgemeinen Volkswahlen beruhenden Mehrheit der Zweiten Kammer machte sich schon bald nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung deutlich bemerkbar. Bei dem kleinsten Fortschritt, den die Zweite Kammer beschloß, erwies sich die Erste Kammer als Hemmschuh, und so kam es schon in den 20er und 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts wiederholt zu Konflikten zwischen beiden Häusern. Im Revolutionsjahr 1849, das besonders Süddeutschland stark in Bewegung brachte, explodierte die Spannung zwischen beiden Kammern. Die Standesherren trauten dem Vetter nicht mehr, ergriffen das Meinenpaar, und auf Grund einer solche Fälle fürsorglich ins Auge faßenden Bestimmung der Verfassung etablierte sich die Zweite Kammer als alleinige gesetzgebende Körperschaft. Eine von allen Privilegierten gereinigte Landesversammlung, beruhend auf dem Gesetz vom 1. Juli 1849, sollte nun eine neue Verfassung schaffen. Zweimal wurde die Versammlung aufgelöst, und als die dritte Landesversammlung ihre entscheidenden Beschlüsse fassen wollte, war die geeignete Zeit mit langen Redereien verfröhelt. Die Revolution war unterdrückt und der König hatte nun die Courage, auf dem Wege des Staatsstreichs die alte Verfassung von 1819 wieder in Kraft zu setzen.

In den 50er Reaktionsjahren herrschte Friedbofsruhe. Anfangs der 60er Jahre regte sich das demokratische Bürgerium wieder. Die Vereitigung der Ersten Kammer und die Meinung der Zweiten Kammer von allen Privilegierten wurde in großen Versammlungen gefordert. Als 1866 die „Deutsche Partei“, heute das württembergische Kleinlein des Nationalliberalismus, gegründet wurde, trat auch sie für die Schaffung einer einzigen reinen Volkstammer auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts ein. Es drängten indessen keine Massen wie die heute hinter der Sozialdemokratie stehenden vorwärts. Die Arbeiterchaft hielt sich nach wie vor zurück; sie war noch nicht zu volkstümlichem Leben erwacht. Der einzige Erfolg des Kampfes bestand darin, daß 1868 die indirekte Wahl der Abgeordneten der Städte und Oberämter durch die direkte ersetzt wurde.

Die bürgerliche Linke war aber damals noch nicht so leicht zufriedenzustellen wie heute. Sie setzte den Kampf fort und führte ihn immer heftiger gegen die Privilegierten der Zweiten Kammer. Gegen die Erste Kammer wurde der Aufstand erst wieder begonnen, als die Sozialdemokratie allmählich Einfluß im öffentlichen Leben gewann. In den 70er und 80er Jahren wurden von der Regierung nicht weniger als neun Versuche gemacht, die adligen und kirchlichen Vertreter aus der Zweiten Kammer zu entfernen und durch Vertreter der Städte oder großer Berufsstände zu ersetzen. Die Frage des Erlasses führte stets zu den schärfsten Konflikten innerhalb der Zweiten Kammer und keiner dieser Reformvorschlüge wurde Gesetz. Im Jahre 1898 hatte sich die Regierung endlich in Ueber-einstimmung mit einer Zweidrittelmehrheit der Zweiten Kammer für einen durch das allgemeine Wahlrecht mit Verhältniswahl zu berufenden Erlass ausgesprochen. Das 20 Mitglieder zählende Zentrum aber, das anfangs zu der

Zweidrittelmehrheit gehörte, erwies sich hier unter Gröbers Führung wieder als die Partei der diabolischen Hinterlist; auf dem Wege der Erpressung suchte es die Zulassung der Mönchsorden und die verfassungsmäßige Festlegung der Konfessionschule mit weitgehenden Befugnissen des Bischofs als Gegenleistung für die Zustimmung zum Gesetz zu erzwingen. Da alle übrigen zur Mehrheit gehörigen Parteien das saubere Mänschen des Zentrums mit Entrüstung zurückwiesen, so löste das Zentrum Verrat an der Reform, die es selbst in seinem Wahlprogramm gefordert hatte; es stimmte dagegen und löste damit die erforderliche Zweidrittelmehrheit auf. Auch dieser fortdrittlichste aller Reformversuche war damit gescheitert.

Es trat nun eine Pause von einigen Jahren ein, während welcher die Erste Kammer ein Gesetzgebungswerk nach dem andern verschlechterte. Insbesondere die Steuerreform-gesetze, die im Jahre 1899 schon einmal am Widerstande der Staatskammer gescheitert waren, wurden von den steuer-scheuen millionenschweren Feudalherren im Jahre 1903 gründlich verpsucht. Auch die Reform der Gemeindeber-waltung ist von der Ersten Kammer zunächst vereitelt und einige Jahre später verunmalt worden. Dazu kam schließlich neben zahlreichen reaktionären Taten von geringerer Tragweite, die hier nicht aufgezählt werden können, im Jahre 1901 die Verträmmerng eines Volkschulengesetzes, das deswegen vor den Augen der in ihrer Mehrheit katho-lischen und zentrumsstreuen Standesherren keine Gnade fand, weil es in vereinzelten Fällen sachmännische Bezirks-schulinspektoren neben den geistlichen, die bis dahin unum-schränkt die Volkschule beherrschten, zulassen wollte. Es war dies eine echt „liberale“ Reform, so armelig, daß die Sozialdemokraten sich genötigt sahen, gegen das Gesetz zu stimmen. Aber die Mehrheit der Ersten Kammer erblickte in dem Gesetze schon den Beginn der Revolution und sie fand selbst bei den Prinzen der katholischen Linie des Königsbaues Unterstützung, die durch ihre Abjertierung die Verwerfung des ganzen Gesetzes erleichterten.

Diese Tat der Ersten Kammer schlug dem Hasse den Boden aus. Ein Sturm der Empörung ging durchs ganze Volk. Die Sozialdemokratie fand mit ihrem Arie: Fort mit der Ersten Kammer! den die Nationalliberalen noch kurz zuvor verlastet hatten, bis in liberale Kreise hinein ein lebhaftes Echo. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß das konfessionelle Moment eine Rolle in dieser Bewegung spielte; das zu zwei Drittel evangelische Volk wollte sich nicht länger von der katholischen Mehrheit der Ersten Kammer terrorisieren lassen. Die Erregung ging so weit, daß der Vorschlag entstand, durch eine Aenderung der Verfassung den jetzigen Kronprinzen, einen katholischen Neffen des protestantischen Königs, zur Strafe für seine demonstrative Förderung ultramontaner Tendenzen von der Thronfolge auszuschließen.

Selbsterkündlich nutzte die Sozialdemokratie diese günstige Situation nach besten Kräften aus, indem sie für eine demokratische Organisation des Gesetzgebungsapparats eine Propaganda entfaltete. Hätte damals das liberale und das demokratische Bürgerium die Strömung im Volk gefördert und in fruchtbare Bahnen geleitet, so hätte unter dem Trude des Willens der überwiegenden Mehrheit des Volkes die Entferrnung der Ersten Kammer gelingen müssen. Aber nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch die bürgerlichen Demokraten wurden bald vom Gefühl der Mangelhaftigkeit erfaßt. Bei einer duragreifenden Demofrafisierung des Landtags würde das der Sozialdemokratie innewohnende vorwärtsdrängende Element nicht mehr durch den Block der Ersten Kammer abgehemmt worden sein. Das hätte den Klasseninteressen der Bourgeoisie nachteilig werden können. Die Liberalen beider Couleur hielten daher rasch zurück und begnügten sich mit dem Verlangen nach einer andern Zusammenetzung der Ersten Kammer, das heißt der Erhebung der katholischen Mehrheit durch eine protomantäne.

In Zusammenhang damit wurde auch wieder die alte Forderung der reinen Volkstammer erhoben, die natürlich die fruchtigste Unterstützung der Sozialdemokratie fand. Das Zentrum war der geschworenste Gegner jeder Reform, die ihm den sichern Stützpunkt der katholischen Mehrheit der Ersten Kammer zu entziehen geeignet war. Das war von einem Führer Gröber mit den arroganten und herans-fordernden Worten erklärt worden: „Machen Sie doch eine Reform ohne das Zentrum, wenn Sie können!“ Dieser höhniische Ton trug dazu bei, schließlich auch die Prälaten und Ritterchaftsvertreter in der Zweiten Kammer mit dem Gedanken ihres Ausscheidens zu verfühnen, wenn zugleich die Erste Kammer eine Umgestaltung erfahre. Neben dem konfessionellen leitete sie dabei noch ein politischer Gesichtspunkt. Die Mitgliederzahl der Ersten Kammer, die ursprünglich 53 betrug, war mit der Zeit infolge Rückgangs der Zahl der Prinzen, Aussterbens von Adelshäusern, Verkauf von Standesherrschaften usw. auf 29 gesunken, darunter eine Anzahl Herren, denen zum Gesetzgeber das geistige Rüstzeug vollständig fehlt. Wäre es noch einige Jahrzehnte so weitergegangen, so wäre die Erste Kammer eines ganz natürlichen Todes gestorben. Die konservativen Vertreter der Kirche und der schwäbischen Landjunkfer

Können das natürlich nicht wünschen. Die Gelegenheit, eine Auffrischung und Stärkung der Ersten Kammer herbeizuführen, war ihnen also ganz willkommen, und sie gaben für diese Gegenleistung der liberalen Parteien ihre Zustimmung zur Ausgestaltung der Zweiten Kammer als reiner Volkskammer. Auch der Ersten Kammer selbst war eine Stärkung von dem erwähnten Gesichtspunkt aus nicht unerwünscht. Sie kam mit der Mehrheit der Zweiten Kammer dahin überein, daß neu in die Erste Kammer eintraten: acht Vertreter des ritterschaftlichen Adels, vier evangelische, zwei katholische Kirchenvertreter, je ein Vertreter der Universität und der Technischen Hochschule und endlich fünf berufsständische Vertreter (zwei für Handel und Industrie, zwei für die Landwirtschaft, einer für das Handwerk). Damit stieg die Mitgliederzahl der Ersten Kammer wieder auf 50.

Es bedarf nicht der Versicherung, daß die Sozialdemokraten gegen diese Stärkung der Macht und des Einflusses des Privilegiertenparlaments den schärfsten Protest erhoben, und bei der Einzelberatung war ihre Taktik darauf gerichtet, die Stärkung möglichst zu vermindern. Der Verlauf des Kampfes lehrte denn auch, daß mit dieser alten parlamentarischen Kampfmethode der Sozialdemokratie auch heute noch recht fruchtbare „positive“ Arbeit geleistet werden kann. Die bürgerliche Linke würde sich viel weniger Zwang auferlegt und die Wünsche der Konservativen in viel weitergehendem Maße erfüllt haben, wenn nicht der Einfluß des sozialdemokratischen Protestes auf die Volksstimmung sie gebindert hätte. Diese Kampfmethode eignet sich sicher nicht für alle Fälle, aber sie verdient auch nicht geringschätzig als Negationspolitik bezeichnet und zum alten Eisen geworfen zu werden. Wie wenig die Sozialdemokraten im württembergischen Landtag bei der Verfassungsreform Negationspolitik trieben, zeigte ihre Zustimmung zum ganzen Gesetz, ohne die die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zustande gekommen wäre. Es mußte beachtet werden, daß unsere Partei allein in absehbarer Zeit nicht mächtig genug sein werde, um die reine Volkskammer und zugleich die Abschaffung der Ersten Kammer durchzusetzen: bei der Abmägung aber, ob uns eine schwächere Erste Kammer mit einer zu einem Viertel aus Privilegierten bestehenden Zweiten Kammer lieber sei, oder eine gestärkte Erste Kam-

mer mit einer nur auf dem allgemeinen Wahlrecht beruhenden reinen Volkskammer, fiel die Entscheidung zugunsten der letzteren Gestaltung. Wir hofften, daß die Stärkung, die die Sozialdemokratie in der reinen Volkskammer erfahren werde, die verstärkte Position der Ersten Kammer mehr als aufwiegen werde, und haben uns darin nicht getäuscht.

Die Mitgliederzahl der Zweiten Kammer beträgt jetzt 92. Davon werden 63 in den 63 Oberamtsbezirken und 6 in den Städten Ulm, Heilbronn, Göttingen, Reutlingen, Tübingen und Ellwangen auf dem Wege der „Einewahl“ gewählt. Der sozialdemokratische Antrag, sämtliche Mitglieder der Zweiten Kammer durch Verhältniswahl zu wählen, fand nicht einmal die Zustimmung der bürgerlichen Demokraten, wurde also abgelehnt, so daß die in der sehr ungleichen Bevölkerungsanzahl der Oberamtsbezirke liegende Ungerechtigkeit fortbesteht. Anwendung findet dagegen die Verhältniswahl bei der Wahl der übrigen 23 Mitglieder. In der Stadt Stuttgart, die früher nur einen Vertreter hatte, werden jetzt deren sechs durch Proporz gewählt, während an der Wahl der übrigen 17 wieder das zu diesem Zweck in zwei Wahlkreise (mit 8 bzw. 9 Vertretern) eingeteilte ganze Land beteiligt ist. Diese Landesproporzwahl findet 30 Tage nach den Bezirkswahlen statt und es können Kandidaten, die bei letztern durchgefallen sind, im Landesproporz gewählt werden. Bei der erstmaligen praktischen Anwendung dieses neuen Wahlverfahrens im Dezember 1906 hat es sich bewährt. Erst durch den Proporz kommt die Gleichheit des Wahlrechts in der denkbar vollkommensten Weise zur Geltung.

Die neugechaffene reine Volkskammer hat jetzt eine vierjährige Tätigkeit hinter sich. Schon nach zweijährigem Bestand mußte ihr der Ministerpräsident das Zeugnis ausstellen: „Die reine Volkskammer marchiert; sie marchiert zwar etwas langsam, aber sie marchiert!“ Der Kontakt zwischen dieser Kammer und dem Volke ist ein innigerer als früher. Es ist ihr auch bereits gelungen, die im Jahre 1901 von der Ersten Kammer bereitete Volksschulreform in wesentlich verbesserter Gestalt durchzusetzen. Die Sozialdemokratie, die sich 1895 ihre erste Vertretung in der Kammer eroberte, 1900 fünf Sitze erkämpfte, steigerte nach dem Zustandekommen der Verfassungsreform die Zahl ihrer Abgeordneten auf 15, wozu vor wenigen

Wochen noch das bei der Welzheimer Erbschaftwahl eroberte Mandat gekommen ist. Der gesteigerte Einfluß der Sozialdemokratie zeigt sich bei der ganzen Tätigkeit des Landtags, insbesondere bei der kürzlich zum Abschluß gekommenen neuen großen Bauordnung, die die Führung in den Händen eines Mitgliedes unserer Fraktion, wodurch eine Reihe wertvoller Verbesserungen der Grundzüge des Wohnungsbaugesetzes erzielt wurden. Ein Vergleich mit den Wahlrechten in Preußen, Sachsen, den Hansestädten usw. beweist schließlich auf den ersten Blick, daß hinter den Vorteilen der Neugestaltung der Zweiten Kammer die Schattenseiten der Verstärkung der Ersten Kammer zurücktreten.

Der Verlauf des Kampfes hat uns gelehrt, daß es keinen unzuverlässigeren Vertreter der Volksrechte gibt als das Zentrum. Sogar unsere schwäbischen Konservativen wagen es nicht, das Volk dermaßen zu verhöhnen wie die Partei des Volksverrats. Die Liberalen beider Schattierungen haben längst nicht mehr den Mut der Konsequenz, aber sie haben immerhin in früheren Jahren die Aufgabe demokratischer Entwicklung geschaffen, in welche die mächtig angewachsene Sozialdemokratie einbaken kann.

Einstweilen kann die Sozialdemokratie große Wahlreformen in keinem Staat ohne Mitwirkung anderer Parteien durchsetzen. Noch viel weniger aber kann ohne die Sozialdemokratie eine fortschrittliche Reform irgendwo in Deutschland durchgeführt werden. Da nun das linksliberale Bürgertum bei der Strafe der Selbstvernichtung seine alten politischen Grundzüge nicht restlos an den Nagel hängen darf, so wird bei aller scharfen Kritik der Lage der bürgerlichen Linken darauf hingewirkt werden müssen, diese Parteirichtung zu möglichst entschiedenem Kampfe für demokratische Reformen, und seien es auch nur Abschlagszahlungen, anzutreiben, um gemeinsam mit ihr zunächst eine Position zu erreichen, von der aus die Sozialdemokratie ihre Massen mit erfolgreicher Wucht ins Treffen führen kann.

Wir im Süden wünschen sehr, daß das in Preußen bald gelingen möge, denn wir sind am weitern Vorwärtsschreiten, wozu in erster Linie die Ausdehnung der Proporzwahl auf die ganze Volkskammer gehört, so lange gehemmt, als uns nicht Preußen um ein Stück nachgerückt ist. —

Zum Wahlrechtstempel in Hamburg.

Von Albert Röske (Hamburg).

Die Schandwirtschaft der herrschenden Klassen in Hamburg hat im Jahre 1892 in ganz Deutschland Entrüstung und Empörung hervorgerufen. Man fürchtete nicht mit Unrecht, daß die schreckliche Choleraepidemie, welche eine Folge der elenden Wohnungs- und Wasserhältnisse, auch für das übrige Deutschland gefährlich werden könnte. Es wurde offen gedroht, man werde Hamburg unter Marocko stellen, wenn die Miswirtschaft nicht aufhöre und der in der geizgehabenden Mörnerdicht dominierende Geldadelsflügel nicht Garantien schaffe, daß Senatoren, die wie im jenem Unglücksjahr 10 000 Reichsmark geordert hatte, nicht wieder vorkommen könnten. Hamburgs Bundesratsvertreter gelobte im Reichstag öffentliche Festsung, auch in bezug auf eine gerechtere Vertretung der minderbemittelten Klassen in Hamburgs geizgehabender Mörnerdicht. Eine Festsung trat insofern ein, als schließlich Wasserleitungen geschaffen und bald darauf eine große Zahl Luft- und Lichter Häuserreihen — diese Reihende der Cholera — niedergelegt wurden. Aber in bezug auf eine Besserung in der Verwaltung geschah wenig; auch eine Erweiterung der Rechte der großen Masse der Bevölkerung ließ lange Zeit auf sich warten. Im Jahre 1896 trat eine Aenderung ein, jedoch nicht in der grundsätzlichen Zusammenlegung der Regierung, die sich aus 18 auf Lebenszeit gewählten Senatoren und 160 Mitgliedern der Bürgererschaft zusammensetzt. Von diesen wurden in allgemeinen Wahlen 90 von den Grundeigentümern und 40 von den Notabeln gewählt. Wählen konnte bis dahin aber nur der sein, welcher mit 30 Mark erkauft hatte. Da die große Masse eine solche Summe nicht aufzubringen vermochte, blieb sie rechtlos.

Die Zahl der Dreißigmarkkäufer war auf 25 000 zusammengeschmolzen, so daß die Auffindung geeigneter Kandidaten zu einer öffentlichen Wahl sehr schwierig wurde. Es hatte sich eine wahre Vettern- und Sippenwirtschaft herausgebildet. Nur das persönliche Stimmverhältnis bewährte sich das Allgemeininteresse des Staates gab bei der Aufstellung der Kandidaten den Ausschlag. Der verordnete, vornehmlich die Grundeigentümerinteressen zu wahren, konnte sicher sein, daß er gewählt wurde.

So war denn für die Besitzenden bestens gesorgt, kein Mühen kostete die hohle Eintracht der königlichen Beamten und Hausagrarier, bis schließlich der Senat, um kein öffentlich gemachtes Gewissen zu vernagen, der Bürgererschaft den Vorbehalt machte, allen Staatsangehörigen, die seit 5 Jahren ununterbrochen ein jährliches Einkommen von mindestens 1500 Mark verzeichnen hatten, das Wahlrecht zu gewähren. Der Bürgerchaft, diesem sehr restriktiven Wahlrecht, ging der Vorbehalt nicht weit genug, so fest eine Mindestgrenze von 1200 Mark sein.

Die Wirkung dieses Gesetzes war bei den Wahlen im Jahre 1901 noch wenig bemerkbar. Die Zahl der unermittelten Bürger hatte sich zwar vermehrt, aber blieb die Sozialdemokratie in allen Bezirken mit einer Ausnahme in der Minderheit. Nur in einem Bezirksbezirk gelang es, daß durch Stimmenzerfälschung der bürgerlichen Parteien unserer Kandidat an zweite Stelle rückte und somit — da relative Stimmenmehrheit entschied — gewählt war. Die Tätigkeit dieses einen Vertreters in der Bürgererschaft reichte bei einem größeren Teil der Wähler die Furcht erzeugt, daß, wenn bei den nächsten Wahlen im Jahre 1904

noch die relative Stimmenmehrheit gelten würde, weitere Mandate an die Sozialdemokratie fallen könnten. Mings wurden noch wenige Wochen vor den Wahlen die Stichwahlen eingeführt. Man hoffte damit, wie ein Bürgerchaftsmitglied sagte, einen Fehler gutzumachen, den man 1896 mit der Erweiterung des Kreises der Bürger begangen habe. Die Wirkung dieses Gesetzes wurde durch die Stichwahlen nicht so sehr zum Ausdruck gekommen.

Man war also rechtlich darauf bedacht, trotz der Erweiterung des Wahlrechts keinen Sitz zu verlieren. Aber trotz der Verzicht gelang es der Sozialdemokratie am 12. Februar, zwölf Mandate zu erobern, zwei weniger als ihr unter Verbeibehaltung der relativen Mehrheit zugefallen wären.

Da die Linke der Älteren vergangene Stadthalter, welche im Jahre 1907 in wählbaren hatte größere Erfolge für die Sozialdemokratie verzeichnet, wählten die geheimnisvollen Mächte im Senat und der Bürgerchaft zur Abwehr dieser sozialdemokratischen Gefahr durch eine weitere Abänderung des Wahlgesetzes.

Die Linke, welche sich aus Hausagrarern, Handwerker und sonstigen rückwärtlichen Elementen zusammensetzte, hatte im Jahre 1904 elf Mandate an die Sozialdemokratie abgegeben müssen. Sie war alle der leidtragende Teil, und es war daher kein Wunder, daß bei ihr die Mandatsangst am stärksten sich äußerte. Die Linke war auch die treibende Kraft zum weiteren Wahlrechtserwerb.

Die aus der Angst um den Verlust ihrer Mandate gesessenen Geheimfondstücker arbeiteten gut. Sie mühten sich um Zerwürfe ihres Angehörigen, dem Senat planlos zu machen, daß eine Aenderung der Verfassung vorgenommen werden müsse, denn die Gefahr sei sehr heftig, daß die Sozialdemokratie im Jahre 1907 19 und mehr Mandate erlangen könne, und dann sei es zu einer Wahlrechtsänderung zu spät. Der Senat, welcher die Wahlrechtsänderung im Jahre 1896 zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung durchgesetzt hatte, weil die einseitige Wirkung des Gesetzes eine andere war als er sie vorsehen, kam den Anglisten recht schnell entgegen und ergriffte auch sein eigenes Gewissen. Er eilte in das gleiche Boot wie die Reaktionsäre der alten Fraktionen. „Nur oder nie!“ rief die Parole, es eilte die Gefahr, daß das soziale demokratische Gift die ganze Bürgerchaft verunreinete, daß der Herrschaft des goldenen Zeitalters ein jähes Ende bereitet und Hamburgs Handel und Schiffahrt zugrunde gehen würde, wenn die Sozialdemokratie die Mehrheit in der Bürgerchaft erlangen würde. Wer die Verantwortung für die Erhaltung unserer Handels- und Staatswirtschaften wahrte, mußte sich beeilen, denn 1907 kam es zu spät.

Und die Verträge kamen. Sie setzten ein Stück bössartiger menschlicher Landungsgeistesart, die unerschmeßlich für die Arbeiter. Sie erst rötete haben sie sich durch die Verträge und ihre Begründung der Parole: Die Sozialdemokratie darf in der geizgehabenden Mörnerdicht Hamburgs keinen bestimmenden Einfluß haben. Jetzt sollte sie die Wünsche aber nicht den „gemeinen Leuten“ vertreten dürfen, aber natürlich nur so weit als die Interessen der bürgerlichen Klassen dadurch nicht geschädigt und deren Vertreter nicht noch mehr verdrängt werden.

Um solche Ueberflutung der bürgerlichen Elemente durch sozialdemokratische Vertreter zu verhindern, sollte vor allem das Bezirkswahlrecht beseitigt werden, weil es zur „Alleinherrschaft der besitzlosen Klasse“ führe. An Stelle des Bezirkswahlrechts sollten die Massen- oder Gruppenwahlen treten, und zwar sollte die Einteilung nach Maßgabe der von den einzelnen Gruppen gezahlten Einkommensteuer erfolgen. Auch die Verhältniswahl war vorgezogen.

Dieses Madwerk, von dem selbst die „Neuzeitung“ sagte, daß es reaktionärer sei als das preussische Dreiklassenwahlrecht, hielt die Mehrheit der Bürgerchaft für so wertvoll für die Erdoberfläche der Sozialdemokratie, daß sie es einem Auschuß von 13 Personen zur Durchberatung überwies. Ein vorher von der sozialdemokratischen Fraktion gestellter Antrag: „Die Grundeigentümer- und Notabelnwahlen aufzuheben und die gesamte Bürgerchaft aus allgemeinen Wahlen auf Grund des Verhältnissystems hervorzuführen zu lassen“, wurde, wie vorauszusagen, abgelehnt, dagegen wurde die Verfassungsänderung, welche die Klassen-einteilung der Bürger ermöglicht, in erster Lesung beschlossen.

Der Auschuß, der sich mit Ausnahme von zwei Mitgliedern aus Reaktionsären idyllischer Sorte zusammensetzte, hat die ihm aufgetragene Aufgabe herrlich gelöst. An dem Privilegiertenstimm rüttelte er nicht. Den Notabeln und Grundeigentümern sollten noch wie vor ihre Vorrechte erhalten bleiben. Seine Hauptaufgabe bestand eben darin, die Erfolgsmöglichkeit der Sozialdemokratie bei den Bürgerchaftswahlen auf ein Minimum zu beschränken. Ueber alle andern Bedenken, daß z. B. auch das minderbemittelte Bürgertum von der Einschränkung des erwerbenden Wahlrechts betroffen werden könnte, kam man leicht hinweg, wenn es an der Rechtmäßigkeit der sozialdemokratischen Bürger durch Einführung der Klassenwahlen nur geringen würde, das Steuergeheimnis der bürgerlichen Wähler unberührt zu lassen. Und ein solches Mittel wurde gefunden in der „berühmten“ Gruppenwahl.

Eine Detaillierung des mit allem Raffinement erdachten Wahlrechts an dieser Stelle würde zu weit führen. Monstrieren wollen wir nur, daß das ganze Madwerk und seine Begründung diktiert war vom Haß gegen die aufstrebende Sozialdemokratie und deren Vertreter. Die hochmögenden Patrizieren und „königlichen“ Kausleute betrachten sie als nichts anderes denn einen Fremdkörper in der Bürgerchaft, das bewies schon die reinlichste Fernhaltung ihrer Vertreter aus den Deputationen. Man hatte sich im Auschuß auch nicht geirrt, mit unrichtigen Zahlen, die das statistische Bureau geliefert hatte, zu beweisen, daß die sozialdemokratische Gefahr in der Bürgerchaft sich irrtümlich vergrößern werde, wenn nicht noch vor der nächsten halbjaährlichen Erneuerung der Bürgerchaft eine Aenderung eintrete. Man „bewies“, daß die Sozialdemokratie bereits im Jahre 1910 60 und mehr Mandate erringen werde. Man sah schon die Zeit herannahen, wo auf Hamburgs Rathaus die rote Fahne lustig im Winde flattern würde. Alle noch so dringlichen Mahnungen zur Besinnung, und alle noch so scharfen Proteste unserer Vertreter im Auschuß waren vergebens. Der Rotkoller hatte den Ausschuß und später auch die Mehrheit der Bürger-

chaft erfährt. Die Vorschläge des Ausschusses wurden nach einigen unbedeutenden Abänderungen am 17. Januar 1906 Gesetz.

Am gleichen Nachmittag fanden eine Anzahl Protestversammlungen statt, die sämtlich überfüllt waren. Selbst die Arbeiter der Schiffswerften und der Reedereibetriebe hatten um 3 Uhr die Arbeit eingestellt trotz des Stirnrunzels der Blohm und Konsorten und trotz der sichern Aussicht, mehrere Tage zur Strafe ausgesperrt zu werden. Scharfe Reden wurden gehalten und ebensolche scharfe Resolutionen beschlossen, aber vergeblich. Der Wahlrechtsraub der Hamburger Arbeiterschaft wurde am Abend gegen die Stimmen der 13 sozialdemokratischen Vertreter und einiger Mitglieder aus bürgerlichem Lager vollzogen.

Nach dem neuen Klassenwahlgesetz setzt sich die Bürgererschaft wie bisher aus 160 Mitgliedern zusammen. Alle 3 Jahre scheidet die Hälfte derselben aus und hat die Neuwahl wie folgt stattzufinden: 20 Mitglieder werden von den Notabeln gewählt (Notabeln sind höhere Gerichts- und Verwaltungsbeamte, frühere und gegenwärtige Mitglieder des Senats und der Bürgererschaft). 20 werden von den Grundeigentümern und 36 in den allgemeinen Wahlen gewählt. Davon 21 von Wählern der ersten Gruppe (mit Einkommen über 2500 Mark) und 12 von Wählern der zweiten Gruppe (mit Einkommen von 1200 bis 2500 Mark). 4 Mitglieder wählt das Landgebiet nach dem früheren Wahlmodus.

Die ersten Wahlen unter diesem Klassenwahlrecht im Jahre 1907 fielen aus wie vorauszuheben war. Die Sozialdemokratie brachte es bei den ersten Wahlen unter diesem

Klassenwahlrecht mit ihren 18510 Wählern in der zweiten Gruppe auf 8 Mandate. Also nicht einmal die 12 Sitze, welche der Klasse der Unbemittelten gnädigst überlassen waren, konnten wir erlangen, sondern mußten noch 4 an die andern Parteien abgeben. Bei der diesjährigen Wahl war das Verhältnis noch ungünstiger, denn wir erhielten nur 7 von 12 Mandaten, 5 entfielen auf bürgerliche Listen.

Diese Wahlen liefern den Beweis, daß es unter dem gegenwärtigen Wahlrecht kaum möglich sein wird, über eine größere Zahl von Mandaten als gegenwärtig verfügen zu können, es sei denn, daß die Zahl der sozialdemokratischen Wähler aus der ersten Gruppe im Laufe der Jahre größer wird.

Das große Unrecht, das an den Bürgern der minderbemittelten Klasse begangen, zeigt sich erst deutlicher bei einem Vergleich der Wählerzahl und der auf diese entfallenden Mandate bei den Wahlen im Februar dieses Jahres.

Die zweite Gruppe zählte 19365 Wähler. Da sie nur 12 Mandate beanspruchen kann, entfallen auf jedes Mandat 1630 Wähler. Die erste Gruppe zählte 12695 Wähler, da ihr 21 Mandate zustehen, kommen auf jedes Mandat nur 599 Wähler. Die Grundeigentümer wählen nur 4112 Wähler auf. Da sie 20 Abgeordnete zu wählen haben, kommen auf jeden 205 Wähler. Und nun gar erst die Notabeln. Die 826 abgegebenen Stimmen brachten ihnen 20 Mandate ein. Das sind auf je ein Mandat 41 Stimmen. Der Notable hat also ein vierzigmal größeres Stimmrecht als der Wähler zweiter Gruppe, der Grundeigentümer

ein achtmal größeres und der Wähler erster Gruppe ein mehr als dreimal größeres Stimmrecht.

Noch ungeheurer erscheint das Unrecht gegen die minderbemittelten Bürger der zweiten Gruppe, wenn man weiß, daß eine große Zahl der Wähler erster Gruppe, die 24 Abgeordnete bei den allgemeinen Wahlen zu wählen hat, entweder Notable oder Grundeigentümer oder auch beides zusammen sind und als solche zu den 24 Abgeordneten noch weitere 40 zu wählen haben.

Schlimmer als in der „Republik“ Hamburg dürfte wahrlich in keinem despotisch regierten Staate Interessentpolitik getrieben, Besitz und „Bildung“ so augenscheinlich zum Nachteil der minderbesitzenden Klassen bevorzugt werden. Hamburgs Arbeiterschaft und ihre Vertreter in der Bürgererschaft haben keine Gelegenheit vorübergehen lassen, den an der Arbeiterschaft verübten Wahlrechtsraub zu geißeln und den Machern dieses Schandgesetzes ein Menetekel zuzurufen. Dies geschah auch am 9. Dezember 1909 gelegentlich der Wiederkehr des Tages, an welchem vor 50 Jahren Hamburgs Patrizier und Pfefferfäße sich eine Verfassung gaben. 21 überfüllte Volksversammlungen erhoben Protest gegen die Entrechtung der vielen Tausende hamburgischer Staatsbürger und gelobten sich, nicht eher zu ruhen, bis das Wahlrecht bejeitigt und das allgemeine, gleiche Wahlrecht für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für die Wahlen zur Bürgererschaft gesetzlich zur Einführung gelangt ist.

Die Gleichheit

unserer Interessen liegt auf der Hand. Sie wollen gut und billig kaufen, ich dagegen brauche Konsumenten. Ihnen wie mir ist daher gedient, wenn Sie in Ihrem Haushalt als tägliches Frühstücks- und Vesper-Getränk den echten sächsischen Malzkaffee von Carl Müller in Altenburg verwenden. Er zeichnet sich besonders durch seinen kaffeeähnlichen Geschmack aus.

2853

Sächsische Malzkaffee-Fabrik u. Nahrungsmittel-Industrie
Carl Müller, Inh.: Hugo Röndt, Altenburg, S.-A.

Zu haben ist derselbe in sämtlichen Verkaufsstellen des Konsumvereins Magdeburg-Neustadt sowie überhaupt in den meisten Vereinen. Verlangen Sie aber ausdrücklich den echten sächsischen Malzkaffee — Schutzmarke roter Engel mit Füllhorn.

Mit dem Namen

769

ORIGINAL SINGER
werden die besten
Nähmaschinen der Welt bezeichnet.

Durch unsre sämtliche Läden zu beziehen.

Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.
Magdeburg, Breiteweg 174
Jakobstrasse 41.



2632

Wollen Sie gute Platten kaufen?
Enorme Auswahl jedes Stück zu
2 Mark
finden Sie Dreieckelstraße 4.

Singer-Nähmaschine, tadellos
nähend, f. 12 Mk., verlaufen
Göke, Goldschmiedebrücke 5, v. 1 v.

Die Braut-

leute, welche recht und wirklich billig ihre Möbel-
Ausstattungen kaufen wollen, fallen nicht auf die überhandnehmenden Annoncen herein, welche in raffiniertester und irreführender Weise darauf berechnet sind, das Publikum zu täuschen und mit Verprechungen bezuzulocken, welche nachher nicht gehalten werden können, sondern werden sich vertrauensvoll an die Firma

Richard Göthling

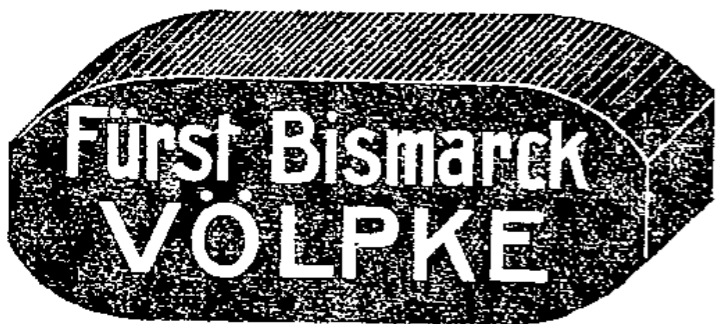
Möbelwerkstätten mit elektrischem Betrieb,
Vollerei, Sargmagazin
Magdeburg-N., Lübecker Straße 103, Tel. 5235.

Die Kunden, welche ich seit 13 Jahren bedient habe, sind mit **sehr zufrieden**, meinen Lieferungen, wie Tugende von Anerkennung, welche ich nach Jahren noch erhalten habe, beweisen! Bei mir kaufen **Fachleute** mit Vorliebe; ich zähle darum einen großen Teil Käufer zu meiner Kundenschaft. Meine Möbel sind nicht teuer, sondern der Qualität **bedeutend billiger** als die **Schund**-Geschäfte circa jahrelang für **günstigen Waren!**

Ich verkaufe **nur gegen Kasse**, stelle **äußerste, billige und feste Preise** und übernehme für jede Lieferung unbeschränkte Garantie. Überzeugen Sie sich von meiner Leistungsfähigkeit durch Besichtigung meines **großen Lagers** und **Preisliste** franco und unumt! 2608

Jetzt ist es Zeit!

zu den niedrigen Sommerpreisen den Winterbedarf in den erstklassigen Briketts



einzudecken. — Zu haben bei

Altstadt:

Wilhelm Wrede, Hauptbahnh., Westseite
Heinrich Möhring, Fürstenufer 24

Sudenburg:

Franz Sickert, St.-Michael-Str. 46
August Moselöhner, St.-Michael-Str. 52
Gustav Fuchs, Wolfenbüttler Str. 4

Buckau:

Alb. Kriese, Schönebecker Str. 89

Wilhelmstadt:

Otto Naue, Ebendorfer Str. 55
Franz Herrmann, Gr. Diesdorfer Str. 237

Neustadt:

Walter Nagel, Nachtweide 33 2574

Gr.-Ottersleben:

August Schroeder, Mittagstr. 23.

Zur Arbeit

müssen Sie stets gutes starkes Schuhwerk tragen, mit starken Sohlen aus gut gegerbtem Leder. 2826

Schaftstiefel

Prima Leder von 7.90 Mk. an

Zugstiefel

von 6.25 Mk. an

Schnürstiefel

von 5.50 Mk. an

Schulstiefel

Pantoffel

Bequeme, mollige

Hausschuhe

Jeder Käufer erhält beim Einkauf von 5.- Mk. an

1 Paar nette Pantoffel gratis



Schuhhaus Eugen Tamm

Verkaufsstellen:

Halberstädter Str. 114 115, Jakobstr. 40,
Lübecker Str. 25.

Zähne 2 Mark an

Auf Wunsch Teilzahlung pro Woche 1 Mk.
Absolut schonendste Behandlung. Blumen von 1 Mk. an.
Alex Friedländers Zahn-Atelier, Breiteweg 103, v. 1
vis-à-vis dem Zentraltheater, Ecke Kaiser-Wilhelm-Platz.

Auf Abzahlung

Wollen Sie auf Abzahlung kaufen, so wenden Sie sich nur an das

Waren- u. Möbel-Kredithaus

Robert Blumenreich

Halberstadt, Breiteweg Nr. 61.

Sie erhält dort alles auf Kredit auch nach auswärts und d. leichtest. Zahlungsbedingungen:

Möbel, Anzüge, Paletots, Teppiche

Kinderwagen, Federbetten

Gardin., Kostümröcke, Blusen

Jacketts, Kleiderstoffe

Wäsche, Tischdecken, Schuhe

Stiefel etc.

Anzüge Möbel

Konsum-Verein

für Magdeburg u. Umgegend, eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

Waren-Verteilungsstellen:

Altstadt: Blaubeilstr. 10, Peterstr. 12, Altes Bräcker 2; Kaiserstr. 58; **Alte Neustadt:** Hofenfortstr. 16, Ottenbergstr. 48, Ottenbergstr. 14, Schützenstr. 5; **Neue Neustadt:** Schmidtstr. 49, Umiauhgstr. 60, Friedrichshof 1, Wittigstr. 28, Hohe Str. 2, Gütecker Str. 95, Moritzstr. 6; **Sudenburg:** Kurfürstenstr. 7, St. Michael-Str. 10, Halberstädter Str. 120, Wolfenbütler Str. 15; **Buckau:** Neue Str. 14, Nordbergr. 1, Sudenburger Straße 17; **Friedrichstadt:** Werder: Turmischhausstr. 18; **Fermerleben:** Schönebeker Straße 37; **Wilhelmstadt:** Annastraße 8, Dventhecker Straße 52; **Diesdorf:** Mittelstr.; **Olvenstedt:** Magdeburger Straße 25; **Burg:** Magdeburger Straße 33, Schulstraße 45.

Eignes Unternehmen der angeschlossenen Mitglieder. Geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch tarifliche Abmachungen mit den Gewerkschaften.

Eigene Produktiv-Abteilungen

1. Größte Dampfbäckerei Mitteldeutschlands. 16 Doppel-Dampfbadöfen liefern vorzügliches Schwarzbrot, Frühgebäck und Kuchenware.
2. Herstellung alkoholfreier Getränke. Selterwasser, Limonaden, Bilz-Sinalco (aus destilliertem Wasser)
3. Kaffee-Rösterei. Röstkaffees täglich frisch, beste Mischungen.

In unsern Waren-Verteilungsstellen

empfehlen wir

Alle Artikel aus unsern Produktiv-Betrieben, Kolonialwaren, Materialwaren, Brennmaterialien, Zigarren, Zigaretten und Tabak, Weine in den verschiedensten Sorten und Preislagen, **Lagerbier, Malzbier usw. usw.**

Eine große Bibliothek

aus mehreren tausend Bänden steht den Mitgliedern kostenfrei zur Verfügung.

Geschäfts-Prinzip:

Vermittlung guter reeller Ware, Verteilung des dabei erzielten Ueberschusses :: zurück an die Mitglieder nach Maßgabe der Beteiligung am Warenbezuge. ::

Einzigstes Unternehmen am Platze errichtet auf dem Grundsatze der Selbsthilfe!

Alle organisierten Arbeiter sollten es sich zur Aufgabe machen, dem Konsumverein

:: beizutreten und nur ihn allein als ihren Waren-Lieferanten benutzen! ::

7. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 219.

Magdeburg, Sonntag den 18. September 1910.

21. Jahrgang.

Der Wahlrechtstempel in Schweden.

Von Sjalmar Branting (Stockholm).

Als in Schweden die liberale Bourgeoisie in der 60er Jahren die alte Stände-Verfassung umriß und ihr „neues Reich“, wie einmal Strindberg es getauft hat, gründete, gab es bei uns noch gar keine selbständige Arbeiterbewegung. Die Industrie war wenig entwickelt — noch in 1870 lebten 72 Prozent der Bevölkerung von der landwirtschaftlichen Betätigung, jetzt nicht mehr die Hälfte — und die Bourgeoisie setzte ohne Widerstand einen Zensus von 800 Kronen (etwa 900 Mark) für das Wahlrecht zur zweiten Kammer fest. Die erste Kammer wurde durch einen Wahlmodus, der alle Macht in die Hände der Aristokratie legte, ausschließlich Domäne der adeligen Junker, der bürgerlichen Finanz- und Industrie-Fürsten und der höheren Bureaucratie. Die Arbeiterklasse, deren niedrige Löhne nur ausnahmsweise ein Jahreseinkommen von 800 Kronen ergab, war also fast vollständig eines jeden politischen Einflusses bar.

Erst in den 80er Jahren hat in Schweden die sozialistische Arbeiterbewegung eingestiegen, und selbstverständlich wurde, wie die Dinge dann lagen, das allgemeine, gleiche Wahlrecht von der neuen Bewegung als ihre erste und wichtigste politische Forderung aufgestellt. Eine Arbeiterklasse, die sich zu regen anfängt, kann es sich nicht weiter gefallen lassen, von den ersten staatsbürgerlichen Rechten ausgeschlossen zu sein. Überall, wo die Arbeiter zusammenkamen, predigten damals die sozialdemokratischen Agitatoren das allgemeine Wahlrecht, und in großen Massenversammlungen, wie bei „Lill-Jans“ in Stockholm, wurde mit größtem Nachdruck diese Forderung dem Reichstag der besitzenden Minderheit gegenübergestellt. In ganz Schweden gab es zu jener Zeit kaum 300 000 Wähler; 900 000 Männer über 21 Jahre waren ausgeschlossen.

Die von den Sozialisten Klipp und Har gestellte Forderung auf allgemeines Wahlrecht siegte bald bei den Massen über die liberalen Vorschläge einer allmählichen Erweiterung des Wahlrechts durch Herabsetzung des Zensus. Vorschläge, die übrigens niemals mit wirklicher Kraft, sondern nur sehr lau gestellt wurden. Man konnte es ja auch nicht erwarten, daß die Kleinbauern, die zu jener Zeit in der Zweiten Kammer die ausschlaggebende Partei war, für die Rechte ihrer ärmeren Brüder mit derselben Zähigkeit und Wärme, wie sie es für ihre eignen Masseninteressen — für die Abschaffung gewisser Steuern auf ihrem Grund und Boden usw. — getan, eintreten würden. Sie brachten es nur dahin, daß die zweite Kammer ein paarmal der Herabsetzung des Zensus zustimmte. Dieselbe Kammer nahm es nachher aber ruhig hin, daß ihr Beschluß mit Hohngeächeln von der ersten Kammer fast einstimmig abgelehnt wurde.

Wie die Sozialisten von Anfang an gelagt, mußte das allgemeine Wahlrecht zuerst außerhalb des Parlaments siegen, bevor wir auf einen Sieg im Reichstag hoffen konnten. Wir boten folglich alle Kräfte auf, um eine wirkliche Volksbewegung für das allgemeine Wahlrecht zu entfesseln, und junge, tüchtige Leute aus der radikalen Demokratie, welche zu jener Zeit einen kurzen Frühling erlebt hat, schlossen sich diesen Bemühungen an. Auf unserm zehnten Parteitag — in Norrköping in 1891 — wurde beschließen, zur Beratung über die Mittel und Wege, um das allgemeine Wahlrecht zu erobern, einen „Volks-Reichstag“, d. h. eine Versammlung, die in demselben Ausmaß wie bei den Reichstagswahlen, aber mit allgemeinem Wahlrecht zu wählen war, einzuberufen. Nach einigen Sämiertigkeiten ist es gelungen, uns mit den Radikalen über diesen Plan zu verständigen, was unbedingt notwendig war, weil die sozialistische Bewegung damals fast nur in den größeren Städten eine Bedeutung hatte und es sich, jetzt darum handeln mußte, auch die weiten Provinzen für diesen „Volks-Reichstag“ zu interessieren. Die Radikalen hofften natürlich, daß eben diese Landdistrikte ihnen die große Mehrheit im „Volks-Reichstag“ und damit die Führung der ganzen Stimmrechtsbewegung geben würden.

Dieser „Volks-Reichstag“, organisiert in erster Linie durch den späteren liberalen Minister Dr. David Bergström, trat im Jahre 1893 zusammen. Er war in regelter Wahl von 150 000 schwedischen Bürgern (und Bürgerinnen) gewählt worden, das heißt einer größeren Zahl, als jemals bei uns ein Reichstag als Fundament gehabt hatte. Die Sozialdemokraten hatten in den großen Städten, die Liberal-Radikalen auf dem Lande gesiegt; die ersten waren unter 150 Delegierten nur etwa 30. Trotzdem ist es uns gelungen, die Versammlung auf radikale Bahnen zu führen. Erbittert über die hochmütig abweisende Haltung der Junkerregierung wie des Königs Oskar — der gar nicht der weiße Hirt war, als der er im Ausland oft geschildert worden ist — beschloß der „Volks-Reichstag“ die Frage des politischen Massenstreiks, der ja eben in Belgien mit Erfolg versucht war, auf die Tagesordnung für weitere Beratungen zu setzen.

Mit dieser Frage ist jedoch die Klüft zwischen den proletarischen und den Kleinbürgerlichen Stimmrechtsfreunden scharf hervorgetreten. Wir haben uns auf unserm Kongress in Gothenburg im 1894 für den politischen Massen-

streik als äußerstes Kampfmittel unter gewissen Voraussetzungen erklärt, die Liberalen und auch viele Radikale haben sich aber in heftigster Weise dagegen gewandt. Der Streit ging fort, ein zweiter „Volks-Reichstag“, der 1896 zusammentrat, beschloß mit 67 Stimmen gegen 63, mit der Frage des Massenstreiks sich nicht zu beschäftigen.

Dieser Sieg der Kleinbürgerlichen Richtung war für die ganze Wahlrechtsbewegung der vier Jahre entscheidend. Die Arbeiter mußten sich sagen, daß der Versuch, alle Wahlrechtsfreunde zu gemeinsamen Vorgehen zu vereinigen, gescheitert war. In der Tat konnten sich die Liberalen, nachdem sie durch ihre schwächliche Haltung die Idee der „Volks-Reichstage“ für die Zukunft discreditiert hatten, zu nichts anderem für die Er kämpfung des Wahlrechts aufschwingen als zur Brotschürrenverteilung und dergleichen. Sie haben zwar auch eine Petition veranlaßt, die 1899, mit 360 000 Unterschriften versehen, der Regierung übergeben wurde. Der Staatsminister Björnsen antwortete indessen mit offenem Hohne, daß seiner Meinung nach „nichts geschehen“ sei, was ihn veranlassen könnte, seine frühere Meinung über die Stimmrechtsfrage zu verändern. Nur ein Teil der Sozialdemokraten hatte diese Petitionsgehichte überhaupt mitgemacht. Unsere Partei hatte sich, seit dem Scheitern des Versuchs, die ganze Demokratie zu fester Entschlossenheit zu kräftigen, mit größtem Eifer auf den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen geworfen. Im Jahre 1898 wurde eine gewerkschaftliche Landeszentrale, in engster persönlicher Fühlung mit der politischen Bewegung, gegründet. Es war ja offenbar, daß die Arbeiter nur auf sich selbst und auf die Waffen ihrer eignen Klasse vertrauen konnten, wenn sie einmal die Wahlrechtsfrage zur Lösung bringen wollten.

Unbekümmert um das Geschrei auch der liberalen Presse, die den politischen Massenstreik als die größte Torheit und Unmöglichkeit denunzierte, setzten die schwedischen Genossen ihre Organisationsarbeit unter den Massen fort, um so einen sichern Grund zu schaffen, von dem aus bei günstiger Gelegenheit trotz alledem die träge Welt der schwedischen Besitzenden zu bewegen war.

Diese Gelegenheit hat nicht allzulange auf sich warten lassen. Im Jahre 1901 brachte die Regierung eine neue Heeresvorlage ein. Die allgemeine Wehrpflicht, die bisher nur als eine Art Landwehr organisiert war, sollte jetzt mit einjähriger Dienstzeit verwirklicht werden. Aber wie könnte man ein Volk, das noch nicht Bürgerrechte besitzt, mit neuen persönlichen Bürgerpflichten beladen! Es wurde unsererseits eine kräftige Agitation entfaltet, die sich in erster Linie gegen die neue Militärvorlage richtete, an deren Stelle das Milizsystem gefordert wurde, die aber gleichzeitig mit größtem Nachdruck und Erfolg auf die Notwendigkeit hinwies, das allgemeine Stimmrecht gewissermaßen als Kompensation voraussetzlicher neuer Militärlasten einzuführen. Selbst die konservative Partei konnte sich der offensiblen Gerechtigkeit dieser Forderung nicht ganz verschließen. Endlich stellte auch die Regierung, von uns unterstützt, eine Stimmrechtsvorlage in Aussicht, wenn nur die Militärvorlage zuerst bewilligt war. Und das gelang ihr mit einigen Modifikationen mit Hilfe liberaler Militäristen.

Jetzt näherte sich offenbar die Zeit zum Handeln. Die schwedische Delegation eines skandinavischen Kongresses in Kopenhagen, der im August 1901 tagte, trat in Malmö, 111 Mann stark, zusammen und beschloß, die Arbeiter Schwedens aufzufordern, jetzt überall den politischen Massenstreik auf die Tagesordnung zu setzen, um den Ernst zu zeigen. Jedermann hatte einen Tagesverdienst für den Streikfonds zu geben. Alle Welt merkte, daß ernste Ereignisse sich vorbereiten, nur die Regierung nicht. Wie wenn die Annahme der Militärvorlage in nichts die Situation verändert hätte, legte sie im März 1902 ein Stimmrechtsprojekt vor, das nichts von dem allgemeinen Wahlrecht wissen wollte, das den Kreis der Stimmberechtigten nur sehr wenig erweiterte und das noch dazu mit ganz grotesken „Garantien“ versehen war — so z. B. würden alle Männer über 40 Jahre 2 Stimmen bekommen! Das war noch die Weisheit der schwedischen Regierung, als die Arbeiterklasse schon seit entschlossen war, für ihr gutes Recht ihre ganze Kraft aufzubieten.

Ein Entriistungssium durchbrauste das ganze Land, als diese elende Mißgeburt bekannt wurde. Ein außerordentlicher Parteitag trat sofort in Stockholm zusammen, und in dreitägiger Debatte hinter verschlossenen Türen wurde das Aktionsprogramm festgelegt: zuerst jeden Sonntag Massenversammlungen; nachdem die Reichstagskommission die Wahlrechtsfrage behandelt hat, jeden Tag Versammlungen und Demonstrationen; sowie die Debatte im Plenum beginnen werde. Niederlegung der Arbeit überall, wo es möglich war und einen Einfluß üben könnte; Wiederaufnahme der Arbeit, nachdem der Reichstag über die Frage beschloffen hätte, d. h. ein Demonstrationstreik für 3 Tage.

Mit außerordentlicher Präzision und Disziplin wurden diese Beschlüsse durchgeführt. In Stockholm kam es zwar schon bei dem ersten Massenunzug zu blutigen

Zusammenstößen mit der Polizei, welche unter Führung des später wegen seiner Verbindungen mit Harting bekannten Detektivchefs Sten dahl die Arbeiter in der brutalsten Weise angriff. Der provokatorische Ueberfall mißlang aber vollständig. Die ganze Bevölkerung von Stockholm wurde über diese Schandthaten empört, sämtliche Abgeordnete der Hauptstadt — unter denen Schreiber dieses damals der einzige Sozialdemokrat war, jetzt sind wir aus Stockholm 11 und in der ganzen Kammer 35 geworden — wandten sich an den Minister des Innern, um eine Untersuchung gegen die Polizei zu veranlassen und die Demonstrationsfreiheit der Arbeiter zu schützen. Am nächsten Sonntag war die Polizei gezwungen, einen Massenunzug zu dulden, wobei nicht sie, sondern die Männer des Volkshauses für die Ordnung verantwortlich waren. Mit den Arbeitern, welche in der Zahl von 30- bis 40 000 stundenlang durch die Hauptstraßen zogen, gingen diesmal auch große Gruppen von bekannten „Intellektuellen“, Hunderte von Studenten usw. Niemals war bei uns eine solche Annäherung zwischen den Arbeitern und der gebildeten Bourgeoisie als in jenen Tagen. Als Ausdruck dieser Stimmung wurde Heidenstams „Bürgergefängnis“ geschrieben, welcher heute noch auch von den schwedischen Genossen oft gelehrt wird und worin mit größter Energie es als eine Schande für das Banner Schwedens bezeichnet wird, daß bei uns „Bürgerrecht Geld heißt“.

Je mehr die Stunde der Entscheidung sich näherte, um so umfassender wurde die Volksbewegung. Der Demonstrationstreik hätte keinen günstigeren Boden finden können. In einem Manifest am Vorabend desselben wurde von den Führern noch einmal darauf hingewiesen, daß der Streik sich absolut nicht gegen die Unternehmer richte, sondern nur den Widerpenstigen in Regierung und Parlament den festen Willen der Arbeiterklasse vorzuführen beabsichtige. Die Hauptstadt ging an der Spitze. In Stockholm wurde am 15. Mai die Arbeitsniederlegung eine fast vollständige; auch Gas, Elektrizität, Reinigung usw. streikte, insgesamt werden da 42 000 Streikende gewesen sein, und im ganzen Lande etwa 120 000. Und alles in größter Ruhe, in strenger Ordnung. Gewiß, wenn der schwedische gewerkschaftliche Massenstreik im vorigen Jahre eine so ausgezeichnete Geschlossenheit und Disziplin zeigen konnte, daß die ganze Welt deswegen ihre Anerkennung gezollt hat, so mag man nicht vergessen, daß jene „Versuchsmobilisation“ von 1902 demselben vorgearbeitet hat!

Der Eindruck war auch ein ganz gewaltiger, obgleich selbstverständlich im Reichstag die Vertreter der Rechten in ihren Reden die Gar-nicht-Zumponierten gespielt haben. Aber die Tatsachen sind da, und sie sprechen sehr deutlich. Vor jener Volksbewegung, welche in dem Massenstreik gipfelte, wurde das allgemeine Wahlrecht in allen maßgebenden Reichstagskreisen als eine Utopie, außerhalb des Bereichs der praktischen Politik, betrachtet. Am 16. Mai 1902 vereinigten sich die beiden Kammern in einer Tagesordnung, die einen neuen Wahlrechtsvorschlag, der nicht mehr auf dem Zensus, sondern auf allgemeinem Wahlrecht — mag sein unter Berücksichtigung verschiedener einschränkender „Garantie“-bestimmungen — aufgebaut werden würde, von der Regierung verlangte.

Das allgemeine Wahlrecht hatte grundsätzlich gesiegt. Die schwedischen Arbeiter konnten mit Freude und Stolz auf ihre Aktion, auf ihre ruhige, gezielte, mit bewundernswürdiger Selbstdisziplin geführte PreSSION hinweisen, die ihnen jetzt den Sieg in naher Zukunft verspricht. Aber leider, so wie die Hoffnungen in jenen schönen Frühlingstagen von 1902, auf dem Höhepunkt der Wahlrechtsbewegung in Schweden, vorkauften, so ist es nicht gekommen.

In den folgenden Jahren wurde die Demokratie wieder in die Defensive gedrängt. Die Konservativen legten ihre ganze Kraft darauf, das Proportionalverfahren aus einem Mittel, eine unter den Parteien gerecht verteilte Vertretung zu schaffen, in eine „Garantie“ der ewigen Uebermacht der besitzenden Minderheit zu verdrehen. Zu diesem Ziele sind sie sehr einfach durch die Billigkeit gekommen, daß sie den Proportionalismus zwar für die zweite Kammer, die des werdenden allgemeinen Wahlrechts, gefordert haben, aber für die erste nicht; da sollte später wie früher die Aristokratie ganz allein herrschen. Und in Schweden sind gemäß der Verfassung die beiden Kammern gleichberechtigt; die Stimmen der ersten werden bei streitigen Budgetfragen mit denen der zweiten zusammen gerechnet. Auf diese Weise wird eine künstliche „parlamentarische“ Mehrheit geschaffen, die den Willen der Mehrheit des Volkes in keiner Weise zum Ausdruck bringt.

Gegen jene offene Fälschung der Grundidee des allgemeinen Wahlrechts haben zuerst die Sozialdemokraten, später auch die Liberalen die ganze Kraft einsetzen müssen. Es ist uns auch gelungen, die Versuche der Regierung, diesen „Halbproportionalismus“ einzuschmuggeln, zu verhindern. Aber die Jahre 1904 und 1905 wurden für diesen Kampf verbraucht. Inzwischen kam keine Wahlrechtsreform zustande.

In 1906 erlebten wir, nach der glücklichen Trennung der Norweger von der schwedischen Dynastie, eine kurze liberale Ära. Jetzt mußte die Stimmrechtsfrage endlich gelöst werden! Die Liberalen waren aber Gegner jedes Proportionalismus. Um die erste Kammer, die der neuen Regierung entschieden feindlich gegenüberstand, etwas besöhnlicher zu stimmen, haben sie eine Reihe von Einschränkungen des Wahlrechts, die sonst in keinem Lande des allgemeinen Wahlrechts existieren, z. B. die Forderung, daß die direkten Staats- und Kommunalsteuern seit 3 Jahren voll bezahlt werden müssen, gutgeheißen. Mit solchen Bestimmungen, die vielen Arbeitern in Zeiten von Arbeitslosigkeit und Verdrückung das Bürgerrecht suspendiert, hat man ja wieder ein Stück des Genuswahlrechts durch das Fenster hineingezogen, nachdem man dasselbe feierlich durch die Tür hinausgeworfen hatte.

Es nützte aber den Liberalen alle ihre Nachgiebigkeit nichts. Die erste Kammer verwarf im Mai 1906 mit enormer Mehrheit ihre Stimmrechtsvorlage, und unter adfaktorischen Vorwänden meierte sich der König, die zweite Kammer aufzulösen, um an das Volk gegen das Herrenhaus zu appellieren. Die erste Kammer nahm mit dem jetzt noch amtierenden Ministerium Lindman — das spätere „Ministerium der Massenansperrung“ — wieder das Szept in die Hand. Jetzt wurde es die Aufgabe des Herrn Lindman, einen neuen Versuch zur Lösung der alten Stimmrechtsfrage zu machen.

Er hat es viel geheimer gemacht als sein liberaler Vorgänger. Er hat den Grundgedanken akzeptiert, daß der Proportionalismus für die beiden Kammern, auch für die Urwähler und Wähler der ersten, gelten müsse. Daneben hat er seinen Vorschlag noch viel weiter ausgedehnt, indem er mit demselben eine Reform der bisherigen, fast mecklenburgisch anmutenden Kommunalen Stim-

rechtsbestimmungen verbunden hat. Andererseits ist er selbstverständlich bei allen den Einschränkungen und „Garantien“ stehengeblieben, die ja schon die Liberalen mitgemacht hatten.

Gegen jene geachtete Vorlage, die in der Reichstagsession von 1907 eingebracht wurde, konnten sich die Liberalen zu nichts Weiterem aufraffen, als ihr früheres Schibboleth von 1906 wieder einzubringen. Vergebens hatten wir Sozialdemokraten ihnen den Weg gezeigt, indem wir eine vollständige, demokratische Verfassungsrevision der Vorlage der Regierung gegenüberstellten. Sie wollten sich der tatsächlichen Erweiterung der ganzen Frage nicht anpassen, und die Folge blieb nicht aus. Obgleich es in der zweiten Kammer schon damals eine Mehrheit von Liberalen und Sozialisten gab, so gelang es dem Herrn Lindman doch, eine genügende Zahl von Liberalen abzubrüden, die mit ihm, nach seinem Rezept, die Wahlrechtsfrage „lösen“ wollten. Der Vorschlag der Regierung wurde mit einigen Verbesserungen angenommen, auch in der zweiten Kammer, und ist jetzt Gesetz im Königreich Schweden.

Und die Arbeiter? Ja, wir haben gewiß gegen jene ganz ungenügende „Lösung“ ihrer alten Frage protestiert, ihre Vertreter haben wie ein Mann dagegen gestimmt, aber es muß zugegeben werden, daß nach den großen Anstrengungen in 1902, die ja auch mit Erfolg gekrönt waren, sie den Details der parlamentarischen Ausführung des neuen Prinzips nicht mehr daselbe Interesse wie früher zugewandt haben. Man kann das beklagen, aber es ist eigentlich nicht allzu wunderbar. Andre Fragen, die die Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern ganz direkt zum Ausdruck bringen, sind in den Vordergrund getreten. Aber man muß sich auch erinnern, daß es mit den Jahren der Arbeiterschaft gelungen ist, einen nicht un-

beträchtlichen Teil ihrer Mitglieder über die Hindernisse des Zensus zu erheben. Die Gewerkschaften haben die Löhne der Arbeiter kräftig gehoben, die Nominallöhne sind noch viel mehr gestiegen, und durch diese Aktion ist schon tatsächlich, ohne Veränderungen des Wahlgesetzes, eine steigende Zahl der besser situierten Arbeiter zu politischem Einfluß gelangt. Das erklärt, daß wir in Schweden, trotz des Zensus, eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion von 35 Mann haben können. Aber es erklärt auch, daß gegen die sogenannte „Lösung“ der Wahlrechtsfrage, die den Namen des Herrn Lindman führt, die Proteste des schwedischen Proletariats nicht noch viel erbitterter erklingen sind.

Es wird jedoch ganz sicher nicht lange so bleiben. Die ersten Wahlmännere Listen, die gemäß den neuen Gesetzen — und nach dem Massenstreik — fertiggestellt worden sind, zeigen mit unwiderleglichen Ziffern, welche Gesundheit es ist, wenn unsere bürgerlichen Parteien sich so gebärden, als hätten wir in Schweden jetzt schon das allgemeine Wahlrecht. Es gibt Städte, wo die Hälfte der Männer über 24 Jahre den konservativ-liberalen „Garantien“ zum Opfer gefallen sind, und daß unter den Arbeitern jetzt ein Drittel von seinen Bürgerrechten suspendiert ist, das wird kaum ein Kenner der Verhältnisse zu bestreiten wagen.

Einem solchen Wahlrechtsraub werden sich die schwedischen Arbeiter gewiß nicht lange fügen. Das Banner des wirklichen, echten allgemeinen Wahlrechts wird wieder in Schweden erhoben werden, und zwar selbstverständlich von der Sozialdemokratie, aber dann mit ungleich größeren Möglichkeiten, um in nicht zu ferner Zukunft den vollständigen, endgültigen Sieg, das gleiche Recht für alle, für Männer und Frauen, zu erkämpfen.

Der Kampf ums Wahlrecht in Holland.

Von W. S. Bliegen (Amsterdam).

Der eigentliche Kampf um das allgemeine Wahlrecht in Holland ist Hand in Hand gegangen mit der Entfaltung und Entwicklung der Arbeiterbewegung. Die erste Zeit, in der von einem Kampfe für das allgemeine Wahlrecht geredet werden kann, liegt im Anfang der 80er Jahre.

Wohl hatten schon vordem einige jüngere bürgerliche Demokraten, fast alle spätere freimüthige Politiker, ein Komitee gegründet, das sich für das allgemeine Wahlrecht erklärte, es gelang diesen Herren aber nicht, die Forderung ins Volk zu tragen.

In 1878 war in Amsterdam der erste sozialdemokratische Verein gegründet, denen in 1880 ein anderer im Haag, in 1881 wieder ein dritter, in Rotterdam und Haarlem, folgten. In 1891 entstand dann, nachdem auch in der Gegend von Saandam, die Saantreek genannt, ein paar Vereine gegründet worden waren, der Sozialdemokratische Bund, der dann den Anstoß gab zu einer wirklichen Volksbewegung für das allgemeine Wahlrecht.

In einem Lande wie Holland, wo die Klassengegensätze seit Jahrhunderten sehr stark waren, wo z. B. die Popularität des Dranienbauers sich gründete auf den Gegensatz zwischen der reichen, stolzen Regentenherrenschaft der Handelsbourgeoisie und der Volksmasse, konnte eine Bewegung für das Wahlrecht nicht von der Bourgeoisie ins Volk getragen werden. Sie mußte vom Volke selbst kommen, und dazu mußte das verlangte Recht mit sozialen Gründen verteidigt werden. Das konnte nicht von bürgerlich-demokratischer Seite geschehen, war dagegen für die Sozialdemokraten das einzig richtige.

Inzwischen war die Wahlrechtsbewegung von damals noch keine ausschließlich sozialdemokratische. Es entstand der „Bund für das allgemeine Wahlrecht“, von dem viele sozialdemokratische Elemente gehörten. Auch nahm der allgemeine niederländische Arbeiterverband, der in Holland ungefähr die Kirch-Dunderische Richtung vertritt, an dieser Wahlrechtsbewegung teil.

Aber die junge sozialdemokratische Bewegung entwickelte eine solche Energie, daß in kurzer Zeit die ganze Wahlrechtsbewegung ihren Stempel trug. Sie griff schnell um sich, auch wohl weil die politischen Umstände sehr günstig waren. Die Regierungskreise waren innerlich zerstritten, ein Skandal hätte den andern ge. Die liberale Kammer konnte wohl der Zahl nach die Mehrheit in der Kammer, sie war aber ohnmächtig, ein Ministerium zu bilden, und sie legierte ein Geschäftministerium, das unter der Leitung stand, dessen Premier der konservative Herr Schreveler, der Vater des gegenwärtigen Premiers, ein gemäßigter, aber bringidienloser Politiker, war.

Dieses Ministerium — es war über 1878 bestanden — sollte die Verfassungsreform ins Auge fassen.

In 1883, 1884 und 1885 nahm dann die Wahlrechtsbewegung einen wirklich großen Aufschwung an. Er war so groß, daß die Führer ihre Macht überschätzen und ohne den anstehenden voll revolutionären Drehungen. Die Demonstration von 1885 nahm eine Resolution an, welche gedroht ward, das Wahlrecht für ein mehrmaliges und wieder bekräftigt wurde, daß es das letzmal ist, wo man es mit dieser Seite noch fordere.

Diese Resolution hatte dann eine sehr lebendige Wirkung auf die weitere Bewegung, wie sie revolutionären Worten ohne Taten immer zusprechen ist. Als es in 1887 zur Verfassungsrevision kam, geschah diese ohne welchen Einfluß aus den Reihen der Arbeiter. In der Kammer und die Regierung die Arbeiter nicht vertreten konnten, ohne das allgemeine Wahlrecht zu verlangen.

Der 1887 hatten wir ein so heftig geführtes parlamentarische, das verstanden war nach den Schreveler. In

den kleinsten Orten mußte man mindestens 20, in den größten Städten bis 112 Gulden direkte Steuer zahlen, um das Wahlrecht zu besitzen. Im ganzen Lande gab es 131.000 Wähler. Die Verfassungsrevision gab das Wahlrecht denen, die „die vom Gesetz geforderten Kennzeichen der Fähigkeit und des sozialen Wohlstandes“ erfüllten, das heißt, es durften wählen diejenigen, die mindestens 7,50 in den kleinen und bis 20 Gulden in den großen Städten zahlten. Die Wählerzahl stieg dadurch auf 300.000. Das Kleinbürgertum kam zum größten Teile hinein, die Arbeiter blieben vollständig draußen.

Als diese Revision Tatsache war und die Arbeiterklasse sich vollständig ausgeschlossen sah, da fing die Bewegung von neuem an, und die Jahre 1899 bis 1892 waren wieder Jahre großer Agitation. In Amsterdam und Haag fanden wirklich reiche Demonstrationen statt. Dann kam aber die bekannte anarchische Krise. Der einflussreiche sozialdemokratische Führer Tomela Nieuwenhuis ging zum Antiparlamentarismus über, in 1893 verließ der Monarch des Sozialdemokratischen Bundes, sich nicht mehr an den Wahlen zu beteiligen. Dem war die Wahlrechtsbewegung bald wieder vollständig verkommen. Lediglich die bürgerlichen Demokraten best schreider waren, waren sie doch nicht fehlende, brüderliche Volkskämpfer in die Bewegung hineinzutreten.

Das größte Unglück war, daß gerade in dieser Zeit die 1891 eingeführte liberale Regierung ein neues Wahlgesetz in der Kammer zur Beratung brachte. Die Vorlage, bekannt unter dem Namen seines Urhebers, des Ministers Taf van Veenstede, ging natürlich so weit wie die Verfassungsmäßig, weder der nicht Anerkennung empfindend, keine Gefahr sein. Sie fand seitens der konservativen Arbeiter-Organisationen heftigen Widerstand. Das einseitig, was sie hätte retten können, eine richtige Volksbewegung, war aber nicht da. Der Sozialdemokratische Bund drehte alle anarchistische Kräfte.

Der Versuch scheiterte. Die Kammer ward aufgelöst, die Demokraten brachten die liberale Regierung zu Fall. Der politische Befürworter der Verfassung, Herr van Veenstede, ward Minister der Finanzen und erhielt damit die Aufgabe, die neue Verfassung voranzuführen. Es gelang ihm, das veränderte Wahlrecht durchzuführen, das wohl eine Erweiterung des Wahlrechts brachte, aber doch sehr wenig auf dem demokratischen Bereiche.

Obwohl in jeder der in einer direkten Steuer vermindert ist und keine Steuer bezahlt hat. Diese Steuerpflicht sind volle Wähler. Sie waren das Wahlrecht für die kleinen, die Kleinrentner und den Gemeindevorstand. In der ersten Zeit war das allgemeine Wahlrecht, das die Wahlrechte für den Gemeindevorstand haben. Jeder, der in der ersten Zeit schon gewisse Lohn verdient, und jeder, der eine gewisse Miete zahlen kann, Wähler sein, wenn er sich demselben Lohn- und Mietsummen sind verpflichtet, so nach dem Tode, was man wohnt. In den großen Städten ist die geforderte Lohnsumme 11 Gulden pro Woche, in kleineren 9, 7, 5 Gulden pro Jahr. Die rein 18, 20 und 17 Gulden. Dagegen gibt es noch einige Wählerkategorien, die ein gewisses Erkommen beibringen hat, und jeder, der eine gewisse Summe in der Staatskasse oder auf dem Staatskassenbuch hat, kann sich zur Wählerliste anmelden.

Die Folge dieses Gesetzes ist, daß in 1900 von 1.250.000 Bürgern die das Mindestalter von 24 Jahren hatten, 1.000.000 Wähler waren, wovon 700.000 Anmelde-Wähler. Eine solche Million Wähler ist eine unerschöpfliche, natürlich für das Proletariat. Man kann also sagen, daß dieses Gesetz die Arbeiterklasse nach in ihrer Mehrheit auszuweisen. Nur noch das was besten aus der Tatsache erhellend, daß die großen Städte im allgemeinen geringere

Prozentfälle an Wählern haben als das platte Land. In der Provinz der Wähler z. B. im Kreis Enkhuizen, 43 Prozent der ganzen männlichen Bevölkerung, so ist er in Rotterdam nur 23 Prozent, in der Fabrikstadt Tilburg nur 20 Prozent. Da, wo die Arbeiter die Masse der Bevölkerung bilden, ist das Wahlrecht sehr beschränkt, in kleinbürgerlichen oder kleinbäuerlichen Gegenden nähert es sich dagegen dem allgemeinen Wahlrecht.

Mein Wunder also, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei sich sofort, als sie Einfluß auf die Arbeiter gewann, das herbei nachdem sie von dem im anarchischen Lande verlassenen Sozialdemokratischen Bunde die Führung der sozialistischen Arbeiter übernommen hatte, die Wahlrechtsfrage in den Vordergrund hob. Das hat schon viel Kämpfe gefordert, denn die bürgerlichen Parteien, auch die Demokraten, wollten nichts davon wissen. Bei den Wahlen von 1897 weigerten sich selbst die freimüthigen Demokraten, das allgemeine Wahlrecht auf ihr Wahlprogramm zu setzen. In 1902 war das aber schon geändert. Genosse Troelstra hatte in den 4 Jahren, die er dann im Parlament saß, die Frage aufgerollt, so daß die bürgerlichen Parteien sich ausbreiten mußten. In der Liberalen Union, der größten liberalen Gruppe, der von 1897 bis 1901 fast alle Minister angehörten, entstand eine starke Strömung für das allgemeine Wahlrecht; als die Mehrheit dennoch ablehnte, die Forderung auf ihr Wahlprogramm für 1901 zu setzen, schied die Minderheit aus und gründete die freimüthig-demokratische Partei, deren Kammerfraktion in 1903 eine Verfassungsrevision zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts beantragte, nachdem ein gleicher Antrag von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht worden war.

Da aber damals die Rechte eine große Mehrheit in der Kammer hatte, blieben beide Vorlagen unbeachtet liegen. Vor den Wahlen von 1905 schlossen nun die freimüthigen Demokraten und die Liberale Union ein Wahlkompromiß worin zur Frage des Wahlrechts nicht das allgemeine Wahlrecht als das nächste Ziel hingestellt wurde, sondern nur die Hinterrückung der Hindernisse, die die Verfassung gegen das allgemeine Wahlrecht enthielt, und zwar durch Einbringung des sogenannten Blancko-Artikels, eines Artikels, worin die Bestimmung, wer Wähler sein sollte ganz dem Gesetzgeber überwiesen wurde. Natürlich machte die sozialdemokratische Partei dieses Manöver nicht mit. Bei den Wahlen von 1905 war sie daher wieder die einzige, welche die Forderung des allgemeinen Wahlrechts in den Vordergrund stellte. Die Befürworter des Blancko-Artikels bekamen die Regierung in die Hände, ihr Ministerium beauftragte auch eine Verfassungsrevision in diesem Sinne. Bevor diese aber in Behandlung kam, stürzte die Regierung über die Militärfrage.

In 1909 bekamen die Liberalen wieder die Mehrheit. Ihre Regierung hat nun eine Staatskommission ernannt, um eine Verfassungsrevision vorzubereiten. Sie wird, wenn die liberale Mehrheit sie macht, wohl dahin zielen, das sogenannte Familienwahlrecht einzuführen, das heißt das Wahlrecht für die Familienhändler, wozu man, um die katholischen Geistlichen hindenzubringen, ein Kapazitätenwahlrecht fügen will.

Wie man sieht, ist es der Wahlrechtsbewegung unserer Partei gelungen, die Wahlrechtsfrage auf die parlamentarische Tagesordnung zu bringen. Sie hat das fertig gebracht durch eine nach außen nicht sehr revolutionäre scheinende Bewegung, welche aber seit 10 Jahren kräftig durchgeführt wird und deren stetiges Wachstum daher ihr Ziel nicht verfehlt hat.

Zeit 1900 hatten wir jedes Jahr eine große allgemeine Wahlrechtsdemonstration, der viele örtliche vorangingen

Man kann sagen, daß in diesem Jahre, wo die jährliche Demonstration am 18. September in Amsterdam stattfindet, so gut wie die ganze organisierte Arbeiterschaft Hollands sich an der Wahlrechtsbewegung beteiligen wird.

Auf die diesjährige Demonstration wird ein Petitionssturm folgen, dessen Resultat im September 1911 am Tage der Kammereröffnung im Haag der Regierung und der

Kammer übergeben werden soll. Das wird also eine Demonstration an einem Werktag werden, und eine gewisse kurze Arbeitseinstellung der Teilnehmer wird diese Demonstration begleiten und verstärken.

Vor einem hat die Bewegung sich zu hüten und wird sie sich hüten: die Fehler ihrer beiden Vorläufer nachzumachen. Während der Parlamentsberatungen über die Verfassungsrevision von 1887 lag die Bewegung draußen

am Boden; während der Beratungen über das Wahlgesetz Laf war das gleiche der Fall. Die Bourgeoisie machte die Geschäfte allein. Sie richtete über die Arbeiterschaft, ohne daß diese mitbestimmen konnte. Das wird künftig nicht mehr der Fall sein. Im Parlament ist jetzt die Sozialdemokratie vertreten, und draußen wird im entscheidenden Moment die organisierte Arbeiterschaft auf die Schanzen steigen.

Für ein Zehnpfennigstück erhält man ein Paket 2845

Kathreiners Malzkaffee.

Das sollte jede Hausfrau bedenken, die gern einmal einen Versuch mit Kathreiners Malzkaffee machen möchte. Diese kleine Ausgabe macht sich hundertfach belohnt, weil Kathreiners Malzkaffee in der Tat das gesündeste und wohlgeschmeckteste Hausgetränk ist, das es gibt. Dabei ist Kathreiners Malzkaffee außerordentlich billig, und das ist bei den jetzt so teuren Zeiten sehr wichtig. Das praktische 10-Pf.-Paket von Kathreiners Malzkaffee ist in jedem Kolonialwarengeschäft zu haben. Sie können 10 Pf. nicht nutzbringender anlegen, als wenn Sie sogleich dies Paket holen.



Große Erfolge haben wir mit unsern Vorstenlanden-Zigarren

Nr.	In Papierpackung		In Kisten		Probe-Dutzend	Stückpreis	
	pro Mille	100 Stück	100 Stück	50 Stück			
47	34.00	3.40	3.60	2.00	0.48	5	Prachtvolles Aroma! Sicherer, ruhiger und vorhaltender Brand. Würziger u. milder, angenehmer Geschmack. Hübsche Fassons.
510	36.00	3.60	3.80	2.10	0.50	5 1/2	
10c	38.00	3.80	4.00	2.20	0.52	5 1/2	
10d	38.00	3.80	4.00	2.20	0.52	5 1/2	
10	40.00	4.00	4.20	2.30	0.54	6	
10h	44.00	4.40	4.60	2.50	0.60	6 1/2	
69	50.00	5.00	5.20	2.80	0.65	7	
99	50.00	5.00	5.20	2.80	0.65	7	
751	55.00	5.50	5.70	3.00	0.70	7 1/2	
75	60.00	6.00	6.20	3.20	0.75	8	
82	72.00	7.20	7.40	3.80	0.90	10	
104	90.00	9.00	9.00	4.50	1.15	12	

Wir können unsere Vorstenlanden-Zigarren jedem mit gutem Gewissen als wirklich vorzüglich und sehr preiswert empfehlen, denn wir haben uns in diesen Marken eine alte, treue Stammkundschaft in nah und fern erworben und viele, viele Anerkennungen sind uns geworden. 2781

Durch unser Verkaufssystem: Schon vom Dutzend resp. von 100 Stück an Fabrik-Millepreise, aber Verkauf nur gegen bar, wird jedem ein Versuch bequem gemacht.

Direkt von der Fabrik kauft man am besten.

Illustrierter Katalog auf Wunsch gratis und franko.

Postscheck-Konto Berlin 5614.

Post- und Bahnversand nach überall. Lieferungen in Magdeburg durch eignes Gespann frei Haus.



Tabak- und Zigarren-Fabrik, Magdeburg.

Hauptgeschäft, Kontor und Zentrallager: Schrotdorfer Straße, nebd. Gasthof z. gold. Stein (Telephon 5300).
Fabrik: Magdeburg-Alte Neustadt, Weinberg Nr. 34 (Telephon 5255).
Breitweg Nr. 253, nahe am Hasselbachplatz.
Sudenburg, Halberstädter Straße Nr. 117.
Wilhelmstadt, Immermannstraße Nr. 33, Ecke Goethestr.
" Gr. Diesdorfer Str. Nr. 31, Haltest. Annast.

Neue Neustadt, Lübecker Straße Nr. 32
Fermersleben, Schönebecker Straße Nr. 23.
Schönebeck a. E., Markt Nr. 10.
Staßfurt, Prinzenstraße Nr. 3.
Egeln, Breitweg Nr. 82.
Barleben, Breitweg Nr. 18.
Burg bei Magdeburg, Zerbster Straße 23.

Ernst Sengebusch

Sudenburg

empfiehlt

Damen- u. Kinderhüte
Kinderkappchen und
Kinderhäubchen

in größter Auswahl

— vom einfachsten bis zum elegantesten Genre —
bei billigster Preisstellung. 2843

Viel Geld

ersparen Sie, wenn Sie Ihren Bedarf decken bei 2850

H. Sieverling
Jakobstraße 17. I.

Zu den erstaunlich billigsten Preisen schicke, moderne

Herren- u. Knaben-

.. Garderobe ..

Vollständiger Vorrat für Maßarbeit!

Niemenauswahl in schwarz u. farbig.

Kleiderstoffen und

Blusenstoffen

sowie

Betten und Wäsche

jeder Art.

Teilzahlung gern gestattet ohne Preis-erhöhung.

Anzahlung von 3 Mark an

Reißzunge

empfehlen Buchhandl. Volkstimme

Carl Julius Braun

Leber-, Schäfte- und Schuhmacherbedarfsartikel-Handlung
Spezialität: Lederauschnitt 2579

Magdeburg-Buckau

48 Schönebecker Straße 48

hält sich bei Bedarf bestens empfohlen.

Billigste Preise! * * Billigste Preise!



Schmerzlos gezogen

Fast gänzlich schmerzloses Zahnziehen 1.00 Mk. Von uns endlich erreicht und zur größten Berühmtheit der Reform-Zahnpraxis geworden. Beweis: Hunderte von Dankschreiben.

Zähne 180 Mark

Keine hohlen Lochzähne oder Zähne mit Eisenspitzen, sondern echte mit Platinstiften, die bei der Konkurrenz 4 und 5 Mark kosten.

Man lasse sich nicht durch scheinbar billige Angebote irreführen. Z. B. werden in letzter Zeit von der Konkurrenz Zähne offeriert von 1.50 und 2.00 Mark an. Mit solchem Angebot bitten wir unsere Preise nicht zu vergleichen, denn diese werden nur angewendet, um einen billigen Preis als Lockmittel auf das Papier zu bringen. In Wirklichkeit werden die Patienten in den meisten Fällen überredet, 4 und 5 Mark anzulegen. Dieses Verfahren wird bei uns nicht geübt. Unser teuerster Zahnersatz mit nur echten Zähnen, mit Kautschukplatte einberechnet, kostet bei uns nur 2.80 Mark.

Wenden Sie sich vertrauensvoll nach unserm Atelier. Ueberzeugung macht wahr! 2573

Reform-Zahnpraxis

Abt. Magdeburg
Breitweg 138

Deutschlands größtes zahntechnisches Unternehmen.

Wir wischen unsere Schuhe nur mit

Pilo



2830

Tragen Sie Coors' Stiefel

Coors' Stiefel werden von jedermann gelobt und sind bei Damen und Herren beliebt wegen ihrer guten Passformen, Eleganz und Dauerhaftigkeit.

Spezialitäten

Arbeitsstiefel für jeden Beruf — Normstiefel, naturgemäße Formen — Orthopädische Stiefel (System Dr. Lengellner) — Stiefel-Einlagen für Senk-, Platt- u. Kohlrübe

Extra große Auswahl!

Billigste Preise!



Wilhelm Coors

1. Geschäft Halberstädter Straße 116 2. Geschäft Johannisberg 7c
3. Geschäft Breitweg 159 (Schuhhaus Ulrichsbogen).

2831

Friedrich Grashof Arbeiter Garderoben Herren-Knaben Garderoben

MASS Eleeanler

Unter Garantie und laublosen Sitz. GARBEES STOFFLAGER STEIS EINGANG NEUBAUEN

11. Spezialität für Arbeits-Garderoben und Anfertigung von **MASS** 11.

Beste Bezugsquelle sämtlicher Arbeits-Garderoben für jeden Beruf.

Beste Bezugsquelle sämtlicher Schiffer-Bedarfsartikel.

Johannisstraße 11.

2591

Auf Abzahlung *ohne Zinsen* *ohne Bausparung*

Zum Umzug

empfehle ich zur Einrichtung von einzelnen Zimmern sowie ganzen Wohnungs-Einrichtungen

Möbel auf Kredit!

Besonders empfehlenswert:

1 Bettstelle m. Matratze	Anzahl. 10 Mf.
1 Kleiderschrank	wöchentl. Rate 1.00 Mf.
1 Tisch	
2 Stühle	
1 Bettstelle m. Matratze	Anzahl. 15 Mf.
1 Kleiderschrank	wöchentl. Rate 1.50 Mf.
1 Tisch	
2 Stühle	
1 Spiegel	
1 Regulator	
2 Bettstellen m. Matratze	Anzahl. 20 Mf.
1 Kleiderschrank	wöchentl. Rate 2.00 Mf.
1 Tisch	
3 Stühle	
1 Sofa	
1 Spiegel	
1 Küchenschrank	
1 Küchentisch	
1 Küchenstuhl	
2 Bettstellen m. Matratze	Anzahl. 30 Mf.
1 Kleiderschrank	wöchentl. Rate 3.00 Mf.
1 Vertiko	
6 Stühle	
1 Spiegel	
1 Sofa	
1 Waschtisch	
1 Regulator	
1 Küchenschrank	
1 Küchenstuhl	
1 Küchentisch	

Jedes Stück wird auch einzeln abgegeben.

Eleg. Ausstattungen bis zu 2000 Mf. sowie einzelne Möbelstücke. Anzahlung von 5 Mf. an Größte Auswahl in Herren- und Knaben-Anzügen u. Heberziehern, Damenkragen, Jackets, Kleiderstoffen, schwarz und farbig, Bettzeug, Gardinen, Teppichen, Uhren, Regulatoren und Kinderwagen.

Nachweislich größtes Möbel- u. Waren-Kreditgeschäft ersten Ranges am Platze

S. Oswald

Waren-Kreditgeschäft 2637
 Magdeburg, Alte Ulrichstraße 14, I.
 vis-à-vis der Ulrichskirche.
 Kunden, welche ihr Konto begleichen haben, und Besuche erhalten Kredit ohne Anzahlung! 2636
Sonntags von 11 bis 2 Uhr geöffnet

Jeder Möbellekäufer erhält bei einer Anzahlung von 10 Mark an bis zum 5. Oktober: **2 große Wandbilder gratis!**

Wilhelm Engel
 Kl. Stadtmarsch 11a
 Fernsprecher № 219
 Böhmisches Braunkohlen
 Braunkohlen-Briketts
 Zentralheizungskoke

Millionen Hausfrauen putzen mit **Globus** Putzextract
 Bestes Metall-Putzmittel

Original-Viktoria-Nähmaschinen
 Fabrikat 1. Ranges
 Schwing-, Ring-, Zentral- und Rundschiff 2588 aus der Fabrik von
 H. Mundlos & Co., Magdeburg-N.
 Alleinverkauf:
Alfred Freistedt, Alter Markt Nr. 13.
 Bequeme Teilzahlung. — Reparaturen. — Ersatzteile.

Schulartifel empfiehlt die Buchhandlung Volksstimme.

Wo?

2546

erhalten Sie ein wirklich dauerhaftes, zuverlässiges und preiswertes

Fahrrad

eine wirklich gute, geräuschlos nühende, durch Ersparnis aller Agentenkosten sehr billige

Nähmaschine

einen wirklich Unterhaltung und Freude bereitenden

Sprechapparat

allen Anforderungen entsprechende Pneumatiks, Laternen, Fußpumpen sowie alle Zubehör- und Ersatzteile zu konkurrenzlos billigen Preisen?

Ihre Reparaturen in fachmännischer Weise in einer besteingerichteten Reparaturwerkstatt mit Kraftbetrieb ausgeführt?

Jeder Radfahrer und Radfahrerin weiß es, jedes Kind sagt es Ihnen, in dem als äußerst leistungsfähig und als reelles Geschäft allgemein bekannt

Fahrradhaus „Frisch-Auf“

E. G. m. b. H.

Magdeburg

Viktoriastraße 9 und Johannisberg 12/14

Burg, Breiteweg 55. Staßfurt, Hohenergleber Str. 5.

8. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 219.

Magdeburg, Sonntag den 18. September 1910.

21. Jahrgang.

Zur Reichsversicherungsordnung.

Von Rudolf Wissell (Berlin).

Die Unfallversicherung.

Von einer schöpferischen Kraft seiner Verfasser zeigt die der Erledigung durch den Reichstag harrende Reichsversicherungsordnung keine Spur. Sie sollte sie auch nicht einmal zeigen, wenn wirklich solche schöpferische Kraft in den Kreisen der Regierung vorhanden wäre. „Für einzelne Unvollkommenheiten will der Entwurf beseitigen, die zwar nicht klein an Zahl, auch, für sich betrachtet, wichtig genug sind, die aber doch nur geringfügig erscheinen, wenn sie an der Größe und dem Erfolg des Ganzen gemessen werden.“ So steht gleich in den ersten Zeilen der Begründung zu lesen. Die Zeitverhältnisse sollen zu Vorsicht und Beschränkung mahnen.

Geringfügig sind auch wirklich die Verbesserungen, die der Entwurf auf dem Gebiete der Unfallversicherung zu der erheblichen Verschlechterung des Rechtsweges bietet. Was aus den Vorschlägen der Regierung werden wird, ist noch nicht einmal andeutungsweise zu sagen. Zurzeit, wo der Parteitag seine Beratungen beginnt, haben nach zweimonatiger Ferienunterbrechung soeben wieder die Beratungen der Reichstagskommission eingesetzt, die den Gesetzentwurf durcharbeiten soll. Bei der Unfallversicherung hat sie dann begonnen.

Die geringfügigen Verbesserungen des Entwurfs sind in der Ausdehnung der Versicherung zu erblicken. Die Versicherungspflicht ist ausgedehnt: bei Tiefbauarbeiten auf den gesamten Umfang des Betriebs, auf das Dekorateurgewerbe, den Betrieb der Badeanstalten, den gewerblichen Jahrbetrieb, den Reittier- und Stallhaltungsbetrieb, das nicht gewerbsmäßige Halten von Reittieren und von Fahrzeugen, die durch elementare oder tierische Kraft bewegt werden, und auch Betriebe zur Behandlung und Handhabung der Ware, wenn sie mit einem kaufmännischen Betrieb verbunden sind, der über den Umfang des Kleinbetriebs hinausgeht.

Das ist alles. Und es ist auch nur etwas von alledem, das sich im Laufe der Zeit als absolut notwendig herausgestellt hat. Um nur das letzte von dem herauszugreifen, das eben als neu der Versicherungspflicht unterstellt angeführt wurde: die Einbeziehung der Betriebe zur Behandlung und Handhabung der Ware usw. Das stellt eine Verbesserung der heutigen Bestimmung dar, nach der die in „Lagerungs“betrieben beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten versichert sind, wenn diese Betriebe mit einem Handelsgewerbe verbunden sind, dessen Inhaber im Handelsregister eingetragen steht. Was ist nun Lagerungsbetrieb? Die gleiche Arbeit kann einmal dem Lagerungsbetrieb dienen, das andre Mal etwa dem kaufmännischen

Betrieb. Wenn z. B. eine Verkäuferin nach Abschluß eines Verkaufs die auf dem Ladentisch liegende gebliebenen Waren wieder fein säuberlich, und da sie auch momentan weiter nichts zu tun hat, recht gemüthlich in die Regale hinter dem Ladentisch zurückpackt, dann ist sie gegen Unfall versichert, denn sie ist im „Lagerungsbetrieb“ tätig. Wenn sie aber die Waren noch während der Verkaufsverhandlung, vielleicht weil sie dem Kunden nicht passen und sie andre aus den Beständen herausholen will, in die Regale zurücklegt, in der Hast und Eile, die die Verkaufstätigkeit mit sich bringt, dann ist sie nicht gegen Unfall versichert. Dann dient sie nicht dem Lagerungs-, sondern dem kaufmännischen Betrieb. Versichert ist sie aber auch nur, wenn der Betriebsinhaber in das Handelsregister eingetragen ist. Ist er es nicht, obwohl er sich hätte eintragen lassen müssen, dann ist sie auch nicht versichert. Und war sie etwa heute versichert, weil alle Voraussetzungen dazu eintreten, so ist sie es morgen nicht, wenn der bisherige Besitzer etwa sein Geschäft verkauft und der neue Besitzer noch nicht ins Handelsregister eingetragen ist.

Daß solche Widersinnigkeiten Abhilfe erheischen, ja daß diese Zustände geradezu nach Abhilfe schreien, sieht jeder ein. Hier kann auch nur eine durchgreifende Mildernde Abhilfe schaffen. Was die Vorlage bringt, schafft die ewigen Streitfälle, was eine versicherungspflichtige Tätigkeit, nicht aus der Welt. Was ist z. B. ein kaufmännischer Betrieb, der über den Umfang des Kleinbetriebs hinausgeht?

Statt all dem Stück- und Flickwerk muß die Unfallversicherung ausgedehnt werden auf alle, die gegen Lohn oder Gehalt im wirtschaftlichen Leben tätig sind, auf die in häuslichen Diensten Beschäftigten und auf jene, die im Dienste der Allgemeinheit tätig sind. Wer z. B. bei der Rettung aus Feuergefahr einen Unfall erleidet, der darf nicht auf die kümmerliche Invalidenrente und auf die Armenunterstützung verwiesen werden. Weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung sind heute nicht der Unfallversicherung unterstellt, weil die Unfallgefahren ihres Berufs nicht so groß sein sollen. Ein schöner Trost für den, der nun doch einen Betriebsunfall erleidet! Grundgedanke unserer heutigen Unfallversicherung ist, daß die Produktion und ihre Hilfszweige die Lasten tragen muß, die aus ihr entspringen. Ein guter Grundsatz. Aber man muß ihn für alle Gebiete anwenden. Weshalb soll auf weiten Gebieten noch der einzelne den Schaden tragen, den ein Betriebsunfall im Gefolge hat? Sind die Unfallgefahren in manchen Berufen gering, dann sind die Lasten auch nur

gering, die dieser Beruf bei konsequenter Durchführung der Unfallversicherung zu tragen haben wird.

Für die Durchführung der Versicherung all der erwähnten Tätigkeiten lassen sich die erforderlichen Träger in Form der schon im Jahre 1894 in einem damaligen Entwurf zur Ausdehnung der Unfallversicherung vorgesehenen Unfallversicherungsanstalten leicht schaffen. Wenn nur der Wille dazu da wäre. Der aber fehlt! Nur keine weitere Ausdehnung der Versicherung als absolut erforderlich! Die Unternehmer wollen sie nicht.

Und weil die Unternehmer nicht wollen, deshalb bleibt auch ihr Recht, ohne Mitwirkung der Versicherten die Versicherung durchzuführen, erhalten. Auf allen Rechtsgebieten ist es elementarster Grundgedanke, daß über die Verpflichtung einer Partei nicht diese selbst entscheidet, daß nicht sie allein die Grundlagen klarstellt, aus denen sich ihre Verpflichtung ergibt. Das geschieht entweder durch eine unparteiische Stelle oder durch beide Parteien gemeinsam. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung befindet in erster Linie die Berufsgenossenschaft über ihre Zahlungspflicht, sie entscheidet, ob die hierzu notwendigen Grundlagen gegeben sind oder ob und in welcher Weise sie noch aufgehebt werden müssen. Man mag den Berufsgenossenschaften den guten Willen gern konzedieren, objektiv ihre Pflichten erfüllen zu wollen, die Gefahr, daß zugunsten eines Verletzten sprechende Punkte nicht in genügender Weise geklärt werden, wird niemand abstreiten können. Deshalb auch das Verlangen der Versicherten nach einer Mitwirkung bei der Rentenfeststellung. Aber hier läßt der Entwurf wieder alles im wesentlichen beim alten. Im vorjährigen Entwurf war eine, wenn auch nur kümmerliche Mitwirkung der Versicherten vorgesehen. Der Entwurf begründete das damit, daß die Aufwendungen ja für Schädigungen des Lebens und der Gesundheit der Versicherten gemacht werden müßten. Aber die Einwände der Unternehmer haben die Regierung veranlaßt, die vorjährigen Vorschläge zurückzuziehen und es so zu lassen, wie es bisher war.

Trotzdem aber bringt der Entwurf noch eine Verschlechterung des Rechtsmittels für die Versicherten. Heute stehen dem Verletzten zwei Instanzen zur Verfügung, bei denen er seine Ansprüche nachprüfen lassen kann. Wie notwendig dies ist, mag aus der einen Tatsache hervorgehen, daß das höchste Gericht, das Reichsversicherungsamt, 1909 in über 4500 Fällen eine weitere Aufklärung des Sachverhalts vorgenommen hat. Das wird dem Reichsversicherungsamt nicht mehr möglich sein, wenn es, wie es die Vorlage vorschlägt, künftig lediglich die

Magdeburger Sauerkraut.

Vorher du auf den Parteitag gehst, stelle dir eine Lipse der Teilnehmer auf, die du leiden, und derer, die du nicht leiden kannst. Stimme immer mit den Letztern; dann kommen richtige Beschlüsse heraus.

Gebundene Mandate sind Butterbrote, die einem zu Haus eingepackt sind und die man erst am vierten Tage in der Manteltasche entdeckt. Bedenke, in der Wirtschaft des Parteilokals gibt es immer frische Butterbrote.

Luftveränderung ist auch für geistige Epidemien ein Heilmittel. Nur schleppe nicht in die neue Gegend alle Bekannte deines Wohnorts mit, sonst bist du wieder dort, wo du herkamst.

Auch in der politischen Welt ereignet sich manchmal etwas Neues. Es ist also nicht immer beweiskräftig wenn man eine Meinung begründet: „Schon 1873 sagt sehr richtig. . .“

Die Phantasie des Zukünftigen arbeitet pessimistisch. Wenn man die sozialistische Gesellschaft des Zukunftshaars bekämpft, so malt man ein Gemälde, als ob im Gegenwartsstaat ein Hausen von Narren und Verbrechern schrankenlos wütete. Zukunftsgedanken über die Parteientwicklung lassen sich mit einem Wort ausdrücken: Das führt zur Verjüngung!

Es ist mir aufgefallen, daß kein Mensch so wenig verstanden wird, als wer in seinem persönlichen Leben Einheit von Theorie und Praxis zu erreichen sucht und gar erreicht. Man empfindet es als eine Beleidigung der andern.

Das bürgerliche Moralgefühl bezieht in dem Maße der Feigheit, daß sich der andre getraut, was man doch selbst geträumt hätte.

Man soll auf Parteitag die Geographie und die Dialekte vergessen. Der Segen ist nicht zu erweisen, wenn sich ein Leipziger für einen Badener und ein Münchener für einen Berliner hielt.

Diskutiere so, als ob du schon zehn Jahre danach lebst.

Es ist nützlich, sich bei dem, was man sagt, etwas zu denken; man sagt es dann meist nicht.

Es ist ein Unglück für einen Redner, gute Gründe zu entwickeln; sein Gegner hält das für eine besonders empörende Gemeinheit.

Demokratisches Bewußtsein — die Überzeugung, übermorgen die Mehrheit zu gewinnen. Demagogie — die Routine, sie schon heute unter allen Umständen zu erzwingen oder sich ihr anzupassen.

Für einen weltgewandten Menschen steht sich die eigene Überzeugung aus den Händen zusammen, welche die andern aufheben.

Ein altbekanntes Wort ist wirksamer als tausend neue Gedanken. Nichts ist eifriger als das Publikum. Es will immer nur in den Gedanken des andern die Bestätigung seiner eignen Geistesfreiheit wiederfinden. Man soll deshalb immer nur reden, was alle schon wissen. So entstehen die Zwischenrufe: Sehr richtig!

Alles Unheil in der Welt kommt von den Verbotstafeln. Weil im Paradies zu lesen war: es ist verboten, Aepfel zu essen, verloren wir es. Wird die Verbotstafel allgemein, so nennen das manche „Prinzip“.

Wenn nur ein Tausendstel der Leidenschaft, die aufgewendet wird, um Beschlüsse durchzusetzen über das, was man nicht tun darf, hergegeben würde für das, was man tun soll!

Dies vor jedem Parteitag alle Protokolle der vorhergehenden durch. Und dann habe den Mut, die Beschlüsse zu vermehren.

Sittliche Entrüstung ist der Kunstgriff der Vernunft, sich Denkart zu ersparen. Das eine Wort „Schweinehund“ hat größere Wirkungen erzeugt als alle Philosophie und Wissenschaft zusammengenommen.

Es ist so schwer, einen andern zu widerlegen, weil der Erfolg voraussetzt, daß der andre so bescheiden und so klug ist, sich selbst widerlegen zu wollen.

Nur der bedeutende Mensch weiß menschliche Bedeutung zu verehren.

Ich kenne kein größeres Vergnügen, als Menschen zu finden, die klüger sind als ich selbst. Es ist merkwürdig, wie wenige sich dieses Vergnügen gönnen.

Die Abneigung gegen den Geldkult entspringt häufig der Begierde, zu verbergen, daß man selber kein Geld ist. Man glaubt zu wachsen, wenn man die andern um einen Kopf kürzt.

Mitläufer gewinnen — die Kraft neuer Ausbeute. Die eigentliche Fruchtbarkeit einer Partei äußert sich in dem Maße, in dem sie außerhalb ihres Kreises wirkt.

Regierungen lenken von inneren Schwierigkeiten ab, indem sie die Leidenschaft nach außen leiten. Bei Pariciden ist es umgekehrt: äußere Genunisse freßen nach innen. Unbefriedigtes Machtgefühl gegen den Feind schlägt in Kampflust gegen den Freund um. Kann ich keinen Minister stürzen, so doch wenigstens meinen Freund Schultze.

Ein Wähler ist stets der Jubelgriff aller Geistesfreiheit. Aber er soll deshalb nicht übermütig werden. Er kann über Nacht zum Idioten werden: wenn er sich nämlich wählen läßt.

Nur die Disziplin ist revolutionär, der sich zu unterwerfen Gefahr und Opfer verlangt.

Pariciden müssen gegen die Mitglieder noch mehr Toleranz üben als Staat und Regierung gegen die Bürger. Es wird gegen diese Auffassung eingewendet: dem Staate gehöre man durch Zwang, der Partei freiwillig an. Wer so denkt, lebt nicht in der Partei. Aus dem Staate kann man auswandern und gewinnt vielleicht dabei; die Partei verlassen, heißt aus seinem Leben auswandern. Wer mit einer Partei innerlich verwachsen ist, wenn sie persönlicher Inhalt des Daseins geworden ist, der achtet sich selbst, wenn er sie verläßt, er verurteilt sich selbst zum bürgerlichen Tod und seine Seele findet nirgends in der Welt mehr ein Asyl. Die Partei ist der stärkste Zwang, so unfreiwillig wie das Dasein selbst.

Der Glaube an die Zukunft ist die einzige Lebensmöglichkeit der Gegenwart.

Die Titel- und Ordenssucht ist unausrottbar. Innerhalb der Parteien nennt man's „Nichtungen“, wie „—isten“, d. h. wir besseren Leute mit dem roten Adler vierter.

Spott ist die Schutzmaße des Idealismus; magische Feiersucht nicht selten die Locklampe für geschäftstüchtige Animateureisen.

Kesr.

Funktionen eines Revisionsgerichts zu erfüllen hat. Als solches kann es nur die formale Gerechtigkeit pflegen und das materielle Recht wird nur von dem untern Gericht gesprochen. Das Streben nach materieller Wahrheit soll dem nach formeller Gerechtigkeit weichen.

Nimmt man zu all diesem noch, daß die Rente nach wie vor nur zwei Drittel des Schadens ersetzt, daß sie nach einem Jahresverdienst berechnet wird, bei dem der 1500 Mark übersteigende Betrag nur zu einem Drittel angerechnet wird, dann hat man im wesentlichen das, was diese „Reform“ auf dem Gebiete der Unfallversicherung bietet.

Invaliden und Hinterbliebene.

Die Invalidenversicherung sollte seinerzeit die Krönung des sozialen Gebäudes darstellen, das in der Arbeiterversicherung errichtet war. Kein Mensch verkennt ihr Gutes, aber ebensowenig ihre Mängel, die wesentlichsten bestehen in der minimalen Rente und dem engen Invaliditätsbegriff. Sie zu beheben, muß das erste Bestreben jeder „Reform“ sein. Die Reichsversicherungsordnung macht nicht einmal den Versuch dazu. Im Gegenteil, sie will den Begriff der Invalidität noch mehr beschränken. Heute gilt der als invalid, dessen Erwerbssfähigkeit infolge von Alter, Krankheit oder anderer Gebrechen dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist. Der Entwurf will das Alter ausmerzen. Die Tatsache, daß der Invaliditätsbegriff dadurch geändert wird, wird fraglos für manche Feststellungsorgane Grund sein für die Annahme, daß eine in der natürlichen Entwicklung beruhenden Altersschwäche den Begriff der Invalidität nicht erfüllt. Oft wird man Alterserscheinungen als Krankheitsfolgen ansehen können, oder auch als „Gebrechen“, oft aber geht dies ohne gewaltsame Konstruktion nicht. Und dann? Dann braucht eben keine Rente gezahlt zu werden. Neben dieser Verschlechterung noch eine weitere. Heute

kann die Rente wieder entzogen werden, in Zukunft soll sie wieder entzogen werden, wenn keine Invalidität mehr besteht.

Sonst bleibt die Invalidenversicherung in der Hauptsache wie sie ist. Eine Zusatzversicherung wird neu geschaffen. Die Regierung will damit den Wünschen des Mittelstandes, durch freiwillige Weiterversicherung höhere Renten erwerben zu können, entgegenkommen. Für die Zusatzversicherung sollen Marken im Werte von 1 Mark ausgegeben werden, für jede Mark erhöht sich die Invalidenrente jährlich um so viel mal 2 Pf. wie Jahre seit der Verwendung verstrichen sind. Wer also heute 100 Mark verwendet, erhält nach 10 Jahren, falls er dann invalid wird, eine jährliche Zusatzrente von $100 \times 10 \times 2 \text{ Pf.} = 20 \text{ Mark}$. Das ist auch eine Reform!

Die Beitragsersatzung soll in allen heute möglichen Fällen in Fortfall kommen. Das soll mit für die Durchführung der Hinterbliebenenfürsorge erforderlich sein. Hinterbliebenenversicherung, das klingt ja ganz prächtig. Was diesen Namen trägt, verdient ihn nicht, es handelt sich lediglich um eine andre Regelung der Armenfürsorge für die Witwen und Waisen. Der Entwurf bezeichnet die gebotenen Leistungen selbst nur als „eine Beihilfe“, als eine „Befriedigung der dringendsten Fürsorgefälle“. Die Rente beträgt nach 30jähriger Beitragsentrichtung des Verstorbenen:

	für die Witwe	für das 1. Kind	für 2 Kinder
in der 1. Klasse	81,60 Mk.	40,80 Mk.	68,40 Mk.
„ 5. „	134,40 „	67,00 „	99,00 „

Aber selbst diese jämmerlichen Beihilfen werden nur an invalide Witwen gezahlt. Das heißt nur dann, wenn die Witwe zwei Drittel ihrer Erwerbssfähigkeit verloren hat. Hat die Witwe aus eigener Beitragsentrichtung Anwartschaft auf Invalidenrente, soll sie noch ein Witwen-geld erhalten in Höhe des 12fachen Monatsbetrags der

Witwenrente, und für die Kinder soll beim 15. Lebensjahre eine Waisenaussteuer gezahlt werden im Betrage des 8fachen Monatsbetrags der Waisenteile.

Die Fürsorge soll sich aber auch nur auf die Hinterbliebenen von Versicherten beziehen, die nach Inkrafttreten der Versicherung gestorben sind. War der Verstorbene schon Invalidenrentenempfänger, so haben die Hinterbliebenen nur dann Anspruch, wenn die Invalidität nach Inkrafttreten des Gesetzes eingetreten ist. In eine Ausdehnung etwa auf die Hinterbliebenen der beim Inkrafttreten vorhandenen Invaliden oder auch die dann vorhandenen Witwen und Waisen kann — wie die Begründung sagt — nicht gedacht werden.

Das ist die Hinterbliebenenfürsorge, die dem Volk versprochen wurde, als ihm die schwere Last des Posttarifs zu all den übrigen schweren Lasten auf die Schultern gelegt wurde. Und das nennt sich dann „Sozialreform“.

Nun soll der Parteitag noch einmal zu ihm Stellung nehmen. Im wesentlichen ist unsere Stellung durch die Resolution des Münchner Parteitags gegeben. Der lediglich der Reichsversicherungsordnung wegen im Frühjahr dieses Jahres stattgefundenen Generalkongress hat in Uebereinstimmung mit der Parteidresolution auch seine Meinung gesagt; wo die Arbeiter auf ihren Generalversammlungen zusammengekommen sind, haben sie gleiches getan. Und immer und immer wieder muß die Regierung und den bürgerlichen Parteien des Reichstags gesagt werden, daß die Arbeiterschaft in diesem Gesetzentwurf eine Provokation erblickt, daß er ein Sohn ist auf wirkliche Sozialreform.

Vielfach wird diesen Fragen der Arbeiterversicherung nicht die genügende Beachtung geschenkt. Mögen die Verhandlungen des Parteitags zu diesem Punkt ein noch größeres Echo in den Reihen der Arbeiterschaft finden, als es schon im vergangenen Jahre der Fall war. —

Die Abänderung der Krankenversicherung.

Von Julius Fräßdorf (Dresden).

Der zweite Kanzler des Reiches, Graf Caprivi, sagte einst im Reichstag, daß jedes zu erlassende Gesetz bezüglich seiner Wirkungen auf die Sozialdemokratie geprüft werde. Es darf angenommen werden, daß der fünfte Kanzler auch hierin den „bewährten Bahnen“ seiner Vorgänger folgt. Daß er dabei zu den gleichen Mißgriffen und den gleichen „Erfolgen“ wie seine Vorgänger kommt, zeigt seine kurze Kanzlerlaufbahn schon jetzt. Von seinem Vorgänger hat er die unheilvolle Aufgabe übernommen, durch Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes der Sozialdemokratie beizukommen. Gesetze aber, die auf bestimmte Parteien zugeschnitten werden, sind Ausnahmegerichte, deren Wirkung meist dem Willen der Gesetzgeber zuwiderläuft. Das wird Herr v. Verbmanna auch erfahren, um so mehr, als Sozialdemokratie und Arbeiterschaft nahezu gleiche Begriffe sind. Ausnahmegerichte gegen die Sozialdemokratie richten sich daher naturgemäß gegen die Arbeiterschaft.

Der Plan zur Einführung der Arbeiterversicherung entstand in den schlimmsten Zeiten des Sozialistengesetzes. Bezwackt war neben anderweitiger Regelung der Armenunterstützung, die in ihrer alten Form unhaltbar geworden, mittels Scheinreformen der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben. Die sogenannte Sozialreform war also nur ein Mittel zum Zweck.

Zeitdem man erkannt hat, daß mit solcher „weißen Salbe“ der Sozialdemokratie nicht beizukommen ist, und seit sich gar die Arbeiter um die Gehaltung und den Ausbau der Krankenversicherung bemühen, scheitern die Soldlinge der Scharfmacher einschließlich der höheren Bureaukratie über Mißbrauch der Krankenkassen zu politischen Zwecken. Dies Gesetzentwurf ist ein billiges Mittel, seine „patriotische Gesinnung“ leuchten zu lassen, und dazu fürchtbar bequem, weil zu Anschuldigungen gegen die Sozialdemokratie Beweise nicht zu erbringen, sondern strukturelle Behauptungen nur wiederholt aufzustellen sind. Herr von Bülow hat die Aktion in lärmender Weise im reichstägigen Landtag angekündigt. Herr von Verbmanna ging zur Debatte über und legte dem Reichstag in der Reichsversicherungsordnung ein kleines Sozialistengesetz in Kassenpackung vor. Aus jedem Abschnitt der Vorlage spricht der von dem Scharfmacherum gendärte Hauch der höheren Bureaukratie gegen das Selbstverwaltungsgesetz.

Die ungeheuerliche Zentralisierung in der Krankenversicherung, so schädigend sie ist, wird beibehalten, um eine wirkliche Selbstverwaltung nicht eintreten zu lassen.

Den Unternehmern zu Willen werden kleine Betriebskassen von 100 Mitgliedern erhalten, damit der Unternehmer auch den kranken Arbeiter drangalieren und die Kassenbeiträge auf ein Minimum stellen und darauf balzen kann. Die Innungsärztenkassen bleiben ohne Rücksicht auf die Zahl der Mitglieder bestehen.

Auf Kosten der Arbeiter wird Mittelstandspolitik getrieben und die kranken Arbeiter der Lücke rückständiger Kräfte preisgegeben. Die freien Hilfskassen aber werden erdrückt, weil sie bei der beabsichtigten Verdrängung der Selbstverwaltung im Wege sind.

Die sonst so verpönte Verhältniswahl wird eingeführt, weil man glaubt, damit den Einfluß sozialdemokratischer Arbeiter in den Kassen zu brechen. Dieses Wahlsystem auch im Reich, im Staat und in den Gemeinden einzuführen, lehnt man natürlich ab.

Die Leistungen der Kassen werden, so dringend nötig es ist, nicht erhöht. Nur die Wöchnerinnen-Unterstützung wird um ganze 2 Wochen verlängert. Die seit Jahrzehnten geforderte und im Interesse der Arbeiterschaft wie der allgemeinen Gesundheitspflege erforderliche Familienhilfe wird wegen der Kosten nicht obligatorisch gemacht.

Trotzdem schlägt die gegenüber der Arbeiterschaft so niedrige Regierung die Halbierung der Beiträge vor, die den Arbeitgebern pro Jahr 56 Millionen Mark Mehrkosten verursacht. Dadurch soll die Halbierung der Vertretung im Vorstand und in der Generalversammlung der Kassen schmachtend gemacht werden. Daß diese Regierung den Vorschlag gemacht, ist für die Arbeiterschaft als ein Grund genug, ihn abzulehnen! Mittels dieses Donnerschlags will die Regierung den Einfluß der Arbeiterschaft in den Kassen brechen, das Selbstverwaltungsrecht vernichten und den Ausbau der Unterstützungen durch die Arbeitervertreter unmöglich machen. Hier liegt der Saft im Pfeffer!

Die Selbstverwaltung in den Kassen ist ein Stück Demokratie; daher kann man es nicht dulden, daß die Arbeiterschaft ohne bürokratische Hängelung ihren Vertretungsgewinn erbringt.

Die Halbierung der Beiträge und der Vertretung ist ein Geschenk an die Unternehmer, denen die segensreiche Wirksamkeit der sozialdemokratischen Arbeiter in den Kassen aus sehr materiellen Gründen verhaßt ist. Daß bei der Wahl des Kassenvorstandes hinfort die Mehrheit der Arbeitgeber und der Arbeiter erforderlich sein soll und daß, wenn auf diese Art die Wahl nicht zustande kommt, die Aufsichtsbehörde den Vorwahlen stellt, zeigt, daß am Entwurf nicht nur Bureaukraten, sondern auch Beamten gearbeitet haben.

Die Regierung will behördliche Vorwahlen. Damit wird aber Kampf und Streit in die Kassen getragen. Darunter leiden die Kassen, nicht aber die Sozialdemokratie! Werden dadurch sozialdemokratische Kassenvorstände befestigt, so wird auch die große Verantwortlichkeit befestigt, die sie tragen. Der Vorwahlen, der wider den Willen der Arbeiter eingesetzt wird, ist nicht zu beneiden und wäre er eine Geißel-Rohr. Dann werden erst die Kassen ein vollwertiges Kampffeld; denn das Recht, das die Arbeiter

in den Kassen 26 Jahre lang besessen, lassen sie sich ohne dauernde heftige Kämpfe nicht nehmen.

Einen ganz besondern Schlag gegen die Selbstverwaltung glaubt man zu führen, indem man die Anstellung der Beamten von Majoritätsbeschlüssen der Arbeitgeber und der Arbeiter abhängig macht und daß, wenn solche nicht zu erreichen, die Aufsichtsbehörde entscheidet. Die Regelung der Verhältnisse der Kassenbeamten wird behördlicher Genehmigung unterstellt.

Behauptet, aber nicht beweisen wird, daß „die sozialdemokratischen Kassenvorstände“ Parteigänger als Beamte anstellten, die keinerlei Befähigung besäßen. Auf diese verfeindlichen Behauptungen kann nicht eingegangen werden, weil nicht gesagt wird, wo das geschehen ist. Hinter dem Strauch, wo man die Sozialdemokraten vergeblich sucht, haben die hohen Gesetzgeber selbst gesehelt. Werden etwa im Reich, in den Bundesstaaten, in den Gemeinden die Beamten ohne Rücksicht auf ihre politische Gesinnung, nur wegen ihrer Befähigung angestellt? Warum wurde Oberbürgermeister Kirchner in Berlin lange Zeit nicht bestätigt? Wie geht's diesbezüglich viele Bürgermeistern und Gemeindevorständen? Werden die Oberpräsidenten in Preußen, die alle zwölf adlig sind, werden die 474 Landräte, von denen 274 adlig sind, lediglich wegen ihrer großen Fähigkeiten angestellt oder vielleicht nicht andre Gründe eine Rolle? Nachdem im Reich und in den Gemeinden der Falken beiseite ist, dann juche man getrost den Splitter bei den Ortskassen.

Nur politischen Kindern kann man vorreden, daß man mit solchen Mitteln die Sozialdemokratie trifft. Da könnte daher mit größter Ruhe der Entwicklung der Dinge entgegengehen. Es handelt sich hierbei aber um sehr wichtige materielle wie ideelle Interessen der gesamten deutschen Arbeiterschaft, die von der Reaktion in unerhörter Weise niedergedrückt werden sollen. Daher muß die Sozialdemokratie, die alleinige unentwegte Hüterin der Arbeiterinteressen, alles daran setzen, um dieses Attentat abzuwenden!

Ob das Nachwerk, die Reichsversicherungsordnung, vor oder nach den Wahlen erledigt wird, steht noch dahin; eins aber ist sicher: bei den nächsten Reichstagswahlen wird sie die Veranlassung sein, die gesamte deutsche Arbeiterschaft gegen die Reaktion ins Treiben zu bringen und nicht zum Schaden der Sozialdemokratie. Darin sind die reaktionären Geister der Bundesregierungen und der sogenannten Ordnungsparteien wieder einmal ein Teufel von jener Art, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. —

Für unsre Küche ist nur das Beste gut genug!

sagt die erfahrene Mutter zu ihrer Tochter. Wir verwenden deshalb nur das **echte MAGGI**. Dann wissen wir, was wir haben!

Agnetenstr.
Nr. 18

Friedrich Bortfeldt

Ecke
Sieverstor

Herbst-Neuheiten

in

Kleider- und Blusenstoffen!

Blau/grün kar. Stoffe 50 Pf. bis 4.00	Schleifen- u. Lupstoffe 1.20 bis 5.00	Kammgarn- u. Satintuche 1.35 bis 5.50	Einfarbige Cheviots 75 Pf. bis 3.50	Amazonen- Tuche 3.85 bis 7.00	Schwarze Stoffe 75 Pf. bis 8.00	Blusen- Flanelle 55 Pf. bis 3.00
---	---	---	---	-------------------------------------	---------------------------------------	--

Heinrich Seidel

Telefon 3717 **Himmelreichstr. 22** Telefon 3717

empfehlen
Lederwaren: Damen-Täschchen — Reisetaschen — Portemonnaies — Zigarren- und Brieftaschen
Andenken von Magdeburg — Dekorations-Artikel
Für Hochzeiten: Tisch-, Menü- u. Einladungskarten — Bonbonnieren — Zigarren-Etuis
Grösste Auswahl Billigste Preise

Moderne Herren-Garderoben

fertig und nach Mass, liefert in feinsten Ausführung zu äusserst billigen Preisen

das Spezialgeschäft von

G. Gehse

14 Johannistfahrtstrasse 14
neben dem
Wilhelm-Theater.

Feinste schwarze Gehrockanzüge

Schicke Neuheiten in Jackettanzügen

Knaben-Anzüge in Riesenauswahl

Man achte bitte genau auf
:: die Hausnummer 14 ::

Empfehle täglich frisches
Kaffee- u. Teegebäck, Obstkuchen u. Windbeutel
Bestellungen auf
Torten, Eis, Pücker und Cremespeisen
werden prompt ausgeführt
Topfkuchen, Suster, Königs- u. Schokoladenkuchen
Spezialität: **Nährzweibäcke**
ff. Schokoladen, Desserts, Bonbons u. Kinderkakes
in stets frischer Ware
Konditorei Schliestedt, Halberstädter
Straße 109

empfehlen die
Briefstafetten Buchhandlg. Bollstimm

ff. Nordhäuser,
Arrak, Rum,
Kognak,
Spirituosen
aller
Art
Vogel & Co.
Gegründet 1840 (früher J. Krümmel & Co. Nachf.) Fernr. 2408
Pflanz- und Likörfabrik Fruchtwaren- u. Weinhandlung
ff. Frucht-
Limonaden
Rhein-, Mosel-, Süd-,
Bordeaux- u. Schaumweine
Kleinverkauf im Kontor
Braunehirschstraße 2

Grösstes Spezialhaus für Manufakturwaren!



Besondere Gelegenheit!

Nachstehende Posten in Hemdentuchen und Renforcés stammen aus ältesten Ab-
schlüssen, und sind bei Berücksichtigung heutiger Konjunktur „weit unter Preis“

4 Posten Hemden-Tuche

Posten I grobfädige Qualität pro Meter 22 Pf.
Posten II gute haltbare, grob- jäd. Qual. pro Mtr. 38 Pf.
Posten III bewährte, mittelfeine Ware pro Meter 45 Pf.
Posten IV erstklassig. Glässer Fabrikat pro Mtr. 55 Pf.

2 Posten Renforcés

Posten I bewährte Glässer Renforcés u. Rakko- Zmitat. pro Meter 48 Pf.
Posten II edelstes Glässer Fabrikat in unübertroffener Schönheit pro Meter 55 Pf.

Wäsche-Tuche beste, erprobte Glässer und erstklassige süddeutsche Marken pro Meter 58, pro Meter 68, pro Meter 75 Pf.

Bett-Stoffe

	Rißenbreite 80—84 cm	Deckenbreite 128—130 cm
Louisianatuche für Leib- und Bettwäsche anerkannt gute Qual.	28 bis 75 Pf. pro Meter	60 bis 1.35 pro Meter
Bett-Bezugstoffe weiß, gestreift und Damast	53 bis 1.20 pro Meter	85 bis 1.80 pro Meter
Bett-Bezugstoffe bunt kariert und gebliut	28 bis 68 Pf. pro Meter	70 bis 1.00 pro Meter
Bett-Inlett grau-rot, uni rot, rot-rosa, Deckbett und Unterbett ohne Naht	45 bis 1.65 pro Meter	85 bis 2.75 pro Meter
Bettbezüge weiß und bunt, mit 2 Rißen, fertig	3.20 bis 10.00	
Betttücher fertig, 2—2½ Meter lang	1.55 bis 3.50	
Steppdecken größte Auswahl, Ia. Verarbeitung	3.50 bis 18.00	
Prima Hausleinen Zmitat, sehr haltbar	45 und 53 Pf. pro Meter	
Prima Halbleinen richtige Breiten, bewährte Qualitäten	46 bis 90 Pf. pro Meter	

Fertige Betten

Oberbett, Unterbett, Kissen aus rot/rosa gestreift Körper-Zulett, mit reichlicher Füllung	zusammen 14 ⁰⁰
Oberbett, Unterbett, 2 Kissen aus hartem, rotem Zulett, mit guten Federn gefüllt	zusammen 18 ⁰⁰
Oberbett, Unterbett, 2 Kissen aus glatt rot oder rosa/rot gestreift Körper-Zulett, Füllung vorzüglich gereinigte Federn	zusammen 20 ⁵⁰
Oberbett, Unterbett, 2 Kissen aus extra Prima Daunen-Körper und doppelt gereinigter Federfüllung	zusammen 40 ⁵⁰
Oberbett, Unterbett, 2 Kissen aus rosa/rot gestreift Prima Daunen-Körper u. Unterbett-Drell, extra stramm gefüllt m. garant. reinen Federn	zusammen 47 ⁰⁰
Oberbett, Unterbett, 2 Kissen rot-rosa Daunen-Körper, Unterbett-Drell, Prima Federn, stramm gefüllt	zusammen 50 ⁵⁰
Oberbett, Unterbett, 2 Kissen aus Prima rotem Daunen-Körper und doppelt gereinigter Federfüllung	zusammen 61 ⁵⁰

Gardinen

Englisch Tüll

vorzügliche Qualitäten, in jeder Geschmacksrichtung
Meter 1.80 bis 2.50 Pf.

Engl. Tüll und Erbstüll

abgepaßte Fenster, 2 Schleier 26.06 bis 2.20

Engl. Tüll und Erbstüll

abgepaßte Garnituren (Kühler-Gardinen)
2 Schleier 1 Querhang 23.00 bis 5.50

Engl. Tüll- u. Erbstüll-Stores

herzliche Dessins, in nur besten Qualitäten 32.00 bis 2.50

Teppiche

Besonderes Angebot

Ein Boden Axminster-Teppiche gute Qualitäten ca. 135/200	14.00 bis 4.75
Velour-Teppiche feste Webgewebe ca. 135/200	23.00 bis 16.00
Perser-Teppiche imitiert Original-Persien ca. 200/300	50.00
Erker- u. Verbindungs-Teppiche besten höchsten Erzeugnisse	24.00 14.00 9.00 6.00 3.75

Portieren

Leinen

Leinen und Zmitat, 2 Schals, 1 Behang . . . 22.00 bis 3.75

Filztuch und Velvet

exelle gute Qualitäten, bestickt und appliziert
Garnitur 24.00 bis 2.75

Tuch

reine Wolle, erprobte Prima Qualitäten
Garnitur 36.00 bis 20.00

Perser

Wolllimitiert, herrliche Dessins
Garnitur 18.00 bis 10.75

Bettdecken, Bett-Rückwände, Diwan- und Tischdecken
in größter Auswahl.

Siegfried Cohn

Weberei-Waren · Magdeburg · 58. Breitenweg 58

9. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 219.

Magdeburg, Sonntag den 18. September 1910.

21. Jahrgang.

Was bedeutet uns die Genossenschaft?

Von Simon Katzenstein (Berlin).

Bereinzelt nichts — vereint unüberwindlich! Das Evangelium der Organisation hat das arbeitende Volk aus Schlummer und Machtlosigkeit aufgeschreckt, hat ihm den Weg gewiesen, auf dem die Schwachen stark werden und eine neue Ordnung der Gesellschaft Erlösung aus Not und Entwürdigung verheißt.

Die alte Gesellschaft der Feudal- und Zunftorganisation wurde zerstört durch die zermalmende Gewalt des Kapitalismus. Der alten Gebundenheit stellte die Lehre des wirtschaftlichen Liberalismus den Satz von der absoluten Freiheit des Individuums entgegen. Die Zerstörung der überlieferten Gesellschaftsformen, die soziale Desorganisation schien das Ziel zu bringen.

Aber die neuen Gewalten schufen sich neue Formen. Riesennützlich starrt uns heute die neue Macht der Kapitalorganisation in riesigen Betrieben und wirtschaftlichen Verbänden aller Art entgegen. Uebergewaltig erscheint die Stärke des Gegners. Verklabung wird das Schicksal immer breiterer Massen, deren einzige Lebensquelle die unfreie Arbeit im Dienste der Kapitalmagnaten bleibt. Der Weg zur Freiheit, zum Wohlstand der Massen erscheint versperrt für alle Zeiten.

Da fassen sie, was ihnen noch an Kraft geblieben, zusammen. Sie erkennen die Macht, die im Zusammenschluß liegt. Im öffentlichen und im Wirtschaftsleben nehmen sie den Kampf auf, der ihre Unterdrückung mindern und den Weg zu höheren Gesellschaftsformen, frei vom Druck der Kapitalmächte, freimachen soll. Als Werkzeuge der kapitalistischen Produktion schließen sie sich zusammen zu Gewerkschaften. Deren Zweck ist die Erhöhung des Anteils des Arbeiters am Ertrag seiner Arbeit: der höhere Lohn, dazu eine Regelung des Betriebs, die den Menschen im Arbeiter zur Geltung kommen läßt. Und als Endpunkt ihrer Bestrebungen ergibt sich die Formel: Völlige Beseitigung des arbeitslosen Kapitaleinkommens, Regelung des Betriebs durch den Willen der darin tätigen Arbeiter mittels ihrer gewählten Vertrauensleute. Das heißt: Genossenschaftliche Gestaltung der Gesamtproduktion. Als Staats- und Gemeindeglieder vereinigen sie sich zur politischen Partei, die durch das Mittel der politischen Beeinflussung die materielle und geistige Lebenshaltung der Massen verbessern und durch Eroberung der politischen Macht die stärkste Handhabe bieten soll zur Erreichung des politischen Endziels des Proletariats: Vergesellschaftung der maßgebenden Produktionsmittel, genossenschaftliche Produktions- und Verteilungsweise.

So ergibt sich als logische Ergänzung dieser proletarischen, auf sofortige Milderung und völlige Ueberwindung der kapitalistischen Produktionsweise gerichteten Bestrebungen die Organisation auch auf dem dritten Gebiete, auf dem eine Beeinflussung des Gesellschaftslebens möglich ist: dem des Konsums. Will die Gewerkschaft im Lohn den Anteil der Arbeiterklasse am gesellschaftlichen Gesamtprodukt erhöhen, so ist die Aufgabe der konsumgenossenschaftlichen Organisation die Erhöhung der Kaufkraft des Lohnes, deren Wirkung die gleiche ist. Mit dem Uebergang zur genossenschaftlichen Eigenproduktion trägt sie bei zur Demokratisierung der Produktionsweise und zur Vorbereitung der umfassenden genossenschaftlichen Gesellschaftsordnung, deren Verwirklichung das Endziel auch ihrer Bestrebungen sein muß. Und gleich der politischen Bewegung arbeitet sie der Verteilung des Lebensunterhalts entgegen, die Kapitalismus und agrarische Staatsgewalt gleichermaßen betreiben. Gleich der Gewerkschaft und der Partei trägt sie bei zur organisatorischen Schulung und zur moralischen Erziehung der arbeitenden Massen, der wichtigsten Voraussetzung für die Verwirklichung unserer letzten Ziele.

Finden wir so für die tägliche Praxis wie für die Erreichung der letzten Ziele der proletarischen Bewegung eine weitreichende Uebereinstimmung der drei großen Heerströme der Befreiungsbewegung, so muß es auf besondern Ursachen beruhen, daß es so lange gedauert hat, bis diese Gemeinsamkeit erkannt und so manches Hindernis der gemeinsamen Förderung der drei genannten Aufgaben aus dem Wege geräumt worden ist. Gerade in Deutschland hat sich der politische Charakter der Arbeiterbewegung besonders stark ausgeprägt und zeitweise die übrigen Seiten in den Hintergrund gedrängt. Hat doch hier mehr als andermwärts die Staatsgewalt eine weitgehende Herrschaft über das Wirtschaftsleben gewonnen und sich zugleich in rücksichtslosester Weise in den Dienst der herrschenden Gesellschaft gestellt. Da mußte das Bestreben, sich der unangenehmen Pöbelhauben im täglichen Leben möglichst zu entledigen, besonders stark in den Vordergrund treten und zugleich die Eroberung der Staatsgewalt nicht nur als das wirksamste, sondern auch als das einzig wirksame und auch einfachste Mittel der sozialistischen Aktion erscheinen.

Dazu kam, daß die Genossenschaft fast von Anfang an in starken Gegensatz zu der Arbeiterbewegung getreten war. Wohl war Schulze-Delitzsch beeinflusst von sozialistischen Theorien, die er 1848 in Berlin kennen gelernt hatte. Aber er stand doch ganz auf bürgerlichem Boden.

Sein Interesse war vornehmlich den Genossenschaften des Kleingewerbes: Rohstoff-, Magazin- und Kreditgenossenschaften zugewandt, und selbst die Konsumvereine sollten mit ihren „Dividenden“ der Ansammlung eines Kapitalchens und damit dem Meisterwerden dienen. Durch Schulzes Federkrieg mit Lassalle wurde die Stellung zur Genossenschaftsbewegung ein kennzeichnendes Merkmal im Kampfe der Meinungen innerhalb der Arbeiterbewegung. Lassalle forderte mit seinem Produktivgenossenschafts-Programm eine starke Staatshilfe, während die liberale Arbeitererschaft den Gedanken der „Selbsthilfe“ zum Idol machte. Tatsächlich bestand die Bedeutung dieses Meinungsstreits hauptsächlich in der Wirkung, die sie in der Scheidung der Geister hatte. Weder hat die Lassalle'sche Forderung, obwohl sie bis 1890 in unserem Parteiprogramm fortspukete, jemals eine praktische Bedeutung gewonnen, noch haben die Schulze'schen Konsumvereine irgendwelche weitertragende Wirkung auf die Stellung der arbeitenden Klasse in der Gesellschaft geübt. Hatte Lassalle selbst noch in dem Konsumvereinsprediger Schulze den einzigen Mann der Fortschrittspartei anerkannt, der überhaupt etwas für die Arbeiterklasse geleistet habe, und beruhte auch seine theoretische Ablehnung der Konsumentenorganisation als eines weittragenden Prinzips auf dem schwachen Grunde des „ehernen“ Lohngesetzes, so war doch mit dem Gegensatz zu den bürgerlichen Genossenschaftlern, die sie als Allheilmittel gegen das Volkselend anpriesen, die Genossenschaft bei der deutschen Sozialdemokratie in Verruß erklärt.

Weniger fiel hier ins Gewicht der Gegensatz zu den Genossenschaftssozialisten nach Art Proudhons und der englischen christlichen Sozialisten, die in der Genossenschaft ein Mittel sahen, einen mehr oder minder vollkommenen Sozialismus durch rein wirtschaftliche Mittel und ohne Klassenkampf zu verwirklichen. In Deutschland hat diese Richtung, der W. N. G. u. b. e. r. nahestand, nie praktische Bedeutung gewonnen. Aber einige Gedankengänge proudhonistischer oder sozialkonservativer Art, in denen die Genossenschaft — teilweise noch mit allerhand feudalen Tendenzen verquirlt — eine Rolle spielte, konnten nicht dazu beitragen, die Sache der hart kämpfenden und von der Staatsgewalt aufs brutalste unterdrückten deutschen Arbeiterklasse schmacht zu machen.

Schließlich waren auch hier die praktischen Bedürfnisse stärker als alle theoretischen Hindernisse. Das Ausnahmegericht, das mehr als alles dazu beitrug, das Interesse der Arbeiter auf das politische Gebiet zu konzentrieren und nur von dem völligen Sturz der herrschenden Macht das Heil zu erwarten, führte zugleich eine Reihe schaffensfreudiger Genossen, denen die Tätigkeit im öffentlichen Leben und in der Gewerkschaft durch den Ausnahmezustand unmöglich gemacht wurde, dazu, sich der sozialen Arbeit auf andern Gebieten zuzuwenden. So kam der Aufschwung der freien Hilfskassen und der wachsenden Einfluß klassenbewußter Arbeiter auf die Ortskrankenkassen, so auch die Gründung von Konsumvereinen, die als Mittel aus der ordnungspolitischen Apotheke für lange Zeit vor der Brutalität der Behörden Ruhe hatten. Freilich führte eben dieses Kennzeichen dazu, auch in den Kreisen der Parteigenossen eine Geringschätzung der neuen, „zahmen“ Bewegung hervorzuheben und ihren Fortschritt innerhalb der Arbeitererschaft zu hemmen. Trotzdem begann mit der Gründung des Leipziger-Flagwiker-Vereins (1884) eine neue Ära, die erste erfolgreiche, im Leben der deutschen Konsumgenossenschaften. 1889 folgte „Vorwärts“ in Dresden. Einige Jahre später wurde der Magdeburger Verein von den Arbeitern erobert. Und 1894, mit der Gründung der Großenkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, 1899, mit der Errichtung des Konsum-, Van- und Sparvereins „Produktion“ in Hamburg war der Weg geebnet, der von Erfolg zu Erfolg führen und nun auch die politische Parteibewegung mit der Genossenschaft zusammenführen sollte.

Es wäre völlig verfehlt, die Bedeutung der Genossenschaft nur in dem zu suchen, was sie etwa der politischen oder gewerkschaftlichen Bewegung an direkten Beiträgen oder indirekter Unterstützung leisten könnte. Es ist kein Schade, daß das erste durch unser Genossenschaftsgesetz unmöglich gemacht wird. Es ist besser, wenn jeder Teil der Arbeiterbewegung seine besonderen Aufgaben durch besondere Organisationen erfüllt und seine Mittel selbst aufbringt, ohne von andern abhängig zu sein oder sie in seinen Dienst zu zwingen. Das soziale Leben ist so reich, die Aufgaben der Befreiungsarbeit sind so mannigfaltig, daß eine Verquickung unnötig ist, ja nachteilig wirken müßte. Es kann gar nicht die Aufgabe etwa der gewerkschaftlichen oder der genossenschaftlichen Bewegung sein, die abzubrechen, die unsre politischen Bestrebungen oder unser sozialistisches Endziel nicht anerkennen. Es wird genügen, wenn sie sich mit der Praxis beider Bewegungen abfinden und so indirekt doch der Sozialisierung dienen. Ebenso verkehrt wäre es, wollten Sozialisten einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen verschiedenen Formen ihrer Betätigung zulassen. Wir sind nicht hier Sozialisten und dort „neutral“. Sozialdemokraten können überall nur als Sozialisten wirken. Daher

müssen wir es ablehnen, wenn versucht wird, die Genossenschaftsbewegung des Proletariats als eine „friedliche“ oder „Menschheits“bewegung in Gegensatz zu bringen zu dem proletarischen Klassenkampf. Auch der Klassenkampf der Arbeiter dient dem endlichen Frieden unter Ueberwindung der Klassenherrschaft und der Klassengegenstände. Und gerade, wenn das Proletariat, dem man sein Menschentum geraubt hat, indem man es zum Produktionsmittel für fremde Reichtumserzeugung herabdrückte, den Kampf gegen Not und Unterdrückung führt, kämpft es für die ganze Menschheit und ihre Würde. Steht bei der Genossenschaft das positive Schaffen im Vordergrund, so ist auch sie zum Kampfe genötigt: gegen die herrschende Macht des kapitalistischen Warenverkehrs wie gegen die unterdrückende Gewalt der ihr dienbaren Staatsgewalt. Und ebenso kämpfen Gewerkschaft und Partei nicht um des Kampfes willen, sondern zur Verteidigung ihrer positiven Arbeit und zur Ueberwindung des Widerstands der herrschenden Gesellschaft gegen die unendlich fruchtbare und schöpferische Arbeit des sozialistischen Gesellschaftsprinzips.

So müssen wir es ablehnen, aus der teils gesetzlich erzwungenen, teils durch praktische Rücksichten bedingten organisatorischen Selbständigkeit eine innere Entfremdung herzuleiten, die dem Wesen der echten Genossenschaft völlig fremd ist. Die Genossenschaft soll nicht der Partei dienen. Aber Genossenschaft, wie Partei und Gewerkschaft, sollen durchdrungen sein von der lebendigen Kraft sozialistischen Gedankens und mit Bewußtsein auf seine Verwirklichung hinarbeiten.

Diese Gemeinsamkeit des Geistes ergibt sich schon von selbst durch die Gemeinsamkeit des Rekrutierungsfeldes. Teils durch planmäßige bürgerliche und staatliche Bekämpfung, teils als Wirkung der naturgemäßen Klassenscheidung wird die konsumgenossenschaftliche Bewegung immer mehr eine Bewegung des Proletariats. Und ihr Widerstand gegen die schrode Ausnahmegesetzgebung, die im Dienste eigennützigster Mittelstandsdemagogie der Staat betreibt, führt sie notwendig an die Seite der politischen Arbeiterbewegung, die allein aufrichtig dieses Attentat auf den sozialen Fortschritt bekämpft. Nicht minder auch der nächste Zweck der Genossenschaft: die Versorgung der Massen mit guten und billigen Nahrungsmitteln. Wie wäre eine Neutralität dieser Bewegung denkbar gegenüber einer Gesetzgebung, die planmäßig die Lebenshaltung der Massen herabdrückt, um Bodenrente und Kapitalgewinn zu steigern, gegenüber agrarischen Genossenschaften, die so weit entfernt sind von der Erkenntnis der sozialen und sittlichen Aufgabe der Produktion, daß sie sich in den Dienst vorläufiger und rücksichtsloser Lebensmittelverteuerung stellen! Die Genossenschaft am Ziele ihres Wirkens wird der Friede sein, den die Arbeiterbewegung auf allen Gebieten erstrebt. Bis dahin aber gilt für sie alle das Wort: Im Kampfe sollst du dein Recht finden!

Innerhalb dieser Gemeinschaft des Strebens aber bleiben der Genossenschaft eine Reihe selbständiger Aufgaben von größter Bedeutung. Ist ihr nächstes Ziel die Versorgung mit unbedingten Lebensmitteln zu möglichst niedrigen Preisen, so schließt das in sich die Ansammlung einer wachsenden wirtschaftlichen Kraft. Denn nicht die Verwendung des Jahresüberschusses in Form hoher Rückvergütung macht die vollkommenste Art der Lebensmittelversorgung möglich, sondern nur die möglichst umfassende Kapitalzusammenfassung, die es ermöglicht, in großem Maßstab alle erforderlichen Betriebs- und Produktionsmittel zu gewinnen. Es schlägt jeder sozialistischen Auffassung ins Gesicht, wenn man die Jahresüberschüsse ins unendlich Kleine verzerkelt, statt sie zu Reserve-, Produktions-, Fonds usw. anzuhäufeln, die erst rationalen Großbetrieb, unabhängig von fremder Kapitalmacht, ermöglichen und so die demokratische Volkswirtschaft der Genossenschaft ausdehnen helfen. Es ist eines Sozialisten unwürdig, sei es als Arbeitgeber durch Hungerlöhne und überlange Arbeitszeit Gewinn auf Kosten der Angestellten zu suchen oder durch bloße Berücksichtigung des billigen Preises die freßenden Schäden des Schwitzens zu erhalten — sei es als Arbeiter eine günstige Konjunktur und die notgedrungene Rücksichtnahme der Genossenschaft auf die Öffentlichkeit auszunutzen, um durch außergewöhnliche Belastung die Entwicklung der Genossenschaft zu unterbinden.

In diesem Sinne ist die echte Genossenschaft ein vorzügliches moralisches Erziehungsmittel. Erst wenn allerorts erkannt wird, daß die rechte Genossenschaft kein kapitalistisches Unternehmen ist, das möglichst viel Ueberfluß erzielt oder möglichst viel den Angestellten abgeben soll, daß sie vielmehr ein Stückchen sozialistischer Wirtschaftsordnung darstellt, das durch Ausschaltung unnützer Zwischenglieder und gemeinnützige Verwendung gesammelter Kapitalkraft der gesamten darbedenden Masse zu dienen bestimmt ist — erst dann erweist sich die Genossenschaft auch auf dem Gebiete der Gerechtigkeit und sittlichen Selbsterziehung als das wichtige Bildungsmittel, das sie in wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht immer ist.

Das wirtschaftliche Arbeitsfeld der Genossenschaft ist schier unermesslich. Neben die Beschaffung der Waren, frei von den übermäßigen Aufschlägen des überwiegen, gewinnbegehrenden Zwischenhandels, tritt die Erzeugung von Waren auf der festen Grundlage des vom organisierten Konsum gesicherten Absatzes. Die Produktionsgenossenschaft hat die Hoffnung weiter Arbeiterkreise nicht gerechtfertigt. Auf gesicherter Unterlage tritt die Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion, sei es im lokalen Rahmen, sei es auf der Stufe der zentralisierten Großproduktion, an ihre Stelle, bis vielleicht eine spätere Zeit auf der Grundlage des Gemeineigentums sie zu neuer Bedeutung erweckt. Die Versorgung mit menschenwürdigen Wohnungen wird mehr und mehr als Aufgabe auch der Konsumgenossenschaft erkannt. Auf genossenschaftlicher Grundlage ruhen die neuen

Gartenstädte, die der vom Kapitalismus verwüsteten städtischen Einwohnerschaft einen Weg zur Gesundung weisen. Es wird eine Frage der Zeit sein, daß auch die Konsumgenossenschaften selbst sich in gleicher Richtung betätigen. Dazu die weiten Aufgaben der Unterstützung in Notfällen: Notfonds, Sterbegeld u. a. Und, als Zusammenfassung der heute ins Unendliche zersplitterten Kapitalkraft der Besitzlosen: die Genossenschaftsbank, ein Mittelpunkt des Geldverkehrs und der Produktion im größten Stil, losgelöst von den Herrschafts- und Ausbeutungsinteressen des Privatkapitals. Und wie das ganze moderne Leben zu internationaler Verknüpfung drängt, so hat auch die genossenschaftliche Organisation sich über die verschiedenen Kulturländer verbreitet und in dem internationalen Ge-

nosenschaftsbund einen Ausgangspunkt künftiger gewaltiger Wirksamkeit gefunden.

Noch sind wir in den Anfängen dieser Entwicklung, so Großes auch da und dort schon erreicht ist. Aber der Entwicklungsfein, der darin liegt, ist unendlich groß. Das proletarische Genossenschaftswesen, praktisch wirkend und weit aussehend in die Zukunft, selbständig in seiner Eigenart und doch, wie die Schwesternbewegungen, erfüllt vom Geiste des Befreiungskampfes, wird einer der großen Hebel der Weltbefreiung sein. Wie Leopold Jacoby es verkündet:

Die Vorgesichte geht zu Ende.
Es naht heran die Weltumwende.
Ein neuer Frühling will nun werden:
Der Menschheit Frührot glüht auf Erden.

„Rote“ Genossenschaften?

Von Helma Steinbach (Hamburg).

Der 8. internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen hat mit der dort beschlossenen Resolution endlich das erfüllt, was seit Jahren von vielen Tausenden als ein Gebot der gesunden Vernunft gefordert worden ist: er hat den organisierten Klassenkämpfern die dritte Waffe im Befreiungskampf des Proletariats, die Organisation der Konsumtion, nicht nur „freigegeben“, sondern er hat auch gleich in einer einwandfreien Form die zweckentsprechende Gebrauchsanweisung dazu festgelegt.

Zu Genossenschaftskreisen selber hat bisher viel Unklarheit geherrscht. Während man bezüglich der Gewerkschaftsorganisation sehr bald den rechten Weg gefunden hat, welcher dieser Waffe die volle Stoßkraft im Kampfe gegen das internationale Ungeheuer, das Kapital, sicherte, während man da in richtiger Auslegung des Rufes „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ alle benennenden Schranken niederlegte, kein Glaubensbekenntnis noch nationaler, religiöser oder parteipolitischer Richtung abverlangt und die von der Gesamtheit zum Zwecke des wirtschaftlichen Kampfes zusammengetragenen Mittel auch für diesen Kampf allein benutzte — hat man, besonders dort, wo die Massen noch nicht zu der richtigen Erkenntnis erzogen sind, daß sie der vornehmsten Waffe im Emanzipationskampf, der sozialdemokratischen Parteioorganisation, durch ständige Beitragsleistung die zum politischen Kampf erforderlichen Mittel schaffen müssen, vielfach, wie z. B. in den romanischen Ländern, in Belgien, Holland, Rußland, Frankreich usw., die Konsumanten und Produzentengenossenschaften direkt zu dem Zwecke gegründet, Mittel für die Partei zusammenzubringen. Die logische Folge davon ist, überall die Zerstückelung der Kräfte, da jede „Richtung“ natürlich für ihre speziellen Interessen dasselbe „Recht“ in Anspruch nimmt, dabei bleiben selbstverständlich alle „Richtungen“ schwach und unwirksam, führen ständige meistens nur gegeneinander und lassen den gemeinsamen Feind sich immer voller saugen von der Lebenskraft des ohnmächtigen, doppelt ausgebeuteten Proletariats!

Als geradezu abschreckendes Beispiel einer nationalen Richtungstaktik darf man wohl den Unfug bezeichnen, wie zurzeit in Österreich tschechische „Sozialdemokraten“ ihr Zerstückelungswerk sowohl in der Partei wie in den Gewerkschaften und Genossenschaften treiben und dabei bester sich die Vertreter dieser Organisationszerstörer in Kopenhagen hin und riefen mit Pathos: „Wir sind internationale Sozialdemokraten und werden es ewig bleiben, wenn wir auch die hier geschätzten Einigungsbeschlüsse nicht befolgen!“

Als unre belgischen Genossen das internationale Komitee veranlaßten, auf die Tagesordnung für Kopenhagen den Punkt „Partei und Genossenschaften“ zu setzen, waren sie sicher von der Ueberzeugung erfüllt, daß es end-

lich an der Zeit sei, in der sozialdemokratischen Partei auch der bisher offiziell noch nie als gleichwertig anerkannten genossenschaftlichen Waffe, der von ihnen schon seit Jahrzehnten gewürdigten Konsumantenorganisation zu ihrem Rechte zu verhelfen. Sie glaubten natürlich dies um so leichter zu erreichen, da in Belgien und Holland die Konsumvereine sowie Bäckereien direkt von der Partei gegründet und durch Parteibeschluß zur Abgabe bestimmter Prozente vom Reingewinn verpflichtet sind. Da aber niemand Mitglied ihres Konsumvereins sein kann, der nicht zugleich Sozialdemokrat ist, haben sie mit der Konkurrenz der verschiedensten gewerkschaftlichen Organisationen zu kämpfen. Als dem Vertreter der holländischen Sektion das ungemein winzige Resultat ihrer 10jährigen Tätigkeit vorgehalten wurde, rief er ganz erregt: „Das wollen wir gerade, wir sind klein, aber rein!“

Denselben Standpunkt der „reinen roten“ Konsumanten-Organisation vertrat unter andern auch der französische Genosse Jules Guéde, welcher eine außerordentlich beschränkte Werkschätzung der Genossenschaftsbewegung beforderte: er erklärte die Konsumvereine und ihre Eigenbetriebe, welche die Gewinne an ihre Mitglieder in Gestalt von Dividenden verteilten, seien nichts anderes als kleine Aktiengesellschaften mit rein kapitalistischen Tendenzen, denn — da bekäme derjenige, welcher in der glücklichen Lage sei, viel einzunehmen zu können, viel Mehrverdienst und der andre, ärmere, bekäme wenig zurück. (!!) Deshalb erkenne er nur denjenigen Genossenschaften die Erstlingsberechtigung zu, welche zum Zwecke der Propaganda für die Sozialdemokratie gegründet seien. Wie ganz unzulässig und widersinnig eine derartige Organisation ist, dafür bieten gerade die Zustände in Frankreich ein förmliches Paradebeispiel: trauriger Verfall auf politischem Gebiet, Zundstacheliger Nationalismus, Radikale, Sozialistisch-Radikale und so weiter und so weiter, die alle kein Geld haben, wie wollte man wohl erwarten, daß die einem Konsumverein erstatten sollten, seine Ueberschüsse an die eine sozialdemokratische Partei abzugeben? In einem reinen Industrieort in der russischen Grenze, in Lody, gibt's 57 verschiedene Konsumvereine!!

Darüberhin unzulässige Verhältnisse kann man bei uns in Deutschland nur freilich nicht mehr: wir haben jetzt bereits eine ganze Anzahl Konsumvereine mit vielen Millionen Mark Umsatz und sehr großen Ueberschüssen, die ein Meer von wirtschaftlicher Macht bedeuten könnten, wenn diese Ueberschüsse zusammenfließen, wenn man nach dem Beispiel verfahren wollte, das wir in Hamburg gesehen haben. Es wir den Konsum-, Bau- und Zersetzungs-Produktion“ gründeten. Das Mitglied erhält nach Erfüllung des Geschäftanteils (30 Mark) nicht über die auf seinen Umsatz entfallende Rückvergütung, als bis ihm ein Notfonds von 100 Mark zu Buch geschrieben

ist. Kommt einer eher in Not, durch Krankheit, Arbeitslosigkeit usw., so kann er den Notfonds auch eher in Anspruch nehmen, muß ihn aber bei der nächstjährigen Rückvergütung wieder füllen.

Welch enorme Rückenstärkung der Besitz eines solchen Notfonds für den organisierten Klassenkämpfer ist, das haben im vorigen Jahre die Hamburger Bauarbeiter bei ihrer Aussperrung erfahren, wo sie in der Lage waren, während dieser schweren Wochen zirka 100 000 Mark aus ihren Rücklagen in der „Produktion“ abheben und somit die Unternehmer schließlich zum Nachgeben zwingen zu können. Die ungeheuren Verluste, welche die Unternehmer im Hamburger Baugewerbe durch die vorjährige Aussperrung erlitten hatten, sind zweifellos die Veranlassung gewesen, daß sie sich in diesem Jahre von der im übrigen Deutschland auf Kommando des Unternehmerverbandes erfolgten Aussperrung absentiert haben, wodurch von vornherein der Unternehmerring gesprengt war.

Wir aber erhalten dadurch der Genossenschaft die Konsumanten, die nicht in schweren Tagen zum Händler zu gehen brauchen, um dort dem schändlichen Pumpsystem zu opfern.

Der proletarische Klassenkampf, weder der politische noch der wirtschaftliche, kann siegreich bestanden werden, wenn die kämpfenden Massen dem Unternehmertum durch Not und Hunger gleichmächtig gegenüberstehen. Ohne wirtschaftliche Macht gibt's keine politische Macht! Wirtschaftliche Macht kann sich der Proletarier aber nur in der Gewerkschaft und in enger Verbindung damit in der Genossenschaft erringen. Bildung und Aufklärung über den Zusammenhang der Dinge in der Welt, Verständnis für das hehre Ziel des weltumspannenden sozialistischen Gedankens können und wollen wir durch möglichst reiche Anwendungen aus den erzielten Ueberschüssen fördern. Unsere eignen Betriebe als Musterbetriebe ausgestatten, das alles können wir, daran hindern uns auch unfre elendesten Gesetze nicht. Kein „Schussmann“ und kein Staatsanwalt kann uns verbieten, immer weitere Kreise durch unsern Anschauungsunterricht, durch das, was wir als überzeugte Sozialdemokraten aufbauen, zu uns herüberzuziehen. Erst wenn sie die Ueberzeugung gewonnen haben, daß sie früher falsch unterrichtet waren über die „Roten“, sollen sie dem internationalen Bruderbund sich anschließen.

Die Türen der Gewerkschaften und Genossenschaften müssen offen stehen für jeden, der als Produzent seine Arbeitskraft unter dem Schutze der Organisationskraft im eignen Interesse bewerten will!

So glauben wir im Sinne der vom internationalen Sozialistenkongreß beschlossenen Resolution am sichersten die Autonomie jeder unserer drei Kampfesoffen gestärkt zu sehen und damit der Gesamtbewegung den schnellsten Fortschritt zu bereiten. —

Deutsche Herren-Moden

136 Breiteweg 136

S. Moses

gegenüber der Fontäne

Bekannt billige und reelle Bezugsquelle fertiger Herren- und Knaben-Konfektion sowie Arbeiter-Kleidung für jeden Beruf.

==== Sämtliche Neuheiten für die Herbst- und Winter-Saison sind eingetroffen. ====

Grosses Stofflager. Elegante Anfertigung nach Mass unter Garantie für tadellosen Sitz.

Isidor Gabbe

Breitweg 9/10

Bedeutendst. stabilsten dieser Art der Provinz Sachsen

Geprobte gute Qualität. Bill. Preise. Kulanteste Bedienung

Seit Jahren anerkannt beste und billigste Einkaufsquelle

Verkaufsräume 1 Treppe Grosse Sonderangebote während der Messe Gegenüber der Leiterstraße

Neu eingetroffen

Diese Woche gelangen große Posten **Herbst-Neuheiten eleg. Damen-Kleiderstoffe** **Blusenstoffe, Stoffe für Kostümröcke** sowie reizende Neuheiten **Kostümröcke** Wert pro Meter von 1.50 bis 3.00, jetzt pro Meter 85 Pf., 1.00 1.20 1.50 bis 2.50 zum Verkauf.

Niesenauswahl 150 cm breite **Herren-Anzugstoffe** (Herbst-Neuheiten) gute Nachener, Kottbuser und Forster Fabrikate, passende Neulängen für Herren- u. Knaben-Anzüge, Wetterkragen, Paletots, Beinkleider usw. jetzt pro Meter 2.50 3.00 4.50 bis 7.00.

Enorme Auswahl 130 bis 150 cm breite **Damen-Konfektionsstoffe** ferner 130 cm breite schwarze u. farbige **echt englische Seidenplüsch- und Seidenplüsch-Astrachane** und werden diese weit unter regulären Preisen verkauft.

Große Posten karierte und bedruckte **Bettzeuge** × **federdicke Inlette** × **Bettlaken** × **Tischzeuge** × **Handtücher** × sowie **fämtliche Brautausstattungen** werden zu beispiellos bill. Preisen verkauft.

Zu sensationell billigen Preisen gelangen zum Verkauf **Engl. Tüll-Gardinen**, im Stück und abgepaßt × **Große Sortiment Stores** × **Tüll-Kanten** × **Spachtel-Kanten** × **Tüll-Bettdecken** × **Tischdecken** usw.

Neu eingetroffen: Enorme Auswahl schwarze u. farbige **Damentücher** letztere in apartesten, neuesten Farbensetzungen, seit Jahren bewährteste Qualitäten, werden weit unter regulären Preisen verkauft.

Muster können nicht verabfolgt werden. Sendungen nach außerhalb von 15 Mark an franko.

Für Wiederverkäufer stets große Gelegenheitsläufe vorrätig.
Kein Laden — Keine Schaufenster — Verkauf nur 1 Treppe.

Großer Möbel-Verkauf!
Jakob Mook
am Rathaus
Subj.: Bauch & Stimmel

Sofa-Bezüge
Plüschlagers
für einen großen Teil unter und bis großen in den elegantesten Farben und Stoffen, sowie unter zu räumen, verkaufen wir

Plüsch-, Tuch- und Seiden-Garnituren
155, 175, 190—275 Mt.
Stuhlzimmer 65—135 Mt.
Möbelzimmer 75—135 Mt.
Korridorzimmer 60—100 Mt.
Sofa-Stuben mit Sitzsofa 35, 39, 45, 55—135 Mt.
Wiederhergestellt 6—25 Mt.
Ganze Wohnungs-Einrichtungen
Englische Stuhlzimmer-Einrichtungen
200, 250, 280 bis 500 Mt.
in allen modernen Farben
Küchen-Einrichtungen
70, 80, 100 bis 175 Mt.
Bisferts
aufbau und ohne 140, 150—300 Mt.
Schreibtische 60, 75—175 Mt.
Bücher 35, 50—115 Mt.
Große Speisefische
4 Zug 65, 75, 85—10 Mt.
2 Zug 22, 30, 40—65 Mt.
Bettstellen
12, 15, 18, 21, 24—75 Mt.
22, 24, 26, 30—40 Mt.
Matratzen
12, 15, 18, 21, 24—75 Mt.
22, 24, 26, 30—40 Mt.
Jakob Mook
Subj. **Bauch & Stimmel**
am Rathaus
Alter Markt.



Josetti Juno
Cigaretten sind nur dann echt, wenn sie, wie alle unsere Fabrikate, das oben abgebildete geschützte Wappen sowie den untenstehenden Namenszug tragen. Achten Sie beim Kauf in Ihrem eigenen Interesse darauf, da Sie nur dann die Gewähr haben, nicht etwa andere Fabrikate zu erhalten, die Sie nicht verlangten.
Josetti Juno m. u. o. M. 10 St. 20 Pfg.

Größte Auswahl. **Meine Preise sind überraschend billig** Nur beste Fabrikate kommen zum Verkauf.

Neu eingetroffene Kleiderstoffe
schwarze und farbige reinvollene Damentücher, 110—130 cm breit beste Cheviots, Satintücher
ferner Neuheiten in Damen-Konfektionsstoffen, 110—140 cm breit, werden ohne Rücksicht auf die Mode außergewöhnlich billig verkauft.

Herbstneuheiten in Blusenstoffen
Niesenauswahl in Samt, Seide, Wolle u. Flanell sowie reich bestickte halbfertige Tuschblusen in allen Farben, letzterer Wert bis 12.00 für 7.50 und 6.00

Herren-Anzugstoffe beste Fabrikate, außerordentlich haltbar, besonders beste, reinvollene Cheviots, 140 cm breit Meter von 3.00 an
Knaben-Anzugstoffe
Bedeutend unter Wert fürzere Maße, feinsten Damen-Konfektionsstoffe sowie feinsten Herren-Anzugstoffe, passend für Kostümröcke, Roben, Kinderkleider, Abendmäntel und besonders für haltbarste Knabenhosen.

Teppiche fast für die Hälfte des Preises verkaufe ich in allen Größen und besseren Qualitäten mit kleinen Farbenfehlern und zurückgesetzten Mustern.
Billigste und beste Bezugsquelle für **Wäschebrautausstattungen und Bettfedern.**

Hermann Zadek
35 Breitweg 35 2568
— gegenüber der Ulrichstraße. —

Verkaufsräume 1 Treppe. Verkaufsräume 1 Treppe.

Hermann Giebeler, Schönebeck **Möbeltransport**
Zigarren-Spezialgeschäft für Stadt und Land per Bahn ohne Umladung erwünscht 2582
empfehlen sein reichsortiertes Lager in Zigarren und Zigaretten
in allen Preislagen. — Versand bei 7.00 Abnahme franko. **Wilhelm Eigenwillig jun.**
Zadenburg, Gaubergstr. 21.100. Tel. 5314. Persönl. Ausführung.

Bei meinen letzten Einkaufsreisen habe ich in allen von mir geführten Waren große Posten und Partien sehr billig gekauft und gebe diese infolge schnellen Umlages und verhältnismäßig geringer Geschäftskosten wieder zu außerordentlich billigen Preisen ab.
Als besonders vorteilhaft empfehle ich

Große Posten reinvollener Kleiderstoffe schwarz und farbige, sowie Tuche und Konfektionsstoffe
Herren-Anzugstoffe u. Paletotstoffe Cheviots und Manchester für Knaben-Anzüge
Gardinen, Teppiche, Plüschdecken
Sofaplüsch-Portieren — Uebergardinen
Tüllbettdecken, Stores, Steppdecken sowie einen außerordentlich großen Posten **Leinen- u. Baumwollwaren** für Ausstattungen u. täglichen Bedarf. —
Große Posten fertiger Damentücher in guten haltb. Qualitäten
Alles in großer Auswahl, guten Qualitäten und bekannt billig.
A. Karger, Gr. Marktstr. 8
Preise angegeben, unterlasse ich, da solche ohne gleichzeitiges Vorlegen der Ware keinen Wert haben.

Wegen Raummangels bin ich gezwungen, den Artikel

Teppiche aufzugeben und stelle den gesamten Vorrat zu **ganz außergewöhnlich billigen Preisen** zum Verkauf.

Vor Anfang der Saison soll das ganze Lager in

Herbst-Paletots nur elegante Neuheiten in besten Qualitäten — zu nie gekannt billigen Preisen geräumt werden.

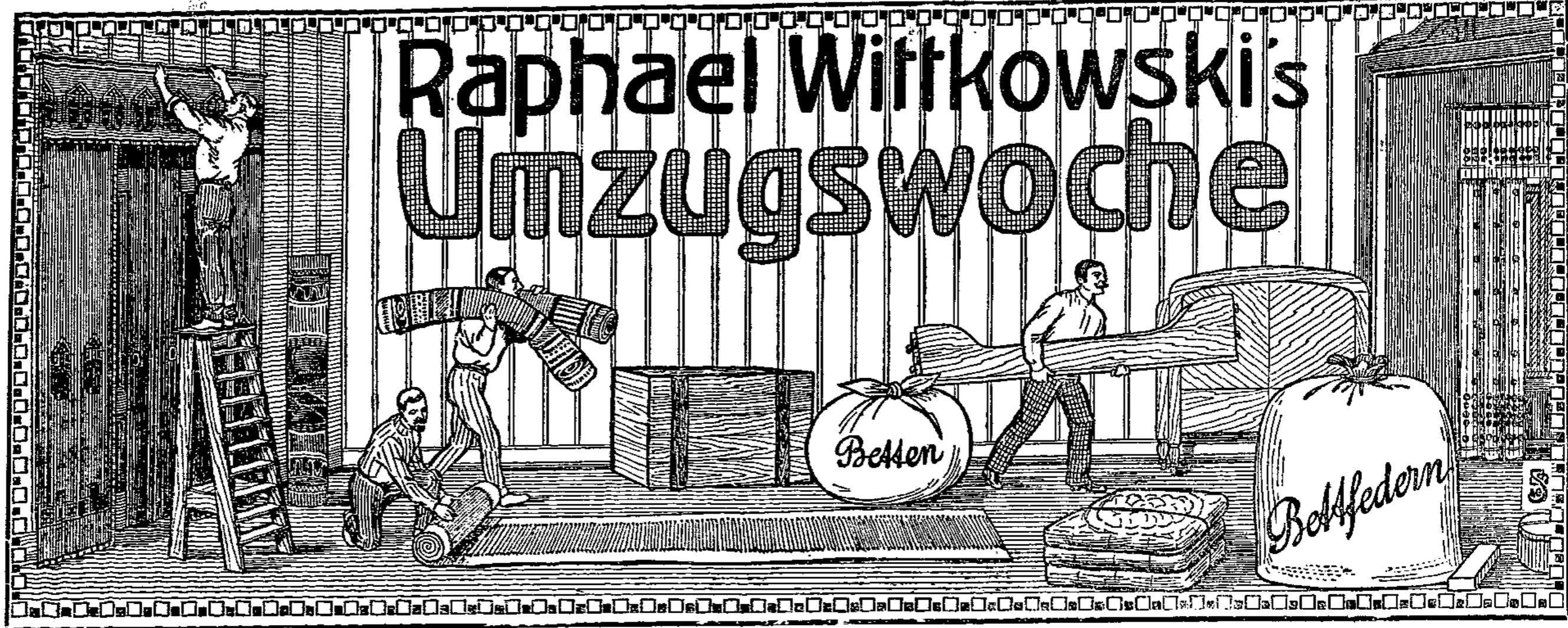
Extra-Preise für

Hüte und Mützen in den neuesten Farben und Fassons, für Herren und Knaben.

Adolph Michaelis
Ratswageplatz 1. Ecke Apfelstrasse.

Erstes Böhmisches Bettfedernhaus Gegründet 1814. 2533 Gegründet 1814.
Beste Bezugsquelle in **Bettfedern u. Daunen** doppelt gereinigt u. gedörrt, aus allererster Hand, v. 0.75 1.00 1.50 2.00 2.50 b. 7.00 Mt. an usw.
Fertige Betten Prima Zulett, gute Füllung, von 22 25 30 40 48 50 bis 100 Mt.
Eiserne Bettstellen u. Matr., Feldbetten, Kinderbettstellen elegante Ausführung.
Steppdecken mit Trittschutz, Leib-, Bett- und Tischwäsche.
Erüllingswäsche, Bettdecken und Gardinen, große Auswahl.
Friedr. Bischlager Dampf-Bettfedern-Reinigungsanstalt.
Magdeburg, Schwartfagerstrasse Nr. 23, (Eckhaus) Nr. 23.
Mitglied des Rabatts-Partners. Fernsprecher Nr. 1388.

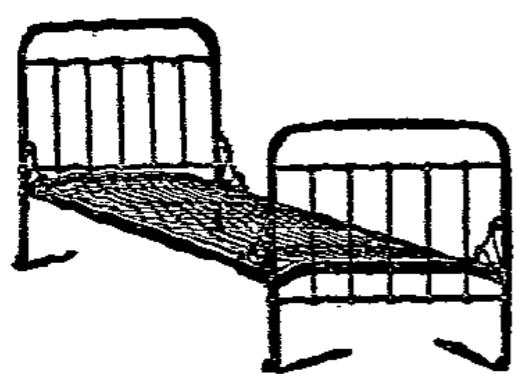
Raphael Wittkowski's Umzugswoche



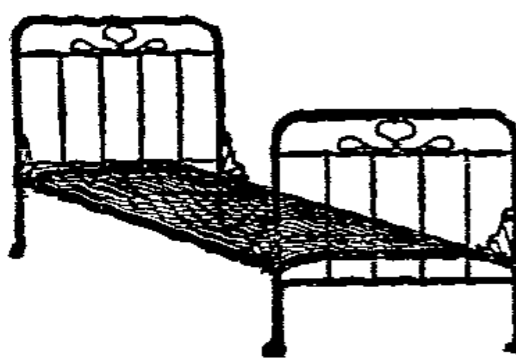
Magdeburg, Breiteweg 61.

2856

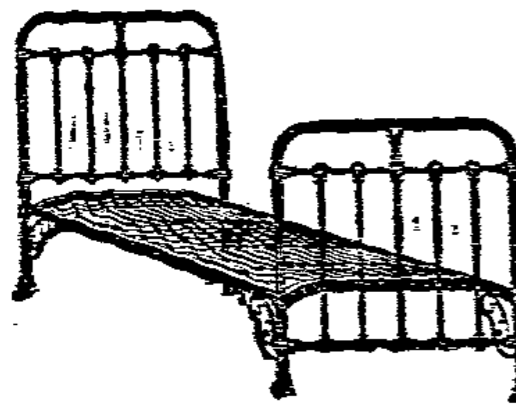
Große Verkaufswoche zu enorm billigen Preisen



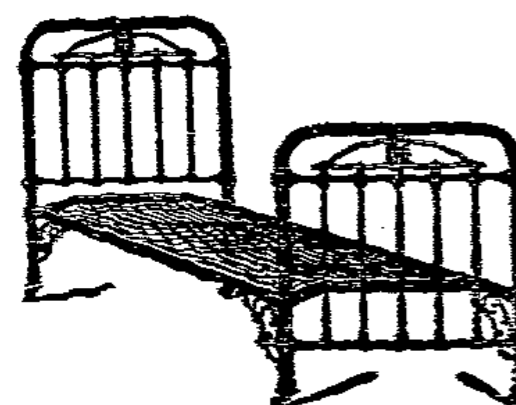
Bettstelle für Erwachsene mit Patent-Matratze
schwarz lackiert 17.25 Mk.
elisenb. lackiert 17.75 Mk.



Bettstelle für Erwachsene 21-mm-Stahlrohr, mit Patent-Matratze
schwarz lackiert 20.00 Mk.
elisenb. lackiert 20.50 Mk.



Bettstelle für Erwachsene 24-mm-Stahlrohr, mit Patent-Matratze
schwarz lackiert 27.75 Mk.
elisenb. lackiert 28.50 Mk.

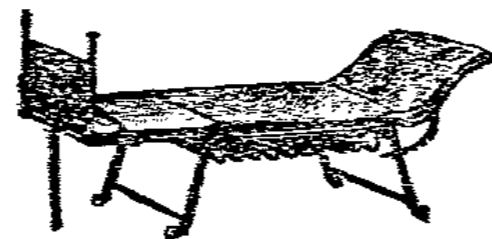


Bettstelle für Erwachsene 27-mm-Stahlrohr, mit Patent-Matratze
schwarz lackiert 36.50 Mk.
elisenb. lackiert 37.50 Mk.

Hervorragend billige Angebote!

- | | | |
|---------------------------|--|--------|
| Ein Posten Gardinen | Englisch Tüll, weiß und creme
Meter 65 48 42 | 25 Pf. |
| Ein Posten Gardinen | Englisch Tüll, abgepaßt, Fenster | 1.65 |
| Ein Posten Dekorationen | 2 Schals 5.25 4.00 2.25 | 2.25 |
| Ein Posten Dekorationen | 2 Schals, 1 Lambrequin, Tischstuch Garnitur 6.50 5.25 3.95 | 3.50 |
| Ein Posten Stores | (Lein. im.) 2 Schals, 1 Lambrequin Garnitur 8.75 6.75 5.50 | 1.95 |
| Ein Posten Rouleau-Damast | creme und gold
Meter 85 78 70 | 65 Pf. |
| Ein Posten Steppdecken | in rot, blau oder grün
Stück 9.50 6.— 4.50 | 2.95 |
| Ein Posten Schlafdecken | bunt und weiß
Stück 2.75 1.85 1.50 | 1.00 |

Wir haben unsere Spezialabteilung „Bettstellen“ ganz enorm vergrößert, und bieten wir eine reiche Auswahl modernster Bettstellen zu wirklich billigen Preisen



Neu aufgenommen:
Chaiselongues gute Kräf. m. und
Korkenbez. 35.00 25.00

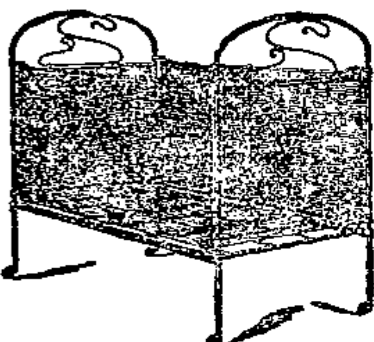
Polsterbetten

mit Holzwole-Polsterung und Jutebezug, Kopf- und Fußfüßen 5.50
mit Segras-Polsterung und Jutebezug, mit verstellbarem Kopfteil 9.50

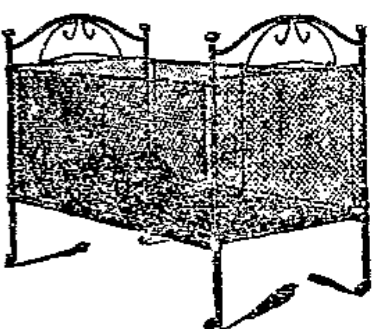
Kinder-Bettstelle mit Bandeisenboden elsenbein lackiert 7.50 Mk.



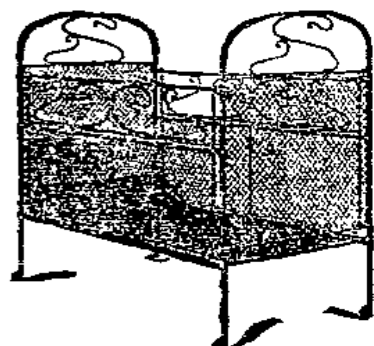
Kinder-Bettstelle mit Bandeisenboden 70x140 cm, elsenbein lackiert 12.75 Mk.



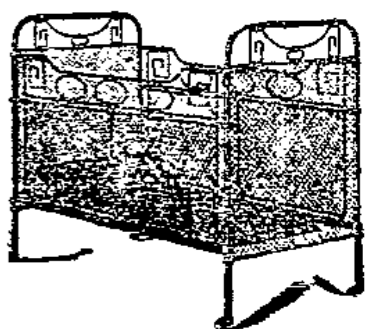
Kinder-Bettstelle mit Spiralfedermatratze und verstellbarem Kopfteil elsenbein lackiert 15.25 Mk.



Kinder-Bettstelle mit Spiralfedermatratze und verstellbarem Kopfteil 70x140 cm, elsenbein lackiert 18.00 Mk.



Kinder-Bettstelle mit Spiralfedermatratze und verstellbarem Kopfteil 70x140 cm, elsenbein lackiert 19.50 Mk.



Fertige Betten enorm billig!

Bett I, komplett 1 Deckbett, 1 Unterbett, 2 Kissen 10.50
Bett III, komplett 1 Deckbett, 1 Unterbett, 2 Kissen 20.50

Polster-Matratten

für Kinder aus Jute-Leinen mit Segrasfüll. 4.50
aus rot od. rot/rosa gestr. Dreil. mit Segrasfüllung 5.60
für Erwachsene aus Jute-Leinen mit Segrasfüll. 5.50
aus rot od. rot/rosa gestr. Dreil. mit Segrasfüllung 7.50

Fertige Betten grosse Auswahl!

Bett V, komplett 1 Deckbett, 1 Unterbett, 2 Kissen 37.00
Bett VI, komplett 1 Deckbett, 1 Unterbett, 2 Kissen 43.50

Unsre Modellhut-Ausstellung

in der I. Etage ist
sehenswert

10. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 219.

Magdeburg, Sonntag den 18. September 1910.

21. Jahrgang.

Magdeburger Meineidsprozesse.

Von Georg Wizerowski (Staffurt).

In der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie spielt die Justiz eine hervorragende Rolle. Ungeheure Summen an Geldstrafen, eine unendliche Reihe von Jahren Freiheitsstrafe, die oft genug eine Zuchthausstrafe gewesen ist, sind über sie verhängt, und was für den Arm der Justiz unerreicht war, hat der Arm der höhern oder niederen Polizei häufig sehr wohl zu treffen gewußt. Zu den Gerichten, die in den Ruf gekommen sind, besonders harte und strenge Urteile zu fällen, gehörte lange Jahre hindurch das Magdeburger. Der Geist Tessendorfs, der hier in der Sozialistenverfolgung seine Spuren verdient hat, schwebte lange über dieser Stadt und verlich der Magdeburger Justiz gegenüber der Sozialdemokratie ein eigenartiges Gepräge.

Das Sozialistengesetz war gefallen, Tessendorf hatte Magdeburg schon verlassen und an seine Stelle war Matzler getreten. Er bemühte sich um so mehr, in den Fußspuren seines großen Vorgängers zu wandeln, als nunmehr mit Hilfe des „gemeinen“ Rechts zustande gebracht werden sollte, was mit Hilfe des Ausnahmegesetzes nicht hatte erreicht werden können. Dies Bestreben war um so lebhafter, als in der Reichstagswahl von 1890 von der Sozialdemokratie ein herrlicher Sieg errungen worden war, der die Gegner in Bestürzung versetzt und lebhafteste Befürchtungen in ihnen wachgerufen hatte.

Zu den Kreisen, die damals zum erstenmal einen sozialdemokratischen Kandidaten durchgebracht hatten, gehörte auch der 7. magdeburgische, der Wahlkreis Kalbe-Naherleben. Deshalb mußte der Sozialdemokratie in diesem Kreise ganz besonders scharf auf die Finger gesehen werden. Das bejagte namentlich auch der Bürgermeister Reinhard in Staffurt so rücksichtslos und mit so bemerkenswertem Ungeheiß, daß er alsbald eine europäische Berühmtheit wurde.

Staffurt ist der bekannte Ursprungsort der Kallindustrie und Sitz des Kall Syndikats. Hier fand am 17. Februar 1891 eine Volksversammlung statt, in der ein junger Genosse, namens Wärtens, referierte. Prompt erfolgte eine Anklage, weil er Staatseinrichtungen verächtlich gemacht habe. Er hatte nämlich in seinem Referat gesagt: „Das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz gewähre keine ausreichende Unterstützung; der alte Arbeiter bekäme nur 33 1/2 Pfennig pro Tag, wofür er sich nur eine Pfeife Tabak und einen Schnaps kaufen könne“ — ferner: „die Rechtspflege ist im Besitz der herrschenden Klassen.“

Weiter sollte er gesagt haben: „Das heutige Rechtspflege-System ist ein miserables.“

Die Verhandlung fand am 1. Juni 1891 vor der 2. Strafkammer in Magdeburg statt. Wärtens hatte zwei Entlastungszeugen, die Genossen Holz und Wizerowski, laden lassen. Ihre Aussagen wurden auf Antrag des Staatsanwalts protokolliert. Das Protokoll führt sie — unter Weglassung einiger Nebensächlichkeiten — wie folgt an:

Wizerowski: Erinnerung ist mir nur noch, daß Angeklagter auch über das Invaliditätsgesetz gesprochen hat und sich in der Richtung abfällig geäußert hat, daß er ausführte, das Gesetz gebe dem Arbeiter nicht ausreichend; nicht habe ich gehört, daß er bei dieser Gelegenheit gesagt und berechnet hat, der alte Arbeiter bekäme nur 33 1/2 Pf. pro Tag, wofür er sich nur eine Pfeife Tabak und einen Schnaps kaufen könne. Im weiteren ist Angeklagter auf die Rechtspflege zu sprechen gekommen. Bei dieser Gelegenheit äußerte der Angeklagte, daß die Rechtspflege in den Händen der besitzenden Klasse sei. Ich habe nicht gehört, daß er daran eine weitere Bemerkung geknüpft hat, daß die Rechtspflege miserabel sei, ich hätte es unbedingt hören müssen, weil ich dicht neben dem Angeklagten saß.

Holz: ... Der Angeklagte hat geäußert, die Rechtspflege sei Privateigentum der besitzenden Klasse, sei korrekturbedürftig und lasse viel zu wünschen übrig, er hat aber hierbei nicht das Wort miserabel gebraucht, ich hätte es unbedingt hören müssen; zwei andre, die dicht neben mir saßen, haben es auch nicht gehört. Ich kann daher bestimmt sagen, daß bei der Rechtspflegebehandlung das Wort „miserabel“ nicht vorgekommen ist.

Belastungszeugen waren die beiden überwachenden Beamten, Polizeikommissar Bud und Polizeiergeant Siemann. Diese beiden behaupteten mit aller Entschiedenheit, daß Wärtens unser Rechtspflege-System als miserabel bezeichnet habe. Sie stützten sich hierbei besonders auf das Notizbuch des Bud, in dem er unterstrichen eingetragen hatte: „Rechtspflege-System miserabel.“ Ferner aber auf den Umstand, daß Siemann sofort den Bud angestochen und nachher zu ihm gesagt habe: „Wärtens habe das Richteramt beleidigt.“

Zwischen den Ent- und Belastungszeugen kam nun der Widerspruch des „miserablen“ Rechtspflege-Systems. Wärtens wurde zu drei Monaten Gefängnis aus § 131 des Reichsstrafgesetzbuchs verurteilt, aber nicht wegen

der strittigen Äußerung, obwohl sie als tatsächlich gefallen angesehen wurde. Das Gericht sah sie aber als eine subjektive Meinungsäußerung an, die straflos bleiben müsse. Die Verurteilung erfolgte vielmehr wegen der Äußerung, daß die Rechtspflege Privatbesitz der herrschenden Klasse sei; weil in ihr das Behaupten oder Verbreiten erdichteter oder entstellter Tatsachen zur Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen enthalten sei, wie der genannte Paragraph es verlange. Daß die Äußerung, die Rechtspflege sei Privatbesitz der herrschenden Klasse, gefallen sei, hatten auch Holz und Wizerowski bezeugt, die von ihnen bestrittene Äußerung von dem miserablen Rechtspflege-System aber war straffrei geblieben. Sie hatten also Wärtens keineswegs entlastet oder begünstigt.

Am 18. Juni wurde Wizerowski, am 19. Juni Holz wegen dringenden Verdachts des wissentlichen Meineids in Untersuchungshaft genommen. Dieser Verdacht war materiell wie psychologisch sehr unbegründet. Die öffentliche Verammlung, in der die Sache ihren Anfang genommen hatte, war von 500 bis 600 Personen besucht gewesen, die alle auch das gehört hatten, was Wärtens gesagt hatte. Welche unglaubliche Dummheit wäre es da von Holz und Wizerowski gewesen, wissentlich etwas Unwahres auszusagen! Gegebenenfalls hätten ihnen ja Hunderte von Gegenzeugen gegenübergestellt werden können! Und welches Motiv sollten Holz und Wizerowski zu einem Meineid gehabt haben? Die immer und immer, bis in das Urteil hinein aufrechterhaltene Fiktion, daß sie Wärtens begünstigen, ihn vor der drohenden Strafe schützen wollten, ist dadurch widerlegt, daß sie ja gerade das ausgesagt haben, was zu Wärtens' Verurteilung geführt hat. Außerdem ist zwischen der Befundung der Polizeibeamten „miserables Rechtspflege-System“ und der Ablehnung der Worte „miserable Rechtspflege“ ein so gewaltiger Unterschied, nicht allein in lautlicher, sondern auch in begrifflicher Beziehung, daß schon deshalb keine Verurteilung zu erwarten war. Mit dem einen Ausdruck würde man unsere Justizorgane beschimpfen, mit dem andern unsere Richter.

Diese Erwägungen hatten keinen Platz bei den in Frage kommenden Richtern des Magdeburger Landgerichts. Die Untersuchungshaft wurde aufrechterhalten und das Verfahren nahm seinen Fortgang — langsam — langsam. Es meldete sich eine Anzahl von Versammlungsbesuchern, die alle von einer Äußerung über unser miserables Recht-

Die Brüder.

Von M. Andersen-Negö.

(6. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Lars Kaempes Wahnsinn variierte mit der Witterung und folgte derselben in ihren Hauptzügen. An sonnigen Tagen war er ziemlich unangenehm, stürmte es, so wurde er böse. Wenn die Herbststürme einfielen, dann schien des Bruders Andenken sein ungeschleiertes Bewußtsein zu tangieren. Er hielt sich dann stets im Haus auf, und die Nachbarn sahen, wie er stundenlang auf dem Tisch saß und segelte. Er hatte ein Loch in den Tisch gebohrt, einen Stock als Mast errichtet und einen Jochen daran gehängt; da saß er, ein Bein auf je einer Seite des Mastes, zog an verschiedenen Stricken, hatte rückwärts einen Stock als Steuer, beugte sich spähend vornüber, als starrte er in dichtes Dunkel hinaus. Und er manövrierte gegen die eingebildeten Wellen, griff weit über die Tischkante hinaus, rief des Bruders Namen und lachte, daß es durch das Haus gellte. Draußen in seinem Garten hatte er eine Grube gegraben, die füllte er zuweilen mit Wasser aus dem Brunnen, trug den Tisch ins Wasser und segelte dann dort. Die Nachbarn hatten ihren Spaß daran.

So vergingen einige Jahre. Sein Zustand schien sich weder zum Bessern noch zum Schlechtern zu wenden, aber die Leute dachten nicht mehr daran, ihn wegzuschicken. Er war ein notwendiger Lyrusgegenstand für sie geworden.

Da kam derselbe Missionar, der so wesentlich dazu beigetragen hatte, Peter um den Verstand zu bringen, auf einer Rundreise wieder nach der Insel. Er wollte die schon Geworbenen in ihrem guten Wandel bestärken und dem Gottesreich neue Anhänger gewinnen. Um größere Ansehens einzubringen, hatte er verbreiten lassen, das jüngste Gericht sei vor der Tür.

Am die Zeit, zu welcher die Verammlung anberaumt war, sah man Frauen aller Altersstufen und Stände dem Missionsgebäude zustromen. Sie drängten sich in die vordersten Bänke, um dem Gottesmann möglichst nahe zu sein. Nur auf der ersten Bank wollte keine von ihnen Platz nehmen, denn da saß Lars Kaempe, glucksend wie gewöhnlich. Es kamen auch viele Männer, die meisten mußten im Hintergrund stehen oder die Schenkel benutzen, denn der ganze Saal war mit Frauen angefüllt.

Der närrische Lars Kaempe saß da mit seinem idiotischen Grinsen, und die Weiberchor wiegte sich mit delirierendem Ausdruck hin und her und sang den letzten Vers:

Lebest du, lebst du das Leben,
Wie Gott der Herr es gegeben?
Stehst dein Nam' im Himmelsaal?
Wohnst in Gottes Reiche du?
Ach, ich frage noch einmal:
Lebest du?

Die kleine Orgel schwieg, aber die Frauen verweilten siebend auf dem letzten Ton und zogen ihn in die Länge. Dann fielen sie ab, eine nach der andern, ungern und widerstrebend.

Der Gottesmann stand auf dem Rednerstuhl, mit aufwärts gewandtem Antlitz und schmerzigen Krügen.

„Es ist unmöglich, daß das Vergernis nicht kommen sollte, aber wehe dem, durch den es kommt!“

Viele sind es, die Vergernis gegen Gott erwecken. Fürs erste sind es die Weiber: alle die halben, die lauen. Sie möchten gern mit einem Bein in dieser Welt, mit dem andern im Himmel stehen —

„Gott, wach unanständige Stellung.“ flüsterte eine alte Gouvernante ihrem Seitenmann zu.

Aber wenn das Weltgericht kommt und der Himmel sich weit von der Erde trennt, da wird es sie auseinanderreißen. — Dann sind es die Sünder. Sie sind noch besser als jene, denn in ihnen käufte sich niemand. Sie wüteten gegen den Himmel und jagten wie gepöckelte Hühner nach den Lodungen dieser Welt. Aber sie werden leben, daß es jähmer ist, wider den Stachel zu lecken. Betrüger, Räuber, Meineidige! Wann doch werden sie einsehen, daß mit sie es sind, sie allein, nach denen Gott sandte. Aber auch in ihrer Verworfenheit müssen sie dem Gottesreich dienen, denn Gott verkehrte das Böse in Gutes, und diese elenden Sünder müssen den wirklich Gläubigen als ein warnendes Beispiel vor Augen stehen, auf daß sie sich niemals verirren von dem Pfade der Seligkeit.

Das stereotyp Grinsen war von Lars' Antlitz verwunden; seine schlaffe Miene machte während der Rede den Eindruck, als arbeite er mit einer Erinnerung, die auf der Schwelle des Erwachens lag, aber sie nicht überschreiten konnte. Seine Augen waren starr auf den Missionar geheftet und trachteten, dessen Jüge zu verdrängen.

Der Missionar fuhr fort:

„Warum wohl das Vergernis auf Markt und Straßen suchen, wenn man es mitten unter sich hat. Das hieße über den Bach nach Wasser gehen. Oder wißt Ihr Euch etwa frei? Ist einer unter Euch, der nicht den Biß im Fleische hätte, so erhebe er sich und trete hervor, auf daß ich seine Füße küssen kann! (Es kam keiner, aber viele weinten.)“

Ihr seid Gottes Kinder nicht! Was würdet Ihr sagen, wenn Christus mitten unter Euch stünde? Ihr wißt es nicht; aber ich weiß, was ich sagen würde! Ich würde sagen: Ich grüße dich, meine Herzensliebe! — Ihr aber, Ihr würdet schreien und jubeln, wenn ein Weib nackt, ganz nackt über den Platz getrieben würde. Denn Ihr seid Kinder des Teufels! (Die Weiber weinten heftig, und über die Waden der Männer gingen kraupfahne Zuckungen.)

„Doch Ihr seid es nicht alle, aber Ihr habt sie in Eurer Mitte, die Vergernis geben, die lauen Weiber und die verstockten Sünder. Ihr habt sie zu Geschwistern, zu Eltern, zu Kindern! Hütet Euch vor ihnen, sie sind vom Satan ausgehört, Euch zu verführen; allein jeder, der sieht, liebe wohl, daß er nicht falle. Stehet nicht geschrieben: Wenn dich dein Auge ärgert, so reiße es aus? Das ist's, das sollt Ihr tun. Doch hütet Euch, unrecht zu tun, und prüfet sie zuerst! Prüfet sie mit Gebeten und Gottes Wort, so werdet Ihr so gleich sehen, ob sie Gott oder Satanas in ihrem Herzen tragen. Denn kein Teufel kann dem Kreuzeszeichen standhalten. Und können sie den Brotgeruch nicht vertragen, dann hinaus aus dem Bäckladen mit ihnen!“

Lars Kaempe war bei diesen letzten Worten aufgesprungen. Sein Gesicht leuchtete in fast überirdischer Intelligenz, seine Stimme schmitt in stöhrenden explosiven Ausdrücken durch die Versammlung:

„Bist du der Satans Dul — Kannst Du nicht Brot genug haben, Du Hurenschlag! — Siehst da mit dem Messer im Hals und schreibst nach mehr! — Hinaus aus dem Bäckladen mit Dir!“

Wie eine Klage war er dem Missionar an der Kehle, rief ihn vom Rednerstuhl herab und wälzte sich über ihn auf dem Boden.

Die Weiber schrien und wurden ohnmächtig, aber rasch kamen Männer aus dem Hintergrund herbei und zogen den Verrückten fort. Der Missionar lag still und unbeweglich mit herausgetretenen offenen Augen und verzerrtem Munde da. Er war tot.

„Das könnte satanismisch werden.“ sagte der Arzt, der den toten Missionar untersuchte. Die Religion, die Wahnsinn schafft, und der Wahnsinn, der sich gegen seinen Urheber wendet und ihn zerreiht. Aber im Grunde paßt es nicht, denn der Mann starb vor Schreck. Diese Art Leute ist in der Regel feig.“

Lars Kaempe war in der Stadt unmöglich geworden, seitdem er sich an dem Heiligen vergriffen hatte, und er wurde in ein Irrenhaus gebracht, wiewohl der Arzt behauptete, daß sich Symptome der Besserung bei ihm zeigten.

Ende.

sprechungssystem nichts wußten. Sie wurden in der Voruntersuchung vernommen. Elf von ihnen erklärten bestimmt, daß Wärtens das nicht gesagt habe, zehn andre hielten das nicht gehört, auch Wärtens erklärte nun als Zeuge, das nicht gesagt zu haben. Trotzdem wurde ein erneuter Antrag auf Haftentlassung abgelehnt und die Beschwerde dagegen zurückgewiesen.

Der Untersuchungsrichter vernahm nun nochmals fünf von den 22 Zeugen und vereidete sie. Vier von ihnen hatten erklärt, nichts gehört zu haben, und blieben auch unter Eid dabei, der fünfte aber, Neßler, der Vorsikende jener Versammlung, erklärte unter Eid, daß er bestimmt wisse, daß Wärtens damals das Wort miserabel in bezug auf die heutige Rechtspflege nicht gebraucht habe. Die Folge davon war, daß auch Neßler unter dem dringenden Verdacht des wissentlichen Meineids und der Begünstigung von Holz und Wisorowski am 13. September 1891 in Untersuchungshaft genommen wurde. Als Holz und Wisorowski das erfuhren, waren sie der Meinung, daß diese Verhaftung wohl geeignet sei, die übrigen Entlastungszeugen wankend zu machen und gaben ihre Sache verloren.

Endlich kam der Tag der Hauptverhandlung vor dem Magdeburger Schwurgericht, der 21. Januar 1892, nachdem Holz und Wisorowski 7 Monate, Neßler 4 Monate die Qualen der Untersuchungshaft erduldet hatten. Aus den mindestens 500 Hörern des Wärtensschen Vortrags war es der Anklagebehörde nicht gelungen, weitere Zeugen zur Unterstützung der Anklagen der beiden Polizeibeamten zu finden. Sie war auf die beiden Beamten als Zeugen beschränkt. Das war für sie angesichts der zahlreichen Entlastungszeugen eine schwierige Sache. Deshalb unternahm die Verhandlungsleitung zunächst die Feststellung, ob die betreffende Versammlung auch eine solche gewesen wäre, zu der jedermann Zutritt hatte. Als dies und damit auch festgestellt war, daß nicht etwa nur Sozialdemokraten in der Versammlung gewesen seien, mußte jeder Zeuge unter seinem Eid darüber auszusagen, ob er Sozialdemokrat sei. Nebenher ging so die Andeutung, daß die Sozialdemokraten ihre Parteigenossen nicht im Stiche lassen. Es sind 16 Entlastungszeugen vernommen worden, von denen nun noch acht beschworen, daß Wärtens die Meinungen von dem miserablen Rechtssystem nicht getan habe, die übrigen acht bekundeten, daß sie eine solche Meinungsäußerung nicht gehört hätten.

Gegenüber einem so überwältigenden Entlastungsbeleg hätte das Gericht, so vermutet man, zu einem Freispruch, mindestens aus dem Non liquet — es ist nicht aufgeklärt — heraus, gelangen müssen, aber es kam anders. Besonders schwierig lag der Fall Wisorowski. Er hatte ausgesagt, er habe die Meinungsäußerung bezüglich der miserablen Rechtspflege nicht gehört und erit auf Befragen hinzugefügt, daß er sie hätte hören müssen — was ein ganz subjektives Urteil und keine Befundung einer Tatsache ist, die unter den Zeugeneid fällt. Seine Aussage, von der Pfeife

Tabak und dem Schnaps nichts gehört zu haben, widerspricht nicht der Feststellung, daß Wärtens diese Worte gebraucht hat. Sie steht obendrein unter dem Eindruck des Beginns seiner Aussage: „erinnerlich ist mir nur noch“ —, womit er also ausgedrückt hat, daß er sich der Sache nicht mehr ganz klar erinnere und nur aus einer mangelhaften Erinnerung heraus seine Aussage mache.

Die Geschwornen sprachen trotzdem über die drei Angeklagten das Schuldig des wissentlichen Meineids! und zugleich der Begünstigung des Wärtens, bei Neßler Begünstigung von Wisorowski und Holz, um diese der Strafe zu entziehen.

Der Staatsanwalt selbst schien von dem Wahrspruch der Geschwornen, die ihn ja nicht zu begründen brauchen, überrascht. Da den Angeklagten der § 157 Ziffer 1 des Strafgesetzbuchs zur Seite stand und sie nur mit höchstens der Hälfte der auf sie entfallenden Strafe belegt werden konnten, so beantragte er 1 Jahr Zuchthaus, entsprechende Anrechnung der Untersuchungshaft und demgemäß Umwandlung in Gefängnisstrafe. Das Gericht erkannte gegen Holz und Wisorowski auf je ein Jahr sechs Monate Zuchthaus und Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft, gegen Neßler auf ein Jahr drei Monate Zuchthaus und Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft, gegen alle drei auch auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren.

In der Urteilsbegründung kehrt die durchaus widerlegte Fiktion wieder, daß das Motiv zur Tat die Bewahrung der politischen Parteigenossen vor Strafe gewesen wäre. Strafschärfend sei insbesondere ins Gewicht gefallen die Hartnäckigkeit des Vorgehens der Angeklagten, die Verächtlichkeit der Unwahrheit den überwachenden Polizeibeamten gegenüber, der Mangel jedweder Reue, die Gemeingefährlichkeit der Handlungsweise, die bekundete ehrlose Gesinnung.

Die drei Verurteilten wurden also hinter den Mannern der Lichtenburg für einige Zeit lebendig begraben.

Nun folgte der zweite, größere Akt, dessen Einzelheiten jedoch nicht mehr vorgetragen zu werden brauchen. Die acht Zeugen, die in der Hauptverhandlung gegen Holz, Wisorowski und Neßler ebenfalls beschworen hatten, daß Wärtens nichts von dem miserablen Rechtssystem gesagt habe, wurden nun in Untersuchungshaft genommen und gleichfalls des Verbrechens des wissentlichen Meineids angeklagt. Entlastungszeugen wurden nun, weil nutzlos, nicht mehr aufgeboden.

Die nunmehr selbstverständliche Beurteilung der acht erfolgte durch das Schwurgericht Magdeburg am 28. April 1892 zu je ein Jahr sechs Monaten Zuchthaus — eine dabei befindliche Frau erhielt „nur“ ein Jahr Zuchthaus — und den üblichen Nebenstrafen. Die von einigen eingelegte Revision veranlaßte eine nochmalige Verhandlung vor demselben Schwurgericht mit dem Erfolg,

daß die Strafe für sie von 1 Jahr 6 Monaten auf 1 Jahr 5 Monate Zuchthaus herabgesetzt wurde. Auch die acht wurden nun vorläufig lebendig begraben.

Im ganzen haben diese Aktionen der Magdeburger Justiz elf Personen fünfzehn Jahre vier Monate Zuchthaus und 55 Jahre Ehrverlust eingebracht, ungerechnet die Untersuchungshaft, soweit sie nicht auf die Strafe angerechnet ist und ungerechnet den gräßlichen Schmerz und das materielle Elend, das neben den Verurteilten auch die Familien der elf betroffen hat.

Die Sozialdemokratie ist aber in Staßfurt nicht ausgerottet worden. Ihr wurden durch die Prozesse große Sympathien und viele Anhänger zugeführt.

Gingegangene Druckschriften.

Nicht verlangte Zulieferungen werden nicht zurückgefordert! Bestellungen vorbehalten.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 51. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Wir den Teufel oder der Teufel uns? — Der Parteitag in Magdeburg. Von Rudolf Hilferding. — Kopenhagen. Von F. Karst. — Die preussische Distrikts- und die russische Erziehung. Von L. Martoff. — Ein Vorschlag zur Budgetfrage. Von Otto Braun (Königsberg i. Pr.). — Nochmals: Die Konsumvereine und die Einheit der Arbeiterbewegung. Von Ernst Lenz. — Zur Frage der Landtagitation. Von Karl Marxonius (Königsberg). — Jugendausschüsse und Jugendabteilungen der Gewerkschaften. Von W. Schumann. — Der elässische Detroi-Wechselbalg. Von Jean Martin (Mühlhausen i. E.). — Historischer Materialismus und neueste Statistik. Von Julian Burghardt. — Literarische Rundschau: Karl Bücher, Die Frauenfrage im Mittelalter. Von Th. Schlegel. Dr. Rudolf Eisler, Geschichte des Monismus. Von Th. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Fleischwucher! Die Gottesgnaden! Rede gehalten am 1. September 1910 in Frankfurt a. M. von Hermann Wendt. Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M. Preis 10 Pfennig. Eben jetzt, wo ganz Deutschland unter dem Fleischwucher leidet, und die meisten staifernden ungeheures Aufsehen erregen, wurde diese kräftige, überzeugende Rede vor Frankfurter und Offenbacher Arbeiter gehalten. Der Gedanke, sie im Druck erscheinen zu lassen, scheint ein glücklicher gewesen zu sein, mußte doch unsere Frankfurter Parteibuchhandlung auf die erste Ankündigung hin gleich 20 000 Exemplare drucken lassen. Zum dauernden Gedächtnis ist in der Broschüre noch die Gottesgnadenrede wortwörtlich abgedruckt.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erschien soeben: Söhre, Die deutschen Arbeiter-Konsumvereine. An der Entstehung und Entwicklung einiger deutscher Konsumvereine schildert der Verfasser in eingehender Weise die einzelnen Arten dieser Vereinsbildungen. Söhre hat das Material zu seinem Buch aus den Aktenstücken der geschilderten Vereine mühsam zusammengetragen. Die bis in die kleinsten Einzelheiten gehende Schilderung läßt erkennen, welche Widerstände zu überwinden waren und auch noch zu überwinden sind, um die Konsumvereine zu einer Machtenistung zu bringen, wie sie alle Freunde der Bewegung erstreben. Preis brosch. 12,50 Mark. Halbfranzband 16 Mark.

Anzeigen aus Burg

Burg

OTTO PUSSEL

Burg

Blusen- und Kleiderstoffe

Für Herbst

2907

Adante Neuheiten

und Winter

Sporket's Weltstiefel

Einheitspreis **750 Mk.** für Herren und Damen

Garantie für Haltbarkeit.

Direkter Fabrik-Verkauf ohne jeden Zwischenhandel.

Verkaufsstellen:

Magdeburg Schwibbogen gegenüber der Kirche

Burg Schurtauer Straße 26.

Den verehrl. Vorständen aller Arbeiter-Vereinigungen des Bezirks Magdeburg empfiehlt sich zur Herstellung von Drucksachen aller Art in einfacher und geschmackvoller Ausführung die

Buchdruckerei W. Pfannkuch & Co.

Magdeburg, Gr. Münzstr. 3

Vermöge ihrer mit den neuesten Maschinen ausgestatteten Buchbinderei ist die Firma in der angenehmen Lage, allen Wünschen der verehrl. Kundschaft hinsichtlich der unsreru Geschäft überweisenen Buch- u. bindenarbeiten gerecht zu werden

Burg Wo decken Sie Ihren? Burg

nächsten Einkauf?

Sehr vorteilhaft u. preiswert kaufen Sie bei

Paul Hentrich Schurtauer Straße 46

Mitglied des Rabatt-Vereins Burg bei Magdeburg

Empfehle mein Lager von Neuheiten in sämtlichen Kleider- u. Blusenstoffen, Baumwollwaren, Aussteuerartikeln, Bettfedern u. Daunon, Damen- u. Kinder-Paletots, Winterjoppen, Unterzeugen, Tisch-, Schlaf- u. Bettdecken, Damen- und Kinder-Schürzen, Bockskins, Herren-Artikeln, Schirmen, Schals u. Tüchern, Gardinen, Strickwolle, Kurzwaren usw.

Bei Barzahlung 5% Rabatt!

Dieser Vorteil sollte niemand unberücksichtigt lassen. Machen Sie einen Versuch, und jeder wird die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen, bei jeder und zugleich billiger nirgends kaufen zu können.

Burg Billigste Preise! Burg

BURG Adolf Mendel Nachflg.

Inhaber: Otto Blank

zeigt an den Eingang sämtlicher

Neuheiten in Kleider-Stoffen

in den modernsten Farben und Geweben, als:

Perl-Kammgarn
Perl-Cheviots
Französisch Krepps

Satin-Kaschmire
Direktoire-Kaschmire
Direktoire-Coteline

Soleil-Tuche
Satin-Tuche
Damen-Tuche

Kostüm-Stoffe

Neuheiten in Tüll-Einsätzen

2916

in allen neuer moderner Farben.

Grosse Auswahl in Blusen-Stoffen in Wolle, Samt und Seide
BURG

BURG Möbel Polsterwaren Säрге

empfehlte billigst
Ruhbaum Schränke, Verikos und Spiegelschränke sowie einige kleine Wirtschaften hat wegen Zurücknahme überst billig abzugeben
G. Stollberg.

BURG Herbst-Neuheiten 1910 BURG Damen-Hüte Bazar Siegm. Haag

nach den neusten Modellen gearbeitet empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen
Aeltere Hüte werden geschmackvoll u. preisw. umgearbeitet

BURG Zur Saison BURG Herren- und Knaben-Filzhüte

in allen gangbaren Farben zu den denkbar billigsten Preisen.
Br. Rettinger, Markt 22.

BURG Beim Beginn der Winterfaison BURG Damen- u. Kinderhüten

empfehle mein reichsortiertes Lager in eleganten und einfacher Ausführung bei billiger Preisstellung - Bitte um Besichtigung meiner Ausstellung
Marie Köslar ■ BURG ■ Deichstr. 25

BURG Habe einen größeren Posten BURG Winter-Goldparmänen

gut sortiert, an Private abzugeben. Gleichzeitig empfehle andere gute Sorten Obst preiswert. Verkauf auch nach außerhalb.
Karl Müller, BURG, Markt 27.

BURG Bäckerei und Konditorei BURG

Bringe meine Bäckerei und Konditorei in empfehlende Erinnerung. Heute Sonntag empfehle ff. Dienenitisch, Stranz, Pfäumen- und Apfelsuchen, ff. Pfannkuchen. Als Spezialität: Pfunderhörndchen mit Marzipanfüllung u. sämtliche andre Kaffee- und Teegebäck. - Bestellungen auf Torten nehme entgegen. - Ferner empfehle großes Hausbrot bei schwerstem Gewicht.
Hermann Edeling Bäckerei und Konditorei Mühlenstraße 1.

BURG :: Schuhwaren :: BURG

Es soll und muß verkauft werden:
1 Posten Herrenzug- u. Schnürstiefel 40/46 à Paar 4.90
1 Posten Damen-Schnürstiefel 36/42 à Paar 5.75
1 Posten Robl.-Schnür- u. Knopfstief. 22/24 à Paar 1.95
1 Posten " " " 25/26 à Paar 2.25
1 Posten " " " 27/30 à Paar 2.75
1 Posten " " " 31/35 à Paar 3.25
Carl Sonntag, Schuhlager Markt und Deichstraßen-Ecke.

BURG Buletten BURG

Große Brahmstraße 16. :: Franzosenstraße 65.
Empfehle täglich frische
Auch nehme Bestellungen auf dieselben jederzeit gern entgegen.
Robert Kirchhoff, Telephon 524.

Otto Steinbach, BURG

2874
Breiteweg 9
empfehle mein großes Lager in Reiseförben, Waschkörben und Kiepen, Marktstaschen, Ein- und Zweibeckelkörben, Korbsesseln, Liegeklappstühlen usw.
Ferner eine reiche Auswahl von Kindertwagen, Sportwagen sowie Leiterwagen in allen Größen.

BURG P. Müller Nachf. Oskar Ilse BURG Uhren aller Art.

Empfehle mein großes Lager in Gold-, Silber-, Alfenidwaren zu billigen Preisen.
Reparaturen sauber, schnell und billig.

BURG Heinrich Reinecke BURG Schuhwaren

15 Markt 15
empfehle meine
zu billigen, streng festen Preisen.
Reparaturen schnell, sauber und billig!

BURG Die größte Auswahl in BURG Hochzeits-, Geburtstags- und sonstigen Geschenkartikeln

finden Sie am billigsten bei
M. Drucker, Schartauener Straße 15.

BURG Zur Winterfaison empfehle BURG sämtliche Neuheiten in Samt- und Silbäten

Reiche Auswahl in Brautkränzen und -schleiern. Gleichzeitig empfehle Strickwolle in nur bester Qualität und großer Auswahl sowie selbstgefertigte Strümpfe in bekannter Güte zu billigsten Preisen.
Otto Kleinhans

Burg. Damen-Frisiersalon

Empfehle meinen der Neuzeit entsprechenden, mit hochmodernem Kopfvaseh-n. Trockenapparat eingerichteten
Kopfwäsche m. Frisieren 85 Pf. ohne Frisieren 60 Pf.
Um gütigen Zuspruch bittend, zeichnet
Otto Bethge
Breiteweg 5.

Burg! Leder-Ausschnitte, Schäfte, Werkzeuge, Artikel für Schuhmacher und alle Arten Einlegesohlen empfiehlt

Gustav Götze.

Burg. Burg. Zigarren u. Zigaretten

Empfehle alle Sorten Zigarren u. Zigaretten in allen Preislagen. Verkauf in En gros und Detail.
W. Käsdorf, Breiteweg 37.

Burg. Burg. Bringe hiermit mein Barbier- und Friseurgeschäft

in empfehlende Erinnerung.
Rich. Uebe, Friseur
Franzosenstraße 61.

Burg. Burg. Girtel-Kaffee, täglich frisch

Zitronen für Magenleidende sowie meine berühmte Weisfaltenzitrone (Margarine) 70 Pf. Eingemachte Früchte, Tee, Sahne, Marmelade
Sämtliche Kolonialwaren
H. Matthes, Markt 24.

Burg. Burg. Offiziere zu alten Preisen ff. Wurstwaren sowie Rind-, Kalb- und Schweinefleisch

Wilhelm Höh, Fleischermeister
Großer Hof 7.

Burg. Burg. Der beste Butter-Ersatz ist die stets frische Deitateh-Margarine

Ramiro
mit praft. Gratis-Zugaben
Nur zu haben bei
B. Scola, Butterhalle
Franzosenstraße 7.

Burg. Burg. Menzers Blutwein

vorzügl. kräft. Rotwein, sehr zu empfehlen für krante und schwache Personen, zum Originalpreis 1/2 fl. 1.50, 1/2 fl. 80 Pf. stets vorräthig bei
Geschw. Knöllner
Breiteweg 41 und Schartauener Straße 17.

Burg. Burg. Bringe meine Besohlanstalt

mit Maßgeschäft in empfehlende Erinnerung.
Johann Schwarz, Breiteweg 49.

Burg. Burg. Am Mittwoch den 21. September, abends 8 Uhr, im Grand Salon Grosse öffentliche Volksversammlung:

Tagesordnung:
Die politische Lage in Deutschland und Preußen.
Referent: Landtagsabgeordneter Dr. Karl Liebknecht (Berlin).
Der Zutritt zur Versammlung ist nur gegen eine vorher zu erhaltende Eintrittskarte gestattet. 2818

Burg. Restaurant Zum goldenen Stiefel Burg

Meinen wertigen Gästen empfehle jeden Sonnabend und Sonntag ff. Böttestisch. Gleichzeitig bringe meine freundlichen Lokalitäten in empfehlende Erinnerung.
Otto Masuhr.

Burg. Burg. Grand Salon.

Empfehle meine Lokalitäten, wie Festsaal mit Nebensaal, Turnhalle und Kegelbahn sowie meine beiden Wiener Cafés zur gefälligen Benutzung.
Sonntag den 18. September, von nachm. 3 1/2 Uhr an
grosser Tanz.
Für gute Speisen und Getränke ist gesorgt. Freundlichkeit ladet ein
E. Katurbe.

Burg. Burg. Hohenzollernpark. Burg

Bringe den Parteigenossen, Gewerkschaften und Vereinen meine neu renovierten Lokalitäten zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten aller Art in gefällige Erinnerung. Größtes und bestgelegenes Parteilokal am Orte.
Jeden Sonntag, von 3 1/2 Uhr nachm. ab:
TANZ.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Freundlichkeit ladet ein
Otto Eicke.

Burg. Burg. Restaur. zur grünen Linde

Bringe den werten Genossen meine Lokalitäten in empfehlende Erinnerung. Gleichzeitig mache ich auf mein Vereinszimmer aufmerksam.
Wilhelm Heidrich.

Burg. Zentral-Herberge.

Den geehrten Einwohnern der Stadt sowie den Durchreisenden bringe mein Verkehrlokal, Schulstraße, in freundliche Erinnerung. Auf Bestellung Mittag- u. Abendessen bei mäßiger Preisberechnung. Gleichzeitig mache auf meine Betten zu 25, 30, 40 und 50 Pfg. aufmerksam.

Burg. Burg. ff. ital. Weintrauben

Bringe meine Obst und Gemüse in empfehlende Erinnerung.
Fr. Karnbach
7 Kapellenstraße 7.

Burg. Burg. Obst und Gemüse Geschw. Knöllner

zu stets billigsten Tagespreisen
Burg. Achtung! BURG. Zigarren
ff. Qualität, bekommen Sie bei
C. Matthias, Bruchstraße 5

Burg. Burg. Obst und Gemüse K. Behlert,

Empfehle täglich frisch alle Sorten
Burg. Burg. Obdt und Gemüse
Jeden Tag frisch eingemachte saure Gerichte, Ränderheringe und Kollmöhre.
Julius Groß, Schlestraße 12.

Bei Bedarf bringe ich meine ff. Wurstwaren in schmackhafter Ware sowie meine Schweine-Schlächtere in empfehlende Erinnerung.
Chr. Töpke, Gr. Brahmstr. 2/3.

Gratulationsarten für alle Gelegenheiten passend.
Burg. Burg. Willi Gläß
Papierhandlung, Buchdruckerel
48 Franzosenstraße 48.

Hamburger Engros-Lager

Otto Alpert, Burg, Schartauer Str. 21-22



Barchent-Herren-Hemden	1.35
Barchent-Damen-Hemden	1.50
Barchent-Kinder-Hemden	0.70
Barchent-Damen-Unterröcke	1.25
Barchent-Damen-Hosen	1.20
Barchent-Betttücher	1.65
Normal-Herren-Hemden	0.95
Normal-Knaben-Hemden	1.00

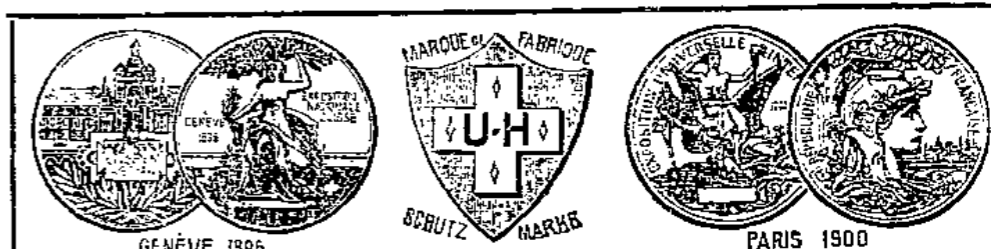
Jagdwesten	1.75
Walkjacken	1.00
Herren-Sweater	2.25
Knaben-Sweater	1.15
Wollene Damen-Strümpfe	0.40
Wollene Kinder-Strümpfe	0.40
Wollene Herren-Socken, imitiert	0.25
Strickwolle 1 Pfund	1.90

Wollene Kopfschals	1.35
Wollene Fichus	1.25
Gestrickte Chemisets	0.85
Gestrickte Pulswärmer	0.35
Gestrickte Herren-Handschuhe	0.80
Gestrickte Damen-Handschuhe	0.50
Zuaven-Jacken	1.25
Kinder-Kapotten	1.50

Burg
Lager und Anfertigung sämtlicher Sattler- und Tapezier-Arbeiten
Sollte mich bei Bedarf bestens empfohlen.
Fritz Buchschatz Sattler und Tapezier
Markt 23, vis-à-vis der Post. 2915

Burg
Emil Köhler U.macher
Schartauer Strasse 25
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in 2584
Uhren aller Art, Ketten, Anhängern, Arm-bündern, Broschen, Bestecks usw.
zu bekannt realen Preisen.

Burg
Otto Deike, Uhrmacher
Breiteweg 52 2902



Mitglied der Union Horlogère
Uhrenfabrikations-Gesellschaft Biel — Genf — Glashütte
empfiehlt sein grosses Lager aller Arten
.: Uhren, Ketten, Ringe usw. .:

Burg
Marie Kulei Spezial-Putzgeschäft
Schartauer Strasse 32
Die Eröffnung meiner Modellhut-Ausstellung
erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen. Ich lade zu deren Besichtigung ergebenst ein. 2879
Ferner empfehle ich mein reichhaltiges Lager in modernen Damen- und Kinderhüten.

Burg
Bringe den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern meine
Maß-Schneiderei
in freundliche Erinnerung. 2584
Jos. Zenker,
Herrenkleidermacher, Magdeburger Straße 11.

Burg
Breiteweg 2
Zur Einquartierung empfehle
allerfeinste Stückenbutter Pfd. 1.35
aus der Dampfvolkerei Luchow, das Beste, was es gibt.
Gebrannter Kaffee Pfd. 1.10
tadellos reinigend. 2595

Burg
Burg Möbel
in allen Holz- und Stülarten und guter Ausführung, sowie
Särge
in allen Größen und Preislagen empfehlen
Otto Seeger & Co., Schulstr. 12. 2919

Burg
W. Stutter
Markt 13
Empfehle mein großes Lager in fertiger

Burg.

Für Herbst und Winter

2885 empfehle in großer Auswahl

Herren-Anzüge	moderne Aus-führung von	10.00	Mt. an
Herren-Paletots	eleganter Schnitt von	11.00	Mt. an
Knaben-Anzüge	sehr haltbar von	2.10	Mt. an
Knaben-Joppen	warm gefüttert von	2.20	Mt. an

Deutsche Herren-Moden

Julius Moses
Schartauer Straße 59 **Burg.** Edle Breite Straße

Staatsch. Rettung Pfd. 1.20, Weiß. Leberwurt Pfd. 85, Russische Sardinen Pfd. 25, Salzheringe Stück 5-8, Große saure Gurken Stück 5, Zehnigarten Pfd. 35
Inh.:
Otto Wilhelm Herr. Schwend **Breiteweg 2**

Burg. Empfehle **Burg.**
ff. Kalb-, Rind- u. Schweinefleisch
sowie sämtliche Wurstwaren in bekannter Güte.
F. G. Bretschneider, Bruchstr. 38.

Herren-, Knaben- u. Arbeiter-Garderobe
Anfertigung nach Mass in eigener Werkstatt.

Burg 2904 **Burg**
Nähmaschinen-Reparaturen!
Reparatur an Nähmaschinen aller Systeme, auch Spezialmaschinen werden sofort und fachgemäß in unserer Werkstatt ausgeführt. Ersatzteile und Nadeln zu unseren Maschinen sowie Garne, Seide und Maschinenöl halten stets zu mäßigen Preisen auf Lager.
Singer Co. Akt.-Gesellsch.
Schartauer Straße 37.

Burg 2903 **Burg**
Für den Beruf!

Empfehle in reichhaltiger Auswahl:

- Für Fleischer**
Jacken in weiß und gefärbt, Schürzen in weiß und gefärbt, Schürzen, wollene Decken
- Für Maurer**
Arbeitsjacken, viele Qualitäten, mit Leder- oder mit Draht, Arbeits- und Jacken, weiße Lederjoppen, Maarerblusen, Maarerhosen
- Für Schriftsetzer**
Kittel in gefärbt, mit Leder, haltbare Arbeits-hosen in Stoff
- Für Maler und Lackierer**
Kleiderkittel in Seiden und Stoff, verschiedene Formen, große Auswahl, Drahtjoppen
- Für Barbierere und Friseure**
Jacken in weiß und gefärbt, Schürzen, auf Stoff, fertige warme Hosen etc.

- Für Schlosser und Monteure**
Anzüge, Jacken und Hosen in hellen und dunklen, indigoblan, Spezialmatten
- Für Konditoren**
Jacken in weiß und gefärbt, Schürzen
- Für Zimmerleute**
Kleiderjacken, viele Qualitäten, Sammeten und Arbeitsjacken
- Für andre Berufe**
Arbeitsblusen, Arbeitsjacken, Arbeitshosen, Arbeitswäcker, Arbeitsjacken, Arbeitsjacken
- Für Landwirte**
Wirtschaftsanzüge in Leder, mit und ohne Hosen, in Stoff, mit und ohne Hosen, Hosen und Westen, in Anzügen und Joppen für die Jagd und zum Sportfahren.

Hermann Günsche

Schartauer Strasse 5 **Burg** Schartauer Strasse 5

Kaufhaus
Georg Wittowsth
beehrt sich, die Eröffnung seiner
Modellhut-
Ausstellung

höflichst anzuzeigen und bittet um freundliche Besichtigung — ohne Kaufzwang — seiner besond. reich assortierten Neuheiten

Burg
Markt 14 2944 Fernsprecher 406

11. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 219.

Magdeburg, Sonntag den 18. September 1910.

21. Jahrgang.

Magdeburger Stadtbilder.

Von Konradin Schrader (Magdeburg).

Am Dom.

Jeder Ort, wo Menschen wohnen, bietet ein besonderes Bild, das sich unserer Seele einprägt. Magdeburgs Charakteristikum im Stadtbild sind die Kirchen. Besonders aber ist es der Dom, der, auf felsigem Grunde stehend, seit Jahrhunderten in den vorbeirauhenden Elbstrom blickt. Dem der Stadt sich nahenden Fremden winkt er schon aus blauer Ferne, gastlich in seiner Nähe zu verweilen. Willst du, Fremdling, das Bauwerk nahe dir besehen? So stehe eines Morgens etwas zeitig auf und folge meinem Schritte. Wir wandern die einsame Kaiserstraße hinab und gehen an dem neuen Renaissancebau des Kaiser-Friedrich-Museums vorbei, dem Breiten Weg zu.

Da hinter der kleinen Anlage steht der alte Dombau wie aus dem Erdboden gewachsen vor uns. Auf dem Domplatz findet jetzt die uralte Herrenmesse statt, die aus den Feiern zu Ehren des Dom-Schutzheiligen Mauritius entstanden ist. Wir stehen am Fuße des nördlichen Turmes. Wende auf, fremder Freund! Schauer der Ehrfurcht vor solchem gewaltigen menschlichen Werke werden dich überrieseln. Diese Höhe! Wie sich da Stein zu Stein in engem Bunde fügend aufrecht in die luftige Höhe, in die lichte Weite des Aethers. . . Da vergessen wir, daß wir „moderne“ Menschen sind. Alte Geschichten von Haber und blutigem Kampfe, geheimnisvolle Sagen tauchen in unserm angeregten Geiste auf. Der wilde Sturm vom 10. Mai Anno 1631, die bunten Bilder altkatholischer Feste, farbenreiche Prozessionen mit ihrem pomphaften Gepränge ziehen an unserm Auge vorüber. . . Es war einmal!

Dieses alte, trauliche, zauberische „Es war einmal“. Ueberall schaut's aus dem grauen Gebäude, lugt zwischen dem Maßwerk und dem Freigeißel, das sich wie rankender Eisen an der glatten Mauer emporzieht. Nach Westen das Portal mit seinen fliegenden Formen der Gotik, mit den wunderlichen Wasserspeiern, den zierlichen Heiligengehäusen, den düstern Zierden der Blendensanktionen. Jahrhunderte währte der Bau dieser Kirche und jede Zeit gab ihm seinen Stempel. Hier liest der Sehende eine Prophezeiung für die Zukunft. Ueber den romanischen Anfang der Grundmauern fließt die Gotik fliegend hinweg, sie gibt sich in allen ihren Perioden als das höhere geistige Moment in der Dom-Architektur. So schreitet auch der lebendige Geist der Menschheit hinweg über Vorurteile und Trümmern, über Mhergebrachtes und Eingewurzeltes, zur ungehemmten Entwicklung, zur Freiheit.

In der Nordseite entlang nach Osten zu. Diese gewaltigen Fensteröffnungen mit den wunderbar krönenden Seitenschiffgiebeln, in deren Feldern die Maßwerkverzierung reich abwechselt. Ein kleiner, zierlicher Anbau mit mächtigem Kreuzdach: die Paradiespforte. Innen über der Tür die bildliche Darstellung der Himmelfahrt Christi. Rechts und links vom Innenportal die fünf weissen und die fünf rötlichen Jungfrauen. Ueber der Paradiespforte auf drei Kragsteinen der Schächer mit seinem Knecht und den Hunden, welche vergrabenes Gold auf der Elbwiese fanden und zum Dombau hergaben; eine der vielen Sagen.

Durch eine enge Gasse, links am Regierungsgebäude vorbei: die Ostseite. Aus dem untern Chorumgang springen kleine Kapellen vor, deren baulicher Ausdruck den romanischen Begium zeigt. Welcher Ideenreichtum ließ hier jedes Säulenkapitell anders gestalten. Wie märchenhaft drollig schauen die mächtigen Wasserspeiher herab. Was ersann nicht die münchliche Künstleryphantaſie hier an Spul- und Wundergestalten. Und hier in dieser traulichen Domecke unspinnst uns ein eigenartiger Zauber. Hier vorn, gleich hinter der Paradiespforte, führte von dem obern Chorumgang aus eine Brücke in das erzbischöfliche Palais: Ein Schutzweg für den von den Bürgern bedrohten Geistlichen. Wir sehen sie wieder schreiten, diese stolzen, christlichen Beherrscher des Volkes. Hier war ihr Reich. Dort an der Nordostseite des Domes, an der Stadtmauer, über der Elbe, lag das Schloß der Erzbischöfe von 968 bis 1666. Hier lebten diese Kirchenfürsten ihr prunkendes Dasein, hier wurden die Hände geschmiedet, um auch als weltliche Herrscher über die Bürger der alten Stadt zu walten; bis sie von einer der größten Revolutionen hinweggeführt wurden: der Reformation des Märtyrers Luther.

Dort drüben nach Südosten liegt das Refektorium oder der Refektor, wo anfangs die Inſassen des Morigklosters, Benediktinermönche, später die Domherren ihre Bänche pflögten. Hier an der Südseite des Domes ist auch der Kreuzgang, ebenfalls ein Ueberrest der ehemaligen Klosterkirche. Die Tür ist offen, wir treten hinein. Kühn, feucht weht's uns entgegen. Rechts, durch die Bogen gesehen, liegt der Friedhof. Grauweisse Rebellenschwaben ziehen hin und her, über Grabhügel, um Rosenstöcke, wie ruhelose Gespenster. Ein Halbmond umfängt uns, und die Augen müssen sich erst an die Dämmerung gewöhnen. Da, was ist das. Spricht da nicht jemand? Nein, die Schritte klingen so hallend wieder. Doch dort an der Wand! Eine Gestalt — und noch eine. Sie scheinen miteinander zu sprechen. Steif, starr, wie eingeschnürt, schauen sie aus den altertümlichen Gewändern. So stehen sie da, Zeugen einer vergangenen Menschheitsperiode: Kanonikusse und Domböge, Prediger und Stifter. Wir wenden uns nach rechts, zu den seitlichen Bogenöffnungen. Doch auch vom Friedhof strahlen uns ähnliche Bilder an, als wollten sie sagen: Was wollt ihr hier, ungläubige Eindringlinge; hört nicht unsere Ruhe durch eure Neugierde.

Auch hier bei den Bogenöffnungen glatte, gewundene und gebündelte Säulenschäfte. Wie lebendig abmessungsreich die zierlichen Kapitelle. Weiter hallt unser Schritt, begleitet links von den alten Herrschaften, die hier in Putzgebilden und Reliefs verewigt wurden. . . Von Westen her leuchtet eine Türöffnung. Sinaus aus der Pforte: Hier stand einst die südliche Mauer der alten Civitas Magdeburgensis. Jetzt liegt dort eine neue Welt. Hier beginnt die Stadterweiterung nach Süden.

Neuere Gebäude (das Pfarrhaus und das Konsistorium der Provinz Sachsen) liegen zu Füßen der Kathedrale. Gleich daran schließt sich eine Anlage, der Fürstenwall, von der wir einen schönen Ausblick auf die unten fließende Elbe haben. Wir schauen noch einmal zurück auf den Dom. Dort steht er, ein Zeuge der geistigen Nacht, der mächtigen grauen Vergangenheit, und blickt hernieder auf eine neue Zeit, die voller Hoffnung der Zukunft entgegenruft. Aber der Herbst geht durch die Natur und erzählt uns von der Vergänglichkeit des Lebens und der alte Elbstrom rauscht dazu: Es war einmal!

Der Breite Weg.

Die Hauptsehlagader der Großstadt Magdeburg, durch die das gesamte Leben pulsiert. Alt und breit ist dieser Verkehrsraum; so alt fast wie die Stadt selbst, denn schon in dem Plane Otto von Guericke's (1632) zur Wiederaufbau der niedergebrannten Feste ist die Hauptstraße so vorgesehen, wie sie noch jetzt besteht. Sie reicht vom heutigen Kaiser-Wilhelm-Platz bis zum Dom. Aber wo sind die alten Gebäude, die nach 1631 gebaut wurden? Gewissen! Vergangen mit den Menschen ihrer Zeit. Die alte Straße hat ein neues Gesicht von der neuen Zeit erhalten.

Einst fehlten hohe spitze Giebel ihre hageren interessanten Gesichter dem rundköpfigen Pflaster zu, über das ebenso steif, stolz und würdevoll die früheren Bürger spazierten. Da öffnete sich wohl zuzuteilen eine hohe breite Pforte und hinaus schlüpfte ein schlankes Bürgerfräulein, um in eiligem Gange hinter einer ähnlichen eisenverzieren Tür zu verschwinden. Da rollte dumpf als einziges Gefährt der große planüberspannte Kaufmannswagen mit den vier Säulen über die Kopfsteine des Straßendamms, der in der Mitte von der Gasse geteilt war. Noch gab es keinen sogenannten Bürgersteig. Und des Nachts leuchtete liebevoll als einziges Licht zeitweise der Mond.

Andre Zeiten gebären andres Leben: Die Trommel rasselte vor der preussischen Kolonne mit den hohen spitzen Blechmützen. Es herrschte der Pöppel, von dem man bis heute noch nicht gänzlich losgekommen. Der alte Dessauer, Fürst Leopold von Anhalt, läßt den breiten Festungsgürtel in „hohem Aufstrag“ um die Stadt legen, an dem sie bis in die heutige Zeit krankte und beinahe erstickte. Die Straßen werden preussisch rasiert, d. h. alle Vorsprünge an den Häusern müssen beseitigt werden; auch am Breiten Weg.

Weiter! Napoleon nimmt sich Preußen, und Magdeburg fällt ohne Kampf in die Gewalt General Ney's.

Das 19. Jahrhundert! Im Fluge geht es vorwärts. Dampf — Elektrizität! Da wären wir und die heutige Zeit.

Es ist ein Herbstnachmittag. Grau und mürrisch blickt der Himmel auf die alte Hauptstraße. Dort steht kurz vor dem nördlichen Ende des Breiten Weges eine handwerklich freiz gebaute Kirche und schaut hinunter auf das bewegte Treiben. An ihr vorüber trotzt die Droßake, faucht das Automobil, donnert die elektrische Straßenbahn und rechts und links auf breiten Bürgersteigen wandeln die Leute, nein, rennen und laufen die Menschen. Sie haben heute weniger Zeit als vor 100 Jahren. Fast jedes Haus an der Straße zeigt Auslagen von Kaufläden, aus denen die gewerbliche Entwicklung sieht, in denen sich die Kinder der Industrie freundlich empfehlen.

Spaziere mit mir, Fremdling, ich will den „Bärenführer“ machen. Dort nach Süden, rechts an der Schulstraßen-Ecke ist ein großes Rastcafé, eins der größten und schönsten Deutschlands. Eine Willon Markt und mehr hat es gelistet. Nachher wollen wir dort eine Schale Schwarzen genießen. Dabunter gleich in der Straße siehst du einen runden alten Turm, eins der ältesten Bauwerke Magdeburgs. Der saute einst in ein Vorführerlöcher hinab, das seine Bettelmonche (Franziskaner) dort errichtet hatten. Drüben, wo der Springbrunnen steht, befand sich einst die Marktwage, daher der Name des Platzes. Und vorbei an Warenhäusern und Geschäftslokale: Gewölbe, Straßenbahnkreuzung. Hier links der Eingang zum Alten Markt, rechts zur Münzstraße. An dieser Ecke ein Haus, genannt „Das rote Schloß“, gegenüber einem schönen, modernen Geschäftstempel. Weiter hinein zur Münzstraße (früher Stallstraße), Nr. 3 das wirkliche rote Schloß: das Geschäftshaus der „Volksstimme“. Nicht daneben, als es noch keine bösen Sozies gab, wohnte einst der größte Bürgermeister Magdeburgs, Otto von Guericke, der Erfinder der Luftpumpe, des Manometers, einer Elektrizitätsmaschine.

Der Breite Weg hat vom Alten Markt bis zur Ulrichstraße den stärksten Verkehr. Schon senkt sich die Dunkelheit hernieder, die Schatten werden schwärzer, vereinzeltes Licht blinzelt in die Dämmerung. Immer mehr wogt es von Menschen und die Augen sehen ein schier unaussprechliches Auf und Nieder. Auf der westlichen Seite weiter. Hinter einer engen Gasse eine überbaute Passage: die Neue Ulrichstraße, in der sich die Güterin des Verkehrs, die Wächterin der Ordnung, die heilige Hermandad eine feinerne Straße als Heim hingestellt hat, in der das allzu Lebensvolle sorgfältig eingeschachtelt wird. Dahinter die Alte Ulrichstraße, in

der schon früher eine Kirche von der alten frommen Bevölkerung erzählt. Und vorbei an Restaurants und Kaufläden, vorüber an der Schulstraßen-Ecke, Gimmelstraße, Leiterstraße: die Hauptpost, in der alten Ecke, zwischen Privathäusern eingezwängt. Gleich ist fast auch der alte Breite Weg zu Ende. Aus der Prälaturstraße schaut die jetzt katholische Sebastianskirche. Hier beginnt die Verlängerung der Stadt nach Süden.

Wir gehen zur andern Seite hinüber und kehren um. Dort an der Breiten Straße schaut man zum Domplatz. An der Ecke eine echt historische Fassade. Das ist die alte Dompforte, in der sich jetzt die Elbe des Vaterlandes, wenn sie im bunten Rock „unsuburbaner Kostüm“ eine Krankheit bekommen, bei Muzinschl und dort dort erholen sollen. Dahinter, aus einer Gasse, lugt wieder das alte Gemäuer. An der Ecke liest man Kreuzgang. Das ist eine beschützte Kirche, jetzt wohnt darin der Gott des Militärs; ein Zeughaus wurde die alte Nikolaikirche. Dann durch die Gasse Stelle des Breiten Weges, und wo sich wieder dreht, besteht der Witzbegierige mit mir die Schokoladenstraße der Straße. Warum diese Bezeichnung? Da hier nimmt der Verkehr bestimmte Formen an; hier wird, wenn man das sagen darf, Süßholz hergestellt. Hier promeniert der Müßiggänger, hier ist der abendliche und sonntägliche Spazierforjo flirrender, gepulster Menschen.

Darf ich mir nun geworden. Das Licht der Geschäftshäuser und Lichter flucht auf die Straße und tagshell ist der Breite Weg. . .

Dann schreien nach und nach einzelne Geschäfte; immer mehr werden an dieser Straßenseite auf und ab. Da rasselte und schallte eine kleine Leuchtmantel, der Spießer trampft vom Dämmerschloß langsam heimwärts, der Gymnast wirft sich in die Luft, der Student drückt seine krummgekrümmten Beine energisch nach hinten durch, der „bessere Herr“ äugt nach der demimondigen Abendgesellschaft und dann — die kleinen Mädchen! Sämtliche Pflanzchen, Kumpelrose, schöne Empirokostime, die den weiblichen Schlangenschwanz so gut wirken lassen, alle Arten unweidelter Anzucht werden da spazierengeführt und das schmattert und flattert, das schwirrt und flirrt. Daran vorbei braust die Straßenbahn. Oben aber über der Mitte der Straße zieht sich eine elektrische Perlenschnecke der Lampenreihe der elektrischen Beleuchtung. Auf zum Café Hohenzollern!

Abend aber senken sich in die Straßen. Langsam, langsam leert sich der Breite Weg. Die Nacht schafft Ruhe und kurz nach der Dunkelheit ist das Gewoge der Großstadt wie im Niphalt verjünet. Von Turpe Sankt Katharinen brummt es Eins.

Der Alte Markt.

Jeder Mensch, der eine Stadt besucht, hat in den meisten Fällen das Verlangen, den Markt dieser Stadt zu sehen. Das heißt, er möchte das Herz kennen lernen, wo der städtische Organismus mit seinen Äden zusammenläuft, wo die kommunale Regierung ihren Sitz hat. Darum werden die meisten deutschen Städte durch ihren Markt charakterisiert. Hier um des hohen Rates Geschäfte schärft sich die mächtigsten Bürger, die gewerblichen Geschäfte halten hier ihre Versammlungshäuser. Der Marktplatz war aber auch die Marktschänke und die Rechtsstätte, auf der das alte Recht bedrückte Volk sich zusammenfand und gegen die reichen Adligen der seine Opposition geltend machte. Hier wurden den Fürsten der Großen die Schuldigungen der Stadt dargebracht, die Unterwerfung der Stadt. Heute ist alles anders geworden, wohl nicht alles besser, aber doch schon weniger unrecht als damals, wo des Rates Worte nach die Freiheit und Rechte der Bürger hütete. Hier miltet auf dem Markte, wo jetzt für wenig Geld Sekterfer und Unterwerfung haben ist, achteren die Landtsrechte des Magistrats so häufigig der Kauf, daß jedermann seinem Stande gemäß bekleidet und gekleidet dabei ging.

Das alte Rathaus Magdeburgs ist 1631 völlig niedergebrannt und erst im Jahre 1661, am 17. September 1691, legte man den Grundstein für den jetzt noch stehenden Gebäude. Viel älter in seinen wesentlichen Bestandteilen, d. h. wahrscheinlich der Reiterfigur, ist das Atrium des römisch-deutschen Kaisers Otto I. Doch wurde auch dieses Stadtbild schon mehrmals restauriert, so daß man ganz gut erkennen kann, es sei vom ersten eigentlichen Denkmal wenig sehr geliebert. In der ersten Vollmondnacht rasselte der Kaiser mit seinem Heere zu der bekannten Stunde vom Friedhof herunter und hat dreimal auf dem Markte herum. Seine beiden Gemahlinnen hinter dem Hinten mit auf und die Herren Ritter Vasallen schreien vor dem Schwanz der Reiter. Zwar können die alten Reiterfiguren ihre Rheumatismusschmerzen gar nicht so schnell mit herumschleppen, aber gehorchen wie die heutigen Byzantiner laufen sie doch dem Herrn nach. Sie wandern sich dann allzusammen darüber, daß sich der Pranger am Kadefohrgäßchen nicht mehr befindet, daß der Gulden vor dem jetzigen Schwendertischen Gange verfallen ist. Da ha, hihi, sonderbare Leute müssen das jetzt sein! Ein Magdeburger Markt geht durch die Luft: die hinter dem Rathaus stehende Podiumfigur hat 1 Uhr geschlagen. Und hoppel hoppel, hier ist die Marktschänke des heiligen römischen Reiches deutscher Nation wieder auf ihrem Sockel. Aber du mußt aufpassen, Freund, wenn du das sehen willst.

Jetzt ist der Kaiser frei und steht da und besieht sich unausgesprochen die Marktschänke des Rathauses, während hinter ihm die Luft nicht zu sehen ist. Dort zur Kathausstür hinein verfallen ist er und zu mal ein Ratmann und

darunter sogar die roten Vertreter des arbeitenden Volkes, die, wenn es auch nur sieben (eine löse Sieben) sind, wie die Pest in dem Karpfenloch der fetten Innungsmeister, Hausbesitzer, Handelsherren, gefährten Sandkuffe, Magister usw. haufen.

Hinter dem Kaiser entwickelt sich Mittwoch und Sonnabend das Marktreiben mit seinem Lärm und seinen hundertfachen Geräuschen. Und dort an der Südseite des Marktes stehen dann heute noch wie vor hundert und mehr Jahren die Fischfrauen mit ihrer blinzelnden Ware, deren Stummheit bisher auf die Verkäuferinnen nicht übergegangen ist. An der selben Häuserreihe, aber vorn nach dem Breiten Weg zu, an der Ecke der Schwibbogengasse, befindet sich ein hochgiebiges Haus. Davor, über dem Erdgeschoß, eine Meisterstatue des heiligen Georg, des Drachentöterers. Das ist der früheren Herren Seidenkrämer Innungshaus. Heute wird noch darin gehandelt, wenn auch die Ware und die Menschen gewechselt haben. Dies Gebäude ist jetzt das Haus der Handelskammer, in dem sich die Börse befindet.

Die Nordseite des Marktes zeigt in der östlichen Ecke auf dem Platz der alten preussischen Hauptwache ein neues Geschäftshaus des Magistrats, und vor demselben das schöne Denkmal des Erfinders der Luftpumpe. Hinter dem alten Rathhaus herum findet man noch ein älteres Geschäftsgelände und eine Kirche: Sankt Johannis. Vor dieser Kirche hat man dem Reformator Luther ein Standbild gesetzt, weil Luther in Magdeburg auf die Lateinschule gegangen und zudem in St. Johann auch einmal gepredigt. Auf den Türmen dieser Kirche sah bis vor circa 20 Jahren ein Feuerwächter. Jetzt wird zu bestimmten Anlässen eine Musikbande hinaufgeschleppt, die von dort oben die Luft und christliche Gemüter durch Choräle in Schwingung setzt.

Wir setzen die Beine in Schwingung und gelangen, an der Nordseite der Johannisstraße entlang, zu einem Treppengang. Noch eine Anzahl Schritte nordwärts und wir finden dort rechts von der Stephansbrücke aus eine Gasse, in der du Ritmenjah einen kleinen Begriff von der Vorzüglichkeit der guten alten Zeit bekommen kannst: den krummen Berg. Diese enge, gemauerte Gasse gibt ein Bild der früheren zusammengekauerten Bauweise, nur jedoch hier nicht die Hausfronten oben zusammen, weil die Stadwerke nicht mehr wie früher vorgebaut sind. Wie nett und idyllisch war das doch, als man noch dem Nachbar gegenüber die Hand durchs Fenster reichen oder dem freundlichen Mädchen von drüben die Backen zwicken konnte. Von unten her kam wenig Licht die Gasse hinauf, die sich mühselig zwischen den Steinen wand und die Gespenster aller Teufel dachten sich in den Hauswinkeln, um gelegentlich in tiefen Gräben aufgerollt die armen Menschenlein zu zerquetschern.

Ein dünner Sonnenstreifen blickt freundlich auf die Steinmauern herab und lockt uns aus der Enge, aus der Unfreiheit, als wolle er sagen: Kommt her, ich bin der Menschen Freund, ich bin das Licht, die Freiheit. Wir wandern hinaus, das Herz voller Wünsche, voller Hoffnungen auf eine immer bessere Zukunft, für alle Menschen. —

Zwei Stunden durch Anlagen.

Magdeburg, die Hauptstadt des Saale-Strahlens, hat, wie man so sagt, keine Umgehung. Damit ist gemeint, daß die Natur die Wege um die Stadt vorgegeben hat. Doch dafür sind in der Stadt selbst diverse Anhöhen, wie der Fackelsberg, der Petersberg, der Johannisberg und der Tränkeberg. Der letztere war schon früher in den Tagen der Kaiserzeit ein beliebter Ausflugsort. Die Höhen sind nicht wieder herabgerufen. Das ist kein fahrlässiger Verfall, sondern ein bewußtes Versehen. So fern der Saaleufer über das frühere Stadtbild hinaus. Aber wir wollen weiterkommen. Und weil wir keine Umgehung haben, begreifen wir uns mit der Jagd und besuchen uns einen Teil von Magdeburgs Gartenanlagen.

Wahne dich mit Ausdauer, fremder Freund, wir wollen zwei Stunden um die Stadt im Grünen herumwandern. An Norden der Altstadt gehen wir über den Kaiser-Wilhelm-Platz nach der Kaiser-Wilhelm-Straße, einige Schritte nur, dann schauen wir an die Königsgrabenstraße. Wieder einmal ein Denkmal: Wartenberg, der Erfinder der Schwebelampe. Das ist das Denkmal auf einem Stein gefestigt und mit dem Stein zusammengekauert. Da er nicht wieder hinaus kann, nennt man die Jagd des Denkmal eine Herne. Dahinter, an der Kaiser-Wilhelm-Straße, kommt zwischen freundlichen Villen dankles Grün: Der Königsgraben-Garten. Am dies Anlage nicht mit dem anderen Kaiserpark zu verwechseln, sondern die Erinnerung des kaiserlichen Königs dazu und gegen der alten Dame vom Markt. Der Denkmal an dem Südrand des kleinen Parks ein Denkmal. Der Königsgraben ist ein herrlicher Ort der Gartenbau-Kunst, die auf dem Gelände von der Stadt geführten Grünanlagen angeordnet wurde.

Wir wandern dann durch die Königsgraben-Gärten an einiger Stellen vorbei, die gelangweilt auf den gemauerten hohen Steinmauern des Königsgraben-Magdeburgs stehen und kommen schließlich hinter der Eisenbahn-Überführung an das Schloss. Das Schloss, wie man es lieber nennen möchte, ganz schön, ein Schloss an der Westseite der Stadt entlang. Das ist hier die Sommer-nachmittags-Platz der Königsgraben-Gärten. In einem der Zwickel, die „Brücke“ in der Ecke, können diese Gärten ein Stück weit nach einem Familiennamen wieder in seine alte Heimat zurückzuführen. Unterbrochen wird die Anlage durch die Jagdgrabenstraße nach der Schlossstraße. Am Südrand des kleinen Parks ein Denkmal. Der Königsgraben ist ein herrlicher Ort der Gartenbau-Kunst, die auf dem Gelände von der Stadt geführten Grünanlagen angeordnet wurde.

Man wandert hier durch den kleinen Park mit verschiedenen altem Baumbestand. Der Eindruck erweckt sich die kleine Anlage und rückt an einer Stelle nach entlang der Saale. Ein kleiner Dampfer hat uns für die Fahrt zu dem kleinen Hafen. Hier, am kleinen Hafen, ist der kleine Dampfer, der hier das Land nicht nur für die Fahrt, sondern auch für die Fahrt. Hier können wir nun ganz ruhig allein 2 Stunden

geraden und krummen Wegen spazieren gehen, jedoch es neigt sich der Tag, wir wollen eilen, quer durch, an kleinen Teichen vorbei, nach Nordosten zu. Schöne Baumgruppen, weite Wiesenflächen! Dort vor uns eine kleine Wassertrasse, ein Arm der Tauben Elbe. Eine zierliche Brücke führt hinüber. Nach einigen Schritten drüben ein reizender Bau: ein Pavillon. Und dahinter schaut du ein liebliches Bild: die große Wasserfläche des Adolfs-Mittag-See, dessen Ufer geradeaus eine Balustrade krönt und dahinter der Bäume dunkles Grün, ganz in der Ferne eine blaue schwarze Kulisse: der Dom.

Die Sonne sinkt. Dünne Nebelschleier wallen über die leicht bewegte Wasserfläche, auf der noch ein paar Schwäne lautlos dahingleiten. Schau dich um Menschentum, schon siehst du rote und gelbe Lichter im Grün der Büsche und raschelnd tritt der Fuß durch gefallenes braunes Laub, nur wenige Vögel suchen die reifen Beeren, feuchtkalt ist die Luft: Herbstabend!

Wir wenden uns heimwärts, der Stadt zu. Durch die weite Anlage über den am Adolfs-Mittag-See liegenden Festplatz — hinaus auf die Straße. Hüben ein rotes Volkwerk: die Zitadelle. Drüben die Stadt: eine dunkle Silhouette gegen den feurig erhellenden Abendhimmel. Das mußt du gesehen haben: Durch die Gassenlöcher und um die Türme des Domes sieht das rote Sonnengold, partiosa sind die Wolkenscheiben im Licht, nach den Seiten violettblau werdend und weiter nach Norden und Süden dunkler und tiefer, grau, schwarz!

Die Nacht reißt sich hinter uns gewaltig empor. Die letzten Lichter blitzen glühend auf im rauschenden Strom und leise verflucht der Glanz des Tages. Starke neigen sich die Schatten der Stadt auf den Wasserpiegel, der sie ausgelacht verschlingt. Und wir wandern über die Brücke zurück ins Leben! —

Zu Schiff nach dem Herrenkrug.

Magdeburg ist eine Industrie- und Handelsstadt. So heißt es erläuternd im Lexikon, doch wenn man durch die Straßen spaziert, so hebt man gar wenig davon. Es ist ja auch nicht erwidlich, an die Arbeit erinnert zu werden, wenn man mal ausspannt und sich auf Stunden dem vergnügten Leben hingibt. Wer aber so ganz aus der Ferne zusehen will, wo die Schweißtröpfchen der Arbeiter zu Gold frühlüftelt werden, der muß schon weit fahren und laufen, denn des Kapitals industrielle Zwangsjungen liegen recht weit auseinander. Im Süden der Stadt, in Budau: das Krupp-Gruson-Werk, Wolf, Schäffer u. Söhne, Maschinenfabrik Budau usw.; im Südwesten: Volkte; alle zusammen zehntausenden von Arbeitern Beschäftigung gebend. Das ist ein Teil der Industrie. Und der Handel? Ist auch da. Kommt mir mit, Gefährte, ich geh voraus.

„Ein Vergnügen eigener Art...“ Welcher Mensch fährt wohl nicht gern auf dem Wasser? Das sind sicher nur wenige. Wir werden einen Dampfer besteigen und zum „Herrenkrug“ fahren.

Durch verschiedene enge und breitere Gassen dem Elbufer zu. An dem sogenannten Verförderer fährt unser Dampfer ab und gegen Erlegung eines Groschens erlangen wir das Fahrrecht. Nun los! Achtung! Schon gleitet der Dampfer im Bogen in die Mitte des Flusses. Sieh dich um, Bruder, an der rechten Seite des Stromes liegt der Werder und dort vorn kommt ein Wasserwerk, das nach Süden in der Winterzeit sich erhebt. Rings an den Ufern im Wasser Vorhänge zu Hunderten. Das sind des Handels ähnelnde kahle Köpfe. Links des Flusses und der Verförderer die Stadt mit der altersgrauen Mauer. Darüber hinausragend vorn in den ersten Dächern der Stadt der Turm der Kirche, die heilige St. Marien. Weiter hinunter ein eigenartiges Gebäude: die über der Schwebelampe der Stadtmauer der Turm Kreuzen. Vermutlich war dies alte Mauerwerk einer der Wachtürme an der nordöstlichen Stadtmauer, nach deren Zerstörung er aus Bruchsteinen der niedrigeren Mauer zum alten Schlosser aufgeführt worden, zum Zwecke der Beobachtung von Feinden. Das ist er, der in dem Schwebelampenbau recht und wenigstens wirkenden Anblick des Schwebelampen in St. Marien als Schmuckstück. Davor ist eine kleine, aber schöne Anlage, die sich über den Fluss hinzieht: man kann schon von dort auf den Markt blicken. Unten am Wasser der alte der früheren Hamburger Werften-Verkehrsstraße, jetzt Schwebelampenstraße.

Der Dampfer kommt weiter. Vor uns ein prachtvolles Bild. Rechts die nun fast vergessenen Gassen: Elbe wagt sich in einem engeren Bogen 185 Meter eine offene Brücke mit verschiedenen kleinen Schiffen: der Nord- oder Königsgraben-Brücke.

Der Dampfer fährt weiter. Vor uns ein prachtvolles Bild, rechts die nun fast vergessenen Gassen: Elbe wagt sich in einem engeren Bogen 185 Meter eine offene Brücke mit verschiedenen kleinen Schiffen: der Nord- oder Königsgraben-Brücke. Der Dampfer fährt weiter. Vor uns ein prachtvolles Bild, rechts die nun fast vergessenen Gassen: Elbe wagt sich in einem engeren Bogen 185 Meter eine offene Brücke mit verschiedenen kleinen Schiffen: der Nord- oder Königsgraben-Brücke.

Der Dampfer fährt weiter. Vor uns ein prachtvolles Bild, rechts die nun fast vergessenen Gassen: Elbe wagt sich in einem engeren Bogen 185 Meter eine offene Brücke mit verschiedenen kleinen Schiffen: der Nord- oder Königsgraben-Brücke.

Der Dampfer fährt weiter. Vor uns ein prachtvolles Bild, rechts die nun fast vergessenen Gassen: Elbe wagt sich in einem engeren Bogen 185 Meter eine offene Brücke mit verschiedenen kleinen Schiffen: der Nord- oder Königsgraben-Brücke.

mächtigen Baumriesen wandeln wir dahin. Eichen, Ulmen, Platänen, dazwischen die düstere Kiefer und die freundliche Birke. Reich an schönen Baumgruppen, wundervollen Alleen mit eingestreuten Büschen, offenen Wiesenplätzen. Dann wieder Linden und Ahorne, Kastanien und Akazien, Eichen und Erlen, Fichten, Tannen und noch viele fremde Hölzer. Dort am Ende der Hauptallee eine Säule: als Andenken zur Befreiung von der Herrschaft Neapolitans. Und am Ende des schönen Weges das alte Wirtschaftsgebäude. Daß hier Zehntausende bewirtet werden können, glaubt nur der, der diesen riesigen Raum gesehen hat. Wir pilgern langsam, genießend durch die Wege. Da weitet sich der Blick, die Brust ist freudig bewegt. Wohl rauschen die Blätter von den Bäumen, der Sonne schräge Strahlen wärmen nicht mehr und doch ist es ein Vergnügen, im Herbst zu wandern. Wie wunderbar farbenreich ist jetzt die Natur: vom hellsten Gelb über alle Nuancen Rot und Grün bis zum tiefsten Braun und Schwarz färbt sich das lebende Laub. Die Vögel sammeln sich in Schwärmen, nach Süden zu ziehen; denn auch ihr Vaterland ist nur dort, wo es ihnen wohl geht.

Westlich und nördlich des Parks ist eine prächtige Wiesenfläche von ungeheurer Ausdehnung und daran grenzt wie ein Rahmen ein freundliches Bild in dunkler Masse der Wald. Wir wenden uns südwärts, gehen über den herrlich angelegten Vorplatz des Herrenkruggebäudes zu den Neuen Gärten. Man kann über das Wesen des Neuen Parks denken wie man will, diese Anlage ist echt kapitalistisch prunkvoll. Und das Auge hat eine Freude am Sehen. Gleich vorn die beiden Kassengebäude mit den hohen Dächern, wie zierlich und edel in Linie und Farbe. Weiter rechts abwärts: das Stallgebäude der Gasse. Es schaut etwas freundlicher drein als die Mietkasernen für die Arbeiterbevölkerung. Was wiegt auch ein Arbeiter gegen einen Kenn- gaul? Nichts! Solch ein Tier kann in wenigen Tagen Hunderttausend verdienen, während viele Arbeiter dazu gehören, um das gleiche zu schaffen für den Kapitalismus. Aber es sind auch keine Proletarierpferde, die hier laufen, sondern sie sind alle von edelster Abkunft. Arbeit lernen die erst mal kennen, wenn sie nicht mehr so gut laufen können. Dann kommt die Stufenleiter von der Drostei erster Güte über den Gemüsewagen und das Müllfuhrwerk zum Würstchenhändler. Gegenüber links am Wege das prächtige Tribünengebäude mit Restaurationsräumen und rechts ein rundes schnuriges Ding. Wir lesen Totalisator. Aha, das ist also die Spielhölle, bei der auch so mancher Arbeiter seine Großen los wird und damit die Bestrebungen dieses kapitalistischen Sportvereins unterstützt.

Alles in allem, diese Anlage ist so großzügig gemacht und mit schönheitlichen Momenten reich ausgestattet, des Ansehens wert. Natürlich ist die Tribüne für die erste Klasse, der Stuhlplatz davor ist für die zweite Sippe. Diese beiden dürfen genau beobachtet, welcher Gaul mit einer Schnauzenlänge zu drei übers Ziel gespolpert. Rechts- und linksseitig darf sich das Volk aufstellen und weit, weit dorthin der dumme Meck. Das geschieht ihm recht! Ein Pferd und auch ein paar kann man sich genug ganz unsonst in den Reithöfen laufen sehen.

Wir nehmen Abschied und setzen uns in die auch ohne Klassenunterschied sehr gut existierende Straßenbahn. Ein gegenüberüberstehender Leutnant betastet uns gleichsam prüfend mit seinen Neuglern, bis wir ihm durch Herausnahme der „Vollstimme“ befriedigende Auskunft über unsere Abstammung geben. Binnen kurzem empfiehlt er sich auf den Perron hinaus.

Mhmhmhmhm... Kakakakakakak... geht's im Flug an den großen Exercierplätzen der Garnison entlang, durch die Friedrichstraße, über die Lange Brücke, die Zollbrücke, an der Zitadelle vorbei... Kfz der elektrische Funken knistert... hinauf den Johannisberg... Arrrrrrrrrr! Wir sind auf dem Alten Markt. —

Wo „etwas los“ ist.

„Det ha id eich leicht jesaacht, det die Magdeburger 'n bister ewich veranlaacht sind,“ meinte Frihe Bollmann aus Berlin. „Die erzählen uns allabend von weien Schenswürdigkeiten, aber wo war los is, det behalten se für sich und darum bin id schon 'n Taach eha injetroffen un habe mir informiert. Wat hier los is. Ja, det lacht an de Kaantlagung. So allabend!“

Eritens is da mal een Stadthcata. Da werden trog un kleine Opaan un ooch Schauspiel seeben. Na, die große Opaan injenierte Beermaan von den hohlen Wech velle besa un die kleinen Opaan macht ir nachher meine Ute wieder von wenn id se Hauje bin. Un un Schauspiel, id wech nicht; det is ooch Geschmacksache. Wenn se da so jeif unzufolgeren uff d' Bretta, die de Welt bedeuten, denn wird ir immer janz anders. Aha, et jibt in den Tempel ooch Ballett, det kenne man sich mal ansechen. Opaanläja jibt et zu borgen. Id bin nu mal eha bistien anders anjeleacht, det Tragische liecht ir nicht un da id id jesehen, det Willem-Deba ta jibt Opaetten. Na, kind's is ja meijens Luatsh, aba mer will denn nach anjejtrenge Tagesarbeit noch nachdenken, un et will sich doch jeda amüßere. Da kenne man ja mal rinjechen.

Seheena is aba entjchieden det Zentraltheata. Schonit von draußen. Un wenn man erijt rintonmt. In a allens tiptop. Man wird schonit janz fierlich durch sonnen an jebuzen Fortiehr empfangen. Un denn drinne. Id will nicht jebannen, det kann jeda ausprobian. Weinah wie in 'n Winter jarten ze Hauje. Nu joll et noch mehr sonne Dinge jebn. Id ha bloß noch eens rausjticien kenne un da war et sehr jmitticht, aba vrieleicht; da eene jaacht, et jchmedt nach Ruß, id andre: nach jrieler Seeje. Also nach die Jmedit jibt et ne 'n janze Klasse Waritsh. Se liejen bloß nicht alle se uff Prejentiertheata wie't Zentraltheata.

Un, munda, jade jekt jibt et eene Schenswürdigkeit, die jiteena aus die Noje jehn lassen jollte. Det is die Mersje. Keet heilige Sache. Id bewahre! Det is 'n Jahrmarkt, den man jeben seeben haben. Von 'n Breiten Weech aus jekt man ab, jehr raba von die Hauptpost. Nicht wie Buden. Det is 'n je Schieksuden un Kistletonfels, misbe un erwachjene Viecha un war et is allens uff io 'n Jahrmarkt jibt. Denn aba die Magdeburger Ejenenitichkeit: Schmalstuchen mit Müdenfest jebraht. Karnevalspuffer: echt jächijchem Malzstaeje. Aha, det man allens durchmachen, det muß sich eener ansechen. Un d

Allen Seite, die da durcheinander loopen. In denn der scheene machdeborjische Dialekt! Jott, sprechen die een Deitsch; da fallen eenem alle Sinden bei. Von Datis und Affatibus haben se keine blasse Ahnung. „Auch moal die mit die juene Bluse.“ — „Aoch, du meenst woll die mit das blaue Kleed!“ sprachen da jektan abend zwec Keene Meechens, die sonst ganz respektabel ausseh'n. Also, wie jesacht, die Messe is sehenswert. Man kann jar nicht allens erwehnen.

Und da Dreite Weech. Wist'r wat, alle Bannehr! Det is de reene Friedrichstraße, bloß noch mal so breet. Da is nu tatsächlich allahand los. Ancepen sind fast in jedem Hause un scheene Cafés, det muß man sagen. In denn det Leben, da fühlt man sich wie ze Hause. Jedenfalls jibt et da uff den Breiten Weech noch am meisten zu sehen. Jott, die Spitzköpfe un die Droschkenonkels sind ja det gleiche Kaliber as uff unsern Asphalt, aber sonst die Seite. Man sieht ihnen schonst von weiten die

Provintontels an. Die Keenen Meechens! Det is nu mein Jeshmad. Hier jibt et doch noch welche, die die scheenen Ogen niederchlagen kenne — oder is det vielleicht bloß Eheata? Na, im großen jangen, man kann ooch hier bei die Zuda-jade un Sauakohlfassa wat aleben. Et jibt ja hier nu noch wat Intareffantet, aba erstens mechte id die Damen nich neijerig machen un denn der Paragraf 180 von det Straffesekbuch! Wie jesacht, id kann mich als Bärenführer bestens empfehlen. . . .

Inventur-Ausverkauf

in Mill-Opera-Concert-Apparaten.

Außerordentlich günstige Kaufgelegenheit

die sich in dem bedeutenden Umfange bei uns alljährlich nur einmal bietet.

Otto Jacob, sen., Berlin 627

Frieden-Straße 9.



Trotz
herabgelegter
Preise
bequemste
Ratenzahlung.

ee



Mod. 15a früherer Preis M. 38,50 jetzt M. 34.—. Braun oder grün poliertes Gehäuse, Größe 28x28x13 cm, alle Teile ff. vernickelt, farbig lackiert. Blumentrichter, 38 cm Schallöffnung, 1a Konzert-Schalldose, mit Mill-Opera-Schalldose M. 8.— mehr. Monatsrate M. 3.—, 5 Doppelplatten à 3 M.— 10 neueste Stücke u. 200 Nadeln bei Lieferung gratis. Bei der 6. Rate noch einmal 5 Doppelplatten gratis.

Mod. 11 früherer Preis M. 48,50 jetzt M. 39,50. Mahagonifarbig poliertes Gehäuse, Größe 28x28x13 cm, alle Teile ff. vernickelt. Farbig lack. Blumentrichter, 40 cm Schallöffnung, 1a Konzert-Schalldose. Mit Mill-Opera-Schalldose M. 8.— mehr. Monatsrate M. 3.—. Zum Apparat werden 5 Doppelplatten à 3 M.— 10 neueste Stücke und 200 Nadeln gratis geliefert. Bei der 6. Rate noch einmal 5 Doppelplatten gratis.



Mod. 17 früherer Preis M. 59.— jetzt M. 49.—. Aparte Luxus-Ausstattung, mahagonifarbig polierter Kasten mit Gold-Arabisken. Größe 33x33x15 cm. Alle Metallteile ff. vernickelt. Farbig lackierter Blumenschallrichter, 41 cm Schallöffnung, 1a Konzert-Schalldose. Mit Mill-Opera-Konzert-Schalldose M. 8.— mehr. Monatsrate M. 4.—. Zum Apparat werden 6 Doppelplatten à 3 M.— 12 neueste Stücke und 200 Nadeln gratis geliefert. Weitere 6 Doppelplatten bei der 6. Rate.

Vertreter an allen Orten gesucht gegen hohe Provision auch für unsere Abteilung: Uhren und Goldwaren.

Bestell-Zettel

im Convert einsenden!
Hiermit bestelle ich bei der Firma Otto Jacob senior, Berlin 627
1 Mill-Opera Mod. _____
inkl. den dazu gehörigen Schallplatten und 200 Nadeln
Die Begleichung erfolgt durch Zahlung von M. _____ am 1. jd. Mts. Beim Empfang zahle ich M. _____ durch Nachnahme an. Die Ware bleibt Eigentum der Firma bis alles bezahlt ist. Nichtzahlung von zwei Monatsraten hebt die Vergünstigung der Teilzahlung auf. Erfüllungsort Berlin-Mitte. Als Anzahlung sind 10—20 pCt. der Gesamtsumme erwünscht.
Ort: _____ Datum: _____
Vor- u. Zunamen: _____ Stand: _____
Straße u. Hausnummer: _____

Für alle
Apparate
2 Jahre
schriftliche
Garantie.

Mod. 20 früherer Preis M. 84.— jetzt M. 69.—. Eleganter Salon-Apparat, mahagonifarbig polierter Kasten m. Gold-Arabisken, Größe 35x35x17 cm. Alle Metallteile ff. vernickelt, farbig lackierter Tonarm u. Blumenschallrichter, 52 cm Schallöffnung Mill-Opera-Konzert-Schalldose. Monatsrate M. 5.—. 8 Doppelplatten à 3 M.— 16 neueste Stücke u. 200 Nadeln bei Lieferung gratis. Bei der 6. Rate noch einmal 8 Doppelpl. gratis.

Interessante Kataloge über Konzert-Apparate und Schallplatten überallhin gratis und franko.

Herren!

welche sich für wenig Geld elegant u. schick kleiden wollen. kaufen bei uns durch Ersparnis der teuern Ladenniete und besond. güns. igen Einkauf eleg. Garderoben zu fabelhaft billigen

Preisen. Man überzeuge sich.

Besichtigung ohne Kaufzwang!

Jackett-Anzüge

einfache Stoffe. 8 10 12.4

gute Stoffe. 14 16 18.4

Prima Stoffe. 20 22 24.4

extrafein. 26 28 30.4

Paletots u. Ulster

gute Stoffe. 12 14 16.4

Prima Stoffe. 18 20 22.4

extrafein. 24 26 28.4

Gehrock - Anzüge

gutes Kammgarn. 20 24 28.4

Prima Kammgarn. 30 33 36.4

extrafein. 39 42 45.4

Reeller Wert viel höher.

Jügl.-Anzüge von 5.4 an

Knab.-Anzüge von 2.4 an

Herr.-Jacketts v. 1.50.4 an

Herr.-Westen von 50.4 an

Stoffhosen von 2.4 an

Arbeits-hosen von 1.80.4 an

blaue Jacken von 1.25.4 an

Verkauf nur 1 Treppe

Breiteweg 56, I.

schrägenüber von Barasch

Spec. Bilder:
Einrahmung



En gros Fernsprecher 2950 En detail

Eduard Ranwig

G. m. b. H.

Goldleisten- und Bilderrahmen-Fabrik

mit elektr. Betrieb.

Staubfreie Bildereinrahmung.

Magdeburg

Margaretenstrasse 7a.

Ladengeschäft:

Breiteweg 130-131.

2929

Raucht

Engelhardt

Cigaretten

Überall erhältlich

LEUCO, Gold 2 Pfg., CATO, Gold 3 Pfg., LUX, 3 Pfg., MANETO, 4 Pfg.,
LEO, Gold 4 Pfg., MAZEPPA, 5 Pfg.

Das Beste vom Besten!

2721

Böhmes Gasthaus

849 Kleine Klosterstraße 15 — Tel. 4075

Mittagstisch 40 und 60 Pf.
Bereinszimmer für 70 Personen.

Ausschneiden, mitbringen
— 3 Mark Wert!

Möbel halbumsonst

auf ganz Teilzahlung

und noch dazu fast ohne Anzahlung, kann Ihnen niemand verkaufen. Wer aber bei Bedarf wirkliche Vorteile haben will, der beachte erst im eigenen Interesse meine ohne Konkurrenz dastehenden Offerten. Ich offeriere:

500 Einrichtungen

150, 200, 250, 350, 450 bis 800 Mark

Anzahlung: 15, 20, 25, 35 bis 80 Mark

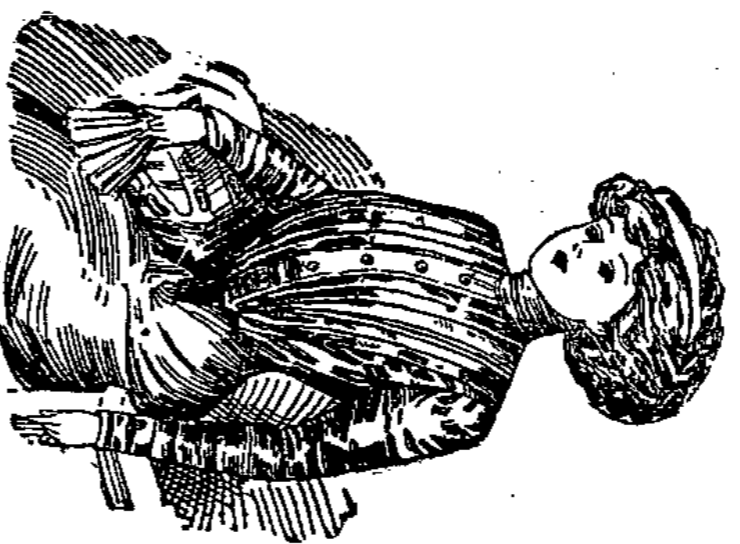
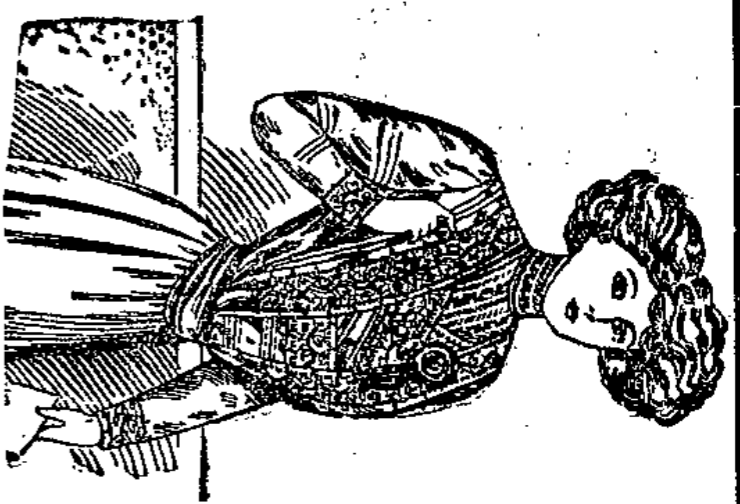
Wochenrate von 2 Mark an

A. Becker

— Judengasse —

Ecke Breiteweg 30, II

Kredit an jedermann!



Preiswerte Neuheiten in Herbst-Blusen

Spitzen-Blusen

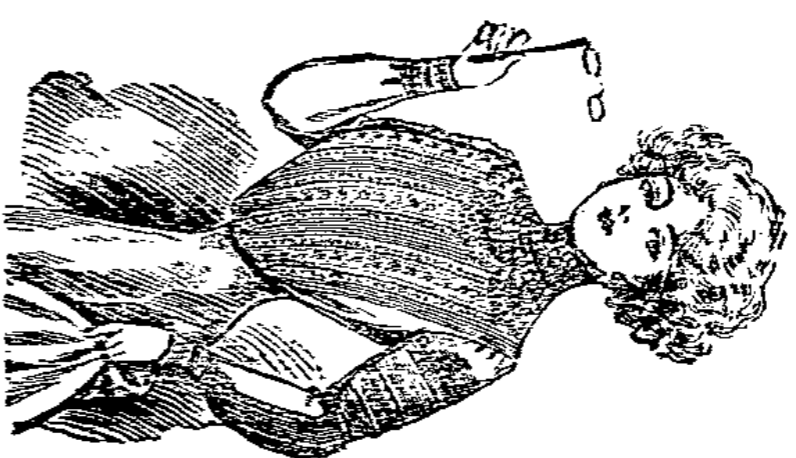
- Blusen** aus gemustertem Tüll, mit Passe, ganz gefüttert. **4,75**
- Blusen** aus gemustertem Tüll, mit Spachtelinsätzen und Spachtelplaque, gefüttert. **5,25**
- Blusen** aus gemustertem Tüll, mit eleganten Tüllinsätzen und Passe, verarbeitet, mit Seidenfutter, sehr preiswert. **5,75**
- Blusen** aus gemustertem Spachtelstoff, mit Tüllpasse und Spachtelplaque, mit Seide gefüttert. **8,75**

Seidene Blusen

- Blusen** aus reinseidenem Messaline, Vorderteil und Rücken mit breiten imitiert Klappelinsätzen reich garniert, gefüttert, besonders billig. **6,75**
- Blusen** aus reinseidenen Louisiana, Hemdform, moderne, blau/grüne Schotten. **8,75**
- Blusen** aus reinseidenem Messaline, mit Vollinsätzen garniert u. modernen Kimono-Ärmeln. **9,75**
- Blusen** aus reinseidenem Tafelt, mit goldenem Passe u. modernen Kimono-Ärmeln. **13,50**

Hemdblusen

- Hemdblusen** aus gemustertem Baumwollstoff. **1,50**
- Hemdblusen** aus gestreiften Popelinestoffen, durchgefärbt. **2,35**
- Hemdblusen** aus einfarbigem Baumwollstoff, Vorderteil in Falten, durchgefärbt. **3,25**
- Hemdblusen** aus modern gestreiftem Popeline, durchgefärbt, gefüttert, sehr preiswert. **4,25**



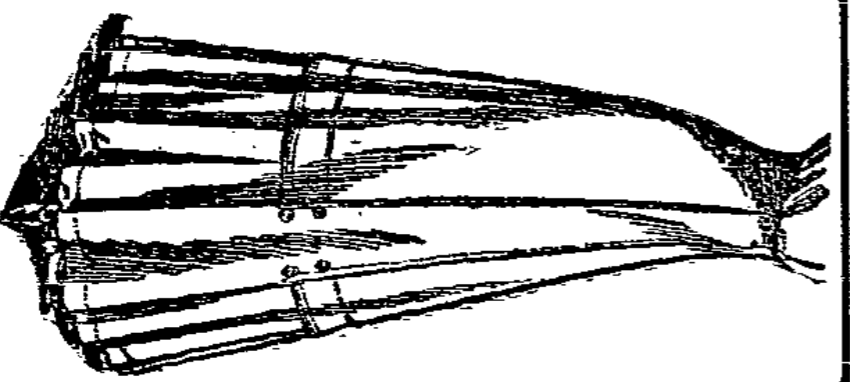
Hemdbluse
reineid. Tafelt, durchgefärbt, gefüttert, sehr preiswert

Kostüm-Röcke

aus marine Cheviot, mit Tresse und Knöpfen besetzt **2,80**

Kostüm-Röcke

in blau/grün melierten Stoffen, Vorderbahn mit ausspringender Falte **3,95**



Miederrock
in den neusten englisch. Stoffen, gut verarbeitet **6,75**

Neuheit!

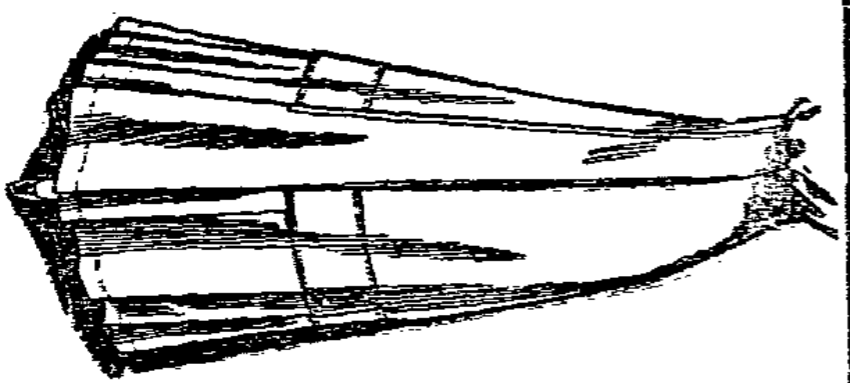
Blau/grüne

Schotten-Röcke

Kostümröcke
blau Cheviot, mit angelegten Falten und Knöpfen garniert. **5,50**

Kostümröcke

weiss Cheviot, Faltenfassons, sehr preiswert **7,50**



Kostümrock
neuste Form, in blau Cheviot **15,00**

Neuheit!

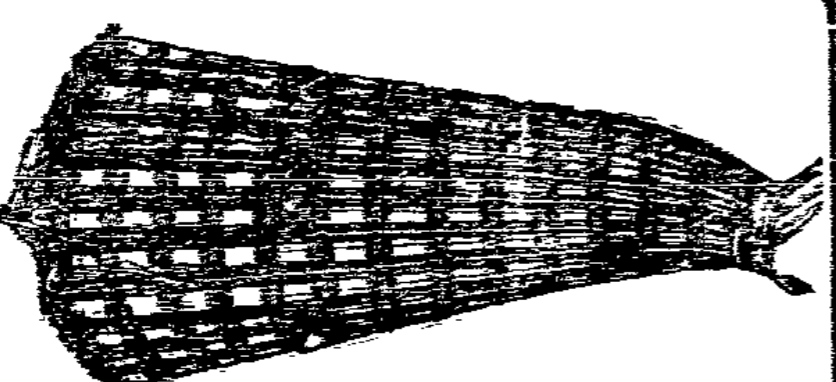
Der enge

abgebund. Rock

Kostümröcke
Sportfassons, in englisch gemusterten Stoffen breit abgesteckt **8,00**

Kostümröcke

modern blau/grün karierte Weibhülle, Faltenfassons, mit breiter Junge **9,75**



Schottenrock
blau/grün, reine Wolle, sehr preiswert **12,00**

12. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 219.

Magdeburg, Sonntag den 18. September 1910.

21. Jahrgang.

Nach Kopenhagen.

Als der Kopenhagener Kongress mit einer Einmütigkeit, die sonst nur in den grundlegenden Fragen der Arbeiterbewegung in der Internationale herrscht, die Resolution der österreichischen Gewerkschaftskommission annahm und die nationale Teilung der Gewerkschaften ablehnte, gab es wohl nur wenige Optimisten, die hofften, der Schiedsspruch der Internationale werde dem Konflikt ein Ende machen. Immerhin konnte man annehmen, die tschechische Sozialdemokratie werde sich bereit erklären, auf der Grundlage der Kopenhagener Resolution mit der Reichsgewerkschaftskommission zu verhandeln, um so mehr als Adler den tschechischen Genossen in seinem Schlussappell die Hand zum Frieden angeboten hatte.

Aber auch diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Ohne jede Ausnahme lehnt es die ganze tschechische Parteipresse ab, den Spruch der Internationale zu erfüllen, und sie kündigt, wie es ein tschechischer Redner bereits in Kopenhagen tat, an, daß sie auf dem bisherigen Wege weitergehen werde. Besonders bezeichnend ist der gehässige Ton, in dem nun die tschechische Arbeitererschaft gegen die deutschen Sozialdemokraten gehetzt wird. Namentlich Genosse Adler ist es, der den tschechischen Arbeitern nun als der Bauwau dargestellt wird, der die tschechische Sozialdemokratie spalten will. Wörtlich schrieb das „Pravo Lidu“, das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie, gleich nach dem Kongress: „Adler hat es mit seiner Verantwortlichkeit für vereinbar gehalten, uns in Kopenhagen zu drohen, daß die deutschen Genossen in Wien mit Hilfe ihrer finanziellen Uebermacht und mit Hilfe der von ihnen finanziell abhängigen Leute die Zerstückelung der tschechischen Partei herbeiführen werden.“ Wer in Kopenhagen den Verhandlungen über den österreichischen Konflikt auch nur eine Stunde lang beigewohnt hat, weiß, daß diese Beschuldigung Adlers das Gegenteil des wahren Sachverhalts ist.

Aber in der tschechischen Presse wird die Legende, daß die deutsche Sozialdemokratie und besonders Adler die tschechische Partei spalten wollen, weiter ausgepöbnet. Das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie legt in einem Leitartikel vom 8. September dar, der Ehrgeiz Adlers sei schuld an dem Konflikt. Die deutsche Parteivertretung wisse, daß ihre Bedeutung in Oesterreich und im Ausland nicht nur von der Zahl der deutschen Mandate abhängt, sondern auch davon, daß sie den Gedanken der Internationalität in Oesterreich verkörpert. Die kleinen Parteien der andern Nationen erhalten diesen Nimbus der deutschen Genossen, ohne daß sie die Macht oder auch nur die Zeit hätten, ihre Taktik zu prüfen. Auf die kräftige tschechische Partei müsse man aber Rücksicht nehmen. „Das wird der Leitung der deutschen Partei unbecquem und daraus ist der Gedanke entstanden, der bisher geheimgehalten

worden war, den aber in der Kopenhagener Aufregung Dr. Adler durch sein Verhalten berriet: daß, wenn wir uns den in Wien jetzt herrschenden Einflüssen nicht unterwerfen, von Wien der Versuch gemacht werden wird, die tschechische Partei zu spalten. Das ist jetzt der neue Ehrgeiz des Genossen Adler, daß die deutsche Parteileitung ein solches, wenn auch kleines, so doch völlig unterwürfiges Anhängsel in der tschechischen Arbeitererschaft habe, damit auf dem nächsten internationalen Kongress in Wien der Führer der deutschen Partei die Krönung und den Triumph seines Lebens erreicht: daß er sitzen dürfe neben Tetenka (Tetenka ist der Leiter der tschechischen Maurer, die dem Eindringen des nationalen Separatismus in ihre Reihen bisher entschieden Widerstand entgegensetzten und darum besonders gehaßt werden. Ann. d. Red.) und daß Adler und Tetenka die Nationen empfangen als Repräsentanten der österreichischen Internationale.“ Natürlich werden auch in diesem Artikel die internationalen tschechischen Gewerkschaftssekretäre als Söldlinge Wiens bezeichnet. (Die Gewerkschaftssekretäre, deren für Wiener Geld jetzt so viele im tschechischen Gebiet sind, — womit zugleich eine Illustration zu der Lage gegeben ist, daß die Gewerkschaftszentralen nicht genug tschechische Beamte anstellen.)

Wenn das Zentralorgan der Partei so schreibt, kann man sich nicht wundern, daß die andern tschechischen Parteiblätter noch tiefer auftragen. So zieht das Brüner Tageblatt „Mojnost“ aus jenen Behauptungen des „Pravo Lidu“ die Konsequenz, man solle nicht länger warten, bis „auf den Wink aus Wien“ die Partei gespalten werde, sondern die kompetenten Instanzen der Partei sollen reich die Lösung des Bandes selbst vornehmen. Daß „diese Sekretär-Gesellschaft“ noch länger als Genossen angezogen werde, sei ausgeschlossen und das Verhältnis zu diesen „die Partei auf das Kommando von Wien spaltenden Personen“ müsse in kurzem Wege geklärt werden.

Ist es da ein Wunder, wenn der in Prognos erscheinende „Glas Lidu“, dessen Redakteur, ehe er tschechischer sozialdemokratischer Redakteur wurde, tschechisch-nationaler Agitator war, seinen Artikel also beginnt: „Die Wiener Gewerkschaftskommission, berühmt in der tschechischen Arbeitererschaft etwa wie das Inquisitionstribunal, der heiligen römischen Kirche...“ und im weitem Verlauf schreibt: „Die Internationale“, so sagte in Kopenhagen Genosse Remec, „darf kein Heumiss der Entwicklung der Völker sein; wenn sie es aber doch ist? ... Es ist der Moment gekommen, wo wir unter unsrer vollen Verantwortlichkeit der tschechischen Arbeitererschaft sagen müssen: Entweder wird die Internationale ihr Verhältnis zu uns anders einrichten oder wir werden gezwungen sein, unser Verhältnis zur Internationale anders einzurichten! ... Das Urteil der Internationale in Kopenhagen war ein großer Irrtum und wir können uns einem Irrtum nicht unterwerfen. Auch dann nicht, wenn es zu der Eventualität kommen sollte, von der in Kopenhagen Legien sprach...“ Und das „Pravo Lidu“ druckt diese und ähnliche Artikel fast wörtlich ab.

Wohin das führen wird — wer könnte das voraussehen. Man kann nur hoffen, daß der gesunde Sinn der tschechischen Arbeitererschaft — von der heute noch aller Hege zum Troge die große Mehrheit in den internationalen Gewerkschaften steht — diese Krise bald überwinde. —

Soziale Ursachen des Verbrechens und Todesstrafe.

Auf dem 30. Juristentag, der in Danzig versammelt ist, lagen in der dritten Abteilung über Strafmittel und Gefängniswesen zwei Gutachten vor. Das eine Gutachten, das der bekannte einflussreiche preußische Gefängniswissenschaftler, Krohne, erstattet hat, ist von gutem sozialem Geist erfüllt. Es heißt darin unter anderem: Die Zahl der Verurteilten ist absolut und relativ bedeutend gestiegen. Jeder vierzigste Deutsche wird bestraft und der Kampf gegen die Rechtsbrecher kostet jährlich mindestens 150 Millionen. Dabei verchiebt sich die Ursache der Verbrechen immer mehr von der persönlichen nach der sozialen Seite. Hier kann nur eine weitläufige und großzügige, rasch fortschreitende Sozialpolitik Einhalt gebieten. Die Bekämpfung des Wohnungselends ist die dringendste Forderung auch der Kriminalpolitik. Die Mitschuld der Gesellschaft an den Verbrechen muß energig betont werden. Die Straffußtitz darf weder verrohend wirken noch das Volksbewußtsein schlaff machen. Die Strafmittel müssen immer noch weiter vereinfacht werden. Krohne wendet sich entschieden gegen die Prügelstrafe und wünscht als Freiheitsstrafen nur die Zuchthausstrafe als stets entehrend und die Haftstrafe als bloße Freiheitsstrafe beibehalten. Er empfiehlt weiter die Ausdehnung der Geldstrafe und der Schadenersatzpflicht und tritt für die völlige Beseitigung der Polizeiaufsicht ein.

Das Gutachten des Regierungsrats Ebermayer hielt sich näher an das geltende Recht. Senatspräsident Dr. Oskhausen (Leipzig) begründet als Referent folgende Leitsätze: „Das Strafmittelverhältnis im Vorentwurf zum Strafgesetzbuch ist im allgemeinen zu billigen. Andre Strafmittel als die in ihm vorgeschlagenen sind nicht zu empfehlen. Es ist zu billigen, daß die Todesstrafe in den schwersten Fällen des Hochverrats ausschließlich, beim Mord wahlweise neben Zuchthaus angeordnet ist, weiter aber keine Anwendung findet, sowie daß die Geldstrafe erweitert ist, ihre Androhung mit Höchstbeträgen in bestimmten Summen beibehalten und ihre Zulassung als Nebenstrafe vorgezogen ist. Zu fordern ist, daß Geldstrafe und Haftstrafe in ein bestimmtes Verhältnis gebracht werden. Ferner ist zu fordern, daß die Teilaberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte in größerem Umfang zugelassen ist.“

Der Korreferent, Professor Dr. Kahl (Berlin), teilt im allgemeinen den Standpunkt des Referenten. Insbesondere will auch er keine neuen Strafarten, wie Deportation, wenn sich auch für manche allerlei anführen lasse, und ferner die Beibehaltung der Todesstrafe, ohne sich darum mit allen Gründen ihrer Anhänger zu identifizieren. Im Gegensatz zum Referenten will er aber auch in den Fällen schweren Hochverrats neben der Todesstrafe Zuchthaus zugelassen wissen. Die Todesstrafe sei nicht durch die Guillotine zu vollziehen, sondern durch Menschenhand. Die Zahlung der Geldstrafen wünscht der Redner auch auf Sachvermögen stütze Anwendung der Geldstrafen nach den betriebliehen Verhältnissen des Verurteilten zu billigen. Schwarz wendet sich der Redner gegen die ungenügende Fassung des § 53 des Entwurfs, der von der Aufenthaltbeschränkung handelt. Unter Bezugnahme auf den Hauptmann von Köpenick fordert er reichsgerichtliche Einschränkungen der Befugnis der Einzelstaaten zu sicherheitspolizeilichen Aufenthaltssperren.

Am Vorabend.

Noch einmal schweift der Blick sorglich-ängstlich über das Geschaffene. Zum letztenmal wird hier noch ein Schleichendes gerückt, dort eine Falte geglättet und schon steht der lang ersehnte, und freudig erwartete Besuch in der Tür. Wird er sich nun bei uns wohl und heimlich fühlen, wird er nur freundliche Erinnerungen mit fornehmen, wird er uns in gutem Andenken behalten? Wir hoffen es von ganzem Herzen, und wir glauben alles, was in unsern Kräften stand, getan zu haben. Der Gast hat nur nötig, ein empfängliches Gemüt, gute Laune und — gutes Wetter mitzubringen.

Wenige nur ahnen, welche Arbeit die Vorbereitung eines Parteitags erfordert, was alles nötig ist, wenn die große Anziehungsmaschine tadellos und glatt laufen soll, wenn alle Wünsche befriedigt, allen Anforderungen Genüge geleistet werden soll. Da ist zuerst die Verfkärte des deutschen Arbeiterparlamentes, das Parteitagslokal. Es ist für die Abwicklung der Geschäfte, für die Stimmung der Delegierten gar nicht gleichgültig, ob das Lokal zu klein, unfreundlich, schlecht belüftet und beleuchtet ist, ob es eine unangenehme Lage hat oder eine schlechte Aussicht. In solchen Räumen fühlt sich jeder unbehaglich; und dieses körperliche Mißvergnügen überträgt sich auf die Geister, die dann heftiger, als eigentlich nötig und der Sache dienlich „aufeinander plagen“. Wenn es im Laufe der Parteitagswoche trotzdem zu solchen Explosionen kommen sollte, der „Luisenpark“ ist schuldlos daran. In bunten herbitlichen Farben prangt der Garten, und gar der Saal leuchtet in lila-weißer Anspielung und im Glanze von sechs elektrischen Bogenlampen. Zwar der Vorhang ist etwas bunt, aber das vorherrschende Rot darauf wird ja auf unsere Delegierten nicht aufreizend wirken.

Auch an Nebenzimmern für Kommissionsberatungen ist kein Mangel; Genosse Rankau ist in seinem eignen Hause „geheim“, damit die Gäste sich um so breiter machen können. Eine Poststelle für die Annahme und Ausgabe von Briefen, Karten und Zeitungen ist ebenfalls eingerichtet. Dem Massenverband von Anhängern — die Buchhandlung Volksstimme wird eine Sammlung von Karten zum Verkauf stellen — steht also nichts im Wege. Wer von den Besuchern Wert darauf legt, bekommt zu jeder Karte noch die in der Druckerei der „Volksstimme“ hergestellte künstlerisch ausgeführte Parteitagsmarke — Elbanzich mit Lom —, mindestens aber den Stempel „Parteitags Magdeburg“. Die fünf Telefonzellen werden vornehmlich der Presse zur Verfügung kommen.

Ganz genau steht die Ziffer der Delegierten noch nicht fest, aber 370 sind schon jetzt angemeldet. Dazu kommen

noch einige Gäste aus dem Ausland: Amerika, Argentinien, England, Frankreich, Oesterreich und andre. Die Presse wird nicht weniger als 80 Vertreter stellen, darunter auch Berichterstatter Pariser und Londoner Zeitungen, vieler großer bürgerlicher deutscher Organe und die Korrespondenzbüros. Mit welchen Mitteln diese Bureaus ausgestattet sind, wird dem Leser klar, wenn wir ihnen sagen, daß ein einziges mit nicht weniger als 17 Hilfskräften ausgerüstet kommt. Zenographen, fünf Maschinenschreiberinnen, Bedienung für die Vervielfältigungsapparate gehören dazu. Auch die deutsche Parteipresse hat eine Anzahl Spezialberichterstatter gesandt.

Man ersieht aus dem Aufgebot der bürgerlichen Presse, welchen Wert man im Lager der Gegner auf die Verhandlungen legt, und welche Verantwortung unsere Delegierten gegenüber dieser Presse haben, die jedes Wort, jede Gebärde abwägt, nach ihrer Art bewertet und ausnutzt — gegen uns natürlich.

Mehr als 400 der Vertreter unterzubringen in Hotel- und Privatlogis war die undankbare Aufgabe des Wohnungskomitees. Es ist gelungen. Wie viele Wege, Sitzungen, Unterredungen, Briefe und Telefongespräche dazu nötig waren, wer weiß es noch? Nur das eine ist sicher, daß nicht alle mit dem zufrieden sein werden, was ihnen zugeteilt wurde. Wenn aber irgendwas das Wort: „Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann“, zutrifft, so ist es hier. Es geht den meisten, wie dem Soldaten, der ins Manöver zieht. Er träumt von schwellenden Betten und dito Lippen, von freundlichen Quartiergebern, von Wein und Braten und Mumenduft. Nach am ersten Abend nächtigt er in einer Scheune auf Stroh, in dem die Mäuse rajsheln und pfeifen. Strohlager wird's bei uns zwar nicht geben, aber wenn der eine oder der andre Delegierte nicht zufrieden ist, so mag er sich mit Wilhelm Busch trösten, der philosophisch feststellte: „Meintheils und überhaupt kommt es anders, als man glaubt.“

Sehr viele aber, das wissen wir bestimmt, werden angenehm enttäuscht sein, denn sie bringen über Magdeburg, seine Bewohner und ihre Beschauungen recht abenteuerliche Vorstellungen mit. Warum unser „liebes, altes“ Magdeburg in einem so schlechten Rufe steht, ist eigentlich nicht recht ersichtlich, aber es ist nun einmal so.

Diesen schlechten Geruch wenigstens innerhalb der Arbeiterwelt auszuglätten, war das Organisationskomitee redlich bemüht; und mit Erfolg wird erst die Zukunft lehren. Arbeiten allein tut's nicht, man muß auch wieder rasten und sich ergehen, damit man Lust und Spannkraft zu neuem Tun hat. Die Straßgen der Reize haben die Delegierten am Empfangsabend ver-

geben. Etwas eng und drängelig wird's dabei zugehen, denn „ganz“ Magdeburg will natürlich dabei sein. Aber so viel Ruhe und Aufmerksamkeit wird schon zu schaffen sein, daß sowohl die Begrüßungsreden als auch die in mühseligen Stunden eingeübten Lieder unserer Arbeiterjünger nicht untergehen. Und nachher wird es ja an Unterhaltung unter den alten Kampfgenossen aus allen Gauen Deutschlands so wenig fehlen wie unter den Zuhörern, die schon am Nachmittag Gelegenheit hatten, dem Meeting im „Luisenpark“ garten beizuwohnen. Am Dienstag ist — abermals im „Luisenpark“ — großes Gesangs- und Instrumentalkonzert. Außerdem werden Lichtbilder vorgeführt, die für Agitation vorzüge geeignet sind. Zu Klappentafeln, wie die Amerikaner, sind wir noch nicht gekommen. Und am Donnerstag, wenn nicht etwa die bedächtige Pandorabüchse dazwischen kommt, geht es in den Park, ins Podetal. Haben wir dabei das richtige „Hohenzollernwetter“, ist der Besuch ohne Zweifel größer und schöner als bei bester Hohenzollernrede. Die Delegierten brauchen nur ihr Programmheft aufzuschlagen und sie sind über alles unterrichtet.

Aber mehrere Abende und manche Stunde bleibt noch für die Beschäftigung der Stadt übrig. Ein instruktiver Führer durch Magdeburg weist auf die schönsten Punkte hin und in einer besonders Beilage bringen unsere Parteimitte ihre Lokale in empfindliche Erinnerung. So ist denn für Leib und Seele ausreichend gesorgt, wer aber eine beschauliche Stunde übrig hat, dem sei das Studium des Buches „Von Jehden und Kämpen“ empfohlen, das die Magdeburger Organisation den Delegierten als besondere Gabe deut. Schon die Ausstattung — Papier, Druck, Bilder, Einband — wird künstlerische Ansprüche befriedigen, das Buch ist ein prächtiges Zeugnis für die Leistungsfähigkeit einer Arbeiterdruckerei. Was das Buch an Inhalt bietet — eine Magdeburger Parteigeschichte im kleinen — erheben die Leser aus dem Verzeichnis der behandelten Gegenstände und aus den Namen der Autoren.

So ist denn alles festlich bereitet. Mit Lust und Liebe ist von allen Personen gearbeitet worden, um Magdeburg in die Reihe der Parteitagsstädte zu rücken, an die man vielleicht noch nach Jahren mit Vergnügen zurückdenkt. Keine rebenunfrüchtigen Bügel verschönern Magdeburgs Stadtbild, kein blaues Meer lockt zur Fahrt, kein demokratisch gesinntes Bürgertum nimmt inneren Anteil an den Arbeiten des Parteitags, aber Zehntausende braver Arbeiterherzen schlagen den Wegesanden der Sozialdemokratie entgegen, und rufen ihnen zu: Seid willkommen in Magdeburg, seid herzlich willkommen!

Im Anschluß an die Referate kam es zu lebhaften, bisweilen stürmischen Debatten, besonders über die Frage der Todesstrafe. Professor Dr. Liepmann (Kiel) wandte sich entschieden gegen die Todesstrafe und bezeichnete es unter Beifall und Widerspruch als Zeichen von Altersschwäche, wenn der Juristentag einer Entscheidung über diese Frage ausweiche. Dagegen will Professor Köhler (München) unter gewissen Einschränkungen die Todesstrafe im Falle schwerster Hochverrats beibehalten wissen. Oberstaatsanwalt von Brittnitz (Naumburg) bezieht die Gegner der Todesstrafe übertriebener Humanität und Sentimentalität. Kriegsgerichtsrat Elsner von Cronau (Berlin): In der heutigen revolutionären Zeit kann die Autorität des Kaisers und der Bundesfürsten gar nicht scharf genug bewahrt werden. Rechtsanwalt Saul (Duisburg) wendet sich entschieden gegen die Todesstrafe, ebenso Rechtsanwalt Menge (Berlin). Professor Graf Dohna (Königsberg) will bei Hochverrat auch Mord zulassen, da Hochverrat nicht immer

aus ehrenrühriger Geinnung hervorgehen müsse. In seinem Schlußwort verteidigte Geheimrat Kahl die Todesstrafe.

Aus der Parteibewegung.

Ueber die Finanzreform von 1909 hat der Parteivorstand ein Handbuch herausgegeben, das jedoch im Verlag des „Vorwärts“ erschienen ist. Mit emsigem Fleiße ist in dem über 400 Seiten starken Buche von einem an den Reichstagsverhandlungen über die Finanzreform unmittelbar Beteiligten alles Material zusammengetragen und in übersichtlicher Weise verarbeitet worden. Das Buch bildet eine unerschöpfliche Quelle der Belehrung und des Wissens nicht nur über die neuen drückenden Steuern, sondern über die ganze Finanzlage des Reiches, die Steuer- und Schuldenwirtschaft, deren verhängnisvolle Wirkung noch auf viele Jahre hinaus sich zeigen wird. Insbesondere wird jeder, der politisch tätig ist und in den kommenden Wahlkampf

eingreifen hat, nicht ohne das Buch auskommen, wenn er ein zu treffendes Urteil über die sogenannte Finanzreform abgeben will. Das Buch ist zum Preise von 5 Mark von der Buchhandlung „Vorwärts“ sowie in allen Parteibuchhandlungen zu beziehen.

Das Chemnitzer Parteiblatt schafft sich ein eigenes Heim. Am Donnerstag vormittag ist der Grundstein zum eignen Gebäude gelegt worden. Die Entwicklung des Druckerei-Unternehmens sowohl als auch der Zeitung zwang dazu, ein eigenes Gebäude zu errichten. Es wird mit der Neuanfertigung von Maschinen z. insgesam einen Kostenaufwand von rund 400 000 Mark verursachen. Im Vordergebäude, einer alten Patriziervilla, die stehenbleibt, sind untergebracht eine größere Anzahl von Gewerkschaftsbüros; auch das Jugendheim der Chemnitzer Arbeiterkassette soll in der nächsten Zeit eingerichtet werden. Das Unternehmen gehört den sieben zum Verbreitungsgebiet der „Volksstimme“ gehörenden Wahlkreisen. Hervorragend beteiligt an der Aufbringung der Mittel ist der 18. Reichstagswahlkreis. Das Gebäude wird im Frühjahr 1911 spätestens fertig sein.

Nur für Herren!

welche Wert auf elegante Garderobe legen, bietet sich Gelegenheit, sich in dem

Kaufhaus für Monats-Garderobe

Magdeburg, Alte Ulrichstrasse 3

2640

mit wirklich gutsitzender, moderner Kleidung zu versehen. — Wir verkaufen:

Abteilung I **Getragene Garderobe.**

Anzüge 10 Mk. 14 Mk. 20 Mk. usw.
Paletots 8 Mk. 12 Mk. 18 Mk. usw.

Fracks und Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

Abteilung II **Elegante, neue fesche Garderoben.**

Abteilung III

Anfertigung nach Mass unter Garantie tadellosen Sitzes.

Herren- und Damenrad
leicht, Kauf, großartig, spottbillig
Sobischmiedebrücke 5, v. l. Socke.

Leihhaus
M. Korn
Franziskanerstr. 3a
gegründet 1888

Beleihung aller Wertsachen
unter strengster Verschwiegenheit

Franziskanerstr. 3a
Extra billig. Angebot
Nur kurze Zeit

Herren- u. Burschen-Anzüge
spottbillig
Einz. Jacketts u. 3 Mt. an
Stoffhosen von 3 Mt. an

Sommer-Paletots
Winter-Paletots
Wetter-Pelerinen

Uhren! Uhren!
Großer Vorrat
Herren-Uhren

von 6 Mt. an
Uhrketten
prachtvolle Muster, spottbillig
mit eleg. langer
Kette 10 Mt.

Goldene Damen-Uhr mit
eleganter langer Kette 18 Mt.
Gold. Herren-Ram.-Sav.-Uhr
40 Mt., 1 gold. Herren-Ram.-
Sav.-Ankeruhr, 588 geflemp.
Schweizer Fabrikat, 75 Mt.

Wert bedeutend höher
— Regulateure, Wecker —
goldene Trauringe, Kolliers,
Armbänder, Ohrringe
Große Auswahl! — Sehr
billige Preise!

1 Sprechmaschine
mit großem Trichter 24 Mt.
Große Auswahl doppelseitige
Sprechmaschinen - Platten
neueste Schläger, 1.30 Mt.

M. Korn
Franziskanerstr. 3a.

Staufe 2728
Ranarienbühne
u. weibchen, bezahlbar
a. 3.00, bessere 3.50,
4.50 Mt. Prima nach
Gesang.
J. Tischler, Annastraße 25, 1.
— Fernsprecher 4454.

Alwin Oelze, Nachf. E. Oelze
Spezial-Schuhgeschäft

Coquistr. 17 **Buckau** Coquistr. 17

Herren-, Damen- u. Kinder-Schuhe u. -Stiefel

in **Chevreau und Box calf** 2855
beste Fabrikate, moderne Formen, größte Auswahl

Turnschuhe — nach — **Hauschuhe**
wie Socken, Schnallen-
schuhe, Pantoffel usw.

Signe Reparaturwerkstatt im Hause
Mitglied des Rabattsparvereins

Kaiser Otto Volksfreund

hochfeine Tafel-Margarine
Ersatz für beste Molkebutter
täglich frisch aus der

Margarine-Fabrik Magdeburg
Editharing 26. 2796

Postversand nach ausserhalb.
10-Pfund-Postpaket 7.50 Mark
franko gegen Nachnahme.

Das Allerneueste in
Tapeten, Borden und Friesen

empfiehlt zu billigsten Preisen

Tapetenfabrik Magdeburg

G. m. b. H.

2862 **Inhaber Otto Kempfe**

Hauptniederlage:

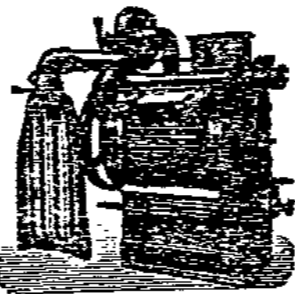
Kaiser-Wilhelm-Platz 2, Haltestelle der Straßenbahn. Fernsprecher 8361.

Fabrik:

Rogätzter Straße 43/54, Haltestelle Stendaler Straße. Fernsprecher 1642.

Vorjährige Sachen spottbillig.

Kausbesitzer erhalten besondere Vergünstigungen.



Dampf-Bettfed.-Reinigungs-
Anstalt m. elektr. Betrieb
Betten werd. auf Wunsch abgeh.
Billigste Preisberechnung!
2742 **Julius Franke**
Hohepfortstraße Nr. 63
Bettfed. u. Bettfedernhandlung

**Wirklich reelle Betten,
Bettfedern und Inlette**
kaufen Sie billig bei

Aug. Schütz
Jakobstraße 7
gegenüber der „Reichskrone“
Seinen, Wäsche- und
Ausstatter-Geschäft:

Handbuch der Dreherei

Jubiläums-Ausgabe — Preis 4.25 Mark
Bestehe in unerschöpflich für jeden Dreher.
Schloffer, Mechaniker und Beschäftigter usw.

Buchhandlung **Volksstimme**, Gr. Münzstr. 3.

Küchensattel
der Magdeburger Volksküche
Große Marktstraße 12.
Montag: Saurebrot mit Erb-
brot und Rippensack.
Nebengericht: Nüdelreis.
Dienstag: Weiße Soßen mit
Nüdelreis.
Mittwoch: Saurebrot mit Nü-
delreis.

Unsern werten Inserenten

machen wir die ergebene Mitteilung,
dass während der Tagung des sozial-
demokratischen Parteitags infolge des
Stoffandrangs in den letzten Stunden
vor Herausgabe der laufenden Nummer

Inserate nur bis 10 Uhr vormittags

für die an demselben Tage erscheinende
Zeitung angenommen werden können.
Größere Inserate erbitten wir dringend
== am vorhergehenden Tage ==

Die Expedition der „Volksstimme“

Kredit nach auswärts!

1. Geschäft
Magdeburg
Himmelreichstr. 23, 1.

2. Geschäft
Hannover
An der Christuskirche 7

3. Geschäft
Hildesheim
Ostertor 2

4. Geschäft
Schönebeck
Breiteweg 8

Brautpaare

bevor Sie Ihren Bedarf in Möbeln beden,
benutzen Sie bitte ohne Kaufangang unsere
Lager. Durch den billigen Einkauf für
4 Geschäfte sind wir in der Lage

komplette Einrichtungen

zu den billigsten Preisen zu liefern.

1. Stube — Küche Mk. 15.00 Anzahlg.
2. Stube — Küche Mk. 25.00 Anzahlg.
3. Stube — Küche Mk. 35.00 Anzahlg.
4. Stube — Küche Mk. 10.00 Anzahlg.

Einzelne Möbelstücke
von Mk. 3.00 Anzahlung an,
große Auswahl.

Anzüge und Mäntel
für Herren und Knaben.
Gardinen, Tischdecken.
Gratis erhält jeder Möbelfeuer bis
5. Oktober ein Geschenk. : : :

Kredit nach auswärts!

1. Geschäft
Magdeburg
Himmelreichstr. 23, 1.

2. Geschäft
Hannover
An der Christuskirche 7

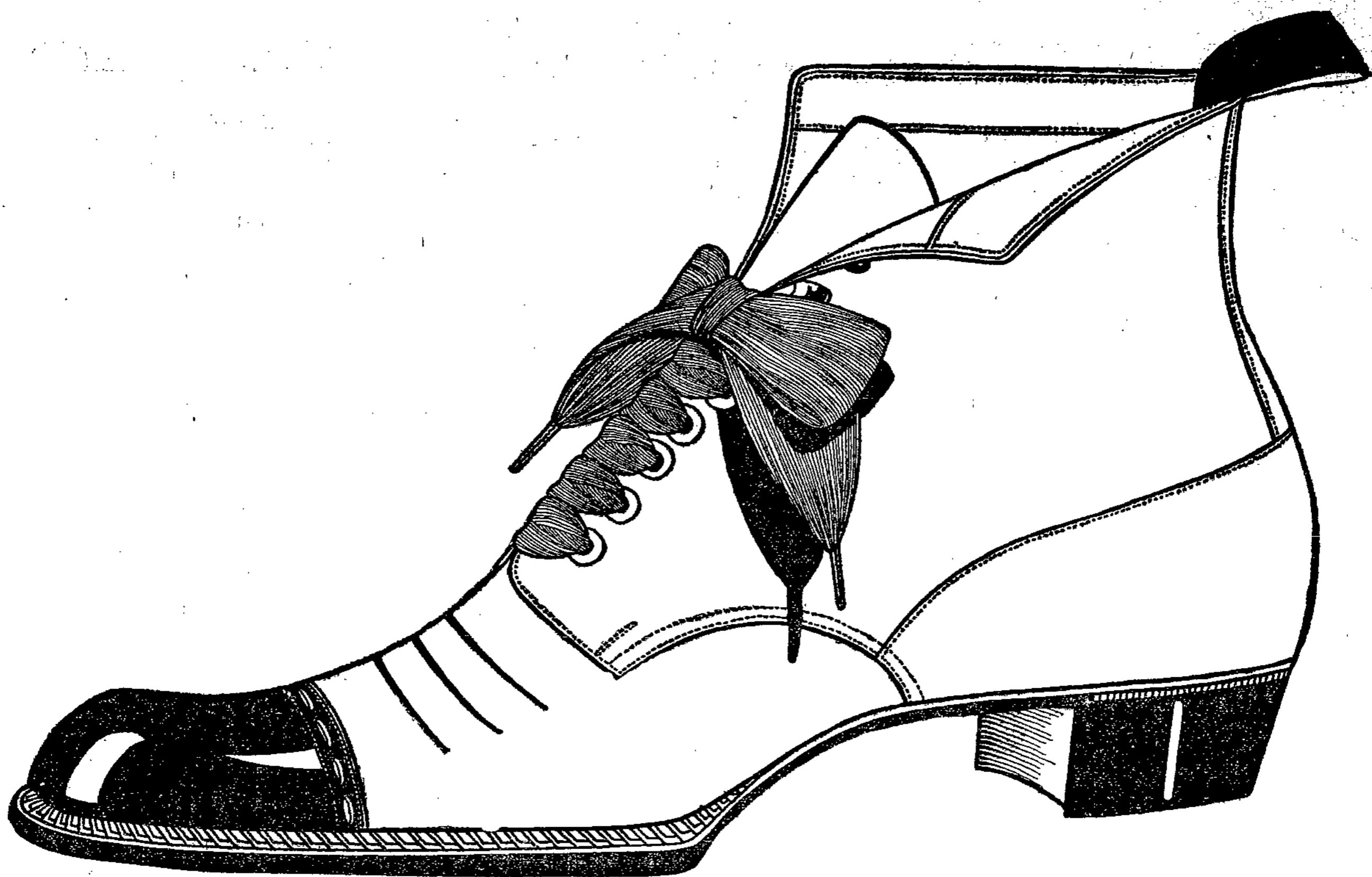
3. Geschäft
Hildesheim
Ostertor 2

4. Geschäft
Schönebeck
Breiteweg 8

Ph. Biener & M. Chusid

Himmelreichstraße 23, 1 Tr., 2. Haus vom Breiten Weg.

Beamte und Kunden erhalten Waren ohne Anzahlung.



Schuh-Bazar-Vereinigung

Breiteweg 13

W. Blumenthal

Breiteweg 13

Möbel!! Möbel!!

Kaufen Sie sehr preiswert und reell bei

G. Vahle, Möbelmagazin

M.-Sudenburg, 3 Lemsdorfer Weg 3

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

in allen Preislagen

Bettstellen mit Matratzen von 35 Mk an

Küchenschränke von 15 Mk. an

Teilzahlung gestattet!

Stassfurt Weltspiegel.

Pianinos

von 200 bis 1500 Mark

Harmoniums

von 90 bis 5000 Mark

Flügel

von 1200 bis 1600 Mark in größter Auswahl.

Ich empfehle solide, preisgekrönte

Fabrikate aus 20, 40, 60, 100 Jahre

bestehend, weltberühmten Hof-

Pianosorte-Fabriken

Neue Pianos von 400 Mark an

Teilzahlungen in jeder Weise,

langjährige Fabrikgarantie

Stimmungen und Reparaturen

sachmännlich und billig

Pianinos zur Miete

Miete wird bei Kauf

angerechnet.

Emil Trautmann

Pianohaus

23 Alter Markt 23

im Zentrum der Stadt

Telefon 4924.

Leihhaus

der

Gustav Oelbner

Weinstraße, 1a, 1 Tr.

Telefon 3577

beleihet Gegenstände a. Art

Neue und gebrauchte

Fahrräder, Nähmaschinen

goldene u. silberne Taschen-

uhren, Wanduhren, gold.

Ringe, Uhrenketten, Spe-

zialität Gold-Scharnier-

fetten, u. u. Teile Fein-

gold mit 10jähr. Garantie-

schein, f. u. u. Schmuck-

u. Silberfach., Zigarren

u. verschiedene andre Gegen-

stände sehr billig zu verkaufen.

Gustav Oelbner

Weinstraße, 1a, 1.

NB. Auf jede neue Uhr

schriftliche Garantie. 12576

Möbelmagazin Pradel & Hauert

Buckau, Schönebecker Str. 97.

Spezialität: Solide, bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen

Lager in drei Etagen. — Eigene Tischler- und Kofferwerkstätte.

Lieferung frei Haus. 2836

Semi-Emaill-Schmucksachen

(Broschen, Anhänger, Manschetten-

knöpfe usw.)

nach jeder Photographie in mod.

Fassungen liefert zu Fabrikpreisen

Moderne Kunst-Anstalt

Herm. Sanne

Magdeburg, Stephansbrücke 20

Telefon 3325.

Vertreter stets überall gesucht. Kein Laden! — 1. Etage.

Wohnungs-Einrichtungen

zum Verkauf

für 250 Mark

für 350 Mark

Wohnküche, Schlafküche u.

Küche. Die Stubenmöbel

sauber ausgeführt und reich

geprägt.

Außerdem ein vollständiges eichen oder Satin-

Schlafzimmer für 200 Mk. und ein wunderbares

schwarz gebeiztes eich. Schlafzimmer für nur 365 Mk.

Ausgezeichnete Möbel können bis Oktober frei lagern. —

Transport frei, auch nach ausserhalb. Bestätigung erbeten.

Möbel-Kaufhaus Friedrich Lorenz

17 Peterstraße 17

Zigarren

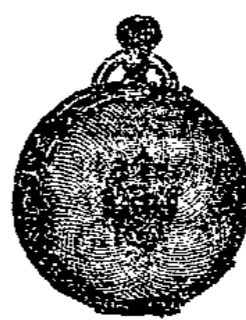
Rauch-, Kau- u. Schnupftabake

gute Qualität, empor

Louis Eckoldt

Zigarrenhandlung

Tischlerkrugstr. 15, Ecke Jakobstraße.



Chr. Breckle

Uhrenhandlung [2730

Wilhelmstadt, Arndtstraße 56

(Straßenbahn-Haltestelle).

Ketten, Gold- und Silber-
waren, Verlobungsringe u.
Schmuckringe

Kein Laden, daher billigste Bezugsquelle.

Reparaturen an Uhren u. Goldwaren.

Altes Gold und Silber wird in Zahlung genommen.

Magdeburger Konkurrenz-Gesellschaft

Größtes Spezialgeschäft für fertige

Herren- u. Knaben-Bekleidung

Breiteweg 189/190

gegenüb. d. Steinstr., Verkaufsräume 1 Treppe hoch.

Sadett-Anzüge neueste Moden von 10.00-50.00

Gehrod-Anzüge feinste Kammer- von 22.00-60.00

Singlings-Anzüge garnstoffe von 8.00-24.00

Paletots u. Wäster neue Farben von 18.00-30.00

Belierinen neue Fassons u. von 5.00-16.00

Herren-Stoffhosen aus wasserfesten Stoffen von 2.00-10.00

Knaben-Blusenanzüge neue Muster von 3.00-8.00

Knaben-Schulanzüge in eleg. Ausf. v. 2.00-5.00

Dauerhafte Arbeitshosen in dauerh. Stoff. von 1.50 an

Grün blaue Schulanzüge von 2.00 an

Grundprinzip der Konkurrenz-Gesellschaft:

1. Wegen Erparung der teuren Ladenmiete außer-

gewöhnlich billige Preise.

2. Größte Auswahl, neueste Moden, alle Größen

und Weiten.

3. Durch Leitung bewährter Zuschnäher alle Fassons

und schöner Schnitt. 2736

4. Großer Umsatz bei kleinstem Nutzen.

Streng feste und billigste Preise.

Auf jedem Stück Ware ist der Verkaufspreis in deutlich

erkennbaren roten Zahlen sowie Druckchrift verzeichnet.

Magdeburger Konkurrenz-Gesellschaft

Firma Mayer & Co.

Kein Laden Kein Laden

Breiteweg 189/190, gegenüber d. Steinstr.

Verkaufsräume 1 Treppe hoch.

Diese Woche verkaufe ich

solange der Vorrat reicht! 2965

Normalhemden gute Qualitäten	85	1.10
Schwere Normalhemden	1.20	1.30
Normal-Herrenhosen	75	95
Fertige Bezüge	2.75	3.45
Fertige Bettlatten	1.50	1.75
Federdicke Inlette sehr billig		
Große Wirtschaftsschürzen	78	98
Weisse Handtücher 48x110 . Duzend	3.25	
Kleider-Velour	Wert 50., jetzt	38.
Schwarzbl. woll. Damenstrümpfe	48.	
Damenhemden	Wert u. Vorder-	85 98 1.25
Barchent-Damenhosen	85	1.10
Schwere Schlafdecken	85.	
Rord-Pantoffel		Bar 29.

D. Lichtenstein

Jakobstraße, Ecke Blaubeilstr.



Täglich Eingang
von
Neuheiten
moderner
**Herren-,
Jünglings-
und
Knaben-
Kleidung**
für die
**Herbst- und
Winter-Saison**

Arbeiterbekleidung

für jeden Beruf
in nur erprobt
haltbaren
Qualitäten zu den
billigsten
Preisen stets pas-
send am Lager



Der neueste Herbst- und
Winter-Katalog
wird auf Verlangen
franko zugesandt

Fernruf Nr. 4931

Anfertigung
eleganter
**Herren-
und
Jünglings-
Kleidung**
nach Maß
in eigener Werkstatt
im Hause
zu
billigsten Preisen



2854

Sehenswert sind die in meinen 4 großen Fenstern ausgelegten Neuheiten

Georg Schneider **Magdeb.-Buckau**
Schönebecker Straße 35/36
Ecke Thiemstraße Ecke Thiemstraße

Wollen Sie für billiges Geld
elegante Stiefel kaufen?
Fordern Sie Musterbuch

Einheitspreis für
Damen und Herren M. 12.50
Luxus-Ausführung M. 16.50



Salamander

Schubges. m. b. H., Berlin

Magdeburg, Breiteweg 55



Das neueste Heft (Nr. 24) der
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Die Hygiene der Arbeiterwohnung
Von **Hugo Hillig**
Preis 20 Pfennig
ist eingetroffen
Buchhandlung Volksstimme
Große Münzstraße Nr. 5

Neuheit! Neuheit!
Magdeburger Kranz
mit feinstem, aromatischem Butter-Creme gefüllt,
in Geismack und Güte unerreicht, dürfte in keiner
Kette und Zergelichkeit fehlen
In allen Größen von **1.00 bis 10.00 M.**
Sitz zu haben:
Konditorei Rudolf Winzer
Breiteweg 85, vis-à-vis der Hirsch-Apotheke.
Telephon 2927.

Vorteilhaft ist es, seinen Bedarf an



noch in den Sommermonaten zu decken, da jetzt noch die
billigen Sommerpreise gelten. — Wir offerieren unsere böh-
mischen Braunkohlen aus der

Gabrielzeche bei Mariaschein

zu 72 Pf. pro Zentner frei vors Haus und 77 Pf. frei Keller
aus vorliegenden und eintreffenden Kähnen. — Wir liefern
ferner billigt die vorzüglichen „Blitz“- und „Heureka“-
Briketts und Ia. Pechglanzkohlen.
— Offerten auf Wunsch. —

Verkaufskontor der Gabrielzeche b. Mariaschein z. Magdeburg
Breiteweg 211, Eing. Prälatenstr. — Fernsprecher 1090.

Wo kaufen Sie gut und billig?

Jagdwesten
Walkjacken
Barchentwäsche
Normal-Unterzeuge
Blaue Anzüge
Kragen — Krawatten
Chemisetts — Socken

nur im

Elb-Kaufhaus

Inh.: **Otto Broetje**
Johannisberg.

Zum
Wohnungswechsel

empfehle:

Teppiche

aparte Neuheiten in riesiger Auswahl.
Mehrere hundert

Salon-Teppiche

mit kleineren Farbenfehlern, extra billig.

Übergardinen, Plüschdecken
reizende Neuheiten von 5.00 Mark an

Sofabezüge

in Plüsch und Phantastie, auch ab-
gepasste Muster, in größter Auswahl.

**Ca. 1000 Stück (Woll- u. Kamel-
haardecken, Reisedecken und
Steppdecken**

9000 Rollen Tapeten
sollen noch vor Oktober billig geräumt
werden.

Mehrere Waggons Linoleum
in allen Breiten, Wachstuchläufer
Meter von 55 Pf. an.

Carl Haring Nachf., J. Husslein
Inhaber
9 Königshof 9.
5 Prozent in Rabattmarken.

Herbst- u. Wintersaison 1910/11

Empfehle mein reichsortiertes Lager in

Herren- und Knaben-Kleidung

sowie

Berufskleidung aller Art

Reelle Bedienung

Billige Preise

L. Maerker

Magdeburg **Breiteweg 80/81** — Eckhaus —
— Gegr. 1862 — Katharinenstr.

Spezialität

Elegante Maßanfertigung

Solide Preise

2865

Neueste Stoffe

Selmar Dessauer

Breiteweg 160, 161, 162

Magdeburg

Neue Ulrichstraße 5, 6, 7

Vorteilhaftes Angebot für wirklich elegante, vornehme Herren- u. Knabenkleidung

als Ersatz für Mass-Anfertigung

Herren-Jackett-Anzüge	Herren-Gehrock-Anzüge	Herren-Herbst-Ulster	Herren-Herbst-Paletots
Preislagen: 15.00 20.00 25.00 29.80 35.80 bis 55.00			
Herren-Beinkleider	Phantasie-Westen	Loden-Joppen	Wetter-Pelerinen
Preislagen: 1.75 2.50 4.50 6.00 9.00 15.00 bis 25.00			
Knaben-Anzüge	Knaben-Paletots	Knaben-Pyjacks	Arbeits-Bekleidung
Preislagen: 2.50 3.20 4.20 5.50 7.00 10.00 bis 20.00			

für Köche, Konditoren, Fleischer, Bäcker, Friseur, Optiker, Goldarbeiter, Schriftsetzer, Bildhauer, Maler, Stukkateure, Monteure, Feuerarbeiter in vorchriftsmäßiger besser Verarbeitung besonders billig.



Voran, Goldwaren
Grammophon, Phonographe
Kiesenschlager
auf Abzahlung
Herm. Möller
Magdeburg-Buckau
Schönebeck, Str.
107a, Gegr. 1874

Kein Apparat!

Für **Stotterer**
Einmaliger Kursus in Magdeburg

Jeder, der stotterfrei singt, ist heilbar!
Stottern, Stammeln, Lispeln usw. wird gründlich und dauernd beseitigt durch unser neues in Magdeburg noch unbekanntes Verfahren. Erwachsene und Kinder erhalten eine frei fließende natürliche Sprache.
Keine Berufsstörung! **Tages- und Abendkurse!**
Anmeldungen mit Sonnabend 17. September 3-8 Uhr, Sonntag 18. September 9-2 Uhr und Sonntag 19. September 3-8 Uhr in Magdeburg, Breiteweg 66, 2 Treppen.
Phöbus, Internationales Sprachheil-Institut, Berlin W 57. — Telefon 6a, 18659.

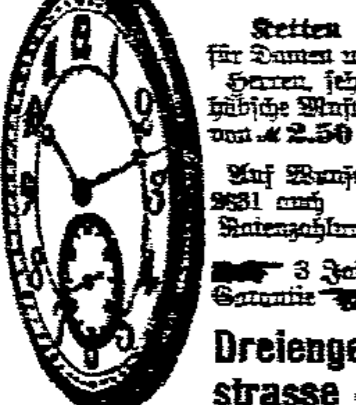
Kein Apparat!

S. Levy

Sudenburg
41 Halberstädter Straße 41.
In sehr billigen Preisen
empfehle
Blau Schutzanzüge
Arbeitshofen
Barchenthemden
Normal- u. weiße Wäsche
Kragen, Serviteurs,
Krawatten
und Hosenträger
Strümpfe, Socken
u. Strumpfwolle.

Dreienelstraße 4

Echt Schweizer
Ankeruhren
von 4 3.75 an
Damenuhren
von 4 4.75 an
Silberne
Damenuhren
mit Goldrand
von 4 6.75 an
Herrenuhren
Silber, gef. 900
von 4 6.50 an
Goldene
Damenuhren
u. 4 13.00 an



Reparaturen

Sudenburg
Otto Kaphengst
Bettfedern
Aussteuer-Artikel
Inlette
Fertige Betten
Metall-Zeitschriften

Meyer Michaelis, Magdeburg
Gr. Marktstr. 16

Lederhandlung Schafffabrik
Fernsprecher 1424. — Gegründet 1864.
Lederausschnitt, Schuhmacherbedarfsartikel,
Lederkonservierungsmittel, Fensterleder
Leder für technische Zwecke
Beste und billigste Bezugsquelle
Allseitig anerkannte größte Leistungsfähigkeit

Sudenburg.

Stahnkes Hüte und Pelzwaren
Bestes, größtes jachmannisches Geschäft am Platze.
Nur Neuheiten reell und billig.
Schirme, Krawatten, Wäsche, Stöcke, Hosenträger.
Erste Geschäftsstelle:
Halberstädter Straße 39 a
(Städtische Bäckerei).
Zweite Geschäftsstelle:
Halberstädter Straße 121 b
(Galtstelle Westendstraße).

Verlobungsringe
und Steiringer, geschliffen, gehämmert,
hochmoderne Fassons, kann man am
besten in Magdeburg. Ringbetrieb
Goldschmiedebrüde 2 S. Fabrikation
u. Verkauf direkt an Private.
(Alle Goldwaren sehr billig am Lager).
Willkommen, alles Gold und Silber nehmen
am besten Wert in Zahlung.
Reparaturen aller Goldwaren
billig.
Rob. Sasse, Ringfabrikation.

Three Shillings Hat
Breiteweg 159, im Ulrichsbogen
Größtes Hut- und Mützen-
Geschäft am Platze
Spezialität Hut 3.15 Mt.
in allen Formen und Farben

Leder-Ausschnitt
Schuhe, Bekleidung sowie sämtliche Artikel für Schuh-
und Bekleidungs-Industrie, Holzschuhmacher und Fernreisende
empfehlen zu billigen Preisen die
Lederhandlung v. Gustav Arnold
Halberstädter Straße 110b.

Sie werden reell bedient

Lebenswecker nach 4.50 Oel dazu (das 2.25
Saunigkeit) richtige) Gummi 3.50
Mutterspritzen aus 3.00 aus Gummi 3.50
Metall-Leibwärmer 2.25 Irrigator komplett 1.75
Damenbinden brauch- 75 Pf. Bettstoff doppelt Gummi 2.50
Bade-, Fieber-, Zimmer- u. Fensterthermometer,
Eisbeutel, Luft- und Wasserkissen, Wandwatte,
Binden und Verbandstoffe, Leibbinden, Bruch-
händer usw., sämtliche Bade- und Frottierartikel,
bestes fettreiches Butterbrotpapier, Odol sowie alle
Zahnpflege-Artikel, überhaupt alle zur
Kranken- und Gesundheitspflege zu brauchenden Sachen
Kaufen Sie am billigsten bei

Rudolf Brüning, Buckau
Schönebecker Str. 21, schrägüber der Kirche.
(Auf Wunsch Herren- oder Damen-Bedienung.)

Albert Kleinfeld
Buckau, Schönebecker Straße 98
Alle Sorten Schuhwaren
in Borsdorf, Chemnitz usw. für Herren, Damen u. Kinder
sowie
sämtliche Filzwaren zu billigen Preisen.

Karl Sievert
Buckau, Neue Straße 16
Obst-, Gemüse- und Delikatessen-Handlung
Selbstgeschlachtete Würstwaren.

Gratulationskarten empfiehlt die Buchhandl. Volksstimme

L. Mannheimer
Feine Massschneiderei
Breiteweg 120, 1
liefert aus
modernsten, haltbaren
Stoff-Rest-Coupons
Anzüge u. Paletots
nach Mass.
Sorgsamste Ausführung. Minimale Preise.
Eleganter Sitz garantiert.

Möbel für Brautpaare
liefert billig und gut die
Möbeltischlerei von
G. Meinicke
Großes Lager Marstallstraße 7. — Große Auswahl.

Beim Herannahen des Herbstes müssen Sie gute feste Stiefel haben.

Panther-Stiefel
10.50 12.50 16.50
sind aus bestem Material hergestellt und infolgedessen sehr haltbar.

Schuhhaus Ernst Röpcke
Nr. 14 Breiteweg Nr. 14
Gegenüber der Himmelreichstraße. Gegenüber der Himmelreichstraße.
Bitte genau auf die Hausnummer 14 zu achten.